Montag, 20. August 1984 - D ***

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 194 - 34. W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 140,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Polen: Primas Kardinal Glemp hat zugesagt, die Seelsorge für die deutsche Minderheit zu verbessern. Seine umstrittenen Äußerungen über die Deutschen in Polen *erläuterte er in einem Brief an* die Deutsche Bischofskonferenz. (S. 8)

Möllemann: Der nordrhein-westfälische FDP-Landesvorstand hat dem unter Beschuß geratenen Vorsitzenden Möllemann das Vertrauen ausgesprochen. Er bleibt Spitzenkandidat. (S. 8)

„Kamingespräche": Für die Wiederaufnahme der vertraulichen Gespräche zwischen Bundeskanzler, Arbeitgebern und Gewerkschaften plädiert der Chef der Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten, Döding. In einem solchen Rahmen ließe sich wirkungsvoll über Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit beraten.

Afghanistan: Schon viereinhalb Jahre halten die Sowjets Afghanistan besetzt. In einem WELT-Gespräch äußert sich der im Mai in den Westen geflüchtete ehemalige Geschäftsträger der afghanischen Botschaft in der UdSSR, Abdulmajid Mangal, zu Moskaus Strategie. (S. 3)

Nicaragua: Der Bau des Flughafens Punta Huete bei Managua beunruhigt die amerikanische Regierung. Sie vermutet hinter dem Projekt – ähnlich wie in Grenada – *strategische Absichten* der Sowjets. (S. 5)

Panama: Unter dem Druck des linksgerichteten Präsidenten Illueca wird die von Amerikanern betriebene Escuela de las Americas, eine der bekanntesten Militärakademien der Welt, geschlossen. Sie hatte überragenden Anteil an der Elitebildung in Lateinamerika. (S. 5)

Votum gegen Pretoria: Der Weltsicherheitsrat hat die neue südafrikanische Verfassung, die ein Dreikammer-Parlament für Weiße, Mischlinge und Asiaten vorsieht, für ungültig erklärt.

Uganda: Seit 1981 sind nach einer Schätzung des früheren Verteidigungsministers Musevini 300 000 Zivilisten von Regierungssoldaten ermordet worden, berichtete der Londoner „Observer".

Heute: Konvent der Republikanischen Partei der USA in Dallas mit der Wahl des Präsidentschaftskandidaten.

Deutschlands „Große 500"

Zum 9. Mal veröffentlicht die WELT die Liste der 500 größten deutschen Unternehmen. Sie wird wieder von der Veba AG mit einem Umsatz von 49,2 Milliarden DM angeführt. Vom vierten auf den zweiten Platz vorgeschoben hat sich das Volkswagenwerk, das im vergangenen Jahr 40,1 Milliarden DM umsetzte. Insgesamt weist die Umsatzstatistik 1983 als ein Jahr ohne Dynamik aus. Deutlichen Einbußen bei einigen Unternehmen stehen andererseits, zum Beispiel im Handel, Umsatzsprünge in Milliardenhöhe gegenüber.

(S. 10 und 11).

WIRTSCHAFT

Streikfolge: Mit 182 neuzugelassenen Kfz verzeichnete das Kraftfahrt-Bundesamt im Juli das niedrigste Zulassungsergebnis für diesen Monat seit zehn Jahren.

Schatztitel: Das US-Schatzamt will erstmals ausländischen Investoren Schuldverschreibungen anbieten, wie sie am Eurodollarmarkt üblich sind. Da es sich jedoch nicht um echte Inhaberpapiere handelt, bestehen Zweifel am Erfolg der auf Europa zugeschnittenen Schatztitel. (S. 9)

Frankreich: Entgegen dem internationalen Trend nimmt die Arbeitslosigkeit weiter zu. Im Juli erhöhte sie sich gegenüber dem Vormonat um 0,8 Prozent auf 2,343 Millionen. (S. 12)

KULTUR

Ulrich Baumgartner: Der langjährige Intendant der Wiener Festwochen starb in Graz im Alter von 67 Jahren.

Bultmann: Kein deutscher protestantischer Theologe hat das zwanzigste Jahrhundert so aufgeregt wie Rudolf Bultmann. Er machte eine Grundlagenkrise des Protestantismus offenbar, die noch nicht überwunden ist. Bultmann wurde heute vor 100 Jahren geboren. (S. 15)

ZITAT DES TAGES



»Auf wirtschaftlichem Gebiet betreiben die Grünen eine parasitäre Politik. Einige sind jedenfalls ehrlich genug, zu sagen, der Sozialstaat müsse auch gleich weg. In Wahrheit wollen sie die Abschaffung der Industriegesellschaft bei vollem Lohnausgleich. Das geht nicht«

Der frühere Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff

FOTO: JUPP DARCHINGER

SPORT

Fußball: Bundesliga-Absteiger 1. FC Nürnberg verlor am zweiten Spieltag der Zweiten Liga sein 30. Auswärtsspiel hintereinander (2:4 bei Hannover 96). Aachen ist Tabellenführer. (S. 7

Formel 1: Niki Lauda gewann mit seinem McLaren-Porsche den Großen Preis von Österreich vor Nelson Piquet und führt in der Gesamtwertung der Weltmeisterschaft. (S. 6)

AUS ALLER WELT

Kehraus: In Italiens überfüllten Gefängnissen werden die Koffer gepackt. Auf Grund eines neuen Gesetzes müssen Hunderte von Untersuchungshäftlingen, darunter mutmaßliche Terroristen, freigelassen werden. (S. 15)

Strommast gestreift: Elf Personen starben beim Absturz einer zweimotorigen Passagiermaschine in der englischen Grafschaft Staffordshire. Drei konnten schwerverletzt gerettet werden.

Wetter: Sonnig und trocken. 22 Grad im Norden und Osten, bis 30 Grad im Südwesten.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Reagan: Jalta sanktioniert nicht die Teilung Europas

„Hinnahme der dauernden Unterjochung Osteuropas keine Alternative"

DW. Washington/Moskau

Präsident Reagan hat bei einem Treffen mit Vertretern polnischstämmiger Amerikaner im Weißen Haus gesagt, daß die USA „nachdrücklich jede Interpretation des Abkommens von Jalta ablehnen, die amerikanische Zustimmung zu der Teilung Europas in Einflußsphären unterstellt". Die Feststellung Reagans wurde von Moskau umgehend in scharfer Form kritisiert und die Einstellung des amerikanischen Präsidenten mit der „westdeutscher Revanchisten" verglichen.

Die Vereinigten Staaten betrachten nach Reagans Worten die Abkommen von Jalta aus dem Jahre 1945 „als Versprechen der drei Großmächte, in allen von den Nazis befreiten Ländern volle Unabhängigkeit wiederherzustellen und demokratische Wahlen zuzulassen". „Es gibt keinen Grund, die Sowjetunion oder uns selbst aus dieser Verpflichtung zu entlassen", sagte der Präsident.

Vertreter des Weißen Hauses bestritten in diesem Zusammenhang, daß Washington durch die Unterzeichnung der Schlußakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) in Helsinki, die die formelle Anerkennung der Nachkriegsgrenzen ausdrückt, die Teilung Europas akzeptiert hätten. Vizepräsident George Bush habe diese Auffassung im vergangenen September in Wien mit der Erklärung bekräftigt, daß die Teilung Europas durch Verstöße Moskaus gegen das Abkommen von Jalta verursacht worden sei. Die Schlußakte von Helsinki habe, so Bush, nicht den Status quo in Europa gebilligt, sondern sei vielmehr eine „Verpflichtung zur Offenheit und zur Einhaltung der Menschenrechte". Die Äußerungen Bushs waren damals von Moskau scharf kritisiert worden.

In seiner Ansprache würdigte Reagan die polnische Gewerkschaft „Solidarität" und erklärte, der Gewerkschaftsbund und die Freiheit des polnischen Volkes würden bei den Amerikanern nicht in Vergessenheit geraten. Es gebe jedoch einige, die „anscheinend nur zu willig sind, sowjetischen Übergriffen gegenüber ein Auge zuzudrücken, um den Dialog zwischen Ost und West zu verbessern". „Die passive Hinnahme der dauernden Unterjochung der Menschen Osteuropas ist keine annehmbare Alternative", sagte Reagan. Diejenigen, die Schwäche vermittelten, um die Aufrichtigkeit ihres Wunsches nach besseren Beziehungen zu Moskau zu beweisen, seien „keine Freunde von Frieden, Menschenfreiheit oder ernsthaftem Dialog".

Niemand sei ermächtigt, die Ergebnisse des Abkommens von Jalta in Frage zu stellen, schrieb die amtliche sowjetische Nachrichtenagentur Tass in einer kritischen Replik auf die Äußerungen Reagans. Tass warf Reagan vor, mit seinen Äußerungen den politischen Status quo in Europa angefochten zu haben. Weder das Abkommen von Jalta noch die KSZE-Schlußakte könnten neu ausgelegt werden.

„Ganz gleich, was Washington in bezug auf die politischen Realitäten im Nachkriegseuropa sagt, niemand hat das Recht, Entscheidungen der Krim-Konferenz in Frage zu stellen ... Niemand. Auch nicht das Weiße Haus", erklärte die sowjetische Nachrichtenagentur.

DER KOMMENTAR

Jalta

HEINZ BARTH

Ist Ronald Reagan ein „Revanchist"? Die Sowjets haben ihn dazu ernannt, weil er vor Amerikanern polnischer Herkunft endlich einmal aussprach, was längst und immer wieder hätte gesagt werden müssen – nämlich, daß die Konferenz von Jalta im Februar 1945 durchaus nicht die Teilung Europas in zwei Einfluß-Sphären beschloß, die Stalin später dem Kontinent unter eiskalter Sabotage der auf der Krim getroffenen Abmachungen aufgezwungen hat.

Originaltext von Jalta: „Die drei Regierungen (werden) gemeinsam allen Völkern in allen befreiten europäischen Staaten Hilfe leisten, in denen ihrer Ansicht nach die Lage folgendes erfordert ... c) die Schaffung einer provisorischen Regierungsbehörde, in der auf breiter Grundlage alle demokratischen Elemente der Bevölkerung vertreten sind, und die sich verpflichtet, so schnell wie möglich auf Grund freier Wahlen eine Regierung einzusetzen, die sich nach dem Willen des Volkes richtet."

Auslegungen gefällig? Sie sind bei einer Vertrags-Prosa von so exquisiter Klarheit nicht möglich. Selbst Averell Harriman, Amerikas unermüdlichster Werber um Verständnis für den Kreml, erkannte schon 1951: „Wenn Stalin sich an die Abmachungen von Jalta gehalten hätte, wäre Osteuropa heute frei."

Indessen dauerte es fast vierzig Jahre, bevor ein amerikanischer Präsident das eigentlich Selbstverständliche feststellte, daß passive Duldung der Unterjochung Osteuropas auf die Dauer für den Westen keine annehmbare Alternative sein kann.

Es gehört schon der unverdünnte Zynismus sowjetischer Desinformationstechnik dazu, das zu einer „neuen Auslegung" der Jalta-Ergebnisse umzudeuten. Der Westen hat sich so lange an das Sowjet-Falsifikat der vertraglich abgesicherten Teilung Europas gewöhnt, bis er selbst daran zu glauben begann.

François Mitterrand sieht es als die Aufgabe jedes „westeuropäischen Patrioten" an, Jalta zu zerstören. Es ist nicht schmeichelhaft für die Bundesregierung, daß solchen Worten der Besinnung in Washington und Paris ein ohrenbetäubendes Schweigen Bonns entgegentönt.

Ronald Reagan ist der erste amerikanische Präsident, der erkannt hat, daß die freie Welt in der West-Ost-Konfrontation keinen Stich gewinnt, solange sie die Kontroverse nicht aus der Offensive führt. In Jalta als einziger Stadt in der dankbaren Sowjetunion gibt es eine Franklin-Delano-Roosevelt-Straße. Für den Präsidenten, der ein Anti-Roosevelt-Konzept entwickelt hat, wird es nie eine Ronald-Reagan-Straße geben. Er ist für die Russen ein „Revanchist", das heißt ein Mann, der die nackte Wahrheit sagt.

Zwiespältiges Echo auf Honecker

SED-Chef erneuert Geraer Forderungen / Bonn spricht von „unsachlicher Polemik"

DW. Bonn

In differenzierter Form hat die Bundesregierung auf das in den „DDR"-Medien veröffentlichte Honecker-Interview reagiert. Während sie die von dem SED-Staatsratsvorsitzenden geäußerte weitere Dialogbereitschaft begrüßte, stieß der von Honecker ausgesprochene Revanchismusvorwurf und seine erneut vorgelegten sogenannten Geraer Forderungen auf Ablehnung.

Regierungssprecher Jürgen Sudhoff erklärte, Bonn stimme mit dem Generalsekretär der SED darin überein, „daß die Beziehungen zwischen beiden Staaten auf deutschem Boden für die europäische Sicherheit große Bedeutung haben". Zu einem konstruktiven Dialog sollte allerdings „auch der Verzicht auf unsachliche Polemik gehören", unterstrich Sudhoff, nach dessen Worten der an die Adresse von Regierung und Koalition gerichtete Revanchismusvorwurf „jeglicher Berechtigung und Realität" entbehrt. Honecker hatte als Zeugnis für das Wiederaufleben einer „revanchistischen Stimmungsmache" in der Bundesrepublik „das Gerede vom Fortbestehen des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937" und der angeblich offenen deutschen Frage genannt. Er begrüßte dabei die Äußerungen des SPD-Politikers Hans Apel.

Zugleich nannte der Staatsratsvorsitzende die sogenannten Geraer Forderungen zentrale Punkte, deren Lösung „der Verbesserung des Verhältnisses der DDR und der BRD" dienten: eine Regelung des Grenzverlaufs an der Elbe, die die Ostberliner Interessen berücksichtige, die uneingeschränkte Respektierung der „DDR"-Staatsbürgerschaft, die Beendigung der Tätigkeit der Erfassungsstelle in Salzgitter und eine Umwandlung der Ständigen Vertretungen in Botschaften.

SEITE 3:
Der erste Kontakt kam von Kohl
SEITE 4:
Honecker paßt sich Moskau an

Zu diesen „zentralen Punkten" hatte Kanzler Kohl bereits zuvor in einem Interview erklärt, in den prinzipiellen Fragen, in denen zwischen Bonn und Ost-Berlin Meinungsverschiedenheiten bestünden, sehe er keine Gesprächsmöglichkeit.

In einem Interview mit dem Deutschlandfunk bekräftigte Bundespräsident Richard von Weizsäcker gestern seinen festen Willen, der Entspannung in den deutsch-deutschen Beziehungen auf dem Boden der geschlossenen Verträge und unter Respektierung der gegenseitigen Unabhängigkeit zu dienen. „Das Bekenntnis zu unserer Verfassung mit seinen Menschenrechten, seiner Beschreibung des freiheitlichen und sozialen Rechtstaates ist das Grunddatum für uns in jeder Richtung, in jeder innenpolitischen Selbstbeauftragung wie in unseren deutschland- und außenpolitischen Beziehungen und Verantwortlichkeiten."

Axel Springer: Deutsche Frage ist offen

hrk. Berlin

Der Verleger Axel Springer hat in Berlin zur aktuellen Diskussion um die deutsche Frage erklärt: „Solange diese Mauer noch steht, ist die deutsche Frage offen." Unter Anspielung auf Äußerungen des Berliner SPD-Spitzenkandidaten Hans Apel fügte Springer hinzu: „Wenn auch immer kleingläubige oder opportunistische Politiker es anders sehen."

Der Verleger sprach anläßlich eines Konzerts mit jungen japanischen Künstlern im Verlagshaus an der Mauer. In Anwesenheit des neuen amerikanischen Stadtkommandanten, Generalmajor John H. Mitchell, sagte Springer: „Wir Berliner wissen, daß ohne die Anwesenheit der amerikanischen, britischen und französischen Soldaten die Lichter der Freiheit in Berlin nicht leuchten könnten."

Die Bürger dieser Stadt seien für die „Freundschaft des amerikanischen Volkes" besonders dankbar. „Wir Berliner wissen, daß die Amerikaner die eifrigsten Verfechter der Freiheit in der ganzen Welt sind." Unter Hinweis auf die jüngst beendeten Olympischen Spiele von Los Angeles fügte der Verleger hinzu: „Wenn es eine Goldmedaille für die Freiheit gäbe – sie gehörte ohne Zweifel dem amerikanischen Volk."

Gleichzeitig bekannte sich Springer erneut zu Andrej Sacharow und dessen Frau, die wie tausend andere in der Sowjetunion um der Freiheit willen leiden müßten. Außerdem setzte er sich für die Juden in der UdSSR ein, deren Wunsch nach Ausreise nicht erfüllt werde.

Seite 15: Das Musikmärchen

„Libyens Bomber könnten Rotes Meer erreichen"

C. GRAF BROCKDORFF, Brüssel

Westliche Militärexperten in Brüssel halten es für technisch möglich, daß Libyen mit Flugzeugen Minen ins Rote Meer geworfen haben könnte (WELT v. 18./19. 8.). Allerdings glauben sie nicht, daß dazu Jagdbomber benutzt wurden. Dafür sei deren Reichweite angesichts der zurückzulegenden großen Entfernungen nicht ausreichend.

In einschlägigen westlichen Kreisen sei jedoch bekannt, daß die Sowjetunion dem Oberst Khadhafi ein halbes Dutzend Langstreckenbomber TU-22 mit der NATO-Bezeichnung „Blinder" geliefert habe. Diese Maschinen mit großen Bombenschächten könnten nicht nur zahlreiche Minen an Bord mitnehmen, sondern auch die Entfernung von rund 1500 Kilometern zum Ziel mühelos zurücklegen.

Nach Meldungen aus Kairo sind die libyschen Maschinen von einem Stützpunkt in Al Jawf im Südosten Libyens gestartet. Al Jawf liegt 950 Kilometer westlich von Assuan in Ägypten. Die Bomber hätten auf dem Hin- und Rückweg zum Roten Meer, insbesondere zu dessen südlichen Teil, eine Entfernung von rund 3000 Kilometern zu fliegen. Zum Golf von Suez und zurück wäre die Entfernung auch zu weit für Jagdbomber.

Für denkbar wurde gehalten, daß Abfangjäger des Typs MiG-25 „Foxbat" die Bomber wenigstens bis zum Golf von Suez begleitet hätten. Dafür reiche deren Radius. Für diese Annahme spreche auch die große Anzahl unidentifizierter Radarechos, die von der ägyptischen Luftverteidigung registriert worden seien.

Blüm: SPD will Gewerkschafter ausbooten

ms. Bonn

Bundesarbeitsminister Blüm (CDU) hat „alle gestandenen sozialdemokratischen Gewerkschafter" aufgefordert, Angriffe gegen den Vorsitzenden der IG Bergbau, Adolf Schmidt, zurückzuweisen. Im „Vorwärts" war der Einsatz von Schmidt für die *Arbeitsplätze im Kohlekraftwerk* Buschhaus so kommentiert worden: „Mit einer solchen Argumentation kann man auch für die Todesstrafe eintreten, weil man dem Scharfrichter die Freude an der Arbeit nicht nehmen will." Blüm sagte gestern gegenüber der WELT: „Adolf Schmidt ist nur der erste in der Reihe, der madig gemacht werden soll, damit das rot-grüne Fest beginnen kann." Die alten Gewerkschafter seien „offenbar der neuen Stromlinie der SPD zu sperrig". Zur Aussage von Ministerpräsident Rau, er wolle kein Bündnis mit den Grünen, sagte Blüm: „Traut dem Rau nicht."

Was will Strauß in Albanien?

DW. München/Bonn

Als erster prominenter Politiker der Bundesrepublik Deutschland ist der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß nach Albanien gereist. Ein Sprecher der bayerischen Staatskanzlei bestätigte den Besuch. Er gab allerdings keine Auskunft darüber, ob *es zu einem Treffen mit Staatschef* Enver Hodscha kommen wird. Der amtierende CSU-Generalsekretär Gerold Tandler erklärte in einem „Bild"-Interview, es handele sich um eine private Urlaubsreise. Für politische Spekulationen gebe es keinen Anlaß. Mutmaßungen, Strauß wolle zwischen Jugoslawien und Albanien eine Vermittlerrolle übernehmen, bezeichnete Tandler als „unsinnig".

Zwischen Bonn und Tirana gibt es keine diplomatischen Beziehungen. Dies scheiterte bislang an Albaniens Forderungen nach Wiedergutmachung für die Zeit der Besetzung im Zweiten Weltkrieg.

Vorbehalte der Kirchen gegen Steuerreform

DW. Bonn

Zu der von der Bonner Koalition geplanten Steuerreform haben sich jetzt auch die Kirchen zu Wort gemeldet. Ebenso wie die Länder möchten auch die Kirchen in den anlaufenden Verhandlungen mit den Finanzbehörden auf weniger spürbare Einnahme*ausfälle hinwirken. Die Kirchen*steuer, die zumeist mit acht, in wenigen Ländern aber mit neun Prozent an die zu zahlende Lohn- und Einkommenssteuer gekoppelt ist, wird nach Berechnungen der Kirchen mit der Steuerreform ab 1986 zu Ausfällen von rund 700 Millionen und ab 1988 von 1,3 Milliarden Mark führen. Die Kirchen denken daher daran, zur Ermittlung ihrer Einnahmen vom Paragraphen 51a des Einkommensteuergesetzes unabhängig zu werden, der die von Familien zu zahlende Kirchensteuer über Kinderabzugsbeträge und damit die Einkünfte der Kirchen mindert.

Erlösung mit Befreiung verwechselt

JÜRGEN LIMINSKI, Bonn

Wenige Tage vor der Anhörung eines namhaften Vertreters der Befreiungstheologie, des brasilianischen Franziskaners Leonardo Boff, vor einer Kommission der Glaubenskongregation im Vatikan hat der Präfekt der Kongregation, Joseph Kardinal Ratzinger, eine Positionsbeschreibung des Vatikans zur „Theologie der Befreiung" gegeben. In einem Aufsatz der zweimonatlich erscheinenden Zeitschrift „Die neue Ordnung", die vom Institut für Gesellschaftswissenschaften Walberberg in Bonn erstmals in deutscher Sprache veröffentlicht wird, bezeichnet Ratzinger die Befreiungstheologie als ein „universales Phänomen". Deshalb verändere sie „alle Formen des kirchlichen Lebens". Zwar habe sie ihren Schwerpunkt in Mittel- und Südamerika, aber sie sei „nicht denkbar ohne den bestimmenden Einfluß europäischer und auch nordamerikanischer Theologen".

Ratzinger, der sich in dem Aufsatz nur mit jenen Theologien befaßt, die sich „in irgendeiner Weise die marxistische Grundoption zu eigen gemacht haben", definiert das Phänomen so: „Befreiungstheologie will eine neue Gesamtauslegung des Christentums geben; sie erklärt Christentum als eine Praxis der Befreiung und will selbst Anleitung zu dieser Praxis sein. Da nun aber nach ihr alle Wirklichkeit politisch ist, ist auch Befreiung ein politischer Begriff, und die Anleitung zur Befreiung muß Anleitung zu politischem Handeln sein." Für einen Theologen jedoch, der, so Ratzinger, „seine Theologie in der klassischen Tradition erlernt und deren spirituellen Anruf angenommen hat, ist es schwer vorstellbar, daß im Ernst versucht werden kann, die gesamte christliche Wirklichkeit in das Schema politisch-sozialer Befreiungspraxis umzugießen".

SEITE 3:
Dokument des Tages

Ratzinger führt die Entstehung der Befreiungstheologie, „die in ihrem Ernst oft unterschätzt wird, weil sie in gar keines der bisherigen Schemata von Häresie hineinpaßt", weitgehend auf das „spürbare Sinnvakuum" am Ende der Aufbauphase nach dem Zweiten Weltkrieg zurück. In dieser Situation seien die „verschiedenen Spielarten des Neomarxismus" wie eine Verheißung von nahezu unwiderstehlicher Kraft für die akademische Jugend gewesen. Die marxistische Geschichts- und Gesellschaftsanalyse wurde „weithin als einzig wissenschaftlich" angesehen. Das bedeutete für die neuen Theologen, daß „die Welt im Schema des Klassenkampfes gedeutet" werden mußte.

So sei der biblische Begriff des Armen mit der Idee des Proletariats im marxistischen Sinn interpretiert worden. Liebe bestand demnach in der Option für die Armen, schreibt der Kardinal, „das heißt, sie fällt mit der Option für den Klassenkampf zusammen".

Den Irrtum der Befreiungstheologie sieht Ratzinger in erster Linie in der Verwechslung von Befreiung und Erlösung. Der über das Leben hinausweisende Begriff, die heilsgeschichtliche Wirklichkeit der Erlösung, sei durch ein weltimmanentes Bild der Befreiung ersetzt worden.

Rau: Vogel soll wieder Kanzlerkandidat werden

SPD bezeichnet Spekulationen um Brandt-Nachfolge verfrüht

DW. Bonn/Stuttgart

Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) hat sich dafür ausgesprochen, daß der Führer der sozialdemokratischen Opposition im Bundestag, Hans-Jochen Vogel, bei der Bundestagswahl 1987 wie schon 1983 als Kanzlerkandidat antritt. Rau und Vogel sind stellvertretende Parteivorsitzende der SPD und gelten als Rivalen um die Kanzlerkandidatur der Partei.

In einem Interview des ZDF sagte Rau gestern, er fände es richtig, wenn die Frage nach dem Spitzenkandidaten zuerst an den Oppositionsführer gestellt würde. „Ich würde mich freuen, er würde sie positiv beantworten."

Rau rechnet außerdem damit, daß der jetzt 70jährige SPD-Vorsitzende Willy Brandt auch beim Bundesparteitag 1986 erneut als Parteichef kandidiert. Er fügte hinzu: „Es ist noch nicht gesagt, ob nur '86." Insofern bestehe keine Veranlassung zu irgendeiner Personaldikussion um das Amt des Parteivorsitzenden. Brandt führt die SPD bereits seit 1964.

Auch Bundestagsvizepräsidentin Annemarie Renger (SPD) bezeichnete Spekulationen über eine Brandt-Nachfolge als verfrüht. Im Süddeutschen Rundfunk (Stuttgart) sagte sie, für jeden, der die Nachfolge antreten wolle, komme es darauf an, Integrationskraft zu beweisen sowie Richtungen und Strömungen in der Partei zusammenzufassen. „Wer aus der jüngeren Generation einer solchen Aufgabe gewachsen ist, muß sich erst zeigen", meinte sie auf die Frage, ob neben Vogel und Rau auch der saarländische SPD-Chef Oskar Lafontaine ein möglicher Kandidat sei.

Der Bremer Bürgermeister Hans Koschnick hält die Diskussionen innerhalb der SPD über eine große Koalition mit der Union nicht für angebracht. Koschnick sagte in einem Interview mit Radio Bremen, entsprechende Überlegungen seines Parteifreundes Wolfgang Roth gingen davon aus, daß die FDP bei der Bundestagswahl 1987 nicht wieder ins Parlament komme und die Union keine Wähler der FDP für sich gewinne. Dies sei eine Fehleinschätzung.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Kamin-Konzert

Von Peter Gillies

Zwei prominente Gewerkschaftler haben am Wochenende ein Thema aufgegriffen, das sich seit Jahren zyklischer Beachtung erfreut: Die Bundesregierung möge doch die Gesprächsrunde zwischen Unternehmern und Gewerkschaften wiederbeleben. Den Vorschlag erneuerten Günter Döding (Vorsitzender der Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten – NGG) und Norbert Blüm (Mitglied der Industriegewerkschaft Metall).

Es ist der Rückgriff auf eine Vision der sechziger Jahre, auf die Gespräche im Rahmen der Konzertierten Aktion, die Karl Schiller einst kühn als „Runde der kollektiven Vernunft" bezeichnet hatte. Dieser Gesprächskreis erstarrte im Laufe der Jahre zu gestanzter Rede nebst Kommuniqué-Produktion. Mutmaßlich hätte er sich in dieser Form auch dann überlebt, wenn der DGB ihn nicht durch Boykott hätte platzen lassen.

Döding steht einer kleinen, wiewohl recht pfiffigen Gewerkschaft vor. Ob er für den gesamten Gewerkschaftsbund spricht, dessen Einzelgewerkschaften weit gespreizt sind, ist offen. Aber die Idee taugt auch heute noch. Ob am traulichen Kamin oder in anderer Runde – die schwierigen Zeiten legen es nahe, im Dreieck Regierung-Gewerkschaften-Unternehmer das direkte Gespräch zu suchen, zu fragen und Begründungen herauszufordern. Auch dort wird sich herausstellen, was gemeine Bürger schon lange wissen oder spüren: die allgemeine Wohlfahrt vermag keiner allein sicherzustellen, „Arbeit" und „Kapital" sind aufeinander angewiesen.

Natürlich ist es unsinnig, für diese Gespräche Vorbedingungen zu stellen. Wenn Döding flugs feststellt, Steuersenkungen seien schädlich, ein sogenanntes Arbeitsbeschaffungsprogramm dagegen eine Wohltat, dann beweist er damit, wie dringlich die Gesprächsrunde ist und wie hilfreich sie bei guter Vorbereitung wirken kann. Solche Treffen verbessern das Klima und vermögen auch überflüssige Irritationen vermeiden, die leicht zwischen Leuten entstehen, die per Interview miteinander verkehren und sich zu selten Aug in Aug gegenüberstehen. Die Konzertierte Aktion als intimes Kammer-Konzert – man hört die leisen Töne besser.

Wirkliche Befreiung

Von Enno v. Loewenstern

Kardinal Ratzingers brillante Analyse der „Theologie der Befreiung" vermerkt ein wenig defaitistisch, daß sie einen „Kern an Wahrheit" enthalte und „daß das Ganze eine fast unwiderstehliche Logik in sich trägt." Er folgert, daß „nur mehr Bekehrung und mehr Glaube jene theologischen Einsichten und jene Entscheide der Hirten ermöglichen und wekken, die der Größe der Frage entsprechen."

Das wird nicht ausreichen. Und die Deutung befriedigt auch nicht, daß diese sogenannte Theologie „in gar keines der bisherigen Schemata von Häresie hineinpaßt." Nicht alle Ketzer beschränkten sich aufs Spirituelle; es hat seit Augustinus viele Versuche gegeben, das Reich Gottes auf Erden zu errichten, und es hat jedesmal viel Blut und viele Tränen gekostet. Jenseits aller Bultmann'schen Entmythologisierung – die in Grenzen gerechtfertigt, wenn nicht sogar notwendig ist – reduziert sich die Diskussion auf zwei simple Einsichten: Erstens, daß den Armen und Verfolgten geholfen werden muß. Zweitens: *daß man wissen muß, wie.*

In Punkt zwei liegt das Problem. Wenn die Kirche sich berufen fühlt, in die Frage einzutreten, wie man den Menschen mehr besseres Essen verschafft, dann darf sie sich nicht damit begnügen, den armen Ländern die Armut und in den reichen Ländern den angeblich herzenverhärtenden Reichtum zu beklagen. Dann muß sie untersuchen, was die reichen Länder reich gemacht hat, und muß dies Rezept empfehlen, auch wenn es nicht schick ist.

Dann muß sie sich zu der nüchternen Erkenntnis durchringen, daß die Theologie der Befreiung nicht mehr Wahrheit enthält als Hitlers Rassen- und Lenins Klassenwahn; daß am Ende allen Blutvergießens eben nicht materieller Wohlstand, sondern materielles und spirituelles Elend stehen.

Der Papst weiß letzteres und sagt es, während Nicaraguas Politpfaffen heulen. Nun braucht die Kirche den Mut, das positive Gegenbild darzustellen: daß Marktwirtschaft freiheitlich und christlich ist, auch wenn hier wie überall Exzesse vorkommen. Daß es zu simpel ist, die Botschaft ins Staatsrecht zu übertragen: wirf deinen Reichtum von dir und folge mir nach. Der Gerechte fällt siebenmal am Tage, in Sozial- wie anderen Fragen, aber Armut mit Armut zu bekämpfen, Unterdrückung mit Unterdrückung, das ist weder christlich noch sonstwie sinnvoll. Hier ist der Ansatz, um jene Entscheide der Hirten zu wecken, die der Größe der Frage entsprechen.

Er kann nicht anders

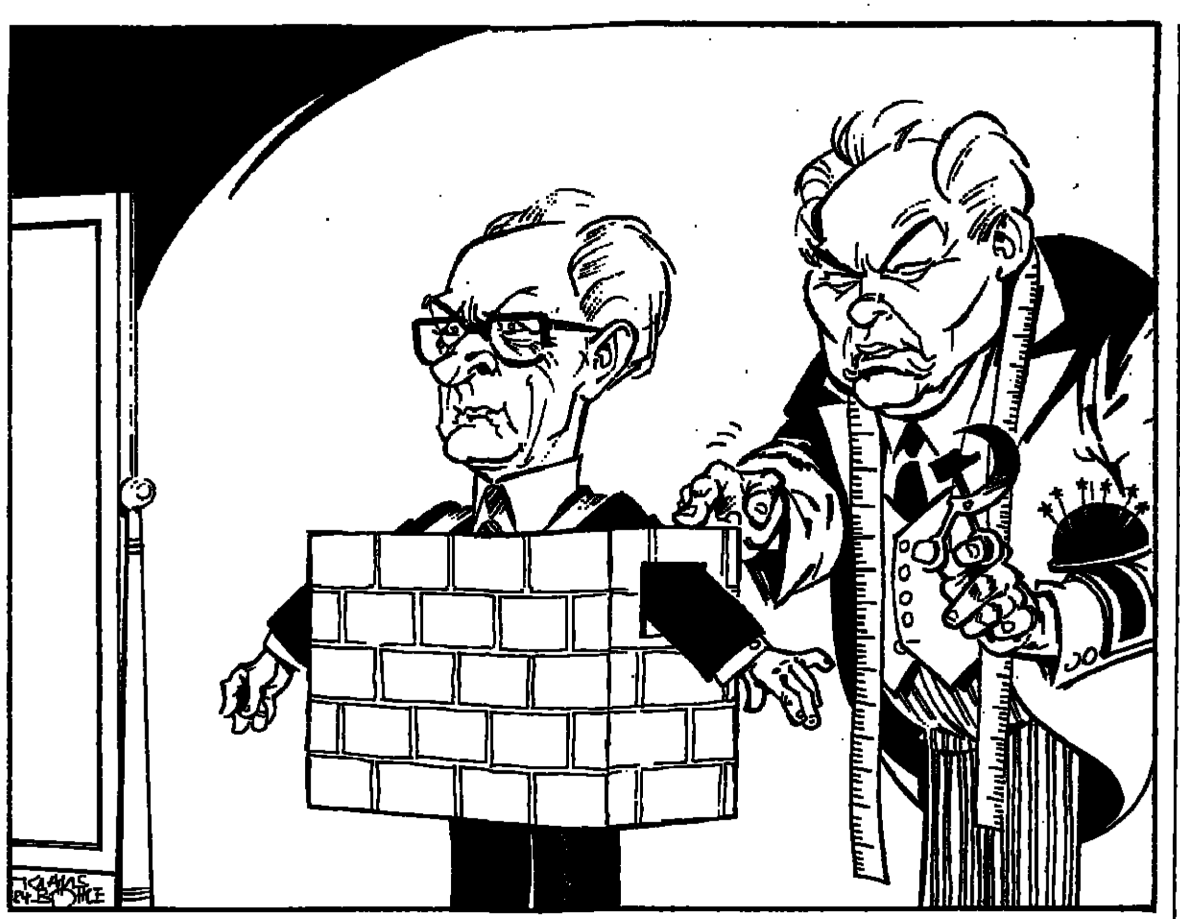
Von Eugen Wolmarshof

Wer partout an den guten Willen Honeckers glauben will, wird aus dessen großer Gera-Aufwärmung plus Revanchismus plus Krieg geht wieder von deutschem Boden aus (etwas peinlich, daß der Ärmste extra klarstellen mußte: „nämlich vom Boden der BRD"!) folgern: was blieb ihm übrig, er kann nicht anders. Wer ihm skeptisch gegenübersteht, wird genau dasselbe folgern. Seltsam, wie schwer es da fällt, zu gemeinsamer Handlungsanweisung zu gelangen.

Denn es nützt wenig, darüber zu spekulieren, ob Honecker im tiefsten Herzen gern netter zu uns wäre, als er ist und als Moskau es möchte. Er hat den Taten Worte folgen lassen, das ist alles. Die Abmachungen mit Bonn sind äußerst unbefriedigend und werden nicht besser davon, daß man Kritikern schulmeisterlich erklärt, da sei nicht mehr drinzewesen und jedes nörgelnde Messen an den vorher geweckten Erwartungen schade der Sache. Ob da mehr drin war oder nicht, hätten wir erfahren, wenn man die zweite Milliarde zurückgehalten hätte, bis die letzten Details schriftlich fixiert waren.

Und nun kommt er als einer, der seine Gastgeber als Kriegsverbrecher beschreibt, während auf dieser Seite der Mauer gar behutsam um den heißen Brei der offenen Frage herumgeredet wird, um ihn ja nicht undiplomatisch zu kränken. Honecker wandert auf seltsamem Grat zwischen Moskaus Zorn, der Angst seines eigenen Regimes vor der Attraktivität des Westens und der Angst, den aufgestauten Zorn in Mitteldeutschland durch ungeschickte Abgrenzung nach Westen zur Explosion zu bringen.

Hier gibt es in der Tat für uns Chancen, die Lage der Menschen drüben zu verbessern. Aber sie werden versäumt, wenn man sich Illusionen macht, wie sie bisher bei den amateurhaften Verhandlungen und dem Überschwang im Vorfeld dieses hart an die nationale Würde gehenden Besuches erkennbar wurden und werden.



„Im Westen nichts Neues!!!" KLAUS BÖHLE

Dallas und Frau Ferraro

Von Thomas Kielinger

Dies ist die Woche der zweiten Krönung Ronald Reagans zum Präsidentschaftskandidaten seiner Partei. Dies ist aber auch die Woche, wo des anderen Kaisers neue Kleider abblättern, und das ist das Hauptthema für die Amerikaner: der rasche Verfall des Hauses Ferraro.

Vor vier Wochen die überschäumende Begeisterung über den Durchbruch des Jahrhunderts – eine Frau auf dem Wege zur Vizepräsidentschaft, vielleicht bald nur noch den sprichwörtlichen Herzschlag entfernt vom Oval Office – von der Euphorie ist fast nichts geblieben. Kaum aufgebaut als Heroine der Nation, sieht sich Geraldine Ferraro als Belastung für Walter Mondales Wahlkampf deklassiert.

Daß dies alles so kommen mußte, weil einige Dinge in dem finanziellen Gebaren der Eheleute Ferraro-Zaccaro nicht ganz vornehm ausschauen, mag man als hohe Ironie, ja, Heuchelei einstufen – es gehört nun einmal zum Spiel, und die Demokraten spielten es kräftig gegen die Administration, etwa gegen den Präsidentenberater Meese. Demokratische Gesellschaften haben sich in Sachen Geld einen Benimmkodex zugelegt, an dem gemessen zu werden niemand protestieren darf, der nach den Spitzenämtern der Regierung greift. Und wer die anderen kritisiert, kriegt es umso herzlicher in die eigene Achillesferse.

In den USA besteht seit der „Ethics in Government"-Gesetzgebung von 1978 und den reformierten Wahlfinanzgesetzen von 1974 die eiserne Regel strenger Offenlegung. Nur blinde Begeisterung kann geglaubt haben, eine Frau werde von dieser Regel ausgenommen. Im Gegenteil: gerade der (die) erste, die Bahnbrecher-Figur, muß sich als lupenrein erweisen. Wie sorgfältig hat beispielsweise der Baseball-Unternehmer Branch Rikkey vor fast vierzig Jahren in Jakkie Robinson den ersten farbigen Baseballspieler der höchsten Ligen ausgewählt, wie lange bangte man, ob Robinson dem Druck gewachsen sein werde! (Er war es).

Vor der möglichen Vizepräsidentschaft verblaßt das Recht Mister Zaccaros – des Mannes der Geraldine Ferraro – auf Schutz seiner finanziellen Intimsphäre. Da tritt das Recht der Öffentlichkeit an die erste Stelle, zu erfahren, welche Interessenskonflikte sich aus den Geschäften von Ehepartnern hoher Politiker ergeben können. Wir sind an dem Punkt, wo sich der einzelne überlegen muß, ob er solche Enthüllungsorgien über sich ergehen lassen will. Doch Frau Ferraro wurde nicht zu ihrer Rolle gezwungen. Sie hat sie sehenden Auges angenommen.

Daß ihr Mann und sie selber heute mit ihren Steuererklärungen der letzten Jahre an die Öffentlichkeit treten wollen, kommt um Wochen zu spät. Der Schaden ist bereits geschehen, das Mißtrauen gesät. Immobilienhandel – das Geschäft John Zaccaros, an dem seine Frau, man weiß nicht bis zu welchem Grad, beteiligt ist – gehört zu Amerikas heikelsten Themen. Hier sind Abschreibungen und Steuervorteile im Spiel, die es in Grenzfällen erlauben, sogar bei beträchtlichen Investitionen nahezu steuerfrei davonzukommen. Das mag legal sein, dürfte sich aber für Frau Ferraro ungünstig auswirken, wenn es auf die Geschäfte ihres Mannes zutreffen sollte.

Bedenklich erscheint im Rückblick die in den Jahren ihrer Kongreßzugehörigkeit abgegebene Erklärung der Staatsanwältin aus Queens, sie habe vom Business Mr. Zaccaros „keine Gewinne" bezogen, während ihr Anteil an seiner Immobilien-Managementfirma sich auf einen Wert von nur „5 bis 15 000 Dollar" belaufe. Ihr gehören fünfzig Prozent der Anteile dieser Firma. Und mag auch der Gewinn aus den übrigen Geschäften ihres Mannes nicht auf dem Konto einer Frau verbucht worden sein, die ihre eigene Karriere verfolgt, so haben doch Kritiker vermerkt, daß sie kraft Ehevertrags Miteigentümer von nicht weniger als vier Häusern und Eigentumswohnungen ist, verstreut in paradiesischen Gegenden zwischen Forest Hills in New York und den Virgin Islands in der Karibik.

Wir wohnen einer klassischen Fallstudie bei, warum es so schwierig geworden ist, in den USA Leute mit Kaliber für hohe politische Ämter zu gewinnen. Einerseits ist es ja erfreulich, daß Kandidaten nicht bloß deshalb automatisch unbesiegbare Helden auf Dampfwalzen sind, weil bestimmte Medien sie dazu hochjubeln. Da funktioniert schon so etwas wie ein kritischer Kontrollmechanismus in Mr. Average American. Der Plastik-Kandidat Gary Hart hat es erfahren, zum Glück für die Nation. Andererseits ist „Business" das Hauptanliegen der Nation; auf die eine oder andere Weise ist fast jeder Amerikaner irgendwann unternehmerisch tätig gewesen – ebenfalls gottlob; soll etwa der Funktionär, *Beamte oder Berufspolitiker das* Vorbild sein, der nie etwas auf eigenes Risiko verantwortet hat? Und zweifellos ist es auch gut, daß der Amerikaner eifersüchtig darüber wacht, keinen Politiker sich an der Politik bereichern zu lassen. Nur eben: wo ist das Maß, die vernünftige Mitte zwischen Korruption einerseits und Ausschaltung der Tüchtigsten andererseits?

Es war Frau Ferraros Partei, die die „Ethics in Government"-Gesetzgebung schon auch deshalb betrieb, um den anderen, die als Partei des Big Business galten, am Zeuge zu flicken. Man kann von strafender Gerechtigkeit reden, man kann die Kraniche des Ibikus beschwören. Am besten wäre es, man zöge die Lehre daraus, Gesetze dieser Dimension nicht mit heißer Nadel und nicht mit hämischer Absicht zu nähen. Amerika braucht Efficiency in Government, Kontrolle darf nicht in Neid ausarten, und: Der beste Kandidat ist allemal der, der sein Business versteht. Die Trompeten von Dallas werden den Demokraten ihr Jericho schmerzlich zu Bewußtsein bringen.



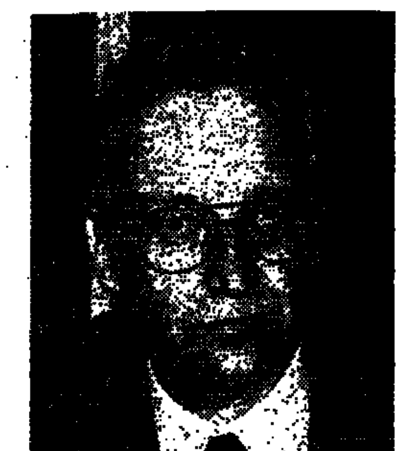
Zu späte Erklärung zur Steuererklärung: Ehepaar Ferraro FOTO: DPA

IM GESPRÄCH Edmund Stoiber

Ein Unruhiger bleibt

Von Peter Schmalz

Landauf, landab regt sich kein Zweifel: Die CSU will CDU-Narjes nur deshalb vom 20 000-Mark-Stuhl des EG-Kommissars in Brüssel stoßen, damit ihr Bonner Statthalter Schmidhuber den Posten in der Bundeshauptstadt räumt und Edmund Stoiber, der ehrgeizige Blonde in der Münchner Staatskanzlei, endlich mal wieder etwas werden kann. Diesmal bayerischer Bundesratsminister in Bonn. „Als bayerische Faust am langen Münchner Arm", wie es im Fernsehen hieß.



Alte Gerüchte und neue Einsichten: Stoiber FOTO: PROBST

Tatsächlich ist Stoiber für diese Nachfolge im Gespräch, und tatsächlich zeigte der schlanke und nicht selten vorschnelle Mitdenker des bayerischen Ministerpräsidenten Ambitionen auf einen Wechsel nach Bonn. Wird aber dort der Bayern-Sessel im kommenden Frühjahr gegen manche Widerstände doch noch frei, so scheint es neuerdings doch fraglich, ob Stoiber Schmidhubers Nachfolge am Rhein antritt.

Im vertrauten Kreis jedenfalls hat er die seit Tagen über ihn umlaufenden Gerüchte als „lachhaft" abgetan. Dies mag ihm selbst so erscheinen, aber am Entstehen des Geredes hat er keinen geringen Anteil. Schon in der Endphase seiner Amtszeit als CSU-Generalsekretär deutete der arbeitswütige Oberbayer Bonn als Ziel seiner politischen Wünsche an.

Damals aber berief Strauß den an der Parteibasis als „trouble-shooter" ungeliebten Vertrauten zum Staatssekretär in das Münchner Machtzentrum, die Staatskanzlei. Als „erster Gehilfe" des Ministerpräsidenten, wie Stoiber sich gerne bezeichnet, entfaltete er sich zu einem der einflußreichsten Männer im Freistaat.

Dennoch wäre er gern Minister geworden – und war dem Wunsch zum Greifen nahe. Strauß hatte seine Ernennung zum Sozialminister und damit zum Nachfolger des nach Straßburg gewechselten Fritz Pirkl bereits abgesegnet. Die Zäsur kam mit dem Unfalltod von Marianne Strauß. Stoiber bat Strauß aus freien Stücken, in seiner Nähe in der Staatskanzlei bleiben zu können. Der akzeptierte nicht ohne Bewegung. Wer in letzter Zeit mit dem knapp 43jährigen Politiker eingehend diskutieren konnte, mußte den Eindruck gewinnen: Hier hat einer, der seine Unruhe nur schwer verbergen kann, zumindest vorerst seine Rolle gefunden. Und diese spielt in der unmittelbaren Nähe von Strauß. Mitgefühl scheint dabei eine nicht unbedeutende Motivation zu sein.

Aber auch die politischen Gründe zählen: Stoiber scheint derzeit wieder einzusehen, daß es kaum einen Ort außer dem Vorzimmer von Strauß gibt, von wo aus er sich mit größerer Wirkung äußern könnte. „Ich will etwas bewegen und fühle mich in München wohl."

Dazu trug auch die Ansicht bei, daß die Regierung in Bonn bisher wenig Kooperationswillen gegenüber den Bayern zeige. Die Schadenfreude über den CSU-Verlust bei der Europawahl schmerzt noch. Nun heißt Stoibers neues Ziel: das Kapital Strauß optimal nutzen für einen hohen Wahlsieg bei der bayerischen Landtagswahl 1986. Und das aller Voraussicht nach mit einem Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

WESER KURIER

Zu den Tornado-Lieferungen Londons an die Saudis meint das Blatt:

Hatte die Bonner Zurückhaltung gegenüber Saudi-Arabien im Fall der „Leopard"-Panzer noch geklappt, so hat der Verzicht der Bundesregierung auf ihr Veto im Transfer-Geschäft mit den „Tornado"-Flugzeugen geradezu eine Schleuse geöffnet . . . Der ausgewogenen Nahostpolitik, wie die Bundesregierung sie im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft bislang zu betreiben versuchte, ist mit dieser jüngsten Entwicklung der Todesstoß versetzt worden. Sollte eines Tages ein Israeli durch „Tornado"-Kampfeinsatz sein Leben verlieren, wird Israel die Mitschuld Bonns einklagen.

Frankfurter Allgemeine

Das Blatt kritisiert die Art, wie Weizsäcker in die Lehrstellen-Debatte eingriff:

Der Bundesrpäsident hat daher – und das steht ihm gut an – die Betriebe aufgefordert, ihre Anstrengungen noch einmal zu erhöhen. Aber mit diesem Appell hat sich von Weizsäcker nicht begnügt. Vielmehr schlug er eine Maßnahme vor: der Staat möge den Ausbildungsbetrieben (finanzielle) Anreiz geben. Die Bundesregierung befürchtet aber, daß solche Anreize den Appetit anregen werden: Würden im nächsten Jahr nicht noch mehr Betriebe nur dann ausbilden wollen, wenn ihnen die Kosten teilweise erstattet werden? Auch wenn Weizsäckers Vorschlag unproblematisch wäre: Der Bundespräsident läßt da eine Neigung erkennen, sich in die Regierungspolitik einzumischen.

BERLINER MORGENPOST

Die Zeitung kommentiert Möllemanns „Vertrauensfrage":

Seine Forschheit in Wort und Geschäft ist geradezu sprichwörtlich. Umtriebig, unbedacht und unverfroren produzierte er Schlagzeilen, wenn nur der Name Möllemann darin enthalten war. Sogar eine „zionistische Verschwörung" mochte er unlängst nicht ausschließen. Nun hat sich Möllemann, der fixe Schwadronierer, nur dadurch an der Spitze der nordrhein-westfälischen FDP halten können, indem er die Vertrauensfrage stellte. Die vergrämten Parteifreunde, Möllemanns Messer am Hals, konnten ihn angesichts der bevorstehenden Kommunal- und Landtagswahlen nicht fallen lassen. Fällt nun die FDP?

NEUE RUHR ZEITUNG

Zu Rumänien heißt des in dem Essener Blatt:

In Moskau mehren sich die Anzeichen für eine schärfere Gangart gegenüber Rumänien, das als einziges Ostblockland dem Boykott nicht gefolgt war . . . Nach längerer Zurückhaltung gegenüber solchen Alleingängen scheinen die offenen Rügen nun darauf hinzudeuten, daß Ceaucescus Kurs für Moskau eine schwer erträgliche „neue Qualität" angenommen hat. Dies dürfte sich vor allem auf Rumäniens fast „neutralistisches" Verhalten im Raketenstreit beziehen. Denn auch hier übte Ceaucescu Kritik am Wettrüsten beider Supermächte – sogar auf der Stockholmer Abrüstungskonferenz. In Moskau scheint dies nicht vergessen zu sein.

Wie Vasil Bilak eine Kirche umfunktionieren wollte

Zum Hintergrund der überraschenden Erklärung Tomasek-Feranec / Von Carl Gustaf Ströhm

Als Anfang Juli die Wiener katholische Nachrichtenagentur „Kathpress" von einem Versuch tschechoslowakischer KP-Kreise um das dogmatische Politbüro-Mitglied Vasil Bilak berichtete, die katholische Kirche der CSSR in eine von Rom unabhängige „Nationalkirche" umzuwandeln und sie mit dem russisch-orthodoxen Moskauer Patriarchat zu verbinden, gab es aus Prag wütende Dementis. Auch die WELT wurde wegen ihrer Berichterstattung von der CSSR-Parteipresse attackiert.

Jetzt allerdings hat die mysteriöse Angelegenheit eine sensationelle Wendung erfahren. Der Primas von Böhmen, Kardinal Frantisek Tomasek, und der amtierende Oberhirte der slowakischen Katholiken, Bischof Jozef Feranec, haben in einer gemeinsamen Erklärung festgestellt, daß eine Verbindung zwischen dem tschechischen und slowakischen Katholizismus einerseits und der orthodoxen Ostkirche – also dem Moskauer Patriarchat – andererseits nicht in Frage komme. Noch erstaunlicher: Die Erklärung der beiden Bischöfe wurde in den regimetreuen Kirchenzeitungen von Prag und Preßburg nachgedruckt. Der entscheidende Passus lautet: „Das freundschaftliche, ökumenische Verhältnis zwischen der katholischen Kirche in der CSSR und der Orthodoxie kann nicht dazu führen, daß sich die katholische Kirche der CSSR an die russisch-orthodoxe Kirche anschließt."

Also gab es den Versuch doch, sonst hätten die beiden Oberhirten keine solche Stellungnahme abgegeben. In diesem Zusammenhang erscheint auch die überraschende, mit der Partei- und Staatsführung der CSSR nicht vorher abgesprochene Einladung in einem neuen Licht, die Kardinal Tomasek an Papst Johannes Paul II. zum Besuch der 1200-Jahr-Feier des Slawenapostels Methodius im mährischen Velehrad 1985 richtete. Wollte Tomasek damit einem Plan zuvorkommen, der vom dogmatischen Flügel der tschechoslowakischen KP ausgeheckt worden war?

Dieser Flügel um den aus dem slowakisch-ukrainischen Grenzgebiet stammenden Vasil Bilak scheint die Absicht gehabt zu haben, eine alte „laizistische" Tradition wiederaufzunehmen, die bereits vor dem Zweiten Weltkrieg in Böhmen herumgeisterte, zur Zeit des Stalinismus aber konkrete politische Formen annahm: Die Trennung der tschechischen und slowakischen Katholiken von der päpstlichen Oberhoheit. Diese kommunistisch inspirierte „Los-von-Rom-Bewegung" blieb damals allerdings in Ansätzen stecken. Was erreicht wurde, war lediglich die Gründung einer regimekonformen Priestervereinigung „pacem in terris". Seit der polnische Papst 1982 den katholischen Geistlichen verboten hat, sich an politischen Vereinigungen – folglich auch an „pacem in terris" – zu beteiligen, fürchten Prager KP-Kreise offenbar, die Kontrolle über die katholische Kirche zu verlieren.

Im Zusammenspiel mit Moskau scheint nun einigen radikalen Kräften in der tschechoslowakischen Partei eine „radikale" Lösung vorgeschwebt zu haben. Im März wurde Bischof Feranec unter Umgehung des Kardinals Tomasek mit einer Kirchendelegation nach Moskau eingeladen und dort vom russischen Patriarchat mit allen Ehren empfangen. Katholische Kreise halten es allerdings für ausgeschlossen, daß die Führung der russisch-orthodoxen Kirche damit die Förderung der „Unions"-Pläne gewisser Prager Funktionäre beabsichtigte – oder daß sie auch nur davon wußte. Die regimetreue Kirchenzeitung „Katolicke noviny" dementierte, daß auf einem Treffen regimetreuer Priester der „pacem in terris"-Gruppe in der Hohen Tatra die Frage einer Nationalkirche und einer Unterstellung unter die russische Orthodoxie überhaupt besprochen worden sei.

Immerhin hat aber in der katholischen Bevölkerung diese angebliche Prager Absicht große Besorgnis ausgelöst. Wobei als besonders alarmierend empfunden wurde, daß zu den Methodius-Feierlichkeiten in Velehrad der Papst gar nicht erst zugelassen und statt dessen der Moskauer Patriarch in den Mittelpunkt gestellt werden soll.

Sicher ist nichts dagegen zu sagen, daß das Oberhaupt der russischen Orthodoxie an einer Gedenkfeier für einen der beiden Slawenapostel teilnimmt. Schließlich gründet sich auf Kyrill und Methodius auch die russische Orthodoxie. Auch in Velehrad hätten folglich die Orthodoxen ihren legitimen Platz. Aber da fällt eben auf, daß ein Kirchenoberhaupt kommen, aber das andere, das eigentlich zuständige, nicht kommen soll. Daher wird der alarmierende Verdacht verstärkt, daß politische Machthaber das Gedenken an einen der großen Heiligen Europas und der Ostkirche dazu benutzen wol(l)en, um ihnen genehme politische und organisatorische Konstellationen in den christlichen Kirchen herbeizuführen. Der Versuch der Bilak-Gruppe ist durch den Widerstand der katholischen Bevölkerung und durch die klaren Worte der beiden Oberhirten vorerst abgewehrt worden. Weitere Wachsamkeit bleibt geboten.

Warum der Afghane Abdulmajid Mangal die Heimat verließ

Er war Geschäftsträger der afghanischen Botschaft in Moskau und gehörte zu den Privilegierten seines Landes. Dennoch floh er. In der pakistanischen Grenzstadt Peshawar nennt Abdulmajid Mangal der WELT die Gründe für seine Flucht und berichtet über die Lage in Afghanistan.

Von WALTER H. RUEB

Die afghanische Innen- und Außenpolitik unterliegt voll und ganz dem Willen des Kreml", sagte Abdulmajid Mangal. „Das Ziel ist die völlige Sowjetisierung Afghanistans. Im Außenministerium in Kabul liegt alle Gewalt in den Händen der Sowjets. Sie entscheiden selbst über Stellenbesetzungen und Beförderungen."

Mangal ist wie kein anderer in der Lage, dies zu beurteilen. Der 40jährige Diplomat war Mitglied der Delegation, die Moskau zusammen mit den früheren afghanischen Präsidenten Taraki und Amin besuchte und das „Abkommen über Freundschaft, gute Nachbarschaft und Zusammenarbeit" mit den Kremlführern im Dezember 1978 unterzeichnete, mit dem die Sowjets seither ihre Intervention in Afghanistan rechtfertigen.

Der dunkelhaarige, hochgewachsene Diplomat gehörte auch der dreiköpfigen afghanischen Delegation bei der sechsten außerordentlichen UNO-Generalversammlung an, welche im Januar 1980 die sowjetische Aggression in Afghanistan verurteilte. Insgesamt war Mangal acht Jahre lang Vertreter seines Landes bei der UNO, nahm an Gipfeltreffen und Außenminister-Konferenzen der blockfreien sowie der islamischen Staaten teil. Von August 1980 bis Oktober 1983 war Mangal schließlich Geschäftsträger und damit Zweiter Mann in der Botschaft seines Landes in Moskau. Im Mai 1984 flüchtete Mangal mit Hilfe des afghanischen Widerstands zusammen mit Frau und zwei Kindern nach Pakistan. „Wir wurden geführt und beschützt von Freiheitskämpfern", sagte Mangal in der pakistanischen Grenzstadt Peshawar zur WELT. „Das Abenteuer dauerte drei Tage. Nach 20minütiger Autofahrt hatten wir Kabul hinter uns und waren auf von der Guerrilla kontrolliertem Gebiet. In der zweiten Nacht aber gerieten wir in Gefahr, als die Sowjets Stellungen der Mudjahedin angriffen."

Mangal spricht Farsi und Paschtu, die Sprachen seiner Heimat, darüber hinaus Englisch, Französisch und ein wenig Russisch. „Meine beiden sieben und elf Jahre alten Söhne sprechen es perfekt", sagte er. „Die Sowjets haben nur wenig Sympathie für die Afghanen ... Sie sind ihnen gegenüber mißtrauisch. Nur wer Russisch spricht, wird als Freund betrachtet. Die Russen sind gar eigenen Landsleuten gegenüber mißtrauisch, wenn diese mit Ausländern sprechen."

Kubanische Truppen unterstützen die Sowjets

Mangal hatte es in Moskau selbst als offizieller Vertreter des kommunistischen Regimes von Babrak Karmal schwer. Er sprach kaum Russisch, dafür hervorragend Englisch. Während des Studiums von Internationalem Recht und Politischen Wissenschaften in New York hatte er die Sprache gelernt. Mangal: „Die Sowjets sind auch gegenüber allen mißtrauisch, die nicht in der Partei sind. Ich war nicht in der Partei ... Zusätzliches Mißtrauen erregte ich, weil ich in den USA studiert hatte."

Nach Angaben von Mangal verstärken tatsächlich kubanische Soldaten die sowjetischen Truppen in Afghanistan. Er bestätigte auch, was seit Jahren immer wieder vermutet und da und dort behauptet worden war: daß Vietnamesen und Truppenkontingente aus dem Ostblock im Hindukusch engagiert sind. Mangal: „Aus der DDR sind Hunderte von Militärberatern dabei ..."

Der Ex-Diplomat verriet, daß sein Land in Moskau zwei Gesichter habe: ein kommunistisches im Kreml und in der „Prawda", ein anderes in den Augen der Bürger. „Die Masse in der Sowjetunion kennt die Wahrheit", sagte Mangal. „Schließlich kommen seit Jahren mit Särgen gefüllte Flugzeuge zurück, und da und dort erzählt ein heimgekehrter Soldat vom Krieg in Afghanistan ... Längst wissen alle, daß in Afghanistan weder Chinesen noch Pakistani und schon gar keine Amerikaner gegen die Rote Armee kämpfen."

Mangal sah in Moskau und anderen Städten der Sowjetunion weinende Mütter. „Wenn sie erfuhren, daß ich Afghane war, bekam ich einiges zu hören", erzählte Mangal. „Die Russen machten uns Vorwürfe. Es gelang nicht immer, sie zu beruhigen. Auf dem Markt weigerten sich Händler und Verkäuferinnen, mir Obst und Gemüse zu verkaufen. Schließlich klärte ich die Sowjets auf. Manche weinten, viele entschuldigten sich. Dann verfluchten sie die Männer im Kreml. Eine Frau beklagte auf dem Markt mit lauten Rufen ihren in Afghanistan gefallenen einzigen Sohn ..."

Ein ausgeklügeltes Programm mit dem Ziel, die afghanische Jugend zu indoktrinieren, sei von den Sowjets aufgestellt worden, fuhr Mangal fort. Sie scheuten dabei keine Kosten. Nach Mangals Angaben werden zur Zeit mehr als 10 000 afghanische Studenten, Nachwuchs-Diplomaten, Armee- und Polizeioffiziere in der Sowjetunion kostenlos ausgebildet. „Dabei werden sie von Experten der kommunistischen Ideologie und des KGB unterrichtet", sagte Mangal. „Das Hauptziel der Schulung ist es, aus ihnen die Kader zu formieren, welche Afghanistan total in das kommunistische System eingliedern sollen. Beseitigung und Ausmerzung der nationalen und der islamischen Identität und der moralischen Grundlagen der afghanischen Jugend stellen einen wichtigen Faktor bei der Erfüllung des Programms dar."

Vetternwirtschaft, Begünstigung und Bestechung seien in Kabul an der Tagesordnung, verriet Mangal. Alle höheren Posten in den Botschaften des Landes seien beispielsweise von Verwandten von Außenminister Schah Mohammad Dost besetzt. Die Botschaften aber würden völlig von den Sowjets kontrolliert. Mangal: „In fast allen Ländern werden die afghanischen Diplomaten angehalten und gezwungen, Weisungen von sowjetischen Diplomaten entgegenzunehmen – selbst bei der Erledigung alltäglicher Dinge. Die afghanische Botschaft in Moskau ist dafür ein gutes Beispiel. Nach dem Tod von Breschnew bat der Erste Sekretär der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland mich um einen Termin. Es dauerte zwei Tage, bis wir die Genehmigung für diese Begegnung von der sowjetischen Regierung und der KPdSU erhielten. Die afghanische Botschaft in Moskau hat keine andere Befugnis, als Vorkehrungen für Vergnügungspartys und protokollarische Angelegenheiten zu treffen."

Moskau schreibt eine neue Geschichte

Über andere Erscheinungen in den Beziehungen der beiden Länder sagte Mangal: „Die sowjetischen Berater und Delegationen besuchen Afghanistan ohne Visa. Sie betrachten Afghanistan nicht als Ausland, sondern als Teil der Sowjetunion. Afghanen aber werden auf jedem Flughafen der Sowjetunion gründlich durchsucht. Andererseits wird es den afghanischen Zoll- und Polizeioffizieren nicht erlaubt, das Gepäck sowjetischer Staatsbürger auf dem Flughafen von Kabul zu durchsuchen. Dieses Privileg wird voll ausgenutzt und hatte zur Folge, daß wertvolle historische Dokumente und Manuskripte aus Kabul geschmuggelt worden sind. Derzeit arbeitet eine Zwei-Mann-Delegation sowjetischer Berater im Außenministerium von Kabul unter dem Vorwand, die Archive neu zu ordnen. Tatsächlich aber sammeln sie sämtliche wichtigen historischen Dokumente, *um sie außer Landes zu bringen.* Die Sowjets werden eine neue Geschichte Afghanistans schreiben. Zwar wird behauptet, daß Afghanen die neue Geschichte schreiben und drucken. Ich weiß aber, daß der Vorsitzende des Instituts für Orient-Studien in Moskau und andere sowjetische Wissenschaftler diese Geschichte schreiben ..."

Das Regime von Babrak Karmal sei nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich und finanziell bankrott, sagte Mangal. Die Solidarität der kommunistischen Länder aber sei nicht groß. Es habe starken sowjetischen Druckes bedurft, um wenigstens einige Satelliten zu veranlassen, Kabul zu helfen. Umfangreich sei die Unterstützung jedoch nicht. Meist beschränke sie sich darauf, die Gehälter von Angehörigen der afghanischen Botschaft im eigenen Land einschließlich der Mieten für die Botschaftsgebäude zu übernehmen. Mangal: „So verfährt beispielsweise die Regierung der DDR in Ost-Berlin."

Nach Ansicht von Mangal haben sich die Träume von Babrak Karmal von einer kommunistischen Massenbewegung sowie einer Stärkung der afghanischen Armee nicht erfüllt. „Nach all den Fehlschlägen haben Karmal und die Sowjets nun ihre Aufmerksamkeit auf eine Verstärkung von Terror und Spionage konzentriert. Zweck des gnadenlosen Vorgehens ist es, die Massen einzuschüchtern und andererseits Agenten und Spione bei den Mudjahedin zu infiltrieren und unter diesen Uneinigkeit zu schaffen. Kabul hofft auf die Uneinigkeit der Guerrilla und arbeitet sehr hart für die Erreichung dieses Ziels, auch um des eigenen Überlebens willen. Daneben finden unentwegt Verhaftungen und Einkerkerungen statt, Hinrichtungen und Massaker gehen unverändert weiter, und ohne Gerichtsverfahren werden dem Volk immer neue Leiden zugefügt. Am Dienstag ist der Tag der Hinrichtung im Zentralgefängnis von Kabul ..."



Afghanischer Flüchtling in Pakistan: Abdulmajid Mangal FOTO: RUEB

Aufschlußreich waren die Enthüllungen von Mangal über Vorkommnisse bei den internationalen Verhandlungen über eine politische Lösung des Afghanistan-Problems. „Die Führung der afghanischen Delegation bei zahlreichen Gesprächen lag jahrelang in den Händen von Anatolij Gawralov von der Afghanistan-Abteilung im Außenministerium in Moskau. Nach seinem Tod übernahm diese Aufgabe im April 1984 Wassili Sufrawitschok. Bei den Verhandlungen verlangten die Sowjets stets Garantien, die weder gerechtfertigt noch erfüllbar waren, und sie akzeptierten keinen Zeitplan für den Abzug ihrer Streitkräfte aus Afghanistan. In Wirklichkeit ist das Ganze nur eine Verzögerungstaktik. Es geht den Sowjets darum, Zeit zu gewinnen, den westlichen Druck zu verringern und ihre wahren Absichten zu verschleiern.

In Wahrheit wollen die Sowjets überhaupt keine politische Lösung. Den Zeitgewinn hoffen sie dafür nützen zu können, das Karmal-Regime in Kabul konsolidieren zu können. Sie hegen auch die Hoffnung, daß der Widerstand nachläßt und sich schließlich totläuft. Sie setzen ferner darauf, daß der Westen weiterhin mit eigenen politischen und wirtschaftlichen Problemen beschäftigt ist. Längst haben sie übrigens mit Genugtuung konstatiert, daß der Westen bezüglich Afghanistan weder eine einheitliche Position bezieht noch eine gemeinsame Strategie entwikkelt ...

Kaum Rückhalt für die Kommunisten

Da sind die Sowjets entschlossener. Kabuls Außenminister Dost bekommt vor Afghanistan-Verhandlungen in Genf stets klare sowjetische Anweisungen ... Und seit Andropows Tod wird im Kreml verstärkt das Ziel verfolgt, in Afghanistan eine militärische Lösung herbeizuführen. Die Truppen wurden erheblich aufgestockt, der politische Rückhalt der Kommunisten bei der Bevölkerung Afghanistans ist aber nach wie vor gering. Die Demokratische Volkspartei Afghanistans zählt gegenwärtig zwar 15 000 Mitglieder, doch bin ich sicher, daß es nur wenige Parteimitglieder aus Überzeugung, jedoch viele aus Opportunismus gibt. Kommunismus und Sowjetisierung haben in meiner Heimat keine Chance."

Die Frage, warum er erst viereinhalb Jahre nach dem Überfall der Sowjets auf sein Land die Fronten gewechselt habe, beantwortete Mangal so: „Ich wurde 15mal aufgefordert, in die Partei einzutreten. Man lockte mit Karriere-Vorteilen und Geld. Doch ich lehnte ab. Jahrelang glaubte ich, auch als Diplomat der Sache des Widerstands dienen zu können, später war ein Frontwechsel zu gefährlich. Übrigens werden Kabuls Diplomaten, die nicht der Partei angehören, mit Vorliebe in kommunistische Länder geschickt. Da sind Überwachungsmöglichkeiten größer und Flucht-Chancen kleiner. Erst nach der Rückkehr aus Moskau im Herbst 1983 konnte ich an Flucht denken ... Jetzt bin ich frei, als Flüchtling registriert, beziehe ein paar Rupies Unterstützung, lebe aber hauptsächlich von Ersparnissen. Ich hoffe, mich im Widerstand nützlich machen zu können."

Der erste Kontakt kam von Kohl

Einmal haben sie sich getroffen: bei der Beisetzung Andropows. Zweimal haben sie miteinander gesprochen: über die „besondere" Telefonleitung. Nun soll ein Besuch Erich Honeckers bei Helmut Kohl folgen.

Von MANFRED SCHELL

Offizielle Gespräche, mehr noch „informelle" Kontakte zwischen hochrangigen Politikern haben in den meisten Fällen abseits von Kommuniqués und blumig formulierten atmosphärischen Schilderungen einen vertraulichen Kern. In besonderer Weise gilt dies für den Umgang zwischen Bundeskanzler Helmut Kohl und SED-Generalsekretär Erich Honecker. Hierüber ist nur „Autorisiertes" an die Öffentlichkeit gelangt.

Helmut Kohl hat bislang zweimal die besondere Telefonleitung benutzt, die zu einem speziellen Apparat im Büro Honeckers in Ost-Berlin führt. Der erste Kontakt auf dieser Schiene ging vom Bundeskanzler aus, gleich nach seinem Amtsantritt. Helmut Kohl meinte damals gegenüber Honecker, diese Leitung sollte man „nutzen".

Es handelt sich dabei nicht um eine Standleitung, die auf Knopfdruck ein unmittelbares Gespräch erlauben würde. Die Prozedur ist schwieriger. Staatsminister Jenninger, im Bundeskanzleramt für die Deutschlandpolitik verantwortlich, avisiert in solchen Fällen über den Ständigen Vertreter in Ost-Berlin, Bräutigam, dem persönlichen Büro Honeckers den Gesprächswunsch des Bundeskanzlers. Dann wird ein Termin vereinbart, und Fernmeldetechniker schalten die Leitung.

Allein die Tatsache, daß es solche Telefonate gibt, wird geheimgehalten, weil sie schon ein Politikum sein können. Der Kanzler duldet in solchen Situationen allenfalls zwei oder drei Vertraute in seinem Zimmer: Jenninger und die Abteilungsleiter Horst Teltschik und Eduard Ackermann.

In wenigen Tagen, so heißt es im Bundeskanzleramt, wird mit der offiziellen Bekanntgabe des Honecker-Besuchs in der Bundesrepublik Deutschland vom 26. bis 29. September gerechnet. Die technischen Vorbereitungen dafür sind ungeachtet der Attacken in der sowjetischen Presse und auch während des Urlaubs von Staatsminister Jenninger weitergelaufen, woraus Bonn unvermindertes Interesse Honeckers schließt. Freilich ist auch im Kanzleramt noch von einem „Restrisiko" die Rede, das in der Entwicklung der politischen Großwetterlage gesehen wird.

Honecker selbst hat zu erkennen gegeben, daß die offizielle Bestätigung für seine Reise auch „möglichst nahe" an dem Besuchstermin liegen sollte. Der SED-Generalsekretär wird mit dem Flugzeug kommen und auf Schloß Falkenlust bei Brühl wohnen. Hier wird er auch von Bundespräsident Richard von Weizsäcker begrüßt werden. Zuvor wird hier der bulgarische Parteichef Schiwkow residieren.

Die eigentlichen politischen Gespräche mit Bundeskanzler Kohl werden dann in Bad Kreuznach stattfinden. Bayern und Nordrhein-Westfalen, die saarländische Gemeinde Wiebelskirchen – in der Honecker geboren wurde – und das Marx-Haus in Trier werden weitere Stationen sein.

Wichtiger freilich ist die Frage, welche Ergebnisse der Honecker-Besuch für die Menschen im geteilten Deutschland bringen wird. Die Bundesregierung dämpft die Erwartungen. Sie würde es begrüßen, wenn eine „innerdeutsche Tagesordnung" (Rupert Scholz) vereinbart werden könnte. Dies heißt freilich nicht, daß Kohl die Bonner Forderungen nach weiteren Erleichterungen für die Menschen zurückstellen wird – fest in den Grundsätzen, pragmatisch in Einzelfragen, so lautet die Kohl-Linie. In diesem Zusammenhang wertet der Kanzler, auch auf kritische Einwände hin, die jüngsten Verabredungen mit der „DDR" als „Zwischenetappe" in einem langfristigen Prozeß.

In Bad Kreuznach wird Kohl seine zweite Begegnung mit Honecker haben. Er ist auf seinen Gesprächspartner eingestellt. In Moskau, als sich beide aus Anlaß des Todes von Andropow im Febraur 1984 gesehen haben, hatten sie sich nichts geschenkt, auch wenn das Gespräch im Gästehaus von Kohl „unverkrampft" verlief, wie Teilnehmer berichteten.

Der Kanzler hat einen „selbstsicheren" Honecker erlebt. Kohls Art ist es, unkompliziert auf seine Gesprächspartner zuzugehen. Er schaltet immer eine „Aufwärmphase" vorneweg. So auch damals in Moskau. Der Pfälzer Kohl sprach von dem gemeinsamen regionalen Hintergrund, was die Herkunft betreffe. Honecker sprang sofort an. Die Stenographen mußten die Bleistifte beiseite legen. Er schilderte Erinnerungen an die 30er Jahre in seiner saarländischen Heimat, an die „schwierigen Erfahrungen" der KPD in der Auseinandersetzung mit den Nationalsozialisten. An Pirmasens hatte Honecker *noch lebhafte Erinnerungen, auch an* einzelne Personen, die sowohl ihm als auch Kohl ein Begriff sind.

Diplomatische Floskeln hat es zumindest damals in Moskau nicht gegeben. Beide gaben zu verstehen, daß sie die jeweiligen „offiziellen Erklärungen" kennen. Als das Gespräch auf Trier und das Marx-Haus kam, schilderte der Bundeskanzler mit Vergnügen einen Vorgang aus seiner Zeit als Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz: Damals habe er Order gegeben, bei der Versteigerung des Nachlasses von Marx den „Vertreter eines ZK" zu überbieten.

Kohl sagte dann bei den ernsten Gesprächen, seine Regierungspolitik sei darauf ausgerichtet, „konstruktive Beziehungen" zur „DDR" herzustellen, auf der Grundlage des Vertragssystems. Beide Seiten sollten sich Einzelfragen zuwenden, die ungeachtet vorhandener „Grundunterschiede" gelöst werden könnten. So wird beispielsweise der Umweltschutz beim Honecker-Besuch eine Rolle spielen.

Honecker erwiderte damals, die Situation zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der „DDR" habe sich durch die Nachrüstung verschlechtert, aber der Dialog sei wichtiger denn je. Er vertrat die Position, obwohl er erst nach der Begegnung mit Kohl sein Treffen mit dem neuen sowjetischen Parteichef Tschernenko hatte.

Der Bundeskanzler und seine Berater zogen daraus den Schluß, daß sich Honecker sicher war, die Unterstützung des neuen Mannes zu haben. Die Umweltschutzkonferenz in München wurde angesprochen. Später war dann die „DDR" das erste Mitgliedsland des Warschauer Paktes, das – trotz Beteiligung des Umweltbundesamtes in Berlin – seine Zusage übermittelte. Auch der später erfolgte Besuch von SED-Politbüromitglied Mittag in Bonn wurde dort vorbesprochen.

Helmut Kohl erwartet mit Honekker einen Mann, den er, allen Spekulationen zum Trotz, fest im Sattel sieht. Nicht ohne Interesse sind in Bonn die zurückliegenden Personalveränderungen im SED-Politbüro beobachtet worden. Honecker, so glaubt man in Bonn, habe seine Politik gegenüber der Bundesrepublik Deutschland im eigenen Machtapparat „abgesichert", und er habe auch dafür die Rückendeckung zumindest von Tschernenko.

Ungeachtet dieser „großen Politik" hat sich am 19. Juni 1984 ein bemerkenswerter „deutschlandpolitischer" Vorgang ereignet. Horst Teltschik, im Kanzleramt für die Außen- und Deutschlandpolitik zuständig, sprach vor dem sowjetischen „Friedenskomitee". Sein Widerpart war das ZK-Mitglied Slagadin.

Teltschik hat in diesem Vortrag mehrmals die Nervenenden der Sowjets berührt, auch als es um die Deutschlandpolitik ging. Er sprach von der „unnatürlichen Teilung" Deutschlands. „Diese Unnatürlichkeit symbolisiert sich am stärksten und nachhaltigsten in der schändlichen Berliner Mauer." Teltschick vor sowjetischem Publikum: „Ein geteiltes Volk wird immer die Frage nach seiner Identität stellen, solange ihm die Selbstbestimmung als Ganzes verweigert wird." Wer die deutsche Frage einfach totschweigen wolle, der ignoriere geschichtliche Erfahrungen.

Teltschik erinnerte an den Begleitbrief zum Moskauer Vertrag, in dem das Ziel der Einheit in freier Selbstbestimmung ausdrücklich verankert sei. Er erinnerte zugleich an den Freundschaftsvertrag der Sowjetunion mit der „DDR" vom 1. Oktober 1964. Dort bekräftigten beide ihre Absicht, „den Abschluß eines Friedensvertrages zu erleichtern und die Verwirklichung der Einheit Deutschlands auf friedlicher und demokratischer Grundlage zu fördern, geleitet von den Zielen und Grundsätzen der Satzung der Vereinten Nationen". Allein schon deshalb, so Teltschik, hätten die Diskussionen in und über Deutschland „nichts mit Revanchismus" zu tun.



Helmut Kohl und Erich Honecker: Erstes Gespräch am Rande der Trauerfeierlichkeiten für Jurij Andropow im Februar dieses Jahres. FOTO: AP

Dokument des Tages

„Was ist eigentlich Befreiungstheologie?"

In der Zeitschrift „Die neue Ordnung", die heute erscheint, nimmt Joseph Kardinal Ratzinger Stellung zur „Ideologie der Befreiung". Der Artikel in Auszügen:

Bei der Analyse des Phänomens Befreiungstheologie wird eine fundamentale Gefährdung des Glaubens der Kirche sichtbar. Dabei muß aber bedacht werden, daß ein Irrtum nicht lebensfähig wäre, wenn er nicht auch einen Kern an Wahrheit enthielte. Ja, ein Irrtum ist um so gefährlicher, je größer der Kern an Wahrheit ist, den er in sich aufgenommen hat, weil seine Versuchung dadurch nur um so größer wird.

Was ist das nun eigentlich, die Befreiungstheologie?

„Nichts liegt außerhalb des ... politischen Engagements. Alles weist ein politisches Kolorit auf" (Gutierrez). Eine Theologie, die nicht „praktisch", d. h. nicht wesentlich politisch ist, wird als „idealistisch" angesehen und damit als wirklichkeitslos oder als Vehikel der Machterhaltung der Unterdrücker verurteilt. Für einen Theologen, der seine Theologie in der klassischen Tradition erlernt und deren spirituellen Anruf angenommen hat, ist es schwer vorstellbar, daß im Ernst versucht werden kann, die gesamte christliche Wirklichkeit in das Schema politisch-sozialer Befreiungspraxis umzugießen.

Gerade die Radikalität der Befreiungstheologie führt dazu, daß sie in ihrem Ernst oft unterschätzt wird, weil sie in gar keines der bisherigen Schemata von Häresie hineinpaßt.

Der Gedanke der Weltzuwendung und der Weltverantwortung schlug vielfach in einen naiven Wissenschaftsglauben um, der die Humanwissenschaften wie ein neues Evangelium aufnahm, ohne ihre Grenzen und ihre eigenen Probleme wahrnehmen zu wollen. Psychologie, Soziologie und marxistische Geschichtsdeutung erschienen als wissenschaftlich gesichert und daher als nicht mehr zu befragende Instanzen des christlichen Denkens.

Die Traditionskritik der modernen evangelischen Exegese, besonders Bultmanns und seiner Schule, wurde gleichfalls zu einer festen theologischen Instanz, die den Weg zur bisherigen Gestalt von Theologie abschnitt und damit um so mehr zu neuen Konstruktionen ermutigt.

Diese veränderte theologische Lage traf mit einer veränderten geistesgeschichtlichen Situation zusammen. Am Ende der Aufbauphase nach dem Zweiten Weltkrieg, das ungefähr mit dem Ende des Konzils zusammenfiel, war in der westlichen Welt ein spürbares Sinnvakuum entstanden, auf das die noch herrschende existentialistische Philosophie keine Antwort geben konnte. In dieser Lage wurden die verschiedenen Spielarten des Neomarxismus zu einem moralischen Impuls und zugleich zu einer Verheißung von Sinn, die für die akademische Jugend nahezu unwiderstehlich war. Der religiös verbrämte Marxismus von Bloch und die in strenger Wissenschaftlichkeit auftretenden Philosophien von Adorno, Horkheimer, Habermas, Marcuse boten Handlungsmodelle, mit denen man glaubte, die moralische Herausforderung des Elends in der Welt zu beantworten und zugleich den rechten Sinn der biblischen Botschaft zu vergegenwärtigen.

Die moralische Herausforderung von Armut und Unterdrückung war in dem Augenblick nicht mehr zu übergehen, in dem Europa und Nordamerika einen bisher nicht gekannten Wohlstand erreicht hatten. Diese Herausforderung verlangte offensichtlich neue Antworten, die in der bisherigen Tradition nicht zu finden waren. Die veränderte theologische und philosophische Lage lud förmlich dazu ein, die Antwort in einem Christentum zu suchen, das sich von den scheinbar wissenschaftlich fundierten Hoffnungsmodellen der marxistischen Philosophien leiten ließ.

Die marxistische Geschichts- und Gesellschaftsanalyse galt mittlerweile weithin als einzig „wissenschaftlich". Das bedeutet, daß die Welt im Schema des Klassenkampfes gedeutet werden muß und daß es ausschließlich die Wahl zwischen Kapitalismus und Marxismus gibt.

Gutierrewz: „Klassenkampf ist eine Tatsache, und Neutralität in diesem Punkt ist schlicht unmöglich." Auch von hier aus ist dem Eingriff des kirchlichen Lehramts der Boden entzogen: Falls es sich gegen eine solche Auslegung des Christentums wenden sollte, beweist es nur, daß es auf seiten der Reichen und Herrschenden gegen die Armen und Leidenden, also gegen Jesus selbst steht und sich in der Dialektik der Geschichte auf der negativen Seite eingeordnet hat.

Diese scheinbar „wissenschaftlich" und „historisch" unausweichliche Entscheidung legt dann ganz von selbst den Weg der weiteren Auslegung des Christentums fest, sowohl was die Auslegungsinstanzen wie auch was die ausgelegten Inhalte angeht.

„Volk" ist dabei Gegenbegriff zu Hierarchie und Gegenbegriff zu allen Institutionen, die als Mächte der Unterdrückung erklärt werden. „Volk" ist letztlich, wer am Klassenkampf teilnimmt; die „Volkskirche" wird zum Gegensatz zur hierarchischen Kirche.

Geschichte ist danach der Prozeß des Fortschritts der Befreiung; die Geschichte ist die eigentliche Offenbarung und so die wahre Auslegungsinstanz der Bibel.

Sobrino ersetzt demgemäß Glaube grundsätzlich durch „Treue zur Geschichte" (fidelidad alla historia, 143–144).

Hoffnung wird mit „Vertrauen auf die Zukunft", Arbeit für die Zukunft interpretiert und damit wieder der Dominanz der Klassengeschichte eingeordnet.

„Liebe" besteht in der „Option für die Armen", d. h. sie fällt mit der Option für den Klassenkampf zusammen.

Der Grundbegriff der Verkündigung Jesu lautet „Reich Gottes". Dieser Begriff steht auch im Mittelpunkt der Befreiungstheologien, gelesen auf dem Hintergrund der marxistischen Hermeneutik. Nach J. Sobrino darf das Reich nicht spiritualistisch, nicht universalistisch, nicht im Sinn eines abstrakten eschatologischen Vorbehalts verstanden werden. Es muß parteilich und es muß auf Praxis hin verstanden werden.

Das Wort Erlösung wird weitgehend durch Befreiung ersetzt, die ihrerseits auf dem Hintergrund der Geschichte und des Klassenkampfes als fortschreitender Befreiungsprozeß gedeutet wird. Grundlegend ist endlich noch die Unterstreichung der Praxis: Wahrheit darf nicht metaphysisch verstanden werden; das wäre „Idealismus". Wahrheit verwirklicht sich in der Geschichte und ihrer Praxis. Die Aktion ist die Wahrheit.

Versucht man ein Gesamturteil zu gewinnen, so wird man sagen müssen: Wenn man sich auf die die Befreiungstheologie tragenden Grundentscheidungen einläßt, kann man nicht leugnen, daß das Ganze eine fast unwiderstehliche Logik in sich trägt.

So kann man verstehen, daß diese neue Auslegung des Christentums Theologen, Priester und Ordensleute – besonders auf dem Hintergrund der Probleme der Dritten Welt – immer mehr in ihren Bann zieht. Sich ihr zu versagen, muß ihnen geradezu als eine Flucht vor der Wirklichkeit wie als eine Absage an die Vernunft und an die Moral erscheinen. Wenn man andererseits bedenkt, wie radikal die dabei geschehene Umdeutung des Christlichen ist, dann wird die Frage um so dringender, wie die richtige Antwort auf diese Herausforderung aussehen muß. Nur wenn es gelingt, die Logik des Glaubens in einer ebenso zwingenden Weise sichtbar zu machen und sie als Logik der Wirklichkeit, d. h. als reale Kraft einer besseren Antwort in gelebter Erfahrung darzustellen, werden wir diese Krise bestehen.

Abgeordneter fordert freieren Warenverkehr

ms. Bonn

Den weiteren Abbau von Kontrollen und bürokratischen Reglementierungen in Europa hat das Mitglied des Europäischen Parlaments, Elmar Brok (CDU), gefordert. Gegenüber der WELT sagte Brok, die Sonderregelungen, etwa bei Tabak und Spirituosen, bedürften einer Überprüfung. „Durch die Behinderung des innergemeinschaftlichen Warenverkehrs aufgrund unsinniger nationaler Vorschriften entstehen jährlich zirka 2,5 Milliarden Mark Kosten aufgrund der Wartezeiten der Lastwagen an den Grenzen." Neue Berechnungen, so *Brok, hätten ergeben, „daß für Grenz*formalitäten beim innergemeinschaftlichen Warenverkehr den Unternehmen Kosten von etwa fünf bis sieben Prozent des Transaktionswertes, das heiße rund 40 Milliarden Mark, entstehen". Dagegen müsse etwas unternommen werden, denn angesichts der Arbeitslosigkeit werde dieses „Nicht-Europa" zu teuer.

Brok teilte mit, der deutsche EG-Kommissar Narjes, der engagiert für den gemeinsamen Markt eintrete, werde im September eine Kommissionserklärung zum „Europa der Bürger" vorlegen. Das Verschwinden der Zollschilder werde dabei ein Punkt sein. Narjes habe die Unterstützung des Europäischen Parlaments, betonte Brok, der in diesem Zusammenhang der CSU vorwarf, sie wolle Narjes „aus parteitaktischen Gründen nun über das Reinheitsgebot des Bieres stolpern lassen".

Appell der Union für Lehrstellen

dpa, Bonn

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat zur Schaffung neuer Lehrstellen aufgerufen. Groß- und Mittelbetriebe, die noch Ausbildungsreserven haben, die Verbände der Wirtschaft, Gewerkschaft, Staat und Gemeinden sollten im Interesse der Jugend noch einmal alle Anstrengungen unternehmen, betonte die Fraktion in einem „öffentlichen Aufruf". Gleichzeitig appelliert die Union an die SPD und den Deutschen Gewerkschaftsbund, sich diesen Anstrengungen anzuschließen und „endlich ihre Verunsicherung der Jugend durch Horrorzahlen und Panikmache einzustellen".

Honecker paßt sich den Tönen aus Moskau an

SED-Chef hält aber an geplanter Westreise fest

H. R. KARUTZ, Berlin

SED-Chef Erich Honecker hat sich nach seinem Ostsee-Urlaub wieder zu Wort gemeldet und dabei in scharfen, polemischen Tönen die Hauptvorwürfe der seit Wochen anhaltenden *Moskauer Attacken gegenüber Bonn* übernommen. In seinem Wochenend-Interview mit „DDR"-Medien variierte Honecker allein siebenmal den Vorwurf des „Revanchismus" gegenüber der Bundesrepublik. Gleichwohl ergibt eine Analyse, daß er gegenüber Moskau jedoch an seiner Reiseabsicht in den Westen festhält. Sein Argument: Ein „aktiver politischer Dialog" könne die „Kräfte der Vernunft und des guten Willens" im Westen „ermuntern".

Nach Informationen der WELT aus politischen Kreisen Berlins sind dem ausgiebigen Interview intensive Gespräche mit der sowjetischen Seite vorausgegangen. Dabei sicherte Honecker *anscheinend zu, in unmiß*verständlichen und harten Formulierungen auf die „Moskauer Linie" einzuschwenken. Eine grundsätzliche Verschlechterung der Beziehungen über den von Moskau so genannten „Raketenzaun" hinweg in Richtung Bundesrepublik lehnte Honecker jedoch ab.

Wörtlich *sagte er im Interview:* „An einer Verschärfung der Situation können in der BRD nur die Ultras interessiert sein, sonst niemand." Seine Reiseabsicht in Richtung Westen klingt in der Bemerkung an, die „DDR" werde „auch künftig den Dialog mit den politisch Verantwortlichen in der BRD fortsetzen.

Das Interview enthält eine Reihe neuer Informationen, die in der „DDR" bisher nicht bekannt waren:

- Honecker kündigte offiziell die Teilnahme einer Sowjet-Delegation an den Feiern zum 35. „DDR"-Jahrestag am 7. Oktober an. In Ost-Berlin rechnet man mit der Teilnahme von KPdSU-Generalsekretär Konstantin Tschernenko.
- Honecker teilte erstmals öffentlich den Abschluß der Raketenstationierung auf „DDR"-Boden mit, während das „Neue Deutschland" kürzlich nur eine Beschleunigung der „begonnenen Vorbereitungsarbeiten" vermeldete.

In verschiedenen Punkten übernahm Honecker jetzt wieder nahezu wörtlich den sowjetischen Standpunkt:

Revanchismus: Seine polemischste Äußerung lautet: „Die Ultras in der BRD blasen immer wieder in die verrostete Trompete des Revanchis*mus. Dieser ist bekanntlich der BRD* schon bei ihrer Gründung in die Wiege gelegt worden."

Kriegsvorbereitung: Honecker übernahm auch zum ersten Mal direkt den Moskauer Vorwurf, Bonn steuere „auf einen Krieg" zu (die Agentur „Nowosti") sowie die Tass-Formel von einer „bedrohlichen Lage".

Ja zu Sowjetraketen: Während der SED-Chef noch auf der ZK-Sitzung im November 1983 einräumte, die sowjetischen Gegenmaßnahmen zur West-Nachrüstung „lösen selbstverständlich in unserem Lande keinen Jubel aus", bekannte er sich jetzt ohne Wenn und Aber zu ihnen.

Geraer Forderungen: Die von Moskau angemahnten vier Punkte von Gera – unter anderem die „DDR"-Staatsbürgerschaft und Elbgrenze – sind von Honecker jetzt ebenfalls von neuem aufgegriffen worden.

Wiedervereinigung: Getreu der „Prawda"-Erinnerung an Honeckers Wort von 1981, die beiden deutschen Staaten könne man so wenig vereinigen wie „Flamme und Eis", wandelte Honecker dies jetzt mit der Formulierung von der unmöglichen Vereinigung „Feuer und Wasser" ab.

Vorrang der Blockräson: Honecker sprach von der „prinzipiellen Haltung der sozialistischen Bruderländer zu den Grundfragen der Gegenwart". Die „internationalistische Gemeinschaft" mit der UdSSR und den Bruderländern sei das „Unterpfand" für eine gute Perspektive, die „für alle Zeiten" mit ihrem Pakt verbunden sei.

Wie stark Honecker jedoch auch auf seinem eigenen, begrenzten Bewegungsspielraum beharrt, macht seine Passage über den Olympia-Boykott deutlich. Ost-Berlin habe hier „nach der Entscheidung der UdSSR" seinerseits „unverzüglich" mit der Absage der eigenen Teilnahme reagiert. Dies wiege angesichts des Verzichts auf neue Welt-Reputation für den „DDR"-Sport, schwer und müsse von Moskau in Rechnung gestellt werden.

„Stur, aber auch zuverlässig"

Von WILM HERLYN

Das erste Zusammentreffen mit Ernst Breit ist ernüchternd. Spröde und trocken wie ein dürres Stück Holz. Wortkarg. Nicht der Ansatz eines Lächelns oder einer verbindlichen Geste. Erklärungen liest er ab. Wort für Wort. Singsang im schweren norddeutschen Dialekt, fast einschläfernd. Aber wer genau hinschaut, der sieht, wie wach seine Augen hinter den Gläsern der etwas altmodischen Brille sind. Und dann passiert, was heutzutage nur ganz wenige Politiker, Gewerkschafter, Industriebosse und Menschen in führenden Stellungen bei Interviews über sich bringen. Er beantwortet präzise Fragen mit einem präzisen Ja oder Nein – *ohne Herumdeuteln, Wenn* und Aber, gradlinig, ganz zielgenau, recht selbstbewußt.

Es würde diesem Manne nicht gerecht, nur diese eine äußere Seite zu beschreiben. Denn er kann, sobald ihm ein kompetenter Gesprächspartner gegenübersitzt, sehr lebhaft werden. Dann verschwinden die beiden strengen senkrechten Falten auf der Stirn, und die Fältchen um die Augen lachen mit. Wenn die Sitzungen vorbei sind, dann sitzt er gern mit Kollegen bei Rotwein – und zählt dann nicht die Stunden. Solche Zeiten sind ihm kostbarer denn je geworden. Denn seit seine Frau Lisa vor drei Jahren nach schwerer leidensvoller Krankheit starb, leben er und Sohn Uwe, der in Bonn *Maschinenbau* studiert, allein im Fünfzimmerhaus am Thomasberg in Königswinter.

„Er ist kein brillant Witziger, keine Künstlernatur, kein glänzender Ästhet, sondern handfest, klar, solid, im guten Sinne bieder", schreibt seine Biographin Heli Ihlefeld. Und ein Freund aus der Gewerkschaft sagt: „Er ist, was seinen Lebensstandard angeht, beim Postoberrat stehen geblieben. Mehr will er nicht." Breit ergänzt: „Mehr brauche ich auch nicht."

Ist es das, was die acht Millionen Gewerkschafter in ihren 17 Mitgliedsgewerkschaften in der ernsthaftesten Krise, die den DGB bislang schüttelte, an Breit 1982 so faszinierte? Die Skandale damals reichten von der gewerkschaftseigenen Neuen Heimat bis hin zu nicht geklärten Abgrenzungen zu Kommunisten innerhalb der Friedensbewegung. Die Zeit war bestimmt von einem rapiden Anwachsen der Arbeitslosigkeit während der sozial-liberalen Koalition unter Bundeskanzler Helmut Schmidt von 1979 *auf 1,9 Millionen Erwerbslose. Das* Vertrauen der Mitglieder in die Führung des DGB war aufs tiefste erschüttert. Bei der Wahl Breits zum Nachfolger von Heinz-Oskar Vetter auf dem Berliner Kongreß im Mai 1982, als er 96 Prozent der Stimmen erhielt, wurde ganz offenkundig der Wunsch der Delegierten deutlich, einen Schlußstrich zu ziehen und mit einem völlig unbelasteten neuen Mann einen neuen Anfang zu suchen. Dennoch kommentierte der Auserkorene damals: „Mir fehlt ein Stück Begeisterung."

So ist der Nachfolger des legendären Hans Böckler, des Ludwig Rosenberg, des Willi Richter und des



DGB-Chef Ernst Breit wird heute 60 Jahre alt FOTO: JUPP DARCHINGER

Heinz-Oskar Vetter „allererste Wahl". Darüber hinaus ist er auch der erste Vorsitzende einer Einzelgewerkschaft, der sich bereit fand, den DGB-Vorsitz zu übernehmen.

Symbolisch überreichte Kluncker seinem Freund Breit nach der Wahl in Berlin *einen Besen, mit dem er den* Unrat, der sich in den Gewerkschaften eingenistet hatte, hinausfegen sollte. Eine schwere Aufgabe für einen Mann, der die auseinanderstrebenden Teile des DGB zusammenhalten und den Mitgliederschwund stoppen sollte. Helfen sollte ihm dabei auch eine Eigenschaft, die der ehemalige Bundeskanzler Helmut Schmidt so charakterisierte: „Ihr werdet einen von euch wählen, der ist hundertprozentig stur, aber auch hundertprozentig zuverlässig. So sind diese Leute aus Dithmarschen."

Ein sprachgewaltiger Volkstribun war er nie, wollte er auch nie sein, ist aber auch kein Apparatschik. Der langjährige Vorsitzende der Deutschen Postgewerkschaft verkörpert vielmehr geradezu idealtypisch den höheren Beamten, übrigens der erste Beamte an der DGB-Spitze. Noch im Sommer 1983 antwortete er auf eine entsprechende Frage dieser Zeitung: „Den Gedanken, einen Generalstreik zu organisieren, halten DGB und Mitglieder-Gewerkschaften für völlig abwegig."

Um so erstaunter registrierte die Öffentlichkeit, daß ein knappes halbes Jahr später schon im Anfang dieser Tarifauseinandersetzungen der Ton sich verschärfte. Kurz zuvor hatte Breit noch die Frage verneint, die Gewerkschaften seien ein Staat im Staate und es gelte der Satz, der DGB stehe zu der bürgerlichen Koalitionsregierung von CDU/CSU und FDP *unter Helmut Kohl nicht anders als* zu der vorausgegangenen Bundesregierung unter Brandt und Schmidt. Das klang durchaus glaubwürdig.

Doch in seiner inzwischen berühmten Frankfurter Rede im Januar kehrte Breit eine neue Seite heraus. Polemisch merkte er an, die Väter des Grundgesetzes hätten der Regierung *nicht die Kompetenz als Oberzensor* in tarifpolitischen Fragen zugedacht, und er warf Helmut Kohl Mißachtung der Neutralitätspflicht vor. Im selben Monat merkte Breit an, er halte die Gespräche mit dem Kanzler „für nutzlos". Die Atmosphäre vereiste.

Breit ließ sich auch hinreißen, auf dem Höhepunkt der jüngsten Streiks *um die 35-Stunden-Woche bei vollem* Lohnausgleich zu erklären, mit einem „ideologischen Trommelfeuer ohnegleichen" hätten Arbeitgeber und konservative Politiker ein Meinungsklima geschaffen, das nicht nur dem Sozialstaat abträglich sei, sondern auch dem Ziel diene, „diesen Sozialstaat sturmreif zu schießen". Diese Diktion paßt nicht zu Breits innerer Struktur und nicht zu seiner Überzeugung. Sie zeigt vielmehr den Druck der Gewerkschaften auf ihren Vorsitzenden und zwingt ihn zu Verbalradikalismen.

Breit, der heute seinen 60. Geburtstag feiert, hat erst kürzlich gesagt, man könne „sicherlich davon ausgehen, daß sozialdemokratisch geführte Regierungen den Forderungen der Gewerkschaften näher stehen als die derzeitige Koalition". Aber er hat an gleicher Stelle auch betont, daß er Gespräche von „Untenehmern und Regierung und Gewerkschaft miteinander, auch gleichzeitig" begrüße. Das klingt nach Einsicht, für die – das hat er immer betont – es nie zu spät ist.

NATO-Manöver: Sabotageakte geplant

DW. Bonn

Die Herbstmanöver der NATO sollen nach Erkenntnissen des Bundesverteidigungsministeriums mit „aktiven, kriminellen Sabotageakten" gestört werden. Der Parlamentarische Staatssekretär des Ministeriums, Pe*ter Kurt Würzbach, sagte in einem* Interview der „Kölnischen Rundschau/Bonner Rundschau", seine Behörde habe Hinweise, daß solche Taten vorbereitet würden. Die Manöver sollen allerdings dennoch stattfinden.

Das Bundeskriminalamt (BKA) rechnet damit, daß die stark dezimierte terroristische „Rote Armee Fraktion" (RAF) in nächster Zeit neue Mitglieder rekrutiert. In einem Interview der „Berliner Morgenpost" sagte BKA-Präsident Heinrich Boge, derzeit schätze er nach den jüngsten Festnahmen die Zahl der aktiven RAF-Mitglieder auf sechs bis acht. Die Festnahmen und die Entdeckung konspirativer Wohnungen in Frankfurt und Karlsruhe hätten einen neuen aktuellen Einblick in die personelle, planerische und logistische Situation der RAF ermöglicht.

Peking kauft Reaktorausrüstung

AP, Peking

Die Volksrepublik China hat nach einer Mitteilung der Regierung in der Bundesrepublik Deutschland hochentwickeltes Überwachungsgerät für Atomreaktoren gekauft, weil ihre Verhandlungen mit einem französischen Unternehmen nicht vorankamen. In der amtlichen englischsprachigen Zeitung „China Daily" heißt es, das chinesische Staatsunternehmen Atomenergie-Industrie habe den Kauf von Ausrüstungen für die Verwendung in Kernkraftwerken mit Druckwasserreaktoren vertraglich mit der deutschen Kraftwerke-Union vereinbart. Über den Umfang des Vertrags wurde nichts mitgeteilt.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Köngen, 20. August 1984

Wir haben die schmerzliche Pflicht, Kenntnis zu geben vom Tod des Begründers und Inhabers der Unternehmensberatung Dr. Maier + Partner

Dr. Karl-Hanns Maier

geb. 1. 8. 1926 gest. 15. 8. 1984

Trotz jahrelanger schwerer Krankheit hat er uns mit Kraft und Optimismus bewiesen, daß in der pflichtbewußten Arbeit die Erfüllung eines Lebens liegen kann.

Wir trauern um Herrn Dr. Karl-Hanns Maier. Sein Leben wird uns Vorbild, Auftrag und Verpflichtung sein.

Partner und Mitarbeiter der
DR. MAIER + PARTNER
UNTERNEHMENSBERATUNG BDU

Die Trauerfeierlichkeiten fanden am Samstag, den 18. August auf dem Friedhof in Köngen statt.

Peter Müller-Seegers

* 15. 10. 1928 † 30. 7. 1984

Wir trauern
Hedi Müller-Seegers geb. Fischer
Annette Müller-Seegers
Sabrina Müller-Seegers
Christine Gonzalez geb. Müller-Seegers
Kathrin Schinke geb. Müller-Seegers
und alle Angehörigen

Steinhude – Steenewark 23 – 3050 Wunstorf 2

Die Beisetzung hat im engsten Kreise stattgefunden.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Kardinalspolitik

„Kardinal Glemp kritisiert Polen-Deutsche"; WELT vom 16. August

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Verlogenheit und Naivität, welche die westdeutsch-polnische Aussöhnung begleiten, haben auch Vorteile. Wer sich hastig ein Mäntelchen anzieht, gewährt oft Einblick in Dinge, die er eigentlich bedecken wollte.

Da kritisiert also Kardinal Glemp die vom Grundgesetz gebotene Praxis, Volksdeutschen in Polen bzw. den polnisch verwalteten Gebieten auf Verlangen die deutsche Staatsangehörigkeit zuzuerkennen und leugnet eine deutsche Minderheit, weil diese angeblichen Ausländer noch nicht einmal die deutsche Sprache und Kultur kennen würden.

Der Zynismus ist kaum zu überbieten. Da wurden Deutsche, die an ihrem Volkstum festhalten wollten, mit Duldung der polnischen Kirche vom Regime und vom Pöbel am Gebrauch ihrer Muttersprache öffentlich und privat gehindert, wurden als Menschen zweiter Klasse schikaniert und müssen sich nun mangelnde Kenntnisse des Deutschen vorwerfen lassen.

Niemand verlangt von einem Kardinal, daß er außerhalb seines Metiers besonderen Sachverstand besitzt; mehr Taktgefühl sollte aber sein, wenn man sich karitativ von den verhaßten Deutschen gerne unter die Arme greifen läßt. – Übrigens sollte man an einem Wallfahrtsort eigentlich andere Themen bevorzugen.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Ekkehard Gühne,
Warendorf

St. Pauli

„Pastorenamt von St. Pauli noch immer verwaist"; WELT vom 7. August (Hamburg-Ausgabe)

Sehr verehrte Damen,

sehr geehrte Herren,

wo bleiben sie denn, die vom christlichen Geist erfüllten jungen Pastoren der evangelischen Kirche in Nordelbien? – Hier könnten sie doch so arbeiten, wie es von ihnen – leider aber nicht in der evangelischen Studentengemeinde (ESG) in der Grindelallee 9 in Hamburg –, stets lauthals gefordert wird. Oder ist ihnen bewußt geworden, daß an der Kirche auf St. Pauli Hammer und Sichel nicht gefragt sind, sondern tätige, tägliche christliche Nächstenliebe –, und das total! Dem Pastor i. R. Herrn Hans-Dieter Schiel gilt unser Dank, daß er so handelt wie es von einem Pastor zu erwarten ist.

Hochachtungsvoll
A. Ascheberg,
Hamburg 75

Einseitige Toleranz

„Leserbrief: Fehlleistung"; WELT vom 1. August

In den zwei Leserbriefen wird eindringlich an das deutsche Schicksal im Osten erinnert und an die Tatsache der Verdrängung dieses Schicksals.

Was in Polen, der Tschechoslowakei und in Jugoslawien mit der deutschen Zivilbevölkerung auch noch nach Kriegsende geschah, müßte allen mit der gleichen Deutlichkeit immer wieder, sowohl in Detail als auch im Umfang, mitgeteilt werden, wie es andererseits in stereotyper Form mit den Greueln der Hitler-Zeit überall geschieht. Was den wehrlosen deutschen Kindern, Frauen und alten Menschen geschah, sucht geschichtlich auch seinesgleichen. Wieso kommen die Polen und Jugoslawen in dieser Masse ausgerechnet nun in die Bundesrepublik Deutschland? Frankreich und England wären doch viel angemessener.

Genau besehen handelt es sich bei allen diesen kommunistischen Ländern um uns Deutschen feindlich gesonnene Staaten, und auch die Bevölkerungen zeigen keine Merkmale der Deutschfreundlichkeit. Es ist wohl nicht angebracht, diesen uns feindlich gegenüberstehenden Nationalitäten einseitig mit Toleranz zu begegnen, das zu fordern, geht wohl über die menschlichen Möglichkeiten.

Deutschland verübte großes Unrecht und mußte und muß sich zur Schuld bekennen. Die Russen, Polen, Tschechoslowaken und Jugoslawen verübten ebenfalls Verbrechen, die ihresgleichen in der Weltgeschichte suchen, und alle diese Nationalitäten haben keinen Grund, den Kopf hoch zu tragen.

Das eine steht fest: durch Amnestierung dieser Verbrechen gegen die Menschlichkeit kann man keine Verbrechen auslöschen. Oder dürfen Sieger das tun?

Mit freundlichem Gruß
Reinhard Höhn,
Hamburg 70

Wirkung?

„Honecker-Besuch kein Wert an sich"; WELT vom 9. August

Sehr verehrte Damen,

sehr geehrte Herren,

haben unsere Politiker eigentlich die Wirkung auf die Deutschen in der „DDR" bedacht, wenn sie beide deutschen Staaten auf eine Stufe stellen, indem sie ihnen gemeinsam die Aufgabe übertragen, „für die Stabilität im Zentrum Europas" (Genscher) zu sorgen? Ignorieren sie die Erkenntnis, daß es ohne Freiheit und Selbstbestimmung keine Stabilität gibt? Der Berliner Bundessenator Scholz, der „die innenpolitische Labilität der DDR mit ökonomischen Mitteln austarieren" will, beleidigt alle Deutschen drüben, unterstellt er doch, daß die Ursache ihrer Auflehnung gegen das Unterdrückerregime vor allem der materielle Mangel und nicht die Sehnsucht nach einem menschenwürdigen Leben ist. Vergessen dieses Politiker, daß innenpolitische Stabilität für die in totalitären Staaten Geknechteten hoffnungslose Abhängigkeit von ihren Peinigern und Verewigung ihres Elends bedeutet? Mit ein paar kärglichen „menschlichen Erleichterungen" kann man sich doch nicht loskaufen von der Verpflichtung, für alle unter totalitären Terrorregimen Leidenden mit Nachdruck die Menschenrechte zu fordern!

Mit freundlichen Grüßen
K. Schumann,
Berlin 37

Fregatte

„Zwei deutsche Zerstörer passieren das Rote Meer"; WELT vom 10. August

Sehr geehrte Damen und Herren,

erlauben Sie mir die Richtigstellung, daß die LÜBECK der Deutschen Bundesmarine kein Zerstörer, sondern eine Fregatte ist.

Mit freundlichem Gruß
H. Prein,
Bayerisch Gmain

Wort des Tages

„Man läßt sich gewöhnlich lieber durch Gründe überzeugen, die man selbst gefunden hat, als durch solche, die andern in den Sinn gekommen sind."

Blaise Pascal, franz. Philosoph und Mathematiker (1623–1662)

Personalien

BUNDESPRÄSIDENT

Bundespräsident **Richard von Weizsäcker** hat die Schirmherrschaft über die Welthungerhilfe übernommen. Die Woche der Welthungerhilfe wird der Bundespräsident mit einer Fernsehansprache am Sonntag dem 30. September eröffnen.

AUSZEICHNUNGEN

Drei Doktoranden des Fachbereichs Humanmedizin der Marburger Philipps-Universität sind beim diesjährigen Dissertationswettbewerb der Deutschen Gesellschaft für Allgemeinmedizin (DEGAM) für ihre Doktorarbeiten ausgezeichnet worden. Den ersten Preis erhielt Dr. **Mohini Bahandari** für seine Arbeit über „Epidemiologische Studie über die Verbreitung von Erkältungskrankheiten in Allgemeinpraxen im Raume Marburg-Biedenkopf", die zwei dritten Preise gingen an Dr. **Hartmut Inacker** und Dr. **Jörg Merkel**.

*

Der Marburger Privatdozent Dr. **Gernot Heger** hat zusammen mit drei anderen deutschen Forschern den diesjährigen Preis für hervorragende Leistungen im Rahmen der deutsch-französischen wissenschaftlichen Zusammenarbeit erhalten. Heger ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für nukleare Festkörperphysik des Kernforschungszentrums Karlsruhe und Projektleiter in dem an der Marburger Philipps-Universität bestehenden Sonderforschungsbereich „Kristallstruktur und chemische Bindungen".

KIRCHE

Der Erzbischof von München und Freising, Dr. **Friedrich Wetter**, hat gestern eine 18 Tage dauernde Reise nach Ecuador angetreten. Er ist damit einer Einladung der ecuadorianischen Bischofkonferenz gefolgt. Seit mehr als 20 Jahren besteht zwischen den Diözesen des südamerikanischen Landes und dem Erzbistum München und Freising eine Partnerschaft.

*

Einer der ältesten Mönche im Benediktinerkloster Neresheim, Pater **Augustin Hiedl**, feierte seine 60jährige Ordenszugehörigkeit. Bischof **Georg Moser**, Rottenburg-Stuttgart, hat dem 82jährigen Ordensmann Glück- und Segenswünsche übermittelt.

ABSCHIED

Der Vorstand der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft mit seinem Präsidenten, dem CDU-Bundestagsabgeordneten Dr. **Otto Wulff** an der Spitze, wird am 19. September seine „Bonner Institution" verabschieden: Geschäftsführerin **Betta Gräfin von Werthern**. Seit 33 Jahren, seit Gründung der Gesellschaft, dem feinen Club der Bonner Parlamentsabgeordneten, übt Betta von Werthern ihr Amt aus. Zu denjenigen, die 1951 auf der Suche nach ersten bescheidenen gesellschaftlichen Kontakten in der Hauptstadt waren, gehörte damals CDU-MdB Dr. **Karl-Georg Pfleiderer**, später Botschafter in Prag. Er wurde einer der Initiatoren des Clubs. Auf der Suche nach einer Geschäftsführerin blieb seine Frage unvergessen: „Kann die Gräfin auch einen Putzlappen anfassen?" Betta von Werthern damals: „Sie kann". Die Deutsche Parlamentarische Gesellschaft residierte zunächst im Bonner „Bergischen Hof". Später zog sie in das Haus Dahlmannstraße Nr. 7, mitten in das Bonner Regierungsviertel. Gräfin von Werthern, in Geschmacksfragen unerbittlich, setzte fortan den steten Ausbau des Hauses durch. Neben einer bis heute hervorragenden Küche wurde das Haus für eine Fülle von Geselligkeiten bekannt, gemäß dem Antrag des SPD-Politikers **Carlo Schmid**: „Ich gehöre zu den Vätern des Grundgesetzes. Und als es fertig war, haben wir Männer uns angeschaut und uns gefragt, was machen wir damit. Nun kommen Sie, Gräfin, und leben uns das doch einfach mal vor." Das Haus wurde zum Treffpunkt aller politischen Parteien des Bundestages. Politische Streitigkeiten wurden hier unzählige Male am Bier- und Skattisch begraben. Mit Ausstellungen und Empfängen, Essen und Cocktails schufen sich die Abgeordneten, stets unterstützt von Betta von Werthern, einen eleganten Rahmen, den der Steuerzahler heute allerdings auch jährlich mit 838 000 Mark mitfinanzieren muß. Nachfolgerin von Gräfin von Werthern wird die bisherige Bundestagsassistentin **Ingrid von Hagen**.



GEBURTSTAG

Der emeritierte Direktor des Institutes für Völkerrecht und ausländisches Öffentliches Recht der Universität zu Köln, Professor Dr. **Hermann Jahrreiß**, feierte gestern seinen 90. Geburtstag. Der in Dresden geborene Wissenschaftler habilitierte sich im Jahre 1923 an der seinerzeit hochberühmten Juristenfakultät zu Leipzig. Nach seiner Ernennung zum Professor lehrte er zunächst in Leipzig und in Greifswald und folgte im Jahre 1937 einem Ruf der Kölner Universität. International bekannt wurde er 1946/47 durch seine Gutachtertätigkeit in völkerrechtlichen Fragen bei den Nürnberger Prozessen. In den Anfangsjahren der Bundesrepublik Deutschland war Jahrreiß Berater der Verfassungsorgane des Bundes und der Länder. Auch als akademischer Lehrer und im wissenschaftlichen Vortrag griff er in die verfassungsrechtliche und verfassungspolitische Diskussion der Zeit ein. Professor Jahrreiß stand der Universität zu Köln in den Jahren von 1956 bis 1958 als Rektor vor. Von 1958 bis 1960 war er Präsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz und von 1960 bis 1964 Vizepräsident der im Jahre 1950 unter seiner Mitwirkung gegründeten Organisation „der Rektoren und Vizekanzler der Europäischen Universitäten". Um die Wiederbegründung der internationalen Beziehungen der deutschen Universitäten hat er sich hohe Verdienste erworben. 1959 erhielt er das Große Bundesverdienstkreuz, 1961 wurde er zum Offizier der französischen Ehrenlegion ernannt.

Panama zwingt Washington zum Abzug der Militärakademie

Überraschende Schließung der „Escuela de las Americas" / Zielscheibe linker Kritiker

WERNER THOMAS, Miami

Die „Escuela de las Americas" zählte zu den bekanntesten Militärakademien der Welt. In ihrer 38jährigen Geschichte wurden 44 000 lateinamerikanische Offiziere ausgebildet. Manche regierten später als Staatschefs, viele brachten es zum Armeekommandeur. Die Schule war immer wieder Zielscheibe linker Kritiker. Sie ist oft „Kaderschmiede der Diktatoren" geschmäht worden.

Die umstrittene Institution, auf dem amerikanischen Stützpunkt Fort Gulick in Panama gelegen, wird nun geschlossen. Am 1. Oktober übernimmt die panamaische Regierung das Areal. Die Ausbildung der Lateinamerikaner soll in Zukunft an einem anderen Ort stattfinden. Militäranlagen in Honduras, Puerto Rico und in den US-Staaten Florida und Georgia sind im Gespräch.

Die Schließung kam überraschend. Der 1977 ausgehandelte Kanalvertrag zwischen den USA und Panama bestimmte zwar, daß Fort Gulick am 1. Oktober dieses Jahres unter panamaische Kontrolle kommen werde. Bisher hatte es jedoch so ausgesehen, als könnten die Amerikaner den Schulbetrieb fortsetzen.

„Panama hat größere Forderungen gestellt, als wir erfüllen konnten", erklärte ein Pentagon-Sprecher. Es ging um die Frage, ob die Schule in Zukunft von einem Amerikaner oder einem Panamaer geleitet werden soll. „Das ist eine amerikanische Schule", sagte Oberst Michael Sierra, der Kommandeur, der einen panamaischen Stellvertreter hat, „sie muß in amerikanischen Händen bleiben."

Treibende Kraft hinter der Schließung war Präsident Jorge Illueca, ein linker Politiker, der am 12. Februar für eine Übergangsphase von acht Monaten in das höchste Staatsamt rückte. Am 11. Oktober kommt der neue Präsident Nicolas Ardito-Barletta, im Mai unter zweifelhaften Umständen gewählt, ans Ruder. Diplomatische Beobachter in Panama City registrierten Meinungsverschiedenheiten zwischen Illueca und General Manuel Antonio Noriega, dem mächtigen Militärkommandeur Panamas. Nachdem Illueca vor zwei Wochen erklärt hatte, die Schule werde geschlossen, meldete sich Noriega zu Wort: Über das endgültige Schicksal sei noch nicht entschieden. Auch Noriega ist ein Absolvent dieser Institution.

Die 80 Kilometer östlich von Panama City in einem Dschungelgebiet gelegene „Escuela de las Americas" (Amerika-Schule) konzentrierte sich auch auf den Anti-Guerrilla-Kampf. Das Thema Menschenrechte gehörte zum Unterrichtsplan. Von den derzeit 694 Schülern stammen 545 aus El Salvador.

Die amerikanischen Streitkräfte besitzen noch 17 andere militärische Einrichtungen in Panama, die von dem Disput nicht betroffen sind. Mit der Verschärfung des Mittelamerika-Konfliktes erhalten diese Stützpunkte eine wachsende strategische Bedeutung. General Paul Gorman, Kommandeur der amerikanischen Truppen in Panama und im karibischen Raum, ist einer der einflußreichsten Berater der Reagan-Regierung für Mittelamerika-Fragen. Ganz gleich, wo die Schule ihre Tätigkeit fortsetzen wird – sie soll in Zukunft einen anderen Namen tragen: „Panamerikanisches Institut der militärischen Wissenschaften und nationalen Entwicklung."

Kein Ende der schwarzen Tage in Sicht

Von PETER DIENEMANN

Die Situation erinnert an die schwarzen Tage Sri Lankas im Juli 1983. Nur daß jene raubenden und brandschatzenden Horden keine radikalen Singhalesen, sondern diesmal Angehörige der ceylonesischen Armee sind. Tage nach dem Überfall der Soldaten auf die nordceylonesische Stadt Mannar und nach militärischen Aktionen gegen Wohnungen und Eigentum von Tamilen in der Hauptstadt der Nordprovinz, Jaffna, lebt die tamilische Bevölkerung dieser Region in Verbitterung und Angst vor neuen Übergriffen der Uniformierten.

Nach Augenzeugenberichten ist die Situation in Jaffna und anderen Kleinstädten der Nordprovinz überaus gespannt, viele Tamilen leben aus Angst vor dem Militär versteckt in den Wäldern. Die Eltern von 500 Kindern, so das Bürgerkomitee Jaffnas, sorgen sich um den Verbleib ihrer Kinder, die sie der Armee im Rahmen einer Sicherheitsoffensive gegen den Terrorismus zur Befragung übergeben hatten. Entgegen dem Versprechen, die Kinder nach der Befragung wieder freizulassen, habe die Armee die Kinder verschleppt.

Zumindest einige Teile der 16 000 Mann starken ceylonesischen Armee scheinen der Kontrolle der Führung in Colombo entglitten zu sein. Schon 1983 war Colombo mit mangelnder Disziplin innerhalb der Armee konfrontiert worden. Diese breitet sich jetzt erneut unter den Mannschaftsdienstgraden aus, die mit der britischen Tradition der südasiatischen Kolonialarmeen, die heute noch in Indien so hochgehalten wird, nie in Berührung gekommen waren. Die überwiegend singhalesischen Soldaten des Berufsheeres – 11 000 dienen in den Landstreitkräften – gelten als mäßig ausgebildet und ausgerüstet. Ihre Einstellung zum Militärdienst wird von dem ethnischen Problem zwischen Singhalesen und Tamilen überschattet. Einen äußeren Feind freilich hatte die ceylonesische Armee bisher nie zu fürchten. Und einer eventuellen indischen Invasion zur Rettung der Tamilen auf Sri Lanka, wie sie jetzt gerüchteweise in Neu-Delhi wieder gehandelt wird, könnte sie ebensowenig widerstehen wie einer Massenmobilmachung sämtlicher terroristischer Kräfte auf der Insel.

Doch beides scheint zur Zeit ausgeschlossen. Indiens Ministerpräsidentin Indira Gandhi hat zwar noch anläßlich des Unabhängigkeitstages erklärt, Indien beobachte die Entwicklung auf Sri Lanka mit großer Sorge

SRI LANKA

und sie habe größte Sympathien für die Opfer der Aggression des Militärs. Doch erklärte Indira Gandhi gleichzeitig, Indien werde auf keinen Fall in die inneren Angelegenheiten des Nachbarlandes eingreifen. Was Neu-Delhi vermißt, ist allerdings ein Angebot Präsident Jayewardenes zur politischen Lösung des Tamilen-Konfliktes. Seit mehr als einem Jahr hätten trotz indischer Vermittlungsversuche die Gespräche zwischen Regierung, Tamilen-Partei Tulf und den übrigen Oppositionsparteien keine Fortschritte erbracht.

Tatsächlich scheint die Situation festgefahren. Terroristen erklären, die Hauptstadt Colombo sei nächstes Ziel ihrer Bombenanschläge. Gleichzeitig kündigen sie aber auch einen „Waffenstillstand" an, falls Präsident Jayewardene bereit sei, seine Sicherheitskräfte aus dem Norden des Landes abzuziehen. Eine für ihn unerfüllbare Lösung, will er nicht die Ausrufung eines Tamilen-Staates „Tamil Eelam" auf dem Territorium der ceylonesischen Nordprovinz in Kauf nehmen.

Es fällt Jayewardene offensichtlich schwer, radikal-singhalesische Mitglieder seines eigenen Kabinetts wie Ministerpräsident Premadasa unter Kontrolle zu halten. Diese haben mit ihren antitamilischen Äußerungen Ressentiments sowohl unter den Tamilen Sri Lankas als auch in Indien entfacht.

Trotz aller Kritik der Opposition und aus den eigenen Reihen, sitzt Jayewardene heute fester im Sattel als 1978 bei seiner Vereidigung als erster Präsident Sri Lankas. Politisch gefährliche Opponenten hat er ausgeschaltet. Frau Bandaranaike, Führerin der inzwischen gespaltenen früheren Regierungspartei SLFP (Sri Lanka Freiheitspartei) ist zum Stillschweigen verurteilt, da ihr bis 1986 einige ihrer Bürgerrechte aberkannt wurden. Die stärkste kommunistische Partei des Landes, die JVP, ist verboten. Die sozialistische NSSP, die die Studentenunruhen des vergangenen Monats organisiert hatte und das Tamilen-Problem vor den Karren ihrer politischen Ziele („mehr soziale Gerechtigkeit in einem sozialistischen Arbeiter- und Bauernstaat Sri Lanka") zu spannen sucht, ist in ihrer Aktionsfreiheit eingeschränkt. Ihr Führer, Vasudeva Nanayakkara, wurde kurz nach dem Bombenattentat auf dem Flugplatz Madras erneut verhaftet. Und die Tulf hat ihre enttäuschte Anhängerschaft an die radikalen Tamilen-Gruppen verloren. „Die Zukunft der Tamilen", sagt ein westlicher politischer Beobachter in Neu-Delhi angesichts dieser festgefahrenen Situation, „hängt allein von der Gnade Jayewardenes ab".

Damaskus warnt die Verbündeten in Libanon

PETER M. RANKE, Beirut

Syriens Staatspräsident Assad will in dieser Woche seinen Berater und Chef des militärischen Nachrichtendienstes, General Mohammed Kholi, nach Beirut schicken, um mit einer angeblich „letzten Warnung" den Drusen-Chef Walid Dschumblatt und seinen Verbündeten, den Schiiten-Führer Nabih Berri, zum Einlenken zu zwingen. Beide widersetzen sich dem von Damaskus befürworteten libanesischen Sicherheitsplan.

Dschumblatts Drusen lieferten sich in der Nacht zum Sonntag schwere Feuergefechte mit der Armee in Souk-el-Gharb, wobei auch Raketen und Artillerie eingesetzt wurden. Da die Angriffe von der Drusen-Miliz eröffnet worden waren, sehen politische Beobachter in den Gefechten einen neuen Hinweis, daß Dschumblatt die Armee nicht vorrücken lassen will. Er fordert, daß die Armee nur drusische Einheiten der 11. Brigade unter einem drusischen Kommandant in den Schuf sende, dazu mit schweren Waffen. Das lehnt die libanesische Armee ab. Vor allem verlangen Dschumblatt und Berri aber, daß vor der Entsendung der Armee in die Berge politische Forderungen erfüllt werden: Gleichstellung von Drusen und Schiiten in der Verwaltung, Neubesetzung verwaister Posten, Verfassungsreformen. Schiiten-Führer Berri hat seine eigene Kampagne gestartet, indem er die Schiiten in Südlibanon zum verstärkten Kampf und zum Aufstand gegen die israelischen Truppen aufrief.

Israelisches Militär hat wieder zeitweise einen Übergang geschlossen und verboten, daß Libanesen Autos oder Lkw zur Fahrt in den besetzten Süden benutzen, da sie nicht genau kontrolliert werden können. (SAD)

Prags Medien schießen sich auf Jiri Pelikan ein

Der Europa-Parlamentarier gilt als unbequemer Kritiker

R. STRÖBINGER, Köln

Tschechoslowakische Massenmedien haben eine scharfe Kampagne gegen die politische Emigration im Westen entfacht. Hauptangriffsziel der seit Jahren massivsten Attacken ist der frühere Vorsitzende des außenpolitischen Ausschusses des Prager Parlaments und Generaldirektor des tschechoslowakischen Fernsehens in der Zeit des „Prager Frühlings" 1968, Jiri Pelikan.

In einem „persönlichen Brief" an die Presseagentur CTK behauptet der stellvertretende CSSR-Außenminister Stanislav Svoboda, daß Pelikan einige Male von der angolanischen Freiheitsbewegung Unita verlangt hatte, ihre tschechoslowakischen Geiseln zu erschießen. Etwa 60 CSSR-Bürger waren im März 1983 bei der Besetzung der Stadt Alto Catumbela gefangengenommen worden. Sie waren dort als Fachleute und Berater tätig. Im Juli 1983 kamen die Frauen und Kinder frei; 20 Männer wurden erst im Juli dieses Jahres dem Internationalen Roten Kreuz übergeben.

„Gewissenlose Kreatur"

In fast täglich vor allem im Parteiorgan „Rude Pravo" sowie über Rundfunk und Fernsehen verbreiteten „Erklärungen" tschechoslowakischer Bürger wird Pelikan als ein von westlichen Kriegsabenteurern bezahlter „Killer" und als „gewissenlose Kreatur" bezeichnet. Mit seiner Forderung nach der Ermordung von 20 Geiseln, meint der „Rude-Pravo"-Leser Josef Vaculin, hat sich Pelikan aus der Familie der CSSR-Bürger selber „ausgestoßen". Im Prager Rundfunk wurden auch zwei der Geiseln interviewt. Viktor Labounek aus Litovel äußerte dabei die Ansicht, daß „Pelikan mit dem Ruf nach der Ermordung" sich weiterhin die „Unterstützung seiner Brötchengeber" einhandeln wollte.

In Prag wird allerdings vermutet, daß hinter der Kampagne die Angst vor Aktivitäten Pelikans im Europäischen Parlament steht. Pelikan wurde als einziger aus einem kommunistischen Land emigrierter Politiker bei den Europa-Wahlen am 17. Juni zum zweitenmal als Kandidat der italienischen Sozialistischen Partei in das Straßburger Parlament gewählt.

Desinformation

Bereits in der ersten Wahlperiode trat der ehemalige Prager Reformpolitiker als scharfer Kritiker der Menschenrechtsverletzungen in Osteuropa auf. Da die Prager KP-Führung offensichtlich die Fortsetzung dieser Aktivitäten erwartet, soll er moralisch disqualifiziert werden.

Schon Anfang des Jahres versuchte der CSSR-Staatssicherheitsdienst die Kandidatur Pelikans für das Europaparlament zu verhindern. In einer Broschüre, die angeblich emigrierte tschechoslowakische Sozialdemokraten verfaßten, wurde behauptet, daß Pelikan während seiner Verhaftung als Angehöriger einer Widerstandsgruppe durch die Gestapo 1941 einige seiner Mitarbeiter verraten habe. Diese seien dann in nationalsozialistischen Konzentrationslagern gestorben. Die in Prag ansässigen Autoren verschweigen allerdings, daß die angeblich von Pelikan verratenen Widerstandskämpfer lange vor seiner Verhaftung festgenommen wurden und daß Pelikan damals knapp 17 Jahre alt war.

„Gleichgewicht in Mittelamerika verändert sich"

Wt. Miami

Die Kontroverse um den nicaraguanischen Luftwaffenstützpunkt Punta Huete hat sich weiter zugespitzt. Nachdem die sandinistische Regierung die Baustelle zum erstenmal Journalisten gezeigt hatte, meldete sich der Sprecher des State Department, John Hughes, zu Wort. Die Stationierung von Kampfjägern werde „das Gleichgewicht der Kräfte in der Region verändern", warnte Hughes. Die Sowjetunion und Kuba seien über den amerikanischen Standpunkt „gut informiert". Bei der überraschenden Journalisten-Einladung hatten Regierungsvertreter mitgeteilt, daß die Bauarbeiten 1981 aufgenommen wurden und Ende 1985 beendet sein werden. Nach Ansicht amerikanischer Militärs wären diese Pisten auch lang genug für strategische Bomber oder Aufklärungsflugzeuge der Sowjetunion. Luftwaffenkommandeur Raul Venerio berichtete, er erwarte „neue Kampfflugzeuge aus verschiedenen Ländern". Flugzeugtypen noch Länder wollte er jedoch nicht nennen. Nach amerikanischen Informationen wurden bereits 50 nicaraguanische Piloten an sowjetischen Kampfjägern des Typs MiG in Bulgarien ausgebildet.

Mischlingsführer kritisieren UNO

dpa, Johannesburg

Die Ablehnung der neuen Verfassung Südafrikas durch den Weltsicherheitsrat ist in Südafrika auf heftige Kritik und nur vereinzelt auf Beifall gestoßen. Vor allem die noch allein von Weißen gebildete Regierung, aber auch Vertreter der jetzt vor politischer Mitwirkung stehenden Bevölkerungsgruppen der Mischlinge und Asiaten wiesen die UNO-Kritik zurück. Lediglich die von Protestgruppen schwarzer Südafrikaner getragene „United Democartic Front" (UDF) begrüßte die Verurteilung. Die UDF und schwarze Politiker kritisieren, daß sie unter der neuen Verfassung von der Mitwirkung im politischen Entscheidungsprozeß ausgeschlossen bleiben. Außenminister Roelof Botha warf dem Sicherheitsrat vor, sich entgegen der UNO-Charta in die internen Angelegenheiten eines UNO-Mitgliedsstaates einzumischen. Parteiführer von Mischlingen und Asiaten, die am 22. und 28. August an den Wahlen von Abgeordneten ihrer Gruppen für das künftige Parlament teilnehmen, meinten, der Sicherheitsrat habe sich dem Druck „von Leuten gebeugt, die schon lange keine Verbindung mehr mit dem Land haben".

Für Konferenz der Nuklearstaaten

DW. Bukarest

Der rumänische Staats- und Parteichef Nicolae Ceausescu hat sich für eine Konferenz ausgesprochen, die „alle Nuklearstaaten vereint, um der Produktion neuer Nuklearwaffen Einhalt zu gebieten und die Atomwaffen progressiv bis zu ihrer völligen Beseitigung abzubauen". Zugleich forderte er erneut die Wiederaufnahme der Genfer Verhandlungen zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten, die zu einem Abkommen führen sollten, das „den Abbau der Mittelstreckenraketen ermöglicht". Der rumänische Präsident fordert auch „die Wiederaufnahme der Gespräche zwischen den Supermächten auf allen Gebieten der Nuklearwaffen".

MOTORSPORT / Ausscheidungsrennen beim Grand Prix von Österreich in Zeltweg – Prost, de Angelis nicht im Ziel

Klare WM-Führung von Lauda. Erster Sieg in der Heimat

DIETER SCHULZ, Zeltweg

Der Österreicher Niki Lauda gewann auf einem McLaren-Porsche vor 150 000 Zuschauern den Großen Preis von Österreich in Zeltweg, den 12. Lauf zur Formel-1-Weltmeisterschaft 1984. Den zweiten Platz belegte der brasilianische Titelverteidiger Nelson Piquet (Brabham-BMW) vor dem Italiener Michele Alboretto (Ferrari), dem italienischen Piquet-Teamkollegen Teo Fabi und den beiden Arrows-BMW-Fahrern Thierry Boutsen (Belgien) und Marc Surer (Schweiz). In der Weltmeisterschaftswertung hat Lauda nun klar die Führung übernommen, weil seine beiden heftigsten Konkurrenten Prost (Frankreich) und Elio de Angelis (Italien) das Ziel nicht erreichten. Für Lauda war es der erste Sieg in Österreich und der vierte in dieser Saison. Deutsche Fahrer waren nicht am Start. Stefan Bellof war wegen zu niedrigen Gewichts seines Tyrrells zuvor disqualifiziert worden, Manfred Winkelhock hatte wegen eines defekten Getriebes das Rennen nicht aufnehmen können.



Der Rennverlauf: An der Spitze hatte sich ein Dreikampf gebildet zwischen dem brasilianischen Weltmeister Nelson Piquet (Brabham-BMW), dem Franzosen Alain Prost (McLaren-Porsche) und dem Österreicher Niki Lauda (McLaren-Porsche). Es war vor allem ein Rennen des 35jährigen zweimaligen Ex-Weltmeisters Niki Lauda, der vor dem Großen Preis von Österreich in der Weltmeisterschaftswertung an zweiter Stelle hinter Prost lag. Am Start war Lauda nicht gut weggekommen, hielt lediglich die achte Position. Doch dann kämpfte er sich nach vorn. Als in der 28. von 52 Runden Alain Prost auf der Ölspur, die de Angelis hinterlassen hatte, wegrutschte und mit einem Dreher von der Strecke abkam, war Lauda hinter Piquet Zweiter und kämpfte sich verbissen an den Brasilianer heran. In der 40. Runde fuhr der Österreicher an Piquet vorbei – 150 000 österreichische Zuschauer gerieten schier aus dem Häuschen.

Das Rennen war mit 28 Minuten *Verspätung ein zweites Mal gestartet* worden, nachdem es hieß, der Franzose Prost habe einen Frühstart verursacht, der Italiener Elio de Angelis durch einen Fehlstart das übrige Feld behindert und der Holländer Huub Rothegatter noch in der Startposition eienen technischen Fehler signalisiert, der von den meisten Konkurrenten nicht wahrgenommen wurde. So mußte das Rennen nach nur zwei Runden abgebrochen und noch einmal gestartet werden.

Was sich dann ereignente, war wieder ein Grand Prix der technischen Ausfälle. Als erstes Team erwischte es mit den Williams-Rennstall mit dem finnischen Ex-Weltmeister Keke Rosberg und den 40jährigen Franzosen Jaques Laffite. Der Renault-Stall mit Warwick (England) und Tambay (Frankreich) folgte ebenso geschlossen wie das Team Lotus mit dem Italiener Elio de Angelis und dem Engländer Nigel Mansel.

Zuvor hatte sich im Training folgendes zugetragen: Für die Statistiker war es einfach die zweitschnellste Runde, die je in der Formel-1-Geschichte gedreht wurde, für die Fahrer jedoch war es ein Horror-Trip. „Das Zeittraining wird allmählich zum Ein-Runden-Wahnsinn", sagte der Österreicher Niki Lauda, im Training von Zeltweg Vierschnellster. „Unsere Geschwindigkeiten werden viel zu schnell", sagt sein französischer McLaren-Kollege Prost.

Der 32jährige fuhr mit seinem Brabham-BMW, aus dem er bei Bedarf für eine schnelle Runde bis zu 1000 PS herausholen kann, ein Durchschnittstempo von 248,235 km/Std. In der fast 35 Jahre alten Formel-1-Geschichte war nur der Neuseeländer Chris Amon schneller. Beim Großen Preis von Italien am 5. September 1971 in Monza kam er mit über 251 km/Std. auf den ersten Startplatz.

Erneut ist die Formel 1 an einer Grenze angelangt. Erst vor zwei Jahren hat man die sogenannten Wing Cars abgeschafft, die mit ihrem Flügel-ähnlichen Bodenprofil und den sogenannten Schürzen für kaum noch erträgliche Kurvengeschwindigkeiten sorgten. Doch diese Reglements-Bremse wirkte nur kurz. Mit immer höheren Motorleistungen der Turbo-Aggregate sind die Wagen auf den Geraden so schnell, daß der Gechwindigkeitsverlust in den Kurven mehr als ausgeglichen wird.

Die übrigen Teile der Wagen halten mit der Motorentwicklung nicht mehr Schritt. Bei einigen Teams sind die weichen Qualifikationsreifen bereits nach etwa 80 Prozent einer Runde verschlissen, danach fährt, rutscht und schlittert der Fahrer am Rande der Katastrophe dahin, wenn er sein Tempo nicht drosselt. Bei Piquet versagte beim deutschen Grand Prix vor zwei Wochen in Hockenheim das Ge*triebe. Hielt es der hohen Motorlei*stung nicht mehr stand?

Besonders im Qualifikationstraining werden die Probleme deutlich. Für die jeweils einstündige Jagd auf die 26 Startplätze an Freitag und Samstag vor dem Rennen stehen pro Fahrer nur zwei Satz weiche Reifen zur Verfügung. Diese Pneus halten maximal nur eine schnelle Runde durch, so daß der Pilot mit Anwärmen, sogenannter Chaos-Runde und einem weiteren Umlauf zum Ausrollen pro Training gerade zweimal drei Runden unterwegs ist. Dabei wird das Äußerste aus den Motoren geholt, so daß sie danach manchmal nur noch Schrottwert besitzen.

CARL LEWIS

Niederlage – „eine neue Erfahrung"

sid/DW. London

„Über meine Zeit bin ich nicht enttäuscht, sie ist wirklich gut, denn es war mein erstes Rennen über diese Distanz. Wir sind Novizen auf dieser Strecke. Hinten starb ich, aber es war ein schönes Rennen, eine neue Erfahrung."

Carl Lewis, der viermalige Olympiasieger von Los Angeles, kam zu dieser Erkenntnis, nachdem er auf der selten gelaufenen 300-m-Strecke lediglich den vierten Platz belegt hatte. In London war das geschehen, zum Auftakt der Europatournee des Carl Lewis, die ihn noch nach Budapest, Zürich, Brüssel und Köln führen wird.

Die unübliche 300-m-Strecke hatten die Londoner Organisatoren ins Programm aufgenommen, um auf diese Weise möglichst sicher einen Weltrekord zu erhalten. Es ist eine Distanz, die ansonsten im Training gelaufen wird oder bei klubinternen Bahneröffnungswettkämpfen.

Auf dieser Strecke startete Carl Lewis zum ersten Mal in seinem Leben – und verlor. Der Sieger, Lewis' Landsmann Kirk Baptiste, der Olympiazweite über 200 Meter, gewann in 31,96 Sekunden. Das war dann der erwartete neue Weltrekord (bisher: Mel Lattany, USA: 32,16 Sekunden). Zweiter wurde der Engländer Todd Bennett (32,14) vor dem amerikanischen 400-m-Spezialisten Walter McCoy (32,16). Carl Lewis erreicht als Vierter nach 32,18 Sekunden das Ziel.

Zur Erklärung: Carl Lewis ist von Hause aus gelernter 100-m-Sprinter. Er ist zwar auch Olympiasieger über 200 Meter geworden, doch auf dieser langen Sprintstrecke tut er sich noch immer schwer. Lewis selber sagt: „Ich liebe die 200 m zwar, doch ich habe sie noch nicht im Kopf." Mit anderen Worten: Lewis' Kurvenlauf ist noch nicht perfekt, seine Renneinteilung ebenfalls noch nicht. Nun ist die 300-m-Distanz nicht nur eine schlichte Verlängerung des 200-m-Sprints, sie ist eine gänzlich andere Disziplin. Sie ist im Grunde eine 400-m-Strecke, die ein klein wenig schneller gelaufen werden muß.

Somit hat sich Lewis in London gewissermaßen völlig unvorbereitet als 400-m-Spezialist versucht, und so gesehen war es ein glänzender Einstand.

Um das zu untermauern, einige Zahlen: Der Sieger Kirk Baptiste lief einen 100-m-Durchschnitt von rund 10,8 Sekunden. Hätte er dieses Tempo noch einhundert Meter länger durchgehalten, wäre das ein neuer Weltrekord über 400 Meter geworden, der ungefähr bei 43,2 Sekunden stehen würde. Zum Vergleich: Der alte Rekord steht bei 43,86 Sekunden, gelaufen 1968 von dem Amerikaner Lee Evans in der leistungsfördernden Höhelage von Mexiko City.

„*Ich hoffe, dieses Rennen hilft mir*, mich nach Los Angles wieder realistisch einzuschätzen", sagte Lewis. Eben als Sprinter und nicht als 400-m-Läufer.

IRINA MECZYNSKI

Plötzlich aus dem Schatten getreten . . .

DW. Prag

Das Ereignis hatte im vierten Versuch stattgefunden. 73,36 Meter weit war der ein Kilogramm schwere Diskus geflogen – Weltrekord. Geschleudert hatte ihn eine Berliner Jurastudentin mit dem russisch klingenden Namen Irina Meczynski. Um zehn *Zentimeter hat die zwei Zenter* schwere (!) und dabei lediglich 1,75 m große Meczynski den alten Rekord der Sowjetrussin Galina Sawinkowa in Prag verbessert. Was noch zu registrieren ist: Bei dem weiten Wurf von Prag handelte es sich bereits um den 19. Leichtathletik-Weltrekord in diesem Jahr.

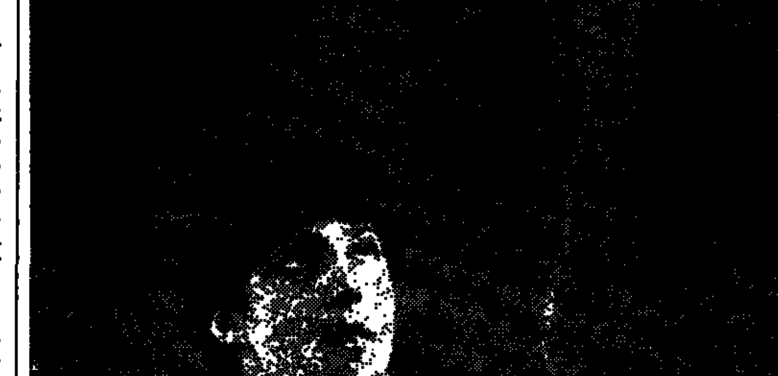
Die neue Weltrekordlerin, die 22jährige Irina Meczynski, stand in der „DDR" bisher stets im Schatten anderer, überragender Diskuswerferinnen: Gisela Beyer, Evelin Jahl und Martina Opitz. Und trotz ihres Rekordes wird die frühere Junioren-Europameisterin Irina Meczynski wohl auch künftig an Gisela Beyer gemessen, der Schwester des Kugelstoß-Weltrekordlers Udo Beyer.

Zwischen 1983 und 1984 hat die Cottbuserin Gisela Beyer den Diskus zehn Mal über 70 Meter weit geworfen – eine einmalige Serie. Irina Meczynskis Rekordwurf von Prag war das vierte Resultat jenseits der 70-Meter-Marke. 1982 hatte sie sich auf 71,40 Meter gesteigert, verlor aber bei den Leichtathletik-Europameisterschaften in Athen die Nerven und wurde nur Achte. Im letzten Jahr mußte sie wegen einer Knieverletzung pausieren. In diesem Jahr hatte sie bereits 72,02 m vorgelegt, die sie nun in Prag auf 73,36 m steigerte.

Vor zwei Jahren, als Irina Meszynski als vierte Diskuswerferin der Leichtathetlik-Geschichte mit einer Leistung jenseits der 70-Meter-Marke zu Buche stand, bat sie das Ost-Berliner „Deutsche Sportecho" auf ein Interview – das einzige, das die neue Weltrekordlerin bisher in der „DDR"-Presse gegeben hatte. Jede Diskuswerferin, die international voran kommen wolle, träume von den 70 Metern, und davon, diese Weite stabilisieren zu können, sagte sie damals. Zwei Jahre später ist sie Weltrekordlerin – „nie erträumt".

Faina Melnik, die Ukrainerin, war es, die 1975 in Zürich als erste Frau der Welt den Diskus über 70 Meter weit warf: 70,20 Meter. Dreißig Jahre war die Melnik damals schon, und sie konnte auf eine erfolgreiche Karriere zurückblicken. Würfe über 70 Meter, so meinte sie, würden mit Sicherheit Ausnahmen bleiben. Ihre 70,20 Meter stünden wohl deshalb außerhalb jeglicher Diskussion. Das war vor neun Jahren . . .

Sie sind mittlerweile indiskutabel, weil die Weltspitze inzwischen zwei Meter weiter beginnt, und auch, weil 70-m-Würfe für Athletinnen wie Gisela Beyer oder Marija Petkowa aus Bulgarien längst Dutzendware sind.







Nacholympisches Muskelspiel, das Leid eines viermaligen Siegers und der artfremde Auftritt eines Stars: Irina Meczynski aus der „DDR" erreichte mit dem Diskus Weltrekord (links). Carl Lewis (rechts oben, rechts neben Kirk Babtiste) wunderte sich über seine erste Niederlage. Und Ulrike Meyfarth ging unter die Fußballspieler – sie vollführte den Anstoß des Zweitligaspiels Wattenscheid 09 gegen Blau-Weiß Berlin. FOTOS: AP(2), DPA

LEICHTATHLETIK / Moskaus Olympia-Imitation mit Feuer, Medaillen und westlicher Musik

Sedych: Ich hoffe, man sieht, warum wir traurig sind

dpa/sid, Moskau/Prag

Die Bilder glichen denen von 1980: Einhunderttausend Zuschauer im ausverkauften Moskauer Lenin-Stadion erlebten bei strömendem Regen die Eröffnungsfeier der Leichtathletik-Gegenspiele der Männer, die fast eine Kopie der Olympia-Eröffnung von vor vier Jahren war. In Anwesenheit zahlreicher Mitglieder des sowjetischen Politbüros wurde wie 1980 das Feuer entzündet – übrigens an gleicher Stelle wie seinerzeit. Die Sieger wurden mit Medaille, Nationalhymne und Fahnenhissung geehrt, *wobei die Medaillen von früheren* Olympiasiegern verliehen wurden. Wie vor vier Jahren wurden alle Ergebnisse in Russisch und Englisch bekanntgegeben. Westliche Musik verlieh der Veranstaltung etwas internationales Flair.

Den ersehnten Weltrekord gab es jedoch nicht in Moskau, sondern bei der Gegenveranstaltung für die Frauen in Prag. Für den entsprechenden Höhepunkt sorgte die 22 Jahre alte Diskuswerferin Irina Meczynski *aus der „DDR" mit der neuen Best*marke von 73,36 m (siehe nebenstehendes Porträt).

Die frühere Europameisterin und Weltrekordlerin der Juniorinnen schleuderte die Scheibe zehn Zenti*meter weiter als Galina Sawinkowa* aus der UdSSR am 22. Mai vergangenen Jahres in Lesselidse. Die alte Rekordhalterin belegte mit 68,90 m nur den vierte Rang hinter Galina Muraschowa aus der UdSSR (72,14) und Zdenka Silhava aus der CSSR (70,14).

Über 400 Meter Hürden lief Marina Stepanowa aus der UdSSR in 53,67 Sekunden die zweitschnellste Zeit der Leichtathletik-Geschichte. Nur ihre *Landsmännin* Margarita Ponomarewa war beim Weltrekord von 53,58 Sekunden je schneller.

Höhepunkte in Moskau waren die Würfe und Sprünge. Hammerwurf-Weltrekordler Jurij Sedych (UdSSR) verfehlte mit 85,60 m nur um 74 Zentimeter seine eigene Bestleistung. Seine Landsleute Igor Nikulin (82,56 m) und Sergej Litwinow (81,30 m) erlitten klare Niederlagen, obwohl sie Weltklasse-Weiten erzielten. „Ich hoffe, man sieht, warum wir so traurig über unser Fehlen in Los Angeles sind", sagte Sedych nach dem Wettbewerb.

Auch Speerwurf-Weltrekordler Uwe Hohn aus der „DDR" bot eine überzeugende Vorstellung. Der Europameister erzielte 94,44 m und be*zwang damit erneut seinen Lands*mann, den Weltmeister Detlef Michel mit 88,32 m.

Im Crystal Palace von London signalisierte inzwischen ein Landsmann des brasilianischen 800-m-Olympiasiegers Joaquim Cruz, daß Brasilien noch weitere große Läufer auf dieser Strecke hat. Jose Luis Barbosa siegte in 1:44,98 Minuten vor dem Amerikaner Earl Jones, dem Dritten von Los Angeles (1:45,59 Min.). Nur Sechster wurde der englische Weltmeister über 1500 Meter, Steve Cram. Allerdings ist Barbosa längst kein Unbekannter mehr. Mit 1:44,30 Minuten war er schon im vorigen Jahr der zehntschnellste 800-m-Spezialist der Welt.

Für weitere Höhepunkte in London sorgten der Ire Ray Flynn in 7:46,32 Minuten über 3000 Meter sowie der Amerikaner Jim Howard mit 2,33 m beim Hochsprung-Sieg über seinen Landsmann Dwight Stones (2,25 m). Das 300-m-Rennen der Frauen gewann die 200-m-Olympiadritte Cathy Cook (England) in 35,46 Sekunden.

Beim ISTAF in Berlin zeigten sich die amerikanischen Sprinterinnen von *ihrer besten Seite*. Evelyn Ashford, die amerikanische Weltrekordlerin über 100 Meter, erreichte im Vorlauf 10,92 Sekuden. Im Finale sprintete sie dann 10,94 Sekunden.

„Ich bin sehr müde", sagte die Amerikanerin. „Ich weiß auch nicht, wieso ich so schnell war." Evelyn Ashford hofft nun darauf, am Mittwoch in Zürich auf Weltmeisterin Marlies Göhr aus der „DDR" zu treffen. Zuletzt waren die beiden im vorigen Jahr bei den Weltmeisterschaften in Helsinki gegeneinander gelaufen. Marlies Göhr siegte, Evelyn Ashford verletzte sich und mußte nach 60 Metern im 100-m-Finale aufgeben.

Vieles spricht dafür, daß es in Zürich wieder zum Duell der beiden schnellsten Frauen aller Zeiten kommt. Denn das „DDR"-Fernsehen hat von der Veranstaltung in Zürich eine Direktleitung nach Ost-Berlin bestellt. Die Reservierung der Hotelzimmer für „DDR"-Athleten wurde auch nicht rückgängig gemacht. Eine definitive Zusage haben die Zürcher Veranstalter aus Ost-Berlin allerdings nicht vorliegen . . .

NACHRICHTEN

Wüst wiedergewählt

Bochum (sid) – Ottokar Wüst bleibt für zwei weitere Jahre Präsident des Fußball-Bundesligaklubs VfL Bochum. Der 58 Jahre alte Herrenausstatter, der den Verein seit 20 Jahren führt, erhielt allerdings nur 199 von 365 Stimmen, 166 entschieden sich für Hans-Georg Rehs, der erst vor drei Monaten als Vizepräsident zurückgetreten war.

Zwei Niederlagen

Hameln (sid) – Zwei 0:3-Niederlagen für die deutschen Volleyball-Junioren gab es beim „Rattenfänger-Cup" in Hameln. Das Team unterlag den USA und der Sowjetunion. Gegen die Sowjets stand es bei einer 14:7-Führung vor einem Satzgewinn, vergab aber 14 Satzbälle.

Schwacher Start

Toledo (sid) – Mit einer 50:65-Niederlage gegen Gastgeber Spanien startete die deutsche Basketball-Nationalmannschaft der Juniorinnen bei der Europameisterschaft in Toledo.

Berliner Rückzug

Berlin (sid) – Der Boxring Berlin hat seine Staffel aus der Box-Bundesliga zurückgezogen. Die Berliner begründeten ihren Verzicht mit Besetzungsproblemen in den schweren Gewichtsklassen sowie mangelndem Zuschauerinteresse. Falls kein anderer Verein nachrücken sollte, werden nur fünf Teams in der Bundesliga vertreten sein.

Im Stechen besiegt

Bratislava (sid) – Die Erfolge der nicht in Los Angeles gestarteten deutschen Springreiter setzten sich auch beim Preis der Nationen im tschechoslowakischen Bratislava fort. Erst im Stechen wurde die deutsche Equipe mit Karl-Heinz Schwab (Bad Rappenau) auf Baltimore, Stefan Schewe (Euskirchen) auf Otto und Hauke Schmidt mit Lafayette von Polen und England abgefangen. Im Normalparcours hatten die drei Teams zwei Abwürfe.

Betz wieder Meister

Büttgen (sid) – Werner Betz (31) aus Sindelfingen verteidigte seinen Titel als deutscher Steher-Meister der Berufsradfahrer. In Büttgen setzte er sich mit zehn Punkten gegen den punktgleichen Horst Schütz durch, da er den zweiten und entscheidenden Lauf über 40 km für sich entscheiden konnte.

Triathlon-Verband

Almere (sid) – In Almere (Holland) *wurde der Europäische Triathlon-*Verband (ETU) von Vertretern aus zehn Ländern (darunter Deutschland) gegründet. Triathlon ist ein sportlicher Dreikampf mit den Einzel-Disziplinen Schwimmen, Radfahren und Laufen. Die weiteren Mitglieder der ETU sind Irland, Dänemark, Schweden, CSSR, Österreich, Belgien, Frankreich, Großbritannien und die Niederlande.

Maradona-Fieber

Neapel (sid) – Neapel liegt im Maradona-Fieber. Mit Pistolen drangen unbekannte Fußballfans in eine Vorverkaufsstelle ein, um sich Karten für das erste Spiel des Argentiniers im heimischen San-Paolo-Stadion gegen River Plate Buenos Aires zu sichern. Sie trafen jedoch auf eine couragierte Dame, die sie in die Flucht schlug. Nur zwei der begehrten Tickets fielen den Eindringlingen in die Hände.

Königliche Schulden

Madrid (sid) – Die Schulden beim spanischen Fußball-Rekordmeister Real Madrid haben ein wahrhaft königliches Ausmaß erreicht. Wie jetzt verlautete, beträgt der Schuldenberg derzeit 1,3 Milliarden Peseten (umgerechnet 19,5 Millionen Mark). Der Saisonetat 1984/85 wurde dessen ungeachtet auf zwei Milliarden Peseten festgesetzt.

Jugoslawien: 24. Trainer

Belgrad (sid) – Milos Milotinovic heißt der neue Trainer der jugoslawischen Fußball-Nationalmannschaft. Der 51 Jahre alte frühere Nationalspieler ist bereits der 24. Trainer, den der jugoslawische Verband nach dem Zweiten Weltkrieg verpflichtete. Milotinovic löst Todor Veselinovic (53) ab.

Erfolg für China

Beijing (dpa) – Die schwedische Tischtennis-Nationalmannschaft unterlag in einem Frundschaftsspiel im chinesischen Beijing dem Gastgeber mit 3:5. Erfolgreichster Spieler der Skandinavier war Jan-Ove Waldner, der Wang Huiyuan und Jiang Jialiang bezwingen konnte. Für den dritten Punkt sorgte Europameister Ulf Bengtsson, der Jiang Jialiang ebenfalls besiegen konnte.

Strößenreuther Zweiter

Bekescsaba (sid) – Nach dem ersten Tag der Weltmeisterschaft im Motorkunstflug liegt Manfred Strößenreuther aus Speichersdorf auf Platz zwei. Im ungarischen Bekescsaba führt der Tschechoslowake Petr Jirmus.

Reizvolle Zahlen und doch nur ein Vergleich zwischen Äpfel und Birnen

Also gut: Claudia Losch ist als *Olympiasiegerin in Prag ange*treten und hat dort gegen fünf Kugelstoßerinnen aus Ostblockländern verloren. Goldmedaillengewinner Juha Tiainen (Finnland) büßte beim Fernvergleich gegen Hammerwurf-Weltrekordler Juri Sedych (UdSSR) satte 9,20 Meter ein. Solche Vergleiche reizen. Und wer nur Zahlen sprechen läßt, kommt schnell zum Schluß, daß manche Siege und Sieger in Los Angeles nicht viel wert waren. Doch das ist ein Trugschluß, jedenfalls meistens. Denn Ostblock-Athleten hätten in Los Angeles zwar durchaus Medaillen gewonnen, doch mit erheblich schwächeren als ihren jetzigen Leistungen.

Die Leichtathleten aus der UdSSR, „DDR" und CSSR sind durch den Politiker-Beschluß, auf Olympia zu verzichten, nicht nur um den Höhepunkt ihres Sportjahres gebracht worden. Sie kamen auch in den zweifelhaften Genuß, in der gesamten Saison 1984 bisher keinen einzigen Wettkampf mit Doping-Kontrollen bestreiten zu müssen. Wenn ihre Trainer und Funktionäre das Gegenteil behaupten, sagen sie nicht die Wahrheit. Dagegen mußten viele Stars im Westen teilweise seit An*fang Mai auf Trainingshilfen* aus der pharmazeutischen Industrie verzichten. Allen voran jene aus der Bundesrepublik, wo die Fahndung nach verbotenen Substanzen so pingelig wie in keinem anderen Verband der Welt verläuft. Schon bei den Kämpfen um die deutsche Mannschafts-Meisterschaft wurden Ende Mai emsig Urinproben gesammelt.

Bei den Männern sind alle vier Werfer-Weltrekorde, bei den Frauen sogar 14 von 16 Bestmarken in olympischen Disziplinen im Osten beheimatet. Dort werden die hochmodernen Doping-Labors zum – gewiß fragwürdigen – Nutzen der Sportler eingesetzt, im Westen dienen sie der Überführung von Athleten, die gegen die Regeln verstoßen haben. Die Leistungskluft wird bei so verschiedener Auslegung des Doping-Problems immer größer. Wer sich dagegen stemmt, riskiert seine Laufbahn: wie der in Los Angeles ertappte Martti Vainio aus Finnland, der sich über die Silbermedaille im Lauf über 10 000 Meter nur kurz freuen konnte, oder wie Speerwurf-Europameisterin Anna Verouli aus Griechenland.

STAND PUNKT

Doch nicht nur das ergibt ein schiefes Bild: Zeiten und Weiten, die erreicht wurden in einem einzigen Wettbewerb, können immer besser sein (auch ohne jedes hormonale Doping) als bei der langwierigen olympischen Prozedur, bei der in Qualifikation, Vorkampf und Entscheidung am Ende Kraft verloren geht. Ein Stabhochsprung-Wettbewerb über sechs Stunden ist etwas anderes als ein Springen mit einem ausgewählten Feld von Teilnehmern, wie es bei den attraktiven Sportfesten üblich ist.

In den nach-olympischen Wochen werden die strahlenden Sieger von Los Angeles noch häufig mit beeindruckenden Zahlen aus Prag, Moskau oder Budapest konfrontiert werden. Sie können darüber nur milde lächeln, denn sie wissen, was gespielt wird. Hier die Olympiasieger, die ihre Medaillen bei Sportfesten im Westen versilbern wollen und keinerlei *gezielte* Vorbereitung treiben können; dort die Boykott-Athleten, die seit Monaten nichts anderes als ihre sogenannten Gegen-Olympiaden im Sinn haben und sich dabei mit Rekorden jene staatlichen Prämien sichern wollen, um die sie durch das Fehlen ins Los Angeles gebracht wurden. Und die sich bar jeder Angst vor Kontrollen auch des Dopings bedienen können.

So nahe es auch liegen mag, Athleten wie Claudia Losch oder Juha Tiainen abzuwerten: Niemand nimmt ihnen den Glanz ihres Olympiasieges. Äpfel und Birnen lassen sich nun mal nicht miteinander vergleichen.

H. J. QUAST/DW.

FUSSBALL / Suche nach der Bundesliga-Form

Netzer: „Fürchterlich für unser Ansehen"

sid, Frankfurt

Nur wenig Klasse und meist auch keine große Kasse. Eine Woche vor dem Start in die 22. Fußball-Bundesliga-Saison boten die Elite-Teams vor durchweg mäßiger Kulisse nahezu geschlossen nur Hausmanns-Kost. Gut besuchte Stadien blieben den Turnier-Veranstaltern in Rotterdam (35 000) und Valencia (53 000) vorbehalten. *Doch hier boten die Titel*-Aspiranten VfB Stuttgart und Hamburger SV kaum meisterliche Vorstellungen.

Während sich Stuttgart im Spiel gegen den früheren Europa-Pokalsieger Manchester United wenigstens noch achtbar 1:2 aus der Affäre zog (Tor durch die belgische Neuverpflichtung Claesen), bedeutete das 1:5 des HSV gegen den FC Valencia eine Blamage. „Diese Niederlage ist fürchterlich für unser Ansehen", sagte Günter Netzer. Die 200 000-Mark-Gage war für den Manager ein schwacher Trost.

Auch direkte Vergleiche zwischen Bundesliga-Klubs lockt vor dem Punktspiel-Start scheinbar niemanden aus dem Schwimmbad. So sahen in Mastholte gerade 2200 Zuschauer das 4:2 des VfL Bochum über Arminia Bielefeld. Schulz (2), Fischer und Lameck trafen für den Sieger, Reich und Pater für Bielefeld. Nur 6000 Besucher verfolgten das 0:2 zwischen Bayer Uerdingen und Borussia Mönchengladbach in Krefeld.

In Schußlaune präsentierten sich wenigstens Bayer Leverkusen, Schalke 04 und Fortuna Düsseldorf. Zum 7:0 von Leverkusen bei der luxemburgischen Nationalmannschaft trafen vor nur 400 Fans Röber (2), Schreier, Winklhofer, Hinterberger, Patzke und Bast. Zwei Tore innerhalb einer Minute erzielte Schalkes Talent Thon beim 7:1 in Marburg gegen den Aufsteiger in die holländische Ehren-Division, FV Twente Enschede. Vor 1500 Zuschauern war auch Täuber zweimal erfolgreich, daneben trugen sich Opitz, Kleppinger und Berge in die Torschützenliste ein. Düsseldorf fertigte dank der Treffer von Holmquist, Bommer, Zewe, Thiele (je 2), Bockenfeld und Edvaldsson den Verbandsliga-Klub Solingen-Widdert 10:1 ab.

Aufsteiger Karlsruher SC und Pokalsieger FC Bayern besiegten ausländische Gegner. Vor 3000 Zuschauern tat sich der KSC im Wildparkstadion bis zu den Toren von Harforth beim 2:1 gegen Griechenlands Meister Panathinaikos Athen allerdings sehr schwer. Den Münchnern gelang vor 5000 Besuchern bei Austria Salzburg dank der Tore von Michael Rummenigge und Lerby ein glanzloses 2:0. Eintracht Frankfurts Torwart Jürgen Pahl traf nach dem 5:1-Sieg seiner enttäuschenden Mannschaft in Homburg die Stimmung: „Nach so vielen Freundschaftsspielen wird es Zeit, daß die Meisterschaft endlich beginnt."

Erster Spieltag

● Mit drei Spielen startet am Freitag die Fußball-Bundesliga in die Saison 1984/85. Das ist der erste Spieltag:

Freitag: Werder Bremen – Bayer Uerdingen, VfL Bochum – Eintracht Frankfurt, Mönchengladbach – Schalke 04 (alle 20.00 Uhr).

Samstag: Bielefeld – Bayern München, Braunschweig – 1. FC Köln, Kaiserslautern – Stuttgart, Karlsruhe – Mannheim, Bayer Leverkusen – Fortuna Düsseldorf, Borussia Dortmund – Hamburger SV (alle 15.30 Uhr).

RALLYE / Demuth vor der Meisterschaft

Verärgerung über die Testfahrten von Röhrl

dpa/sid, Trier

Jubel um Sieger Harald Demuth, Ärger um den zweimaligen Weltmeister Walter Röhrl. Im Audi-Lager herrschten nach der Hunsrück-Rallye mit Start und Ziel in Trier, dem siebten von zehn Läufen zur deutschen Meisterschaft, zwiespältige Gefühle. Denn während der Münchner Demuth mit seinem fünften Saisoner*folg mit dem 360 PS starken her*kömmlichen Quattro vor seinem zweiten Meistertitel nach 1982 steht, verärgerte Röhl mit dem knapp 500 PS leistenden neuen Sport Quattro als nicht gewertetem Vorwagen die Konkurrenz.

„Wir müssen uns die Rallye einteilen, weil wir um die Meisterschaft fahren und deshalb ankommen müssen, er kann dagegen voll fahren", sagte Opel-Sprecher Wolfgang Inhester, 1980 Beifahrer des damaligen deutschen Meisters Achim Warmbold. Titelverteidiger Erwin Weber (Neufahrn), auf dem 295 PS starken Opel Manta mit 1:55 Minuten Rückstand Zweiter, klagte: „Wenn wir nach Röhrl an den Zuschauern vorbeikommen, glauben die, wir können nicht Auto fahren."

Zudem entsprach Röhrls Einsatz nicht dem Reglement. Denn der Internationale Automobilsport-Verband FISA verbietet auch für die sogenannten Vorwagen die Verwendung nicht homologierter Teile. Das sind Teile, die gegenüber der Kleinserie von 200 Stück, in der der neue Quattro (Preis: knapp 200 000 Mark) gebaut wurde, geändert wurden. Weil ein Vorwagen jedoch nicht die für die übrigen Starter obligatorische technische Abnahme passieren muß, kann das offiziell nicht festgestellt werden.

Röhrl sollte in dem neuen Wagen, mit dem er bei WM-Läufen das Ziel bisher nicht erreichte, neue Teile testen. Bereits nach dem ersten Tag der Rallye war sein Einsatz beendet, der Regensburger fuhr weiter zum Oldtimer-Grand-Prix auf dem Nürburgring. Bei der 1000-Seen-Rallye am nächsten Wochenende in Finnland (achter WM-Lauf) wird seine französische Teamgefährtin Michèle Mouton mit dem Sport Quattro ausrücken. Später sollen auch der schwedische WM-Spitzenreiter Stig Blomqvist und der finnische Titelverteidiger Hannu *Mikkola den neuen Wagen einsetzen.*

Mit dem 1000 km langen Wettbewerb rund um Trier ist die deutsche Meisterschaft praktisch entschieden. Weber und sein Beifahrer Gunther Wanger werden von den noch ausstehenden drei DM-Läufen nur noch die Rallye Deutschland vom 6. bis 9. September bestreiten (ihr Arbeitgeber Opel möchte den Nachwuchsfahrern Gelegenheit geben, bei Europameisterschaftsläufen Erfahrung zu sammeln). Sie liegen mit 144 Punkten bereits deutlich hinter Demuth (172) und seinem belgischen Beifahrer Willi Lux zurück.

Manfred Hero (Schmelz) und Dietmar Müller (Beckingen), mit ihrem Porsche Turbo bei der Hunsrück-Rallye und in der DM-Wertung Dritte, kommen mit 135 Punkten für den Titel kaum noch in Betracht. Hero aber scheint bereits resigniert zu haben: „Ich habe nur dann noch Chancen, wenn der Harald Demuth zweimal ausfällt."

Demuth/Lux hatten die Spitze bereits zu Beginn des Wettbewerbs übernommen und waren nur einmal in Gefahr. Am zweiten Tag überraschte der Audi-Quattro-Motor seinen Fahrer Demuth mit unerwarteten Aussetzern. 40 Sekunden stand Demuth hilflos auf der Strecke, ehe das Triebwerk wieder ansprang. „Wir wissen bis heute nicht, woran es lag", sagte der bärtige Bayer ratlos. „Aber vermutlich hatten sich wegen der hohen Temperatur Blasen im Benzin gebildet."

Hörfunk-Hits (5): Das Klassik- und E-Musik-Programm von Radio Bremen

Partnerschaft wird großgeschrieben

Im kleinsten ARD-Sender, bei Radio Bremen, herrscht eitel Freude bei den Verantwortlichen über ein Genre, das dort, im Haus an der Bürgermeister-Spitta-Allee, so intensiv gepflegt wird wie nirgendwo sonst: das Klassikprogramm einschließlich moderner E-Musik. Denn die Zuhörer honorieren die Bemühungen; die E-Musik macht jetzt im zweiten Hörprogramm schon rund 70 Prozent des Gesamtangebots aus.

Dabei ist vieles anders bei Bremen 2. Die „Festspielwelle" von SFB, NDR und WDR beispielsweise macht Bremen nicht mit: „Wir wollen halt Gleichschaltung vermeiden, und deshalb senden wir die Festspielkonzerte erst von Herbst an bis ins Frühjahr hinein, also zeitversetzt", wie Solf Schaefer („der Vorname war mal ein Nachname"), verantwortlich für Neue und außereuropäische Musik, ergänzt. „Das hat sich bewährt. Die Leute wollen im Sommer nun mal lieber draußen sein oder Urlaub machen und freuen sich, daß sie diese Sachen zu hören kriegen, wenn es draußen stürmt und friert." Einzige Ausnahmen: Live-Übertragungen wichtiger Eröffnungen und Premieren.

Partnerschaft: Ein kleiner Sender wie Radio Bremen betreibt sie natürlich nicht nur aus reiner Philantropie, sondern sehr wohl auch aus der Überlegung heraus, daß das Fehlen eigener Kapazitäten durch Kooperationen kompensiert werden kann und muß. „Seit Ende der fünfziger Jahre", so erfahren wir, „haben wir kein eigenes Orchester mehr." Aus diesem Grunde hat sich der Sender für eigene Produktionen die Zusammenarbeit mit der Herforder Nordwestdeutschen Philharmonie gesichert, einem freien Orchester, dessen sich auch der WDR immer mal wieder bedient.

Partnerschaft auch mit den Jungen: „Wir nehmen uns ganz besonders des deutschen Nachwuchses an, der Begabtenförderung", sagt Klaus Bernbacher, stellvertretender Hauptabteilungsleiter des Hauses und verantwortich für die E-Musik, „und das auch, weil wir für Chancengleichheit gegenüber dem musizierenden Ausland sind." So fördert Bremen, in Zusammenarbeit mit den zuständigen Stellen im Deutschen Musikrat, insbesondere die Anfang Zwanzig- bis Mitte Dreißigjährigen, „und zwar für alle Instrumente wie auch die Vokalkunst". Einmal im Jahr veranstaltet der Sender ein „kleines Festival" über drei bis vier Abende, 1983 etwa eine Schubert-Reihe.

Partnerschaft bedeutet in Bremen auch Kooperation mit der Stadt („Wir sind ein Stadtsender wie kein anderer") und mit dem Ausland. Die bedeutendsten Reihen, Früchte solch fruchtbarer Zusammenarbeit, sind die „pro musica antiqua" und die „pro musica nova", die sich beide von Jahr zu Jahr abwechseln. „Bei uns widmet sich die Antiqua im wesentlichen der Zeit vor Bach", sagt Bernbacher, und: „Was kaum jemand weiß: Hier bei uns ist Nikolaus Harnoncourt eigentlich entdeckt worden."

Eine Woche lang finden Konzerte im Sendesaal, im alten Bremer Rathaus und in Kirchen statt, werden mitgeschnitten und gesendet, „antiqua" wie „nova", deren letztere vor allem mit dem Namen des Komponisten Hans Otte verbunden ist und die ebenso wie „pro musica antiqua" „heute sehr renommiert ist als Treffpunkt und Fokus der Avantgarde und ein wichtiger Exportschlager geworden ist", wie Solf Schaefer erklärt. „Durch Abgabe von Mitschnitten im Rahmen des internationalen Programmaustausches hört uns die ganze Welt."

Das Motto der Neutöner-Förderer: „Radio Bremen hat ja nicht wie andere Sender so große eigene Produktionsstätten, als daß sich die künstlerischen Institutionen pausenlos amortisieren könnten. Darum setzen wir auf sehr individuelle Auswahl der Literatur, auf Outsider und eben auf Avantgarde." Das bedeutet nicht nur Anbieten, sondern auch Heranholen: „Wenn wir sie kriegen können, holen wir uns sämtliche Festivals der ganzen Welt, zum Beispiel alles von den Berliner Philharmonikern und alles aus der DDR, aus Leipzig, Dresden und Berlin. Das betrifft natürlich *alle* E-Musik."

Zum modernen Teil gehören die Donaueschinger Musiktage ebenso wie Live-Elektronik, Orchesterproduktionen, aber auch außereuropäische Musiken, etwa aus Bolivien oder Peru, aus Afrika (wie 1979) und Asien. Beiträge, die auch aus Mitschnitten städtischer Ereignisse bestehen und zu denen auch Wort/Musik-Sendungen gehören – Porträts, Gedenksendungen, Workshops erklärender Art, Werkanalysen. Da kommt die Kooperation dem Sender und der stets knappen Kulturkasse der Stadt stets zupaß: „Seit 1976 machen wir ‚Musik unseres Jahrhunderts' gemeinsam mit der Bremer Philharmonischen Gesellschaft und dem Philharmonischen Staatsorchester", sagt Schaefer. „Da gehört natürlich kein Strauss dazu, aber durchaus der romantische Schönberg." Und: „Ives, Kagel, Stockhausen – so was findet normalerweise keinen Eingang in den Konzertsaal. Das ist nicht unbedingt das Wahre für die Abonnenten."

Auch mit der Universität, der Hochschule für Darstellende Kunst und Musik und dem Senator für Bildung und Kunst arbeitet „RB" zusammen, seit 1979 etwa in der Reihe „Bremer Podium". „Da laden wir sozusagen ‚Komponisten zum Anfassen' ein." Und: „Das macht jetzt der Hamburger Dramaturg Peter Dannenberg mit dem NDR auch. Er hat sicher dabei zu uns geschielt", schmunzeln Bernbacher und Schaefer.

Dazu kommen Konzertreihen in Zusammenarbeit mit dem Institut Français, „querbeet bis Jazz", das „Forum Alte Musik Bremen" ebenfalls gemeinsam mit der Stadt, 1983 ein Wagner-Jahr, jetzt ein Schütz-Fest und 1985 ein „Jahr der europäischen Musik", immer wieder Experimente mit „Grenzüberschneidungen: Die Redaktion Jazz und Pop hat in der ‚Schauburg' über 40 Veranstaltungen gemacht", sagt Bernbacher, fast soviel wie zum Thema Brahms 1983: „Bremen ist schließlich eine Brahms-Stadt. Hier wurde sein ‚Requiem' uraufgeführt." Der Sender strahlte 80 Prozent der Brahms-Konzerte aus!

Und alles das erst ab 13 Uhr – und ab Januar fast rund um die Uhr.

ALEXANDER SCHMITZ

2. Liga

Schwache Nürnberger

DW. Bonn

Eines scheint schon nach dem zweiten Spieltag der Zweiten Fußball-Liga festzustehen: Der 1.FC Nürnberg wird nicht die Rolle spielen können, die Schalke 04 und der Karlsruher SC in der letzten Saison spielten. Diese beiden Klubs waren nach ihrem Abstieg aus der Bundesliga direkt wieder in die höchste Spielklasse zurückgekehrt. Nürnberg aber brachte es bisher auf ein Unentschieden und auf eine Niederlage. Der Klub unterlag bei Hannover 96 mit 2:4 – würde man weiterrechnen: die 30. Auswärtsniederlage der Nürnberger hintereinander.

Trainer Heinz Höher hat bereits vorgebaut, um nicht allzu hohe Erwartungen zu erwecken: „Mit einem Platz zwischen fünf und sieben bin ich zufrieden." Ob das aber im hektischen Nürnberg ausreicht, ist die große Frage. Vereinspräsident Gerhard Schmelzer: „Nach 15 Spieltagen kann man mehr sagen." Das klingt schon wie die Andeutung, daß es auch Höher schwer haben wird, die Saison zu überleben. Sein Gehalt ist zumindest das einzig Bundesligareife bisher – 14 000 Mark im Monat.

Nur drei Mannschaften sind nach dem zweiten Spieltag noch ohne Verlustpunkt: Alemannia Aachen, Wattenscheid 09 und Nürnbergs Bezwinger Hannover 96. Nur 56 000 Zuschauer sahen die zehn Spiele, ein schwacher Durchschnitt von 5 600. Die meisten Besucher (11 000) gab es in Hannover.

DIE ERGEBNISSE

Hannover – Nürnberg	4:2	(2:2)
Aachen – St. Pauli	4:0	(1:0)
Darmstadt – Köln	1:1	(1:0)
Homburg – Stuttgart	3:2	(2:0)
Solingen – Saarbrücken	2:1	(1:0)
Wattenscheid – BW Berlin	2:1	(1:0)
Oberhausen – Bürstadt	0:2	(0:1)
Kassel – Freiburg	3:2	(2:0)
Hertha BSC – Duisburg	4:3	(2:0)
Ulm – Offenbach	2:2	(0:2)

DIE TABELLE

1.Aachen	2	2	0	0	6:1	4:0
2.Hannover	2	2	0	0	6:3	4:0
3.Wattenscheid	2	2	0	0	3:1	4:0
4.Kassel	2	1	1	0	5:4	3:1
5.Homburg	2	1	1	0	3:2	3:1
6.Hertha BSC	2	1	1	0	4:3	3:1
7.Stuttgart	2	1	0	1	4:3	2:2
8.Bürstadt	2	1	0	1	3:2	2:2
9.Saarbrücken	2	1	0	1	3:2	2:2
10.Freiburg	2	1	0	1	4:4	2:2
11.Köln	2	0	2	0	1:1	2:2
12.Solingen	2	1	0	1	2:3	2:2
13.St. Pauli	2	1	0	1	2:4	2:2
14.Duisburg	2	0	1	1	5:6	1:3
15.Darmstadt	2	0	1	1	2:3	1:3
16.Nürnberg	2	0	1	1	2:4	1:3
17.Offenbach	2	0	1	1	2:3	1:3
18.Ulm	2	0	1	1	2:4	1:3
19 BW Berlin	2	0	0	2	2:4	0:4
20.Oberhausen	2	0	0	2	0:4	0:4

DIE VORSCHAU

Freitag, 18.30 Uhr: Stuttgart – Darmstadt, 19.30 Uhr: Saarbrucken – Homburg, 20.00 Uhr: Offenbach – Solingen. – **Samstag,** 15.00 Uhr: BW Berlin – Ulm; 15.30 Uhr: St. Pauli – Wattenscheid, Köln – Kassel, Freiburg – Hertha BSC, Oberhausen – Aachen, Bürstadt – Nürnberg. – **Sonntag,** 15.00 Uhr: Duisburg – Hannover.

Sport in Zahlen . . . Sport in Zahlen . . . Sport in Zahlen . . .

FUSSBALL

„DDR"-Oberliga, erster Spieltag: Rostock – Erfurt 1:1, Brandenburg – Magdeburg 1:5, Lok Leipzig – Riesa 4:0, Karl-Marx-Stadt – Aue 1:2, Dynamo Berlin – Jena 2:0, Suhl – Frankfurt 0:1, Dresden – Chemie Leipzig 9:1. – **Freundschaftsspiele:** Homburg – Frankfurt 1:5, Verden – Dortmund 0:4, Schalke – Enschede 7:1, Salzburg – Bayern München 0:2, Uerdingen – Mönchengladbach 0:2, Fürth – Mannheim 1:3, Karlsruhe – Panathinaikos Athen 2:1, AS Rom – Atletico Mineiro 1:2. – **Turnier in Rotterdam:** Stuttgart – Manchester United 1:2. – **Turnier in Palma,** Halbfinale: Barcelona – Watford 2:1, Universidad Catolica/Chile – Real Mallorca 2:0. – **Endspiel:** FC Valencia – Hamburger SV 5:1.

ROLLKUNSTLAUF

Deutsche Meisterschaften in Heilbronn, Paarlauf, Endstand: 1. Münzing/Seeger (Heilbronn) 79,9 Punkte, 2. Seyffarth/Wiegand (Hanau/Gießen) 74,6, 3. Zoller/Ziegler (Heilbronn/Marbach) 74,4. – Damen, Endstand: 1. Bruppacher (Stuttgart) 291,6, 2. Schneider (Heilbronn) 279,3, 3. Perrot (Heilbronn) 269,2.

TENNIS

Bundesliga, erster Spieltag. Gruppe 1: Bamberg – Hamburg 6:3, Neuss – Leverkusen 6:3, München – Berlin 4:5. – Gruppe 2: Essen – Amberg 6:3, Hannover - Stuttgart 6:3, Karlsruhe-Rüppur – Mannheim 6:3.

RADSPORT

Deutsche Steher-Meisterschaft der Berufsradfahrer: 1. Betz (Sindelfingen)/Schrittmacher Durst (Nürnberg) *10 Punkte,* 2. *Schütz (Singen)/Dippel* (Bielefeld) 10, 3. Hindelang (Augsburg)/Bäuerlein (Nürnberg) 6. – **WM der Junioren** in Caen, 4000-m-Mannschaftsverfolgung, Halbfinale, erster Lauf: 1. Deutschland (Egner/Kötter/Müller/Kirn) 4:38,91 Min., 2. Dänemark 4:52,63. – Zweiter Lauf: 1. UdSSR 4:44,12, 2. CSSR 4:55,78. – Finale um Platz eins und zwei: 1. UdSSR 4:39,13, 2. Deutschland 4:42,64.

LEICHTATHLETIK

Sportfest der Frauen in Prag, zweiter Tag: 200 m: 1. Wöckel („DDR") 22,15 Sek., 2. Schisdrikowa (UdSSR) 22,75, 3. Georgieva (Bulgarien) 22,79. – 800 m: 1. Podjalowskaja (UdSSR) 1:57,31, 2. Moravcikova (CSSR) 1:58,06, 3. Olisarenko (UdSSR) 1:58,10. – 400 m Hürden: 1. Stepanowa 53,67. – Hochsprung: 1. Andonova (Bulgarien) 1,96, 2. Butusowa 1,96, 3. Bykowa (beide UdSSR) 1,96. – Weit: 1. Drexler 7,15, 2. Radtke (beide „DDR") 7,11, 3. Tschitscherowa 7,11. – Diskus: 1. Meczynski („DDR") 73,36 m (Weltrekord), 2. Muraschowa (UdSSR) 72,14. – Siebenkampf: 1. Gratschowa 6477 Punkte, 2. Wonogradowa 6357, 3. Tischler („DDR") 6290.

ISTAF in Berlin, Männer: 100 m: 1. Smith (USA) 10,23. – 200 m: 1. Butler (USA) 20,45, . . . 3. Lübke (Deutschland) 20,81. – 400 m: 1. Babers (USA) 45,52. – 800 m: 1. Koskei (Kenia) 1:46,46, . . . 3. Aßmann 1:46,85, . . . 5. Ferner (beide Deutschland) 1:46,94. – Meile: 1. Scott (USA) 3:53,66, 2. Khalifa (Sudan) 3:53,74. – 3000 m: 1. Nemeth (Österreich) 7:44,08, . . . 3. Herle (Deutschland) 7:54,71. – 110 m Hürden: 1. Foster 13,16 (Jahres-Weltbestzeit), 2. Kingdom (beide USA) 13,17. – 400 m Hürden: 1. Moses (USA) 48,49. – Hochsprung: 1. Mögenburg (Deutschland) 2,30. – Weit: 1. Myricks (USA) 8,32. – Drei: 1. Conley (USA) 17,44, . . . 3. Bouschen (Deutschland) 16,84. – Hammer: 1. Tiainen 76,40, 2. Huhtala (beide Finnland) 76,06, 3. Riehm (Deutschland) 74,74. – Speer: 1. Roggy (USA) 90,28. – Frauen, 100 m: (0,01 m Gegenwind): 1. Ashford 10,94, 2. Briffith 10,99, 3. Williams (alle USA) 11,11. Kugelstoßen: 1. Fibingerova (CSSR) 20,98, 2. Losch (Deutschland) 20,13. – Speer: 1. Whitbread (England) 66,52, . . . 3. Thyssen (Deutschland) 63,82.

Moskau, Männer, erster Tag: 100 m: 1. Lara (Kuba) 10,17. – 400 m: 1. Markin (UdSSR) 44,78. – 4x100 m: 1. UdSSR 38,36. – Stabhoch: 1. Wolkow 5,80, 2. Bubka 5,70, 3. Krupski (alle UdSSR) 5,70. – Weit: 1. Semnikin (UdSSR) 8,38 (Landesrekord), 2. Jefferson (Kuba) 8,37 (Landesrekord), 3. Lajewski (UdSSR) 8,22. – Kugel: 1. Kasnauskas (UdSSR) 21,64, 2. Beyer („DDR") 21,60, 3. Kisseljow (UdSSR) 21,58. – Diskus: 1. Dumtschew (UdSSR) 66,70. – Hammer: 1. Sedych (UdSSR) 85,60. – Speer: 1. Hohn 94,44, 2. Michel (beide „DDR") 88,32. – Zweiter Tag: 200m m: 1. Murawjow 20,34, 2. Jewgeniew (beide UdSSR) 20,41. – 800 m: 1. Juantorena (Kuba) und Ostrowski (Polen) beide 1:45,68. – 4x400 m: 1. UdSSR 3:00,11, 2. „DDR" 3:00,47. – 400 m Hürden: 1. Wasiliew 48,68, 2. Budko (beide UdSSR) 48,74. – Dreisprung: 1. Protsenko 17,46, 2. Jakowlew (beide UdSSR) 17,41, 3. Markov (Bulgarien) 17,29. – Zehnkampf: 1. Degtjarjow (UdSSR) 8528 Punkte, 2. Voss („DDR") 8450, 3. Sobolewski (UdSSR) 8433.

London: Männer, 200 m: 1. Smith 20,74, 2. Jefferson (beide USA) 20,80. – 300 m: 1. Bapiste (USA) 31,70, 2. Bennett (England) 32,14, 3. McCoy 32,16, 4. Lewis (beide USA) 32,18. – 800 m: 1. Barbosa (Brasilien) 1:44,98, 2. Wuyke (Venezuela) 1:45,19, 3. Jones (USA) 1:45,59. – 1000 m: 1. Harrison (England) 2:17,20. – 1500 m: 1. Walker (Neuseeland) 3:36,97, 2. Harris (England) 3:37,26. – 3000 m: 1. Rlynn (Irland) 7:46,32, 2. Buckner (England) 7:47,28. – 110 m Hürden: 1. Campbell (USA) 13,45, 2. McCoy (Kanada) 13,58. – 400 m Hürden: 1. Williams (USA) 49,82.

GALOPP

Rennen in Köln: 1. R.: Dollar Star (P. V. Gilson), 2. Sacramento, 3. Amerigo Vespucci, Toto: 36/14, 17, 19, ZW: 160, DW: 668, 2. R.: 1. Pandras (W. Kujath), 2. Adlerstolz, 3 Freyja, Toto: 356/86, 22, 38, ZW: 2740, DW: 31 736, 3. R.: 1. Noble Prince (A. Tylicki), 2. Santa Benedicta, 3. Etonia, Toto: 19/10, 11, 11, ZW: 56, DW: 96, 4. R.: 1. Arcturus (P. Alafi), 2. Mandrill, 3. Miss Aurelia, Toto: 60/26, 46, 50, ZW: 924, DW: 30 452, 5. R.: 1. Sail North (P.V. Gilson), 2. Nicode, 3. Svizzero, Toto: 68/30, 20, –, ZW: 252, DW: 1532, 6. R.: 1. Romanow (J. Orihuel), 2. Belle d'Experte, 3. Washora, Toto: 184/26, 18, 15, ZW: 472, DW: 3492, 7. R.: 1. Juliano (Frl. V. Furler), 2. Apslau, 3. Machiavelli, Toto: 84/30, 17, 14, ZW: 464, DW: 2352, 8. R. 1. Chorsänger (P. Remmert), 2. Omura, 3. Lusaka, Toto: 32/14, 14, 14, ZW: 148, DW: 396.

GEWINNZAHLEN

Lotto: 1, 4, 6, 17, 25, 41, Zusatzzahl: 29. – **Spiel 77:** 7 8 9 7 7 5 9. – **Rennquintett:** Rennen A: 3, 5, 13. – Rennen B: 31, 33, 21. (Ohne Gewähr).

RADSPORT

Silber für Bahnvierer

sid, Caen

Die Hoffnung, daß die Tradition guter deutscher Bahnvierer trotz der Enttäuschung von Los Angeles fortgesetzt werden kann, besteht weiter. Bei den Junioren-Weltmeisterschaften in Caen in der Normandie belegten Frank Egner (Schlüchtern), Michael Kötter (Herford), Jörg Müller (Wiesbaden) und Volker Kirn (Gärtingen) im Finale über 4000 Meter den zweiten Platz hinter dem Team der Sowjetunion. Bereits 1977 und 1978 hatte das Team von Bundestrainer Wolfgang Oehme die Silbermedaille bei der Junioren-WM gewonnen.

Dieser zweite Platz überrascht um so mehr, als in den meisten Rennen nur drei Fahrer die letzten zwei Kilometer absolvierten. In der Qualifikation, im Halbfinale und Finale mußte Volker Kötter vorzeitig aufstecken, im Viertelfinale konnte Ersatzmann Robert Lechner (Bruckmühl) dem Tempo der anderen drei nicht folgen. Im Finale hatte das deutsche Quartett keine Chance gegen die sowjetischen Fahrer. Die Sowjetunion gewann in Caen bereits ihren siebten Juniorentitel in dieser Disziplin.

ROLLKUNSTLAUF

Damen sind Weltklasse

sid, Heilbronn

Zwischen „Weltklasse" (Bundestrainer Günter Koch) und „Katastrophe" (Rollkunstlauf-Obmann Rolf Schade) schwanken die Bewertungen der Leistungen der deutschen Rollkunstläufer bei ihren Meisterschaften in Heilbronn. Vier Wochen vor den Europameisterschaften in Hanau muß der international so erfolgreiche Verband mit bisher nicht gekannten Extremen fertigwerden.

Dabei bezieht sich da Prädikat Weltklasse auf die Damen Claudia Bruppacher aus Stuttgart, die ihren dritten nationalen Titel mit einer Kür gewann, die an Schwierigkeit kaum zu überbieten ist, auf Petra Schneider und Marion Perrot (beide Heilbronn). Internationale Klasse bieten auch das Tanzpaar Andrea Steudte/Martin Haß aus Kiel. Einen Leistungseinbruch aber gab es bei den Herren. Nach den Rücktritten von Weltmeister Joachim Helme und Jürgen Hartmann, im letzten Jahr Dritter der Titelkämpfe, ließ das Niveau stark nach. So gewann der erst 13 Jahre alte Thomas Löbe (Heilbronn) mit Noten, die nicht über 5,6 hinausreichten.

GOLF

Langer holte weiter auf

dpa, York

Bernhard Langer bestätigt trotz anhaltender gesundheitlicher Schwierigkeiten seine gute Form. Der zuletzt in Arnheim und Dublin siegreiche 26jährige Augsburger hat sich beim Golfturnier auf dem Fulford-Course in York (Par 72) mit konstanten Runden von zweimal 69 sowie 68 Schlägen (gesamt 206) auf den sechsten Rang vorgearbeitet. Der mit Platzrekord 63 gestartete Schotte Sam Torrance liegt damit nur noch fünf Schläge (63+68+70) in Front. Zwischen Torrance und Langer rangieren mit den Iren Christy O'Connor jr. und Jimmy Heggarty, dem Spanier Jose Canizares und dem Südafrikaner David Frost vier Spieler auf Rang zwei (das Turnier war bei Redaktionsschluß noch nicht beendet).

„Meine Nasenhöhlen-Entzündung macht mir immer noch Schwierigkeiten. Ich muß Tabletten nehmen, so daß ich ständig eine wunde Kehle habe", schilderte der Deutsche, der mit einer Spitzenposition seine Favoritenstellung für die eine Woche später folgende 50. German Open in Frankfurt weiter untermauern würde.

KRITIK

Der Exote aus dem Osten

Zwei österreichische Standardfiguren werden in dem tschechisch-österreichisch-deutschen Fernsehfilm vorgeführt: der Major aus gutem Hause, der zum Betrüger wird, und der „Putzfleck", also Offiziersbursche, „eine zwielichtige Gestalt, ein Exote, der irgendwoher aus dem Osten der Monarchie kam". Mit diesen vorgestanzten Figuren werden anderthalb Stunden Television bestritten, weit ausholend, mit der Plattheit einer Vorstadtbühne, mit eingeschobenen Pseudo-Phantasien. Der Major aus gutem Hause wird zwar zum fiesen Schieber, aber lange nicht so fies wie sein ehemaliger Bursche, wie denn auch, wo doch dieser aus dem „Osten kam". Gemeint ist das schöne, redliche Galizien, doch Vorurteil ist Vorurteil, und Stanze ist Stanze: **Die Schieber** (ARD).

Wenn die Macher in diese Geschichte wenigstens etwas „personality" eingebaucht hätten, ich meine, die Rolle zum Menschen entwickelt hätten, ihnen den Odem lebendiger Wesen gegönnt hätten, dann wäre es vielleicht ein Stück aus dem Schicksalstopf der Zeit geworden, ein Fatum wäre dann auch noch zu spüren, ein Zipfel, wenn schon nicht der Geschichte, so doch wenigstens dieser Menschenrollen.

Aber das geschah nicht. Zwischen chargierender Mühewaltung und seelenloser Abspulung verlief sich das Spiel. Sage nur keiner, die Synchronisation sei schuld. Das interessiert nicht.

VALENTIN POLCUCH

STUDIO

Unter dem Titel „Neue Medien und Lernen – Herausforderung, Chancen und Gefahren" findet vom 6. bis 9. September in der Dortmunder Westfalenhalle ein Kongreß statt, der sich mit den **bildungspolitischen Aspekten der neuen Medien** auseinandersetzt. Er wird betreut vom Institut für Schulentwicklungsforschung und vom Fach Journalistik an der Universität Dortmund. Der Frage nach neuen Bildungschancen durch die neuen Medien soll dabei ebenso nachgegangen werden wie dem Problem einer möglichen Gefährdung der öffentlichen Bildung. Auf einem „Markt der Möglichkeiten" können sich die Kongreßteilnehmer dann über den Medieneinsatz und den Erfahrungen damit informieren. agi

ARD



III.

ARD/ZDF–VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 Tagesschau
10.05 Fame – Der Weg zum Ruhm
12.15 Weltspiegel
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

15.00 Das kostbare Salz
Puppenspiel der Kleinen Bühne
Nach einem tschechischen Märchen
15.30 Der Spatz vom Wallrafplatz
16.00 Tagesschau
16.10 Montagsmarkt
Show, Spot(t) und Spiele
Moderation: Günter Fink
17.20 Das Geheimnis des 7. Weges
10. Teil: Der goldene Schlüssel
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Magnum
Der letzte Cowboy
21.00 Nur ein Viertelstündchen
21.15 Mord unterm Zuckerhut
Armutskriminalität in Brasilien
Brasilien hat die höchste Auslandsverschuldung der Welt und befindet sich in einer tiefen Wirtschaftskrise.
21.45 Ein Münchner in New York
Filmhumoreske
22.30 Tagesthemen
23.00 Das Messer im Rücken
Deutscher Spielfilm (1975)
Mit Hans Brenner, Hellmut Lange, Barbara Valentin u. a.
Regie: Ottokar Runze
Der Zuhälter Erich E. bekommt nachts auf der Reeperbahn Streit mit einem Griechen, zieht schließlich ein Messer und fügt seinem Kontrahenten tödliche Verletzungen zu.
0.35 Tagesschau

ZDF

14.30 Musikdose
15.00 heute
15.05 Wayne & Shuster-Show
15.25 Die kleinen Strolche
15.35 Ferienkalender
16.00 Alles per Drahtesel
16.10 Flugboot 121 SP
16.35 Lassies Abenteuer
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Ein Colt für alle Fälle
Dazw. heute-Schlagzeilen
19.00 heute
19.30 Ramadan-Rallye
Bericht von Feridun Yücedinc
20.15 Kommissar X – Drei blaue Panther
Deutsch-italienischer Spielfilm (1968)
Regie: Frank Kramer
Anschl. Ratschlag für Kinogänger „Tapetenwechsel" von Gabriele Zerau, vorgestellt von Inge Bongers
21.45 heute-journal
22.05 Weisheit aus dem Osten?
1. Zwischen Schein und Wirklichkeit
22.35 Der Menschenfeind
Von Hans Magnus Enzensberger, nach dem Französischen des Molière
Mit Ulrich Wildgruber, Rosel Zech, Dietrich Mattausch, Pola Kinski u. a.
Regie: Peter Zadek
Aufzeichnung der Uraufführung der Freien Volksbühne, Berlin
0.15 heute



Molières „Menschenfeind" im Slang der Pop-Generation: Szene mit Dietrich Mattausch und Pola Kinski (ZDF, 22.35 Uhr)
FOTO: RÖHNERT

III.

WEST
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde

NORD/HESSEN
Gemeinschaftsprogramm:
18.00 Sesamstraße
18.30 Aus der Klamottenkiste
Mit Billy Bevan
19.00 Diskrete Zeugen (4)
Krimi-Serie
19.45 Götter und Helden der Germanen (8)

WEST/NORD/HESSEN
Gemeinschaftsprogramm:
20.00 Tagesschau
20.15 Die Verwüstung von Amazonien (5)
Letzter Teil der Sendereihe
Ein Urwald wird zu Asche
21.00 Die Krimistunde
Geschichten für Kenner von Henry Slesar
22.00 Antiquitäten von morgen (6)
22.15 Das Sommerkonzert
Ludwig van Beethoven:
Tripelkonzert C-Dur op. 56
22.55 Zwischen Ungewißheit und Wagnis
Vom Leben und Sterben des Peter Wust
23.40 Letzte Nachrichten

SÜDWEST
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Bonanza
20.20 Rückblende
20.35 Schrebers Erben (1)
Die Scholle am Stadtrand
21.20 Mad Movies oder Als die Bilder laufen lernten
21.50 Das Kitschmuseum
Eine schillernde Revue
22.35 Soap – oder Trautes Heim (28)
23.00 Nachrichten

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 Live aus dem Alabama
20.45 Blickpunkt Sport
21.45 Rundschau
22.00 Z. E. N.
22.05 Wege zum Menschen (9)
„Die 5 Freiheiten"
22.50 Task Force Police
23.40 Rundschau

Persönlichkeitsrecht bleibt im Volkszählungsgesetz gewahrt

Neues Arbeitspapier der Länder: Keine Finanzbeamten oder Polizisten als Datenzähler

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Der neue „Entwurf eines Gesetzes über eine Volks-, Berufs-, Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung" vermeidet alle Punkte, die das Bundesverfassungsgericht am 13. April 1983 zum Erlaß einer Einstweiligen Anordnung veranlaßten, mit der die für den 27. April 1983 geplante Volkszählung gestoppt wurde.

Seit diese Anordnung am 15. Dezember 1983 durch das „Volkszählungsgesetz-Urteil" des gleichen Gerichts ergänzt wurde, treffen sich Beauftragte der Bundesländer zu regelmäßigem Gedankenaustausch mit dem Ziel, ein neues Volkszählungsgesetz zu schaffen, das allen Gesichtspunkten des Datenschutzes entspricht. Der Deutsche Bundestag hatte am 25. März 1982 mit den Stimmen aller Parteien das später umstrittene Gesetz verabschiedet. Es geriet erst neun Monate später in die Schlagzeilen.

Zählung nicht unzulässig

Das Bundesverfassungsgericht hat die Zählung keineswegs für unzulässig erklärt, sondern nur gefordert, für das Erhebungsprogramm noch ergänzende grundrechtssichernde Organisations- und Verfahrensregelungen zu schaffen. Drei im Gesetz vorgesehene „Weiterleitungsfälle", unter anderem der sogenannte „Melderegisterabgleich", so das Urteil, verstießen gegen das allgemeine Persönlichkeitsrecht.

Es handelte sich dabei um den Paragraphen 9 des alten Gesetzes, wonach Angaben der Volkszählung zur Berichtigung von Melderegistern verwendet werden könnten. Daneben sahen Datenschutzexperten noch in einer Reihe weiterer Einzelfragen die Gefahr einer unzulässigen Weitergabe von Erkenntnissen.

In dem jüngsten Arbeitspapier der Länderbeauftragten, das ständiger Korrektur und Veränderung unterworfen ist, bis es zu einem tatsächlichen Gesetzentwurf heranreift, ist der alte Paragraph 9 durch einen neuen Paragraphen 10 ersetzt (Paragraph 9 regelt Rechte und Tätigkeit der Zähler). „Datenübermittlungen aus dem Melderegister" bedeuten jetzt, daß zur Organisation der Zählung die Meldebehörde der Erhebungsstelle auf Verlangen Vor- und Familiennamen, Gemeinde, Straße, Hausnummer, Tag der Geburt, Geschlecht, Staatsangehörigkeit und Familienstand übermittelt. *Soweit es erforderlich ist,* könnten diese Daten auch zur Vervollständigung der Ergebnisse einer Volks- und Berufszählung verwendet werden. Dies gelte aber nicht für den Vor- und Nachnamen.

Daneben spielen die Melderegister im neuen Text nur noch insofern eine Rolle, als die für die Grundsteuer zuständigen *Stellen der Gemeinden* den Erhebungsstellen auf Anforderung die Daten von zu erhebenden Gebäuden und Unterkünften mitteilen.

Für eigene statistische Aufbereitungen können Gemeinden auf Datenträger übernommene Einzelangaben von den für die Durchführung von Bundesstatistiken zuständigen *Landesbehörden nur dann bekommen,* wenn durch Landesgesetz eine Trennung von Kommunalstatistik und anderen Bereichen der Gemeinden sichergestellt ist. Statistikgeheimnis und frühzeitige Anonymisierung müssen dabei nachweislich ebenso sicher gegeben sein wie bei den Statistischen Bundes- und Landesämtern.

Darüber hinaus sind solche Daten nur für den genannten Zweck verwendbar, ihr Umfang, Empfänger und Verwendungszweck werden gespeichert, und diese Aufzeichnung muß drei Jahre lang aufgehoben werden.

Der Paragraph 14 des jetzt vorliegenden letzten Arbeitspapiers der Länderbeauftragten regelt die „Trennung und Löschung". Danach sind Namen und Vornamen „unverzüglich nach der Durchführung der Eingangskontrollen bei den ... zuständigen Behörden von den Erhebungsmerkmalen zu trennen und unter Verschluß aufzubewahren". Spätestens sechs Wochen nach Feststellung der amtlichen Bevölkerungszahl der Gemeinde sind sie zu vernichten.

Die auf den Erhebungsvordrucken verwendeten Ordnungsnummern sind zu löschen, nachdem die Zusammenhänge zwischen Personen und Haushalt, Haushalt und Wohnung, Wohnung und Gebäude hergestellt worden sind. Sobald die „Zugehörigkeit zu kleinräumigen Gliederungen" festgelegt ist, müssen nach dem Arbeitspapier die auf Datenträger übernommenen Erhebungsmerkmale Straße und Hausnummer gelöscht werden.

Kriterien genau geregelt

Da bei den 102 Verfassungsbeschwerden und 1121 Eingaben, die der *Bundesgerichts-Anordnung und* dem Bundesgerichts-Urteil zum Volkszählungsgesetz vorangingen, vor allem auch die Tätigkeit und die Auswahl der einzusetzenden ehrenamtlichen Zähler kritisiert worden waren, sind diese Kriterien jetzt besonders akribisch geregelt. Die Datenschutzbeauftragten der Länder hatten 1983 in einem Katalog von 15 Punkten gefordert, daß nur wohnsitzferne Personen als Zähler eingesetzt werden dürften. Dieser Forderung wird in Paragraph 9 des Arbeitspapiers insofern entsprochen, als hier Zähler nicht nur nicht in der Nähe ihrer eigenen Wohnung eingesetzt werden dürfen, sondern daß sie auch dann abzulehnen sind, „wenn aufgrund ihrer beruflichen Tätigkeit oder aus anderen Gründen die Besorgnis besteht, daß Erkenntnisse aus der Zählertätigkeit zu Lasten der Auskunftpflichtigen genutzt werden könnten".

Dies schließt nach Ansicht politischer Beobachter aus, daß, wie früher einmal geplant, zum Beispiel Polizisten oder Mitarbeiter von Finanzämtern Zähleränter übernehmen.

Scharfe Töne in den Verhandlungen der Länder über das neue Gesetz, dessen Entwurf Ende des Jahres vorliegen soll, sind schon deswegen unmöglich, weil das alte unter Federführung des Bundesinnenministers Gerhart Baum (FDP) entstand, von dem ehemaligen Bundesjustizminister Hans-Jochen Vogel (SPD) mitunterzeichnet wurde und die Unterschrift des ehemaligen Bundeskanzlers Helmut Schmidt (SPD) trägt.

Koalition sieht Chancen zur Lösung der Bundeswehrprobleme

FDP will aber Verlängerung des Grundwehrdienstes auf 18 Monate möglichst umgehen

DW. Bonn

Die Regierungsparteien von CDU/CSU und FDP sehen gute Chancen, die Zukunftsprobleme der Bundeswehr zu lösen. Trotzdem gibt es in einigen Punkten noch differenzierte Betrachtungsweisen, vor allem bei der Frage einer möglichen Verlängerung des Grundwehrdienstes.

Die Freien Demokraten wollen eine solche Verlängerung möglichst umgehen, die CDU/CSU würde eine Heraufsetzung auf 18 Monate (augenblicklich 15 Monate) als letzte Möglichkeit in Kauf nehmen. Der Aufnahme von Frauen in die Bundeswehr stehen die Koalitionsparteien skeptisch gegenüber.

Heute wollen sich Verteidigungsminister Manfred Wörner (CDU) und seine engsten Mitarbeiter zu einer der letzten Beratungen über die Bundeswehrplanung zusammensetzen, um *sich über Bewaffnung und Struktur* der Bundeswehr in den 90er Jahren klarzuwerden. Im Herbst will Wörner das „Gesamtpaket" im Kabinett einbringen.

Wie der verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Willi Weiskirch, erklärte, stelle die zu erwartende starke Reduzierung der in den 90er Jahren zur Verfügung stehenden Zahl der Rekruten die Bundeswehr zwar vor erhebliche Probleme, müsse aber die Verteidigungsfähigkeit der Streitkräfte nicht unbedingt schmälern. Durch technisch verbesserte Waffensysteme könnte Personal eingespart werden.

Mit der „ultima ratio" für eine Verlängerung des Wehrdienstes auf 18 Monate ginge nach den Ausführungen von Weiskirch allerdings eine Verlängerung des zivilen Ersatzdienstes Hand in Hand. Die Frage, inwieweit Frauen in der Bundeswehr die Personallücke schließen könnten, „ist nur mit Vorsicht zu beantworten". Sie könnten vielleicht hier und da personelle Engpässe beheben.

Die Erfüllung des Verteidigungsauftrages der Bundeswehr kann nach Ansicht der FDP auch mit einer geringeren Präsenzstärke sichergestellt werden. Der FDP-Sicherheitsexperte Olaf Feldmann betonte, Voraussetzungen dafür seien eine Neuorganisation der Reservistenausbildung und bei den Waffen eine gezielte Nutzung neuer Technologien.

Die Bemühungen der Bundeswehrführung sollten darauf konzentriert werden, ein günstiges Zahlenverhältnis auf der Basis von 194 000 Wehrpflichtigen in der Mitte der 90er Jahre zu sichern. Durch einen Bestand von 237 000 längerdienenden Soldaten wäre ohne Verlängerung des Grundwehrdienstes eine Friedensstärke von 431 000 Soldaten gewährleistet. Augenblicklich liegt die Friedensstärke der Bundeswehr bei 490 000. Für die meisten Einheiten werde auch weiter eine Grundwehrdienstdauer von 15 Monaten zur *Sicherstellung* der Ausbildungsqualität ausreichen, erklärte Feldmann.

Diskussion um Leopard 2 in Bern

„Lizenzbau in der Schweiz beschäftigungspolitisch günstiger, aber teurer als Direkteinkauf"

IRENE ZÜCKER, Genf

Heftige Diskussionen sind in der Schweiz um die Beschaffung von 420 Leopard-2-Panzern entbrannt. Nachdem ein von den Schweizern selbst entwickelter Panzer 68 schwere Mängel aufgewiesen hatte, beschloß die Regierung in Bern, auf eine Eigenentwicklung zu verzichten und ein ausländisches Panzermodell zu beschaffen. *Dabei machte der Leopard 2 das* Rennen vor dem amerikanischen M 1. Nach dieser Vorentscheidung stellte sich die Frage, ob die Panzer „von der Stange" gekauft oder in Lizenz gebaut werden sollten.

In ihrer Vorlage für das Parlament beantragte die Schweizer Regierung einen Kredit von 2,68 Milliarden Mark für die Beschaffung der ersten 210 Leopard 2. 35 Kampfpanzer sollen direkt beim Münchner Hersteller Krauss-Maffei gekauft werden, während die übrigen 175 in Schweizer Lizenz gebaut werden sollen. Dies würde der Schweizer Wirtschaft ein Auftragsvolumen von 1,6 Milliarden Mark bringen und für acht Jahre rund 1000 Arbeitsplätze schaffen. Jedoch entstünden gegenüber dem Direkteinkauf Mehrkosten von rund 17 Prozent.

Vier Unternehmen der Schweizer Maschinenbauindustrie einigten sich heimlich auf einen Konsortialvertrag mit hartem Konkurrenzverbot. Koproduktion oder Kauf „von der Stange" sollten so unmöglich gemacht werden. Doch nicht diese Vereinbarungen der Industrie, sondern die erstaunlich unterschiedlichen Preise brachten Sozialdemokraten und Bürgerliche Volkspartei dazu, gegen die Panzerbeschaffung Sturm zu laufen. Die Bundeswehr bekommt den Leopard 2 für 4,22 Millionen Mark. Die Schweizer sollten für 35 Panzer je 12,78 Millionen bezahlen. Das schweizer Lizenzmodell sollte mehr als doppelt so teuer wie das holländische (Stückpreis 3,3 Millionen Mark) sein.

Bei den Beratungen eines parlamentarischen Ausschusses in der vergangenen Woche wurden andere Zahlen genannt. Krauss-Maffei forderte für die 35 in München zu bestellenden Leoparden je 6,3 Millionen Mark, für 210 Panzer je 4,4 Millionen Mark bei Abnahme von zwölf Stück monatlich. Das Lizenzmodell der einheimischen Industrie soll bei einer Abnahme von über zehn Fahrzeugen monatlich nur noch 5,3 Millionen kosten.

Nach der Vorentscheidung Ende August im Parlamentsausschuß wird das Parlament wahrscheinlich die Wahl zwischen der teuren Regierungsvorlage und dem preisgünstigeren, aber beschäftigungspolitisch unpopulären Direkteinkauf haben.

Primas Glemp erläutert seine Motive

DW. Warschau

Der Primas der katholischen Kirche in Polen, Kardinal Jozef Glemp, hat den deutschen Bischöfen die Motive erläutert, die zu den umstrittenen Äußerungen über die deutsche Minderheit in Polen bei einer Predigt in Tschenstochau am 15. August führten. Er gab dem Sekretär des deutschen Episkopats, Prälat Wilhelm Schätzler, der gestern nach einem zweitägigen Polenbesuch in die Bundesrepublik zurückkehrte, ein entsprechendes Schreiben an den Vorsitzenden der deutschen Bischofskonferenz mit. In einer dreistündigen Unterredung habe Glemp erläutert, daß es ihm bei seiner Predigt nicht um politische Fragen, sondern um seelsorgerische Erwägungen gegangen sei, berichtete Schätzler in einem Gespräch mit deutschen Journalisten in Warschau. Glemp habe sich sehr lobend über seinen jüngsten Deutschlandbesuch geäußert, bei dem er immer wieder mit der Frage nach deutschsprachiger Seelsorge konfrontiert worden sei. Nach den *Worten* Schätzlers versicherte Glemp, er wolle so verfahren wie sein verstorbener Vorgänger Kardinal Stefan Wyszynski, der 1980 eine Seelsorge für Deutsche, die auf dem Gebiet Polens leben, zugesagt hatte. Man wolle die Methoden dieser Seelsorge verbessern. Die Frage, wieviele Deutschsprachige eine spezielle Seelsorge brauchten, sei jedoch keine Sache der Politiker. *Nach Glemps Auffassung* – so Schätzler – könnten politisch-juristische Denkweisen nicht für die Situation der Seelsorge angewandt werden.

Schwere Unruhen in Nordirland

dpa, Belfast

Die Hauptstadt der britischen Provinz Nordirland, Belfast, hat ein Wochenende der Unruhe und des Terrors hinter sich. Nach offiziellen Angaben beschossen meist jugendliche Krawallmacher mehrere Polizeipatrouillen und bewarfen die Beamten mit Brandbomben und Steinen. Die Polizei nahm zahlreiche Personen fest, setzte erneut die umstrittenen Plastikgeschosse ein und verletzte mit ihnen mindestens zwei Menschen. Die schwersten Zwischenfälle gab es in dem fast ausschließlich von Protestanten bewohnten Viertel rund um die Shankhill Road. Die Behörden sprachen von den schlimmsten Gewaltszenen seit nahezu einem Jahrzehnt. Die Haßausbrüche unter den sonst auf seiten der Ordnungskräfte stehenden Protestanten wurden offenbar von extremen Rechtsradikalen geschürt. Sie wollen damit ihren Unwillen über einen Massenprozeß gegen 47 Protestanten deutlich machen. Die unter anderem wegen Mordes angeklagten Protestanten konnten dingfest gemacht werden, nachdem die Polizei einem direkt Beteiligten die Straffreiheit zusicherte und damit zum Reden brachte. Ihre Taten richteten sich gegen Katholiken, die eine Loslösung Nordirlands von Großbritannien und die Wiedervereinigung mit der Republik Irland befürworteten.

Berlin-Hilfe kein Tabu?

Bremer SPD-Senator Grobecker für Änderung der Präferenzen

dpa/VWD, Bremen/Berlin

Die Diskussion über die steuerlichen Präferenzen für West-Berlin darf nach den Worten des Bremer Arbeitssenators Claus Grobecker (SPD) kein Tabu sein, „nur weil es sich um Berlin handelt". Es müßten, wie Grobecker in einem dpa/VWD-Gespräch sagte, auch finanzpolitische und ökonomische Gesichtspunkte berücksichtigt werden. Bremen, das nach Meinung Grobeckers bisher besonders stark von den Berlin-Präferenzen „gebeutelt" wurde, werde allerdings keinen eigenen Vorstoß zur Änderung der Berlin-Förderung machen, sondern in Abstimmung mit den Beteiligten versuchen, zu einer Lösung zu kommen. Grobecker glaubt jedoch nicht, daß „vor den Berliner Wahlen etwas passiert".

Grundsätzlich ist die Berlin-Förderung laut Grobecker aufgrund der politischen Lage und des in der deutschen Wirtschaft immer noch bestehenden Risikovorbehalts gerechtfertigt. Der Senator spricht sich aber dafür aus, daß die im Berlin-Förderungsgesetz enthaltene Abnehmerpräferenz gestrichen wird. Stattdessen sollte eine Transpostkostenunterstützung, ähnlich der Subvention der Berlin-Flüge, eingeführt werden.

Die Abnehmerpräferenz können westdeutsche Unternehmer geltend machen, indem sie von ihrer Umsatzsteuerschuld 4,2 Prozent des Wertes der in Berlin gekauften Waren abziehen. Nach Grobecker hat insbesondere dies für eine Konzentration der Zigarettenproduktion in Berlin gesorgt. Da die Kleinverkaufspreise für Zigaretten festgelegt sind, werde die Präferenz nicht an den Verbraucher weitergegeben, sondern wirke wie eine zusätzliche Spanne für den Handel. Hersteller seien damit in Zugzwang, denn der Handel bevorzuge aufgrund dieser Zusatzrendite Berliner Marken bei der Bestückung von Zigarettenautomaten oder Verkaufsregalen an den Ladenkassen.

Biedenkopf warnt vor „Profilsucht"

DW. Hamm

Gegensätze in der Beurteilung der Bundesregierung haben am Wochenende den Landesparteitag der westfälisch-lippischen CDU in Hamm gekennzeichnet. In überaus deutlichen Worten tadelte der Vorsitzende Biedenkopf das gegenwärtige Erscheinungsbild der Bonner Koalition und warf ihr „vermeidbare Fehler" vor. Die jüngsten Pannen ließen sich nicht allein mit dem Hinweis auf eine mangelnde Organisation entschuldigen. Schließlich werde eine Regierung nicht an der „Schlagzeilenproduktion", sondern an der Fähigkeit gemessen, die Probleme dieses Landes zu lösen, betonte Biedenkopf. Demgegenüber forderte Bundesarbeitsminister Blüm die rund 450 Delegierten dazu auf, die Selbstbeschäftigung mit der eigenen Partei und Regierung aufzugeben. Er strich heraus, die Wirtschaftsdaten seien „so hervorragend", daß die CDU-Mitglieder „allen Grund hätten, ein Faß aufzumachen und zu feiern".

Biedenkopf beklagte vor allem die „Profilsüchteleien" einiger Minister, die ihre Probleme in offenen Briefen und Interviews, nicht aber am Kabinettstisch zu lösen versuchten. Der Oppositionsführer im Düsseldorfer Landtag, Worms, hält eine Große Koalition mit der *nordrhein-westfälischen* SPD für möglich. In einem Interview für das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel" ließ der CDU-Politiker ein derartiges Zusammengehen jedoch nur für einen „Notstand" gelten. Eine gemeinsame Regierung mit der SPD müsse befristet sein.

Landes-FDP in NRW steht weiter zu Möllemann

dpa, Düsseldorf

Dem in seiner Partei umstrittenen Chef der nordrhein-westfälischen FDP, Staatsminister Jürgen Möllemann, ist vom Landesvorstand auf eigenen Antrag hin das Vertrauen ausgesprochen worden. 26 von 30 Vorstandsmitgliedern begrüßten die Bereitschaft Möllemanns zur Spitzenkandidatur für die nordrhein-westfälische Landtagswahl am 12. Mai nächsten Jahres. Es gab eine Gegenstimme und drei Enthaltungen. Anschließend stellte Mölleman fest, damit seien „Spekulationen" über Widerstände gegen ihn im Vorstand auf diese eine Gegenstimme reduziert worden.

Nach Aussagen von Sitzungsteilnehmern hat es vor der Abstimmung ungewöhnlich harte Kritik an Möllemann gegeben. So sei ihm sein schlechtes Image in der Presse und sein eigenmächtiges Vorgehen bei der Ankündigung eines Volksbegeh*rens vorgehalten worden. Außerdem* seien auch Zweifel an der Fähigkeit Möllemanns lautgeworden, die FDP wieder in den Landtag zurückzuführen. Dennoch habe man angesichts der bevorstehenden Kommunalwahlen am 30. September und der Landtagswahl keine andere Möglichkeit gehabt, als der von Möllemann gestellten Vertrauensfrage zuzustimmen. Möllemann ließ vor Journalisten durchblicken, daß er zwischenzeitlich auch an Rücktritt gedacht hatte. Würde er jedoch aufgeben, ginge „von einer Seite, die diese FDP nicht will", sofort das „Trommelfeuer" gegen den Nachfolger los.

Attentatsopfer ist Palästinenser

DW. Madrid

Der am Freitag in Madrid bei einem Attentat schwer verletzte Araber gehört nach Angaben der spanischen Polizei der Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP) unter Georges Habasch an. Der 44jährige Zaki Al Hallu, alias Abu Said, wird in dem Polizei-Kommuniqué vom Sonntag als „Verantwortlicher für die Sonderkommandos des militärischen Zweigs der PFLP" bezeichnet. Am Samstag hatte das Madrider Büro der PLO die Zugehörigkeit Abu Saids zur Palästinenserorganisation bestätigt, ohne jedoch Angaben über seine Funktionen zu machen. Zuvor hatte die Arabische Liga angegeben, bei dem Mann handele es sich um einen südjemenitischen Diplomaten.

Anschlag auf ein Aeroflot-Büro

AFP, Islamabad

Zum drittenmal innerhalb einer Woche haben die afghanischen Streitkräfte Grenzgebiete in Pakistan unter Beschuß genommen. Die Angriffe forderten seit Montag insgesamt 33 Tote und 25 Verletzte, wie das pakistanische Außenministerium bekanntgab. Auf die Büroräume der sowjetischen Fluggesellschaft „Aeroflot" in Karatschi wurde unterdessen ein Attentat verübt. Es ist der erste Anschlag auf eine sowjetische Einrichtung in Pakistan. Nach einem dreimonatigen Aufenthalt in Afghanistan berichtete Andres Fange, führendes Mitglied einer schwedischen *medizinischen Hilfsorganisation,* daß die sowjetischen Besatzungstruppen im Pandschir-Tal nördlich von Kabul zum Abschluß der im April gestarteten Offensive gegen die Widerstandsgruppen systematisch Dörfer und landwirtschaftliche Anbaugebiete zerstört haben.

Parkinson läßt grüßen

Ha. (Brüssel) – Nichts ist beständiger als Bürokratien. Diese Erfahrung gilt für nationale wie für übernationale Behörden. Im europäischen Bereich ist es besonders schwierig, administrative Wucherungen zu beschneiden. Die täglich neuen Anforderungen, die an die EG gestellt werden, haben notgedrungen Auswirkungen auf den europäischen „Beamtenapparat".

Wie wenig da Reformvorschläge bewirken, beweist das Schicksal der Anregungen, die ein 1979 eingesetzter Ausschuß unabhängiger Persönlichkeiten ausgearbeitet hat. Zwar reagierte die Kommission unmittelbar durch die Schaffung einer „Managementabteilung" bei ihrer Generaldirektion Personal und Verwaltung, das praktische Ergebnis der Rationalisierungsbemühungen war jedoch gleich Null.

Der Ausschuß hatte sich Gedanken gemacht, ob die Aufgliederung der rund zehntausend Kommissionsbeamten auf 29 Generaldirektionen, die wiederum in 339 Abteilungen und Sonderdienste unterteilt sind, vom Standpunkt der Effizienz her nicht verbesserungsfähig sei. Fünf Jahre später hat sich die Zahl der Direktionen in der Generaldirektion Personal und Verwaltung nicht geändert. Die Zahl der Abteilungen wurde zwar von 28 auf 27 verringert, dafür erhöhte sich aber die Anzahl der Sonderdienste für Übersetzer von 9 auf 16. Vorschnelle Urteile sind trotzdem unangebracht: Verglichen mit deutschen Maßstäben hält sich die Eurobürokratie nämlich noch in Grenzen. Allein die Stadt Bielefeld hat 7000 Bedienstete. Der Bund beschäftigt an die 300 000.

Niedrigpreise

hdt – In deutschen Haushalten wird heute scharf gerechnet. So ist es kein Wunder, daß im Handel der Kampf um Marktanteile vor allem mit entsprechend niedrigen Preisen geführt wird. Besonders beliebt sind dabei die preisgünstigen Sonderangebote, beispielsweise bei Kaffee oder Markenspirituosen, die deutlich im Preisbewußtsein der Verbraucher liegen. Aber diese merken immer mehr, daß sie mit solchen Lockvogelangeboten einem „trojanischen Pferd" aufsitzen, denn auch im Handel hat niemand etwas zu verschenken. Letztlich zählt nur der Preis für den gesamten Warenkorb. Kein Wunder also, daß Unternehmen, die seit Jahren Dauerniedrigpreise für ihr Gesamtangebot offerieren, am besten fahren. Die AVA AG, die sich als Verbraucherunternehmen sieht, hat das wieder einmal deutlich bewiesen. Trotz ihrer scharfen Kalkulation kann sie ihren Kleinaktionären die Traumdividende von 28 Prozent zahlen und in den ersten sieben Monaten dieses Jahres schon wieder ein Umsatzplus von 12,7 Prozent vermelden.

Zweifacher Jubel

Von JOACHIM WEBER

Wäre ihnen danach zumute gewesen, die europäischen Chemiefaserhersteller hätten ihren hundertsten Jahrestag schon 1983 feiern können, in Erinnerung an die Erfindung eines Verfahrens zur Fertigung „künstlicher (Zellstoff-)Fäden" durch den Briten Joseph Wilson Swan. Daß sie lieber auf die sehr ähnliche Pioniertat seines französischen „Kollegen" Graf Hilaire de Chardonnet im Jahre 1884 zurückgriffen, hat nichts mit nationalen Vorlieben zu tun – dahinter stehen handfeste wirtschaftliche Gründe.

Denn das Jahr 1983 war das – hoffentlich – letzte einer recht düsteren Ära der Chemiefaserproduktion. „Wir waren eine sieche Industrie mit Milliardenverlusten", beschreibt es ohne Schönfärberei Günter Metz (Hoechst), Vorsitzender der Branchenvereinigung. In der Tat: Von 1975 bis 1983 hatte die westeuropäische Chemiefaser-Industrie Verluste von insgesamt rund 13 Milliarden Mark zu verkraften. Nur der Subventionierung durch den Staat in einigen Fällen und durch die aus anderen Quellen gespeisten Chemiekonzern-Kassen in anderen hat sie es zu verdanken, daß ein so großer Teil der Branche überleben konnte.

Dabei hatte alles so vielversprechend angefangen. Den immer weiter verfeinerten Zellstoffprodukten Kunstseide und Zellwolle folgten in den dreißiger Jahren dieses Jahrhunderts die „echten" Synthesefasern Nylon und Perlon, in den Vierzigern dann auch noch Polyester und Polyacryl. Und mit Ende des Zweiten Weltkrieges begann der steile Aufstieg der Synthesefaser-Industrie.

Für die Chemiefirmen, die dieses Geschäft überwiegend betrieben, entwickelte es sich in den fünfziger und sechziger Jahren zu einer wahren Goldgrube. Wie immer jedoch, wenn die Wachstumskurven steil aufwärts zeigen und niemand sich einen Knick vorstellen kann (oder mag), wurde in ganz Europa für eine noch gewaltigere Zukunft investiert.

Mit den Überkapazitäten waren Preiskämpfe und sinkende Gewinne bereits programmiert, als die immer noch träumenden Kunstspinner von der Ölkrise 1974 jäh in die Realität zurückgeholt wurden. Plötzlich hohe Rohstoffpreise und der Blick auf eine gar nicht mehr so sicher abschätzbare Zukunft stoppten den Konsumrausch des vorangegangenen Jahrzehnts, stellten auch an den Textilmärkten die Signale von steiler Expansion auf Stagnation.

Da standen sie nun plötzlich mit ihren Riesenkapazitäten, die Chemiefaserhersteller, ohne zu wissen, wohin mit den Produkten. Preiskämpfe, die in die roten Zahlen führten, waren trotz aller Ermahnungen einzelner Unternehmen zur Besonnenheit unausweichlich. Nur sehr unvollkommen illustriert der Rutsch des Branchenpreisindex von 110 Punkten im Jahre 1974 auf 92 Punkte im Jahre 1978, was sich im Markt tatsächlich abspielte.

Es spricht für die Branche, daß sie aus eigener Kraft zu einer Lösung fand. Schon 1978 einigten sich die großen europäischen Hersteller auf einen Abbau der Synthesefaser-Kapazitäten um 400 000 Tonnen (Jahresproduktion damals: 3,3 Mill. Tonnen). Die weitaus stärker als erwartet wachsenden Textileinfuhren machten 1982 einen „Nachschuß" fällig. Weitere 500 000 Tonnen mußten „unter's Messer".

Das zweite Abspecken, bis zum Jahre 1985 vereinbart ist schon nahezu abgeschlossen. Die Branche kommt allmählich wieder auf Touren. Alle Konkurrenten haben ihre Erträge verbessert, die meisten haben die roten Zahlen hinter sich gebracht, die restlichen dürften wieder Gewinne machen, wenn sie ihre Strukturmaßnahmen abgeschlossen haben.

Der Kapazitätsabbau sichert Auslastungsquoten von mehr als 70 Prozent in flaueren Zeiten und die Lieferfähigkeit auch noch im Boom, wie ihn die deutschen Chemiefaserhersteller derzeit dank der Dollarstärke in den Auslandsmärkten erleben. Das Rezept sollten auch andere Industrien sich etwas näher anschauen.

Doch nicht nur der Mengenschnitt führte zur Genesung, auch die Produktpalette hat sich grundlegend gewandelt. Technische Spezialfasern machen schon etwa 20 Prozent der deutschen Produktion aus. Und im textilen Bereich gelang der Schwenk zur flexiblen Anpassung an Moden und Produktionserfordernisse, ein Schwenk, der Marktpositionen festigt. Es scheint, daß die Branche 1984 wirklich leichteren Herzens feiern kann.

ENTWICKLUNGSPOLITIK / Deutsche Leistungen an Dritte Welt auf Höchststand

Wissenschaftler mahnen in Bonn eindeutige Leitlinien für Hilfe an

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn

Deutliche Vorstellungen und Leitlinien für die Entwicklungspolitik hat Dietrich Kebschull, der Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, bei der Bundesregierung angemahnt. Denn die Anwendung unterschiedlicher Vergabekriterien, von denen jedes für sich genommen durchaus seine Berechtigung hat, müsse zu Konflikten führen. Wenn die Effizienz des Mitteleinsatzes verbessert werden soll, dann müsse auch eine einheitliche Handhabung der Kriterien durch alle Verantwortlichen sichergestellt sein.

Im „Wirtschaftsdienst" des HWWA-Instituts für Wirtschaftsforschung in Hamburg, wo Kebschull seit bald zwei Jahrzehnten für die Entwicklungspolitik zuständig ist, weist der Wissenschaftler darauf hin, daß der neue Höchststand in der Entwicklungshilfe noch kein Anlaß zum Jubel sein könne. Von der Bundesrepublik wurden im vergangenen Jahr 8,12 Milliarden Mark oder 0,49 Prozent des Sozialprodukts als öffentliche Leistungen für die Dritte Welt bereitgestellt. Damit war sie nach den USA und Japan der größte Geber.

Damit bleibe die Bundesrepublik allerdings hinter dem auch von der Bundesregierung anerkannten Ziel zurück, mindestens 0,7 Prozent des Sozialprodukts in Form öffentlicher Leistungen für die Dritte Welt aufzubringen. „Da 1983 parallel zu den erhöhten Ausgaben die in den nächsten Jahren wirksam werdenden Verpflichtungen deutlich zurückgenommen wurden, dürfte das 0,7-Prozent-Ziel bald wieder in weitere Ferne rücken", schreibt Kebschull.

Daher komme es um so mehr darauf an, die Wirksamkeit des Mitteleinsatzes zu verbessern. „Als Maßstab für die Effizienz gilt dabei der Nutzen im Entwicklungsland." Für Kebschull herrscht seit einem Jahrzehnt weitgehend Einigkeit darüber, daß nach sozialen und ökonomischen Kriterien der Nutzen bei den Ärmsten am höchsten ist. Auch die jetzige Regierung sei offensichtlich dieser Auffassung. Denn die Konzentration der Hilfe auf die ärmsten Länder und besonders benachteiligten Bevölkerungsgruppen habe absolut und prozentual zugenommen.

„Die Deckung von Grundbedürfnissen behielt trotz der Unkenrufe vorschneller Kritiker ihre Priorität und hat sogar noch an Bedeutung gewonnen", betont der Wissenschaftler. Es spreche vieles für die Beibehaltung von Armuts- und Grundbedürfnisorientierung und das Bemühen um Qualitätsverbesserung.

Anders sei es bei den Versuchen, Eigeninteressen und Entwicklungspolitik zu kombinieren. Zwar sei schon immer über die Möglichkeiten nachgedacht worden, mit Entwicklungshilfe die Beschäftigung zu fördern. „Die jetzige Regierung sagt das nur deutlicher und benutzt die Instrumente der Mischfinanzierung und der begrenzten Lieferbindung etwas offener als ihre Vorgänger." Nach Meinung Kebschulls kann sie dieses tun, weil die Verknüpfung inzwischen internationaler Usus geworden ist. Dieses sei wegen der Beschränkung des internationalen Wettbewerbs nicht mit der Qualitätsverbesserung der Entwicklungszusammenarbeit in Einklang zu bringen.

Irritationen ergeben sich auch, weil die Regierung zunehmend das Kriterium der Eigenleistungen der Entwicklungsländer in den Vordergrund rückt. Ein solches Vorgehen hält Kebschull durchaus für wünschenswert. Allerdings gingen die Auffassungen über den Eigenleistungsbegriff weit auseinander. So verstünden einige darunter die Einführung einer marktwirtschaftlichen Ordnung, andere stellten auf die Partizipation der Bevölkerung an Entscheidungen, auf die Durchführung von Geburtenkontrollprogrammen oder auf soziale Reformen ab. Ungeklärt sei auch das Verhältnis von Grundbedürfnisorientierung zu Eigenleistungen.

Kebschulls Fazit: „Eine der Hauptaufgaben der künftigen Politik der wirtschaftlichen Zusammenarbeit muß deshalb darin bestehen, hier so schnell wie möglich deutliche Vorstellungen und Leitlinien zu entwikkeln und sie in den Dialog mit den Entwicklungsländern einzubringen."

US-AKTIENMÄRKTE

Weichen für Fortsetzung der Hausse sind gestellt

H.-A. SIEBERT, Washington

Wieder einmal ist den US-Aktienmärkten früher als erwartet die Luft ausgegangen. Viele entnervte Kleininvestoren warfen in der vergangenen Woche das Handtuch und kassierten die zuvor erzielten Kursgewinne. Institutionelle Anleger bezogen eine Warteposition. So kam es, daß der Dow Jones-Industrie-Index im Wochenverlauf 6,11, der breitere Nyse-Index 0,86 Punkte verlor. Stark geschrumpft sind die Umsätze; „bargain-hunters" sorgten am Freitag für eine leichte Erholung: Die beiden wichtigsten Barometer stiegen um bescheidene 2,76 und 0,19 auf 1211,90 und 94,42 Punkte.

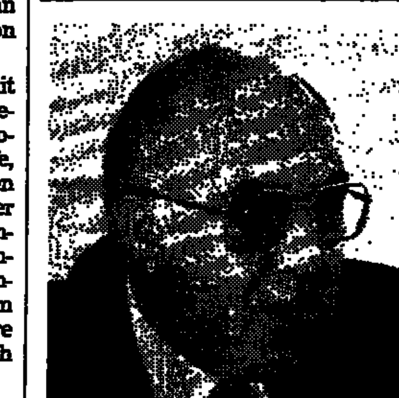
Die wilden Kursausschläge sind charakteristisch für ein von Unsicherheit bestimmtes Börsenklima. Jüngste Konjunkturdaten wie gesunkene Einzelhandelsumsätze, Einbrüche im Wohnungsbau und eine zwar immer noch hohe, aber nachgebende Nachfrage nach Verbraucherkrediten werden konterkariert von einer weiterhin kräftigen Industrieproduktion und ansehnlichen Einkommenszuwächsen. Plötzlich gelten die Signale, die auf eine erwünschte Verlangsamung des Wachstumstempos hindeuten, nicht mehr. Es dominiert wieder das Zittern vor einem zu lange dauernden Boom, der erneut das Inflationsfeuer schüren kann.

Amerikas Aktienmärkte sind bekannt dafür, daß sie besonders emotional reagieren. Nicht gesehen wird, daß im Konjunkturzyklus die Bremseffekte nicht gleichzeitig, sondern mit zeitlicher Verzögerung sichtbar werden. Außerdem reicht ein schneller Blick auf die Zahlen nicht aus. So steht beispielsweise dem im Juli um 0,8 Prozent gestiegenen verfügbaren Einkommen eine Zunahme der Konsumausgaben im Juni um nur 0,3 (Mai: 1,2; April: 1,6) Prozent auf Kosten der Automobile und Haushaltsgeräte gegenüber. Das heißt, der Nachholberdarf ist weitgehend gedeckt und die Amerikaner sparen mehr. Immerhin erhöhte sich die Sparrate von 5,6 auf 6,1 Prozent.

Zur Nervosität der Wall Street hat aber auch der als republikanische Wahlkampfhilfe gewertete Haushaltsbericht des Weißen Hauses beigetragen. Danach sinkt das US-Defizit von 1987 an, vorausgesetzt, der Kongreß beschließt einschneidende Korrekturen. Das ist jedoch unwahrscheinlich, so daß die Vereinigten Staaten noch 1989 ein Defizit von etwa 167 Mrd. Dollar vor sich herschieben werden. Nun hoffen die Broker auf ein klareres Wort vom Parteitag in Dallas.

Trotz der fiskalpolitischen Bedenken müßten eigentlich die Weichen für eine Fortsetzung der Hausse gestellt sein. Denn auch die Zinsen zeigen nach unten. Langfristige Schuldverschreibungen sind um etwa anderthalb Prozent gesunken; Certificates of Deposit, mit denen sich Banken refinanzieren, fielen in wenigen Tagen von 12,75 auf 11,50 Prozent. Dabei bewegt sich die US-Geldversorgung innerhalb der Zielkorridore.

AUF EIN WORT



„Kooperation im Anlagenbau ist notwendig. Doch sollten sich die Europäer nicht mit allzu einseitiger Lizenzvergabe zu Steigbügelhaltern der japanischen Konkurrenz machen lassen. Mancher tut da zu Lasten seiner heimischen Werkstätten schon zuviel. In einigen Jahren aber wird auch Japans „Hardware" nicht mehr billiger als in Europa sein."

Dr. Klaus Czempirek, Vorstandsmitglied der Voest-Alpine AG, Linz. FOTO: DIE WELT

Weniger Baugenehmigungen

dpa/VWD, Wiesbaden

Im 1. Halbjahr 1984 wurden nach Angaben des Statistischen Bundesamtes Baugenehmigungen für neue Gebäude im Wohn- und Nichtwohnbau in Höhe von insgesamt 143 Mill. Kubikmeter Rauminhalt erteilt. Das waren 23 Prozent weniger als im 1. Halbjahr 1983. Die veranschlagten Baukosten für diese Gebäude lagen mit 39,8 Mrd. Mark um 17 Prozent unter dem Vorjahresniveau. Von dem Rückgang war vor allem der Nichtwohnbau infolge einer stärkeren Zurückhaltung der Unternehmen betroffen. Im Wohnungsbau war der Rückgang bei Eigenheimen stärker als im Geschoßwohnungsbau.

LANDWIRTSCHAFT

Milchproduktion muß noch stärker gedrosselt werden

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Die Landwirte müssen in den nächsten Monaten ihre Milch-Produktion kräftiger als bisher drosseln. Wenn die nationale Milchgarantiemenge nicht überschritten werden soll, dann müßten die Anlieferungen an die Molkereien von August 1984 bis März 1985 um 10,7 Prozent zurückgehen. Darauf hat jetzt der Parlamentarische Staatssekretär im Ernährungsministerium, Georg Gallus, hingewiesen.

Seit April sei die Milch-Anlieferung, verglichen mit 1983, um 2,6 Prozent gesunken. Nach dem EG-Beschluß muß die Anlieferung im Zwölf-Monats-Zeitraum April 1984 bis März 1985 um 6,7 Prozent gegenüber dem Kalenderjahr 1983 verringert werden. Hoffnungen setzt Gallus auf die „Milchrente". Er rechnet damit, daß die Anlieferungen sinken werden, wenn die Vergütungsregelung für die Aufgabe der Milchproduktion erst greift.

Die EG-Kommission hat für September einen Bericht über die Durchführung der Garantiemengenregelung für Milch angekündigt. Bisher sei die Kommission, so Gallus, zufrieden mit der Umsetzung des EG-Beschlusses in nationale Vorschriften.

Landwirtschaftsminister Ignaz Kiechle hat gegenüber der WELT betont, daß alle Staaten ihren Verpflichtungen nachkommen müßten. Sollten sich andere Staaten nicht an die zeitlichen Absprachen halten, dann würde auch der Zeitpunkt für die deutschen Landwirte verlängert werden. Weil sie ihre Erzeugung zuletzt nicht mehr gesteigert haben, müssen die Franzosen nur um 2,9 Prozent drosseln. Mit 7,9 Prozent sind die Briten am stärksten betroffen.

US-SCHATZTITEL

Banker bezweifeln Erfolg der Quasi-Inhaberpapiere

H.-A. SIEBERT, Washington

Ende September wird das US-Schatzamt ausländischen Investoren zum erstenmal Schuldverschreibungen über ein bis zwei Milliarden Dollar mit einer Laufzeit von vier Jahren anbieten, wie es am Eurodollarmarkt üblich ist. Es sind außerdem Inhaberpapiere, das heißt, der 1982 eingeführte Registrierzwang wird wieder aufgehoben. Anfang Oktober folgen 20jährige Treasury Bonds, die schon nach fünf Jahren zurückgerufen werden können.

Mit diesen neuen Anleihetypen will das US-Finanzministerium zusätzlich Auslandskapital zur Finanzierung der hohen Haushaltsdefizite anlocken, um die Zinskosten zu senken. Erst kürzlich hatte der Kongreß mit dem gleichen Ziel die für Ausländer geltende 30prozentige Quellen-(Kupon)steuer auf Kapitalgewinne gestrichen. Beim Erwerb der Anleihen bleiben die Ausländer anonym; statt dessen müssen die Banken die Versicherung abgeben, daß die Inhaber keine US-Bürger sind.

Da es sich nicht um „reine" Inhaberpapiere handelt, bezweifeln Wall-Street-Analysen den Erfolg der auf Europa zugeschnittenen Schatztitel. Als Kaufbremsewirke die bei der jährlichen Zinszahlung erforderliche, vielleicht doch nicht geheimzuhaltende Beglaubigungsprozedur, wird betont. Ungeschützt bleiben die Ausländer bei einer erneuten Änderung der Kuponsteuer.

Bei der Treasury im Gespräch sind auch abgezinste, indexierte oder mit variablen Zinsen ausgestattete Wertpapiere. Außerdem sollen andere US-Behörden wie das Farm Credit System oder die Federal Home Loan Mortgage Corp. eigene Anleihen zu denselben Bedingungen im Ausland verkaufen dürfen.

WIRTSCHAFTS-JOURNAL

Zahl der Neuzulassungen ist zurückgegangen

Flensburg (dpa/VWD) – Im Juli dieses Jahres wurden in der Bundesrepublik und Berlin 13,3 Prozent weniger fabrikneue Kraftfahrzeuge angemeldet als im gleichen Monat des Vorjahres. Wie aus einer Statistik des Kraftfahrt-Bundesamtes in Flensburg hervorgeht, kamen insgesamt 183 000 Kfz – darunter 154 000 Personenwagen – erstmals in den Straßenverkehr. Der Zulassungsrückgang bei den Pkw betrug 11,7 Prozent. Nach den Feststellungen der Behörde war das Juli-Ergebnis 1984 „das niedrigste der letzten zehn Jahre". Von Januar bis Juli 1984 erhielten insgesamt fast 1,77 Mill. Kfz ihre Verkehrserlaubnis. Das entspricht gegenüber den ersten sieben Monaten des Vorjahres einem Rückgang um insgesamt 6,3 Prozent.

Erdöl in der Adria

Rom (dpa/VWD) – Italienische Experten sind bei der Suche nach Erdöl vor der mittelitalienischen Adria-Küste fündig geworden. Wie die Tageszeitung „La Stampa" berichtete, reiche das bisher entdeckte Erdöl aus, um eine gewinnbringende Förderung zu ermöglichen. Zur Zeit betrage die Ausbeute mit Hilfe erster Bohrtürme fast 5000 Tonnen Rohöl pro Woche.

„IKOFA 84"

München (dpa/VWD) – Im Zeichen einer Umstrukturierung des gastronomischen Massenangebots wird die 15. Internationale Fachmesse für Ernährungswirtschaft „IKOFA 84" vom 21. bis 26. September in München stehen. Der Deutsche Hotel- und Gaststättenverband wies darauf hin, der Gast sei heute preisbewußter als noch vor wenigen Jahren.

Italien: Defizit verringert

Rom (VWD) – Auf 1,131 Billionen Lire (1,9 Mrd. Mark) verringerte sich das italienische Handelsbilanzdefizit nicht saisonbereinigt im Juni gegenüber dem Rekordfehlbetrag von 3,077 Billionen Lire im Mai. Im Juni 1983 belief sich der Fehlbetrag allerdings nur auf 446 Mrd. Lire, teilte das Statistische Institut Istat mit. Für das erste Halbjahr weist Italien ein Handelsbilanzdefizit von 10,109 (6,731) Billionen Lire aus. Dabei nahmen die Importe um 19 Prozent auf 69,543 Billionen Lire zu und die Exporte um 14,9 Prozent auf 59,534 Billionen Lire.

Importquoten abgelehnt

Washington (VWD) – Die US-Federal Trade Commission (FTC) hat Präsident Reagan gedrängt, Importquoten für unlegierten Stahl abzulehnen und schätzt, daß den US-Stahlverbrauchern durch solche Restriktionen ein Schaden von mehr als einer Mrd. Dollar in einem Zeitraum von fünf Jahren entstehen könnte. In einem Bericht an den US-Handelsbeauftragten Brock, spricht sich die FTC dafür aus, daß Reagan, wenn er der US-Stahlindustrie helfen wolle, lieber Handelshilfen gewähren sollte.

Dresdner Bank in Taiwan

Taipeh (AP) – Als erstes deutsches Kreditinstitut wird die Dresdner Bank in Taiwan eine Vertretung eröffnen. Wie die taiwanische Regierung mitteilte, billigte das Finanzministerium in Taipeh ein ensprechendes Ersuchen der Bank, obwohl zwischen Taiwan und der Bundesrepublik keine diplomatischen Beziehungen bestehen. Mit der Errichtung der Filiale in Taipeh wird die Dresdner die neunte europäische und 39. ausländische Bank sein, die in Taiwan vertreten ist.

Weg der Kurse

	17.8.84	10.8.84
Boeing	51,875	51
Chrysler	29,50	30,625
Citicorp	33,75	35
Coca-Cola	60,875	62,25
Exxon	41,375	41,375
Ford Motors	44,25	45
IBM	122,875	121,125
PanAm	4,75	4,875
US Steel	24	26
Woolworth	36	37,505

CDU/CSU-MITTELSTANDSVEREINIGUNG

Vorschläge zur Reform der Unternehmensbesteuerung

Stw. Bonn

In die Diskussion um mögliche konjunkturstützende Maßnahmen hat sich jetzt auch die Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU eingeschaltet. Eine Verstetigung der Wirtschaftsentwicklung kann nach Auffassung des stellvertretenden Bundesvorsitzenden, Heinz F. Landré, vor allem durch eine richtige Steuerpolitik erreicht werden.

Wenn das Steuerrecht eine bessere Eigenkapitalbildung erlaube, könnten Arbeitsplätze gesichert und neue eingerichtet werden. Allerdings gilt es nach Ansicht Landrés zu verhindern, daß das Kapital für private Zwecke eingesetzt wird oder ins Ausland abfließt. Der CDU-Abgeordnete plädiert deshalb für eine klare Trennung zwischen der steuerlichen Behandlung von Unternehmensgewinnen und der Besteuerung persönlicher Einkommen. Deshalb sollten künftig Unternehmensgewinne getrennt nach persönlichen Arbeitsentgelten (Unternehmerlöhnen) und sonstigen Einkünften nach gleichen Richtlinien ermittelt werden, ähnlich der heute in den meisten GmbHs üblichen Gewinnermittlung.

Als zweiter Schritt „kann dann unbedenklich die Investitionsförderung aller Unternehmen gleich welcher Form in das neue Steuerrecht eingebaut werden", ist der CDU-Politiker überzeugt. Landré denkt dabei an eine Begünstigung der Gewinne durch Anhebung des Freibetrages bei den neu ermittelten Betriebsergebnissen oder an einen niedrigeren Spitzensteuersatz. Da dies eindeutig der Stärkung der Betriebe diene, würde auch das Schlagwort von den „Steuergeschenken an die Großverdiener" nicht mehr verfangen.

DIAMANTEN / Handelszentrum in Antwerpen spürt die Wirtschaftskrise nicht

Hohe Exporte nach Japan und USA

WILHELM HADLER, Brüssel

Antwerpen, der Welt größtes Diamantenzentrum, hat bisher unter der Wirtschaftskrise nicht gelitten. Trotz stark geschrumpfter Gewinnspannen gelang es den belgischen Diamantenschleifern und -händlern, den Gesamtumsatz des Platzes im ersten Halbjahr 1984 auf 163 Mrd. FB (rund 8,15 Mrd. Mark) zu steigern. Gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres bedeutet dies eine Zunahme um 26 Prozent.

Der „Hoge Raad Voor Diamant", ein Zusammenschluß berufsständiger Vereinigungen, führt den Erfolg vor allem auf die Anpassungsfähigkeit der Antwerpener Diamantenhändler zurück. Sie seien mehr und mehr zu modernen Verkaufstechniken übergegangen und suchten sich – anders als früher – auch außerhalb der belgischen Hafenstadt Kunden. Ein weiterer Faktor sei, daß die Antwerpener Diamantenschleifer nicht auf bestimmte Arten von Steinen spezialisiert seien.

Die größte Zunahme verzeichnet das Geschäft mit unbearbeiteten Steinen (plus 45 Prozent). Die meisten wurden in Antwerpen weiterbehandelt, der Rest an andere Bearbeitungszentren exportiert. So haben sich die Inder auf die Bearbeitung kleiner und billiger Diamanten spezialisiert, die Amerikaner konzentrieren sich dagegen mehr auf große Steine im Werte von 270 Dollar je Karat.

Stark gestiegen sind im ersten Halbjahr dieses Jahres die Importe aus der Sowjetunion. Die Einfuhr von geschnittenen Schmuckdiamanten erhöhte sich wertmäßig um 74 Prozent. Der „Hoge Raad" meint, das Absinken des Öl- und Goldpreises habe die Sowjetunion veranlaßt, ihre aus Devisengründen vorgenommenen Exporte anders zusammenzustellen.

Die Ausfuhren vom Antwerpener Zentrum standen vor allem im Zeichen steigender Nachfrage in Japan und in USA. In diese Abnehmerländer wurden wertmäßig 40 bzw. 25 Prozent mehr Steine geliefert. Zurückhaltung zeigten dagegen die Käufer in Hongkong. Die Lieferungen nach Singapur gingen weiter zurück, was nach Angaben des „Hoge Raades" darauf hindeutet, daß Singapur Marktanteile zugunsten Israels und Indiens verliert.

Das Käuferpotential in Asien wird trotzdem nach wie vor als „enorm" bezeichnet, da das Tragen von Juwelen, besonders Diamanten, in diesem Teil der Welt weit verbreitet sei. In der westlichen Welt ist das Geschäft mit Diamanten dagegen – mit Ausnahme der USA – nur schwach. Entsprechend hat sich der Export Antwerpens in alle europäischen Länder vermindert. Eine Zunahme verzeichnete im ersten Halbjahr lediglich der Handel mit der Schweiz.

1983 blieb ein Jahr ohne Dynamik in der Umsatz-Entwicklung – Zahlreiche neue Mitglieder im exklusiven Club

Deutschlands „Große 500"

Zum 9. Mal veröffentlicht die WELT die „Liste der 500 größten Unternehmen" aus Industrie, Handel und Dienstleistung. Diese Liste, die ein Spiegelbild aller wirtschaftlichen Aktivitäten in der Bundesrepublik ist, hat in den letzten Jahren eine steigende Popularität erlangt. Die Veränderungen und Platzwechsel finden hohe Beachtung und werden manchmal sogar in der Werbung verwendet. Die Spitzengruppe wird wieder von der Veba AG mit einem Umsatz von rund 50 Milliarden Mark angeführt. Auch auf den folgenden 30 Plätzen gibt es keine signifikanten Änderungen. Anders ist es in der Gesamtliste. Hier sind Abweichungen von 50 oder mehr Plätzen keine Seltenheit. Das gilt in besonderem Maße für die letzten 100 Plätze, wo auch in diesem Jahr wieder zahlreiche Unternehmen in den „Club der 500" aufgerückt sind. Der Listenplatz 500, für den 1978 ein Umsatz von 434 Millionen Mark ausgewiesen wurde, entspricht *1983 einem Umsatz von 635 Millionen Mark. Manche aus* dem Rahmen fallende Platzwechsel lassen sich mit der Veränderung in der Struktur einzelner Unternehmen oder mit Zu- oder Verkäufen von Unternehmensteilen erklären. Insgesamt weist die Umsatzstatistik 1983 als ein Jahr ohne Dynamik aus. Der Aufschwung findet in den Zahlen keinen Niederschlag. Bei einigen Unternehmen sind deutliche Umsatzeinbußen zu verzeichnen, denen allerdings andererseits, zum Beispiel im Bereich des Handels, Milliarden-Umsatzsprünge gegenüberstehen. *Die Liste umfaßt – geordnet nach ihren Umsätzen 1983* oder 1982/83 – alle Unternehmen aus den Bereichen Industrie (gekennzeichnet durch I), Handel (H) und Dienstleistung (D), die selbständig bilanzieren. Einige Unternehmen des Handels weisen einen Großhandelsumsatz oder zentralregulierten Umsatz (unter Einschluß des Verrechnungs- oder Agenturumsatzes) aus. Um deren Marktbedeutung deutlich zu machen, sind diese Werte in der Fußnote durch die Zahlen des Gruppen- oder Mitgliederumsatzes ergänzt. Bei einer Reihe von Unternehmen, die ihre Bilanz erst im September veröffentlichen, ist der Umsatz geschätzt. Ebenso bei jenen Unternehmen, die noch immer keine Zahlen publizieren.

	Firma	Branche	Umsatz 1983	Umsatz 1982
1 (1) I	Veba AG, Düsseldorf	Energie/Chemie	49 189,0	50.533,0
2 (4) I	Volkswagenwerk, Wolfsburg	Auto	40 089,0	37 434,0
3 (3) I	Daimler-Benz AG, Stuttgart	Auto	40 005,0 K	38 905,0
4 (2) I	Siemens AG, München	Elektrotechnik	39 471,0 W(9)	40 106,0
5 (6) I	BASF, Ludwigshafen	Chemie	37 850,0 W	34 844,0
6 (7) I	Bayer, Leverkusen	Chemie	37 336,0 W	34 834,0
7 (5) I	Hoechst, Frankfurt	Chemie	37 189,0 W	34 986,0
8 (8) I	Thyssen AG, Duisburg	Stahl/Maschinen/Handel	28 368,0 W(9)	30 610,0
9 (10) I	RWE, Essen	Energie	24 118,0 (6)	22 993,0
10 (9) I	Deutsche BP, Hamburg	Mineralöl	21 449,1	23 178,6
11 (11) I	Veba-Oel, Gelsenkirchen (zu 1)	Mineralöl/Chemie	21 175,0 K	21 377,0
12 (12) I	Deutsche Shell, Hamburg	Mineralöl	20 215,0	20 268,0
13 (16) I	Ruhrkohle, Essen	Bergbau	18 382,0	17 595,0
14 (14) I	Esso, Hamburg	Mineralöl	17 487,0	18 901,0
15 (13) H	Stinnes, Mülheim (zu 1)	Handel	17 309,0 W	19 446,0
16 (17) I	Krupp GmbH, Essen	Stahl	17 273,0 W	16 720,0
17 (15) I	GHH-Gruppe, Oberhausen	Maschinenbau	15 883,0 K(6)	18 693,0
18 (20) H	Aldi GmbH	Nahrungsmittel	15 500,0 G	15 000,0
19 (25) I	Opel, Rüsselsheim	Auto	14 707,0	12 735,0
20 (21) I	Bosch, Stuttgart	Elektrotechnik	14 351,8 W	13 812,5
21 (19) H	Thyssen Handelsunion, Düsseldorf (zu 8)	Handel	14 182,0 W(9)	15 400,0
22 (18) I	Mannesmann, Düsseldorf	Röhren/Maschinenbau	14 074,0 W	16 469,0
23 (29) I	*BMW, München*	*Auto*	*14 025,7 W*	*11 620,4*
24 (27) I	Ford, Köln	Auto	13 353,8	11 723,7
25 (23) H	Aral, Bochum (zu 11)	Mineralöl	13 252,0	13 441,0
26 (22) D	Ruhrgas, Essen	Energievers.	12 887,5	13 643,1
27 (30) I	Preussag, Hannover	Metall/Energie	12 477,3 W	11 233,5
28 (24) I	AEG-Telefunken, Frankfurt	Elektrotechnik	11 527,0 W	13 257,0
29 (41) H	Toepfer International, Hamburg	Getreide	11 420,0 (11)	9653,0
30 (28) I	Salzgitter AG	Stahl/Schiffbau	11 365,4 K	11 701,2
31 (50) I	Degussa, Frankfurt	Edelmetalle	11 097,0 W(9)	8887,0
32 (39) H	Rewe-Zentrale, Köln	Nahrungsmittel	11 067,0 Z	9734,0
33 (31) H	Karstadt, Essen	Warenhäuser	11 052,0 K	10 948,0
34 (33) I	Metallgesellschaft, Frankfurt	Metallwirtschaft	10 981,0 W(9)	10 646,0
35 (32) I	VIAG, Berlin/Bonn	Energie	10 730,0 K	10 822,0
36 (26) I	Mobil Oil, Hamburg	Mineralöl	10 607,0	11 800,0
37 (46) I	IBM, Stuttgart	Büromaschinen	10 523,0	9135,0
38 (37) I	Wintershall,Kassel (zu 5)	Erdölförderung	10 503,0 K	9955,0
39 (34) H	Schickedanz-Gruppe, Fürth	Handel/Foto/Möbel	10 396,0 W(1)[1])	10 410,0
40 (38) H	Edeka Zentrale, Hamburg	Nahrungsmittel	10 250,0 Z	9770,0
41 (35) H	Raab Karcher, Essen (zu 1)	Handel	10 202,0	10 218,0
42 (47) I	Flick Industrieverwaltung, Düsseldorf	Holding	9949,0	9029,0
43 (49) H	Tengelmann, Mülheim	Nahrungsmittel	9800,0 K(6)	9000,0
44 (36) I	Deutsche Texaco, Hamburg	Mineralöl	9600,0	10 121,0
45 (43) H	co op AG, Frankfurt	Nahrungsmittel	9578,8	9574,7
46 (52) H	RHG Leibbrand, Rosbach v.d.H.	Handel	9503,0 *	8445,6*
47 (48) H	Metro Deutschland	Handel	9500,0 G	9000,0
48 (40) H	Klöckner & Co Kommanditgesellschaft auf Aktien, Duisburg	Handel	9443,0 [2])	9723,0
49 (45) I	*Deutsche Unilever, Hamburg*	Nahrungs-/Waschmittel	*9311,0 TK*	*9302,0*
50 (44) H	Mabanaft-Gruppe, Hamburg	Mineralöl	9159,0 W	9363,0
51 (61) H	Haniel, Duisburg	Handel	8878,0 W	6895,0
52 (42) I	M.A.N., Augsburg (zu 17)	Maschinenbau	8789,0 W(6)	9622,0
53 (53) I	Henkel-Gruppe, Düsseldorf	Chemie	8470,0 W	8158,0
54 (58) H	Otto Versand, Hamburg	Versandhandel	8400,0 K(2)[1])	7387,0
55 (55) D	Deutsche Lufthansa, Köln	Luftverkehr	8208,0	7579,0
56 (65) I	AUDI NSU,Ingolstadt (zu 2)	Auto	8019,0	6127,0
57 (56) I	Holzmann, Frankfurt	Bauindustrie	7868,0 B	7501,0
58 (54) H	Kaufhof, Köln	Warenhäuser	7693,0 K	7628,0
59 (60) D	Preussenelektra, Hannover (zu 1)	Energie	7593,0 K	7091,1
60 (51) I	Thyssen Stahl AG, Duisburg (zu 8)	Stahl	7400,0 (9)	8700,0
61 (79) I	Babcock, Oberhausen	Maschinenbau	7084,0 (9)	5406,0
62 (59) I	Klöckner Werke, Duisburg	Stahl	6994,6 W(9)	7324,9
63 (62) H	Gedelfi-Gruppe, Köln	Handel	6756,4 Z	6723,0
64 (57) I	Hoesch AG, Dortmund	Stahl	6736,0	7437,0
65 (64) I	Saarbergwerke, Saarbrücken	Energie	6593,8 K	6165,1
66 (98) H	S + T Bundeszentrale, Selex + Tania Handels AG, Offenburg	Handel	6435,0 Z[2])	4100,0
67 (66) I	Allg. Deutsche Philips, Hamburg	Elektrotechnik	6262,0 (4)	6065,0
68 (67) I	Bertelsmann, Gütersloh	Verlag	6218,0 W(6)	6036,0
69 (63) I	Reemtsma, Hamburg	Zigaretten	6199,0 W	6243,0
70 (69) I	Agfa-Geavert-Gruppe, Leverkusen (zu 6)	Fototechnik	5990,0 W	5887,1
71 (70) H	BayWa, München	Handel	5947,3	5859,3
72 (77) D	Schenker, Berlin/Frankfurt	Spedition	5876,0 W	5504,0
73 (73) I	MBB, München	Luft/Raumfahrt	5875,0	5678,0
74 (72) I	Chemische Werke Hüls,Marl	Chemie	5828,1 K	5691,7
75 (68) I	KHD, Köln	Maschinenbau	5651,0 W	5956,0
76 (74) H	C & A, Düsseldorf	Warenhäuser	5584,0	5519,1
77 (75) I/H	Batig, Hamburg	Beteiligungsverwaltung	5564,0	5509,0
78 (71) I	Krupp Stahl AG, Bochum (zu 16)	Stahl	5520,0	5766,0
79 (81) I	Agiv, Frankfurt	Holding	5475,0	5365,0
80 (82) I	VEW, Dortmund	Energie	5431,0	5314,0
81 (76) H	Hertie-Gruppe, Frankfurt/Berlin	Warenhäuser	5425,0	5507,0
82 (83) I	*Panavia Airkraft, München*	*Flugzeugbau*	*5338,0*	*5271,2*
83 (30) I	Thyssen Industrie, Essen (zu 8)	Investitionsgüter	5068,0 W(9)	5405,0
84 (87) I	BBC, Mannheim	Elektrotechnik	4949,0 W	4757,0
85 (90) H	Schaper, Hannover	Nahrungsmittel	4714,6 * K(9)	4409,0*
86 (88) I	Hochtief, Essen	Bauindustrie	4691,0 B	4648,0
87 (99) H	Karl O. Helm, Hamburg	Chemikalien	4676,0 W	4007,0
88 (89) I	VAW, Bonn (zu 35)	Aluminium	4660,0 W	4442,0
89 (84) I	Union Rheinische Braunkohlen Kraftstoff AG, Wesseling (zu 120)	Öl/Chemie	4605,0	5066,0
90 (96) D	Bayernwerk, München	Energievers.	4502,0 (9)	4109,0
91 (97) D	Kühne & Nagel-Gruppe, Bremen/Hamburg	Spedition	4430,0 W	4102,0
92 (92) I	B-A-T, Hamburg	Zigaretten	4326,0	4377,0
93 (94) I	SEL, Stuttgart	Elektrotechnik	4293,0	4153,0
94 (103) I	Schering-Gruppe, Berlin	Chemie	4283,0 K	3511,0
95 (78) I	Mannesmannröhren-Werke, Düsseldorf (zu 22)	Röhren	4060,0 W	5440,0
96 (105) H	Alfred Massa, Alzey	SB-Warenhäuser	4000,0 W	3410,0
97 (100) H	Ruhrkohle Handel, Essen (zu 13)	Handel	3957,0 W	3922,0
98 (93) D	Hapag-Lloyd, Hamburg/Bremen	Reederei	3895,5	4332,5
99 (102) I	Boehringer Ingelheim	Chemie	3831,0 W	3515,0
100 (125) H	HGK Zentrale, Köln	Handelsketten	3774,0 Z	2890,0
101 (85) H	Mannesmann-Handel, Düsseldorf (zu 22)	Handel	3656,0 W	4877,0
102 (101) H	Conoco, Hamburg	Mineralöl	3590,0	3572,0
103 (91) I	Bilfinger + Berger, Mannheim	Bauindustrie	3522,0 B	4399,0
104 (95) H	Ferrostaal, Essen (zu 17)	Handel	3522,0 (6)	4119,0
105 (104) H	Otto Wolff, Köln	Eisenindustrie	3459,0 K	3457,0
106 (119) H	Plus, Mülheim (zu 43))	Nahrungsmittel	3425,8 (6)	3021,3
107 (86) I	Kraftwerk Union, Mülheim (zu 4)	Kraftwerke	3400,0 W(9)	4800,0
108 (107) I	Continental Gummiwerke, Hannover	Gummi	3387,2 W	3248,8
109 (110) I	Deutsche Nestlé-Gruppe, Frankfurt	Nahrungsmittel	3372,7	3208,9
110 (117) I	Linde, Wiesbaden	Anlagenbau	3364,0 W	3046,0
111 (115) I	Rütgerswerke, Frankfurt	Feuerfest	3347,0 K	3109,0
112 (121) D	Neue Heimat, Hamburg	Wohnungsbau	3282,0	2995,0
113 (111) H	Wilh. Werhahn, Neuss	Handel	3239,0	3206,0
114 (114) I	Dynamit Nobel, Troisdorf (zu 42)	Chemie	3231,0 W	3164,0
115 (123) H	Allkauf-Gruppe, Mönchengladbach	SB-Warenhaus	3105,0* K	2922,0
116 (132) I	Bosch-Siemens-Hausgeräte, München	Elektrotechnik	3104,0 K	2747,0
117 (124) H	Deutsche Spar, Frankfurt	Nahrungsmittel	3100,0 Z/G	2900,0
118 (143) I	Philip Morris, München	Tabak	3081,6	2535,9
119 (118) I	Rheinische Braunkohlenwerke, Köln (zu 9)	Braunkohlenbergbau	3064,0	3034,0
120 (126) I	Grundig, Fürth	Elektrotechnik	3057,0 K(3)	2863,0
121 (109) I/H	Oetker-Gruppe, Bielefeld	Nahrungsmittel	3000,0 G	3220,7
122 (130) I	Deutsche Solvay-Gruppe, Solingen	Chemie/Bergbau	2969,0 K	2774,0
123 (214) H	*Deutsches Milchkontor, Hamburg*	*Milchprodukte*	*2961,2 W*	*1687,3*
124 (131) I	Carl-Zeiss-Stiftung, Oberkochen	Feinmechanik	2955,0 W(9)	2736,4
125 (189) H	Wintershall Mineralöl, Düsseldorf (zu 37)	Mineralöl	2934,3 [3])	1970,1
126 (106) I	Mannesmann Demag, Duisburg (zu 22)	Maschinenbau	2884,0 W	3259,0
127 (128) I	ZF Friedrichshafen	Antriebstechnik	2864,0 W	2849,0
128 (133) I	ITT Gesellschaft für Beteiligungen, Frankfurt	Holding	2832,0	2711,0
129 (394) I	adidas Sportschuhfabriken, Herzogenaurach	Sport-/Freizeitbekleidung	2800,0 W[4])	846,7
130 (142) D	NWK, Hamburg (zu 59)	Energievers.	2763,0 (9)	2557,0
131 (147) I	Steag, Essen (zu 13)	Energie	2761,0	2456,0
132 (113) I/H	Agip, München	Mineralöl	2751,0	3172,0
133 (127) I	Arbed Saarstahl, Völklingen	Eisen/Stahl	2729,0 W	2850,0
134 (108) I	ELF Mineralöl, Düsseldorf	Mineralöl	2716,4	3229,8
135 (140) I	Feldmühle, Düsseldorf (zu 42)	Papier	2713,0 W	2568,0
136 (134) I	Brinkmann, Bremen	Tabak	2712,9 (3)	2703,7
137 (160) I	Nixdorf Computer, Paderborn	Datenverarb.	2712,0 W	2287,0
138 (112) H	Salzgitter Stahl, Düsseldorf (zu 166)	Stahlhandel	2697,0 (9)	3175,0
139 (120) I	Heraeus, Hanau	NE-Metalle	2694,2 W	3018,0
140 (146) I	E. Merck, Darmstadt	Chemie/Pharma	2672,2 W	2493,4
141 (122) I	Strabag-Bau, Köln	Bauindustrie	2664,4 B	2938,0
142 (138) I	Coca-Cola, Essen	Getränke	2650,0	2600,0
143 (135) H	Coutinho, Caro & Co. Firmengruppe, Hamburg	Eisen/Stahl	2641,0 W	2687,0
144 (148) I	Freudenberg, Weinheim	Gummi/Kunststoff	2623,0 W(6)	2451,0
145 (139) I	PWA, Raubling	Papier	2616,0	2599,0
146 (163) D	Energieversorgung Schwaben, Stuttgart	Energievers.	2587,8	2256,1
147 (175) I	Norddeutsche Affinerie, Hamburg	NE-Metallhütte	2560,0 (9)	2081,0
148 (145) H	Horten, Düsseldorf	Warenhäuser	2557,0 (2)[1])[5])	2498,5
149 (155) I	Rheinmetall, Berlin/Düsseldorf	Maschinenbau	2537,5 K	2411,0
150 (149) H	Kaiser's Kaffee, Viersen (zu 43)	Nahrungsmittel	2536,0 TK(6)	2440,0
151 (183) H	Mann-Unternehmen, Karlsruhe	SB-Warenhäuser	2500,0 G	2000,0
152 (137) I	PolyGram, Hamburg	Musik	2500,0	2609,0
153 (167) I	Esso-Chemie, Köln (zu 14)	Chemie	2476,0	2183,9
154 (181) I	Deusche ICI, Frankfurt	Chemie	2466,0 W	2006,0
155 (185) I	Rheinische Olefinwerke, Wesseling (zu 5)	Petrochemie	2414,0 W	1992,0
156 (141) I	Liebherr-Gruppe, Biberach	Maschinenbau	2406,0 W	2565,0
157 (151) I	FAG, Schweinfurt	Metallverarb.	2401,0 W	2416,0
158 (150) D	TUI, Hannover	Touristik	2372,0 (10)	2438,0
159 (161) I	Springer Verlag, Berlin	Verlag	2363,0 W	2262,0
160 (168) I	Beiersdorf, Hamburg	Chemie	2358,0 W	2171,0
161 (158) I	Enka, Wuppertal	Chemiefasern	2346,6	2309,5
162 (164) H	Südfleisch, München	Schlachtung	2342,4	2246,0
163 (156) D	Stadtwerke München	Energievers.	2341,0	2357,0
164 (162) D	HEW, Hamburg	Energievers.	2338,0	2260,0
165 (166) H	Raiffeisen-Haupt-Genossenschaft, Hannover	Agrarhandel	2313,6	2212,0
166 (129) I	Stahlwerke Peine-Salzgitter (zu 30)	Eisen/Stahl	2305,0 (9)	2798,0
167 (172) D	Badenwerk, Karlsruhe	Energievers.	2300,0	2108,0
168 (177) I	Veba Kraftwerke Ruhr, Gelsenkirchen (zu 1)	Energie	2289,0	2063,0
169 (184) I	Wacker-Chemie, München	Chemie	2287,0 W	1996,0
170 (152) H	Centralgenossenschaft für Viehverwertung, Hannover	Vieh/Fleisch	2283,1	2415,0
171 (186) H	W. & O. Bergmann, Düsseldorf	Metalle	2276,0	1991,0
172 (154) I	EC Erdölchemie, Köln	Petrochemie	2265,0 (3)	2413,0
173 (144) I	Thyssen Edelstahlwerke, Krefeld (zu 8)	Edelstahl	2249,0 (9)	2506,0
174 (229) I	Krauss-Maffei, München (zu 253)	Maschinenbau	2246,8 K	1566,1
175 (171) I	Dyckerhoff & Widmann, München	Bauindustrie	2239,0 B	2113,0
176 (200) H	Bernhard Rothfos, Hamburg	Kaffee	2193,8	1823,6
177 (169) I	MTU, München	Luft/Raumfahrt	2179,0 K	2136,0
178 (165) H	Possehl-Gruppe, Lübeck	Handel	2152,0	2231,0
179 (176) H	Andreae-Noris Zahn, Frankfurt	Pharmazie	2139,7	2075,1
180 (241) I	Porsche, Stuttgart	Auto	2134,0 W(7)	1488,0
181 (178) H	Deutsche SB-Kauf, Bochum	Nahrungsmittel	2120,0	2052,0
182 (188) I	Fichtel & Sachs-Gruppe, München	Fahrzeugteile	2115,0 W	1984,7
183 (204) I	Reynolds Tobacco, Köln	Zigaretten	2104,0	1787,0
184 (157) I	Chevron Erdoel Deutschland, Frankfurt	Mineralöl	2101,0	2356,0
185 (191) I	Philips Kommunikations Industrie AG (vorm. Felten & Guilleaume, Köln), Nürnberg (zu 67)	Elektrotechnik	2097,0 K	1928,0
186 (198) H	*Nürnberger Bund, Essen*	Einkaufsgen.	*2080,0*	*1868,0*
187 (174) D	DER, Frankfurt	Touristik	2065,2 W	2083,4
188 (179) H	Deutscher Supermarkt, Düsseldorf	Nahrungsmittel	2059,5 W	2044,2
189 (159) D	Contigas, Düsseldorf (zu 90)	Energievers.	2056,0 K/RG(9)	2309,0
190 (190) I	Triumph-Adler-Gruppe, Nürnberg (zu 2)	Büro-/Datentechnik	2025,0 K	1964,0
191 (170) I	Michelin, Karlsruhe	Chemie/Gummi	2001,5	2130,6
192 (195) D	Bewag, Berlin	Energievers.	1995,0 (6)	1903,0
193 (182) I	Du Pont de Nemours, Düsseldorf	Chemie	1977,0 RG[6])	2000,0
194 (192) I	Eschweiler Bergwerksverein, Herzogenrath	Steinkohlenbergbau	1967,0	1919,0
195 (197) D	EWE, Oldenburg	Energievers.	1923,0	1876,4
196 (199) H	Deutsche Total, Düsseldorf	Mineralöl	1919,6 W	1853,3
197 (193) H	Lekkerland, Frechen	Handel	1875,7 W	1914,9
198 (173) H	Deutsche Raiffeisen-Warenzentrale, Frankfurt	Handel	1837,0 (6)	2095,0
199 (194) H	Landwirtschaftliche Fleischzentrale, Hannover (zu 170)	Fleisch	1832,8	1906,3
200 (196) H	Raiffeisen Viehzentrale, Hamburg	Vieh/Fleisch	1830,0	1877,0
201 (207) I	Benteler-Gruppe, Paderborn	Stahlverarb.	1827,0 K	1754,0
202 (211) H	Jost Hurler GmbH, München	Handel	1820,0	1700,0
203 (208) H	Woolworth, Frankfurt	Warenhäuser	1809,6 TK	1743,4
204 (187) I	Lurgi GmbH, Frankfurt (zu 34)	Anlagenbau	1800,0 W(9)	1989,0
205 (210) I	Melitta-Gruppe, Minden	Haushaltsart.	1800,0 W	1720,0
206 (201) D	Thyssengas, Duisburg	Ferngas	1799,9	1822,9
207 (180) I	AG Dillinger Hütte	Stahl	1793,5	2008,8
208 (213) I	Telefonbau- u.Normalzeit, Frankfurt	Elektrotechnik	1777,0 W	1689,0
209 (219) I	Miele & Cie, Gütersloh	Elektrotechnik	1766,0 W(6)	1645,0
210 (203) I	Diehl, Nürnberg	Metall/Halbz.	1762,0 W	1797,0
211 (226) I	Procter & Gamble, Schwalbach	Reinigungs-/Waschmittel	1756,3 (6)	1581,6
212 (205) H	Kaufhalle, Köln (zu 58)	Warenhäuser	1756,0	1784,0
213 (220) H	Asko, Saarbrücken	Handel	1745,0 W	1638,0
214 (216) I	Deutsche Marathon Petroleum, München	Mineralöl	1741,0	1656,0
215 (215) D	Erdgas-Verkaufs-Gesellschaft, Münster	Energievers.	1717,0	1669,6
216 (224) I	Uni-Cardan, Lohmar	Gelenkwellenbau	1717,0 TK	1615,0
217 (218) D	Rhenag, Köln (zu 9)	Energievers.	1716,0	1654,0
218 (251) H	Nordwest Eisen- und Metallwaren, Hagen	Eisenwaren	1702,0	1457,0
219 (221) H	Raiffeisen Hauptgenossenschaft, Kiel	Agrarhandel	1701,0 W	1619,0
220 (250) I	Alcan Aluminiumwerke, Frankfurt	Aluminium	1696,0 TK	1458,0
221 (228) H	Kaufring, Düsseldorf	Einkaufsgen.	1696,0 Z	1571,0
222 (242) H	Lidl & Schwarz, Neckarsulm	Nahrungsmittel	1684,0	1485,0
223 (206) I	Tchibo, Hamburg	Kaffee/Tee	1670,0 W	1767,4
224 (230) H	co op Dortmund	Nahrungsmittel	1669,0	1543,0
225 (217) I	Monheim, Aachen	Schokoladen	1669,0 W	1656,0
226 (225) I	Messer-Griesheim, Frankfurt (zu 7)	Maschinenbau Chemie	1632,0 W	1602,0
227 (232) D	Stuttgarter Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft	Energievers.	1623,4	1530,1
228 (209) H	Deutsche Fina, Frankfurt	Mineralöl	1619,3 TK	1735,0
229 (256) H	Ferd. Schulze, Mannheim	Arzneimittel	1606,8	1423,1
230 (212) D	Gasversorgung Süddeutschland, Stuttgart	Energievers.	1602,0	1698,0
231 (245) D	*Schleswag, Rendsburg (zu 59)*	*Energievers.*	*1599,0*	*1467,3*
232 (153) I	Iveco-Magirus, Ulm	Fahrzeugbau	1591,0	2415,0
233 (231) I	Teves, Frankfurt (zu 129)	Maschinenbau	1590,0 W	1536,0
234 (223) I	Varta, Bad Homburg	Elektrotechnik	1578,4 W	1615,2
235 (248) I	Blaupunkt, Hildesheim (zu 20)	Elektrotechnik	1578,3	1461,5
236 (264) H	Trade Arbed, Köln	Walzstahl	1578,0	1355,0
237 (259) H	Mahag-Gruppe, München	Kfz-Handel	1572,5 W	1379,8
238 (237) I	Rasselstein, Neuwied	Stahl	1569,0 (9)	1505,0
239 (239) H	Rewe Dortmund	Nahrungsmittel	1569,0	1502,0
240 (243) I	Blohm+Voss,Hamburg (zu 8)	Schiffbau	1563,0	1473,0
241 (240) I	Osram, München (zu 4)	Elektrotechnik	1551,0 W(9)	1499,0
242 (222) I	Süddeutsche Zucker, Mannheim	Zucker	1546,0 (2)[1])	1618,0
243 (267) I	Kali und Salz, Kassel (zu 5)	Kali/Streusalz	1529,0	1349,0
244 (249) D	Stadtwerke Köln	Energievers.	1517,5	1460,5
245 (244) I	BASF Farben + Fasern, Münster (zu 5)	Chemie	1513,0 W	1472,0
246 (263) I	Züblin, Stuttgart	Bauindustrie	1506,0 B	1368,0
247 (271) H	Für Sie, Köln	SB-Handel	1500,0 I	1326,0
248 (235) H	Scipio, Bremen	Handel	1500,0 G	1513,0
249 (287) I	Hewlett-Packard, Böblingen	Elektrotechnik	1495,0 (10)	1273,0
250 (366) I	Heidelberger Zement	Baustoffe	1487,0 W	1353,0
251 (234) I	Schmalbach-Lubeca, Braunschweig	Verpackungen	1484,8 TK	1517,7
252 (247) H	Westfleisch, Münster	Vieh/Fleisch	1464,0	1465,0
253 (252) I	Buderus AG, Wetzlar (zu 42)	Gießerei	1459,0	1456,8
254 (202) I	OMW, Karlsruhe	Mineralöl	1455,5 W	1812,1
255 (288) I	Molkerei-Zentrale Süd, Nürnberg	Nahrungsmittel	1452,0 W	1268,0
256 (260) H	Deutscher Kraftverkehr *Ernst Grimmke, Düsseldorf*	Mineralöl	1448,0	1379,0
257 (253) H	Neckermann, Frankfurt (zu 33)	Versandhandel	1446,0	1440,0
258 (246) I	Vereinigte Papierwerke, Nürnberg (zu 39)	Papier	1440,5 *W(1)[1])	1465,1*
259 (254) H	WLZ-Raiffeisen, Stuttgart	Handel	1436,8	1439,2
260 (319) H	Einkaufsbüro Deutscher Eisenhändler, Wuppertal	Eisenwaren	1436,0 *	1141,0*
261 (276) I	Allgäuer Alpenmilch-Gruppe, München (zu 110)	Nahrungsmittel	1430,2 TK	1302,5
262 (277) I	Röhm, Darmstadt	Chemie	1427,0 W	1298,0
263 (257) D	Rhenus-WTAG, Dortmund (zu 15)	Spedition	1419,0	1418,0
264 (274) I	Wella, Darmstadt	Kosmetik	1416,2 W	1323,5
265 (268) I	Kali-Chemie, Hannover (zu 123)	Chemie	1407,0 W	1339,8
266 (316) H	Deutsche Conti-Handelsgesellschaft, Hamburg	Handel	1403,0 W	1154,0

	Firma	Branche	Umsatz 1983	Umsatz 1982
267 (278) I	Badische Tabakmanufaktur Roth-Händle, Lahr (zu 69)	Tabak	1395,5	1295,3
268 (270) H	Unternehmenskreis Deutsche Babcock Handel, Oberhausen (zu 61)	Walzstahl	1393,0 (9)	1327,9
269 (281) I	Dow Chemical, Stade	Chemie	1392,3	1289,7
270 (282) H	Westf. Centralgenossenschaft, Münster	Agrarhandel	1384,0	1374,0
271 (292) I	Krupp MaK Maschinenbau, Kiel (zu 16)	Dieselmotoren	1379,0	1262,0
272 (273) I	Bayerngas, München	Leitungsbau	1372,1	1324,6
273 (236) I	Knorr-Bremse, München	Maschinenbau	1371,0 W	1512,0
274 (297) I	Bergmann Elektricitäts-Werke, Berlin	Elektroindustrie	1370,0	1239,0
275 (116) H	Avia, München	Mineralöl	1368,0	3078,0
276 (279) I	Gruner + Jahr, Hamburg (zu 68)	Verlag	1361,0 (6)	1290,0
277 (323) I	O & K, Dortmund	Maschinenbau	1359,0 W	1130,0
278 (298) D	Isar-Amperwerke, München	Energievers.	1356,7 (6)	1238,8
279 (283) I	Grünzweig + Hartmann, Ludwigshafen	Dämmstoffe	1356,0 K	1278,0
280 (294) I	Wieland-Werke, Ulm	NE-Halbzeug	1351,0 K(9)	1253,0
281 (295) I	Eduscho, Bremen	Kaffee/Tee	1350,0 G	1250,0
282 (238) H/D	Gewerkschaft Brigitta, Hannover	Erdöl/Erdgas	1344,5	1504,5
283 (272) I	Bahlsen, Hannover	Nahrungsmittel	1344,0 W	1325,0
284 (280) D	Saar-Ferngas, Saarbrücken (zu 65)	Energievers.	1342,0	1290,0
285 (261) I	SKF Kugellager, Schweinfurt	Maschinenbau	1340,0 TK	1375,0
286 (304) I	VDO Schindling, Frankfurt	Autozubehör	1338,0 K	1220,0
287 (255) D	Energieversorgung Ostbayern, Regensburg	Energievers.	1334,1 (9)	1434,5
288 (290) D	Technische Werke der Stadt Stuttgart (zu 227)	Energievers.	1328,0	1267,0
289 (286) D	GEW, Köln (zu 244)	Energievers.	1327,1	1273,0
290 (383) H	Raiffeisen Waren-Zentrale Rheinland, Köln	Agrarhandel	1324,5 [2])	884,8
291 (293) I	Altana, Bad Homburg	Pharma	1319,9 W	1258,8
292 (291) I	Boehringer Mannheim	Chemie	1317,7 W	1264,1
293 (296) H	Carl Spaeter, Düsseldorf	Handel	1308,8	1248,0
294 (285) I	Schott Glaswerke, Mainz (zu 125)	Glas	1306,0 W(9)	1278,0
295 (269) I	Heilit + Woerner, München	Bauindustrie	1300,0 B	1339,0
296 (282) H	Edeka Minden-Hannover	Nahrungsmittel	1286,4	1284,5
297 (258) H	Hoesch Export, Dortmund (zu 64)	Handel	1283,0	1400,0
298 (333) H	Fiat Automobil AG, Heilbronn	Kfz-Import	1282,8 TK	1072,4
299 (289) I	„Nordsee", Bremerhaven (zu 49)	Fisch	1280,0 K	1268,0
300 (334) I	AEG-Telefunken Kabelwerke, Rheydt (zu 28)	Kabel	1277,0 K	1072,0
301 (312) I	Flachglas, Gelsenkirchen	Flachglas	1265,0 K	1179,0
302 (302) I	Holtzbrinck-Gruppe, Stuttgart	Verlag	1263,0 W(6)	1223,0
303 (227) I	Dornier, Friedrichshafen	Luft/Raumfahrt	1255,0 K	1574,0
304 (265) I	WTB Walter Thosti Boswau Bauaktiengesellschaft Augsburg	Bauindustrie	1253,0 B	1120,0
305 (303) I	Heitkamp, Herne	Bauindustrie	1250,0 B	1220,0
306 (284) H	Rheinbraun Verkaufsgesellschaft, Köln (zu 120)	Handel	1250,0 W(6)	1278,0
307 (321) H	Deutsche Renault, Brühl	Kfz-Import	1249,0	1137,0
308 (299) I	Maizena, Hamburg	Nahrungsmittel	1244,3 (9)	1233,4
309 (331) H	AVA, Bielefeld	Warenhäuser	1241,0	1104,0
310 (317) I	Carl Freudenberg, Weinheim (zu 144)	Gummi/Kunststoff	1239,0	1150,0
311 (305) D	Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft Hannover	Energievers.	1218,9	1208,3
312 (306) I	Mannesmann Rexroth, Lohr (zu 22)	Hydraulik	1211,0 W	1207,0
313 (342) I	Vorwerk, Wuppertal	Elektrotechnik	1211,0 W	1049,0
314 (322) D	EAM, Kassel	Energievers.	1207,6	1131,4
315 (318) D	Hastra, Hannover (zu 59)	Energievers.	1206,1	1146,5
316 (335) H	Bayerische Lagerversorgung, München	Handel	1200,0 G	1070,0
317 (367) I	Wegmann & Co., Kassel	Waggonbau Wehrtechnik	1199,9	952,4
318 (320) I	Wayss & Freytag, Frankfurt (zu 79)	Bauindustrie	1199,0 B	1138,0
319 (310) I	DUB, Dortmund	Getränke	1198,0	1186,0
320 (309) D	NUR Touristik, Frankfurt (zu 33)	Touristik	1194,0 (10)	1191,0
321 (275) H	Mitsui & Co. Europe, Düsseldorf	Ex-/Import	1191,0 (3)	1318,0
322 (329) I	Triumph-International-Gruppe, München	Textil	1187,0 W	1118,0
323 (301) I	HAG GF, Bremen	Kaffee/Tee	1181,3 K	1223,0
324 (300) I	Villeroy & Boch, Mettlach	Feinkeramik	1179,1 W	1234,4
325 (347) I	Readymix, Ratingen	Bauzulieferer	1167,3	1038,0
326 (315) I	Mahle-Konzern, Stuttgart	Kfz-Zubehör	1163,8 K	1160,0
327 (311) I	PWH-Gruppe, Köln	Anlagenbau	1162,5 W	1179,6
328 (326) I	Olympia, Wilhelmshaven (zu 28)	Büromaschinen	1141,0 W	1126,0
329 (350) D	Stadtwerke Düsseldorf	Energievers.	1130,0	1026,8
330 (354) I	Howaldtwerke, Kiel/Hamburg (zu 34)	Schiffbau	1128,0 W(9)	1007,0
331 (308) I	Kraft, Lindenberg	Nahrungsmittel	1116,0	1200,0
332 (338) H	Hussel-Holding, Hagen	Handel	1113,0 W	1058,0
333 (355) D	Neckarwerke Elektrizitätsversorgung, Esslingen	Energievers.	1113,0	1006,0
334 (343) I	Heidelberger Druckmaschinen (zu 9)	Maschinenbau	1102,0	1047,0
335 (324) H/D	BEB, Hannover	Erdöl/Erdgas	1095,4	1129,5
336 (314) I	C. Deilmann, Bentheim	Energie	1092,5 K	1160,4
337 (332) D	Stadtwerke Hannover	Energievers.	1090,0	1081,0
338 (341) I	Sigri Elektrographit, Meitingen	Graphit	1083,9	1055,6
339 (340) D	Städt. Werke Nürnberg	Energievers.	1077,0	1057,0
340 (307) I	Voith-Gruppe, Heidenheim	Maschinenbau	1068,0 K(9)	1205,0
341 (336) H	Edeka Handelsgesellschaft Hessenring, Melsungen	Nahrungsmittel	1063,2	1064,8
342 (365) I	Ruhrchemie, Oberhausen (zu 7)	Chemie	1062,0	971,4
343 (313) I	Mannesmann Anlagenbau, Düsseldorf (zu 22)	Anlagenbau	1054,0 W	1170,0
344 (344) H	co op Schleswig-Holstein	Nahrungsmittel	1050,0	1040,0
345 (357) I	Haindl Papier, Augsburg	Papier	1048,0	1003,0
346 (371) I	Kienzle Apparate, Villingen (zu 22)	Informationstechnik	1048,0 K[7])	893,0
347 (346) I	SKW Trostberg	Chemie	1047,4 W	1038,8
348 (351) D	MVV, Mannheim	Energievers.	1046,0 (9)	1023,0
349 (327) I	Maximilianshütte, Sulzbach-Rosenberg (zu 59)	Eisen/Stahl	1045,0 W(9)	1123,0
350 (353) I	Schmolz & Bickenbach, Düsseldorf	Stahl	1040,0 W	1020,0
351 (363) I	Herberts, Wuppertal (zu 7)	Chemie	1039,6 W	977,2
352 (372) H	Gehe AG, Stuttgart (zu 51)	Handel	1039,0	929,0
353 (337) H	Ratio-Gruppe, Münster	SB-Handel	1036,3	1060,3
354 (356) D	Stadtwerke Bremen	Energievers.	1030,5	1004,0
355 (370) I	Ciba-Geigy, Wehr	Chemie	1028,5	935,3
356 (345) H	Fried. Baur, Burgkunstadt	Versandhandel	1021,0 W	1039,0
357 (352) H	Koch & Sohn, Langenfeld	Nahrungsmittel	1020,0	1020,0
358 (375) I	Heinr. Bauer Verlag, Hamburg	Verlag	1015,0	912,0
359 (366) H	Globus Handelshof-Gruppe, St. Wendel	SB-Warenhäuser	1015,0 * (6)	965,0*
360 (325) H	Mitsubishi International, Düsseldorf	Handel	1014,6 (3)	1129,2
361 (328) D	Hamburg-Süd	Reederei	1008,0 W	1118,0
362 (360) D	Hamburger Gaswerke	Energievers.	1008,0	987,0
363 (377) H	Egwa Apothekergenossenschaft, Asperg	Pharmazeutischer Großhandel	1007,3	904,8
364 (349) H	Raiffeisen Hauptgenossenschaft, Frankfurt	Agrarhandel	1004,0	1027,0
365 (359) I	Salamander, Kornwestheim	Schuhe/Leder	1002,7 K	991,8
366 (368) I	Behringwerke, Marburg (zu 7)	Pharma	995,0 W	950,0
367 (136) I	Kabelmetal, Osnabrück (zu 17)	Kabel	988,6 W(6)[2])	2637,0
368 (371) I	Didier, Wiesbaden	Anlagenbau	976,0 W	931,0
369 (361) D	Westfälische Ferngas, Dortmund	Energievers.	974,0	986,0
370 (373) I	Dyckerhoff Zementwerke, Wiesbaden	Zement	970,1	921,9
371 (445) I	Uhde, Dortmund (zu 7)	Anlagenbau	970,0 W	720,0
372 (362) I	Braun, Kronberg	Elektrotechnik	967,7 W(9)	984,0
373 (387) I	Aluminium-Walzwerke Singen	NE-Metalle	967,0	861,0
374 (378) I	Jagenberg, Düsseldorf (zu 149)	Maschinenbau	963,2 W	902,8
375 (380) I	Kässbohrer Fahrzeugwerke, Ulm	Fahrzeugind.	961,0	893,0
376 (407) I	Pegulan, Frankenthal (zu 77)	Kunststoff	957,7 [2])	816,1
377 (376) D	Stadtwerke Frankfurt	Energievers.	955,9	908,5
378 (425) H	Spar Zentrale Hamburg Pfeiffer & Schmidt K.G., Schenefeld	Nahrungsmittel	954,7 *	761,2*
379 (358) I	Eckes, Nieder-Olm	Getränke	950,0 W	999,0
380 (369) I	Westfälische Metall Industrie KG Hueck, Lippstadt	Kfz-Elektrik	947,0 (5)	945,2
381 (385) I	Claas oHG, Harsewinkel	Landmaschinen	928,0 W(9)[8])	876,0
382 (379) H	co op Rhein-Neckar AG, Ludwigshafen	Nahrungsmittel	915,1 [2])	895,0
383 (393) D	Lech-Elektrizitätswerke, Augsburg	Energievers.	912,0 (6)	848,0
384 (406) H	Kaiser + Kellermann, Kirchhundem	Nahrungsmittel	909,0	826,0
385 (415) H	Molkerei Zentrale Südwest, Karlsruhe	Handel	903,6	789,7
386 (374) I	Kolbenschmidt, Neckarsulm (zu 34)	Kfz-Zulieferer	900,0 W(9)	916,0
387 (384) I	Faun-Werke, Lauf a. d. Pegnitz	Fahrzeugbau	898,0 W	882,0
388 (233) I	Braunschweigische Kohlenbergwerke, Helmstedt	Bergbau/Energie	896,1	1523,1
389 (364) I	Vereinigte Glaswerke, Aachen	Glas	891,1 K	971,8
390 (379) I	Gerresheimer Glas, Düsseldorf	Verpackungen	888,0 (11)	899,0
391 (398) I	Dunlop, Hanau	Gummi/Kunstst.	886,4 TK	841,0
392 (405) D	Pfalzwerke, Ludwigshafen	Energievers.	885,0	830,0
393 (386) D	KG Gebr. Röchling, Mannheim	Beteiligungsverwaltung	881,0	875,0
394 (402) I	Pfeiffer & Langen, Köln	Zucker	876,5	836,0
395 (423) I	Süddeutsche Kühlerfabrik, Stuttgart	Kfz-Zubehör	876,2	764,5
396 (382) I	Klein, Schanzlin & Becker, Frankenthal	Maschinenbau	871,0	891,0
397 (481) I	Knoll AG, Ludwigshafen (zu 5)	Pharma	871,0 W	637,0
398 (389) I	Burda, Offenburg	Druck/Verlag	869,4	858,0
399 (388) I	Maggi, Singen (zu 110)	Nahrungsmittel	868,5	858,2
400 (403) I	3M Deutschland, Neuss	Multiprodukte	868,0 (10)	834,0
401 (414) I	Otto Fuchs Metallwerke, Meinerzhagen	NE-Metalle	862,5	793,5
402 (410) D	Flughafen Frankfurt Main AG	Flughafen-Betreiber	850,9	806,3
403 (438) H	Meiereizentrale Nordmark, Hamburg	Meierei	845,0	734,0
404 (390) H	Raiffeisen-Zentralgenossenschaft, Karlsruhe	Handel	839,8	852,7
405 (413) I	Cassella, Frankfurt (zu 7)	Chemie	835,0 W	799,7
406 (424) I	G. M. Pfaff, Kaiserlautern	Nähmaschinen	832,0	763,0
407 (397) H	Toepfer Verwaltungsgesellschaft, Hamburg	Im-/Export	830,0 (7)	843,0
408 (409) D	Ewag, Nürnberg (zu 339)	Energievers.	828,9	807,1
409 (434) H	Peugeot Automobile Deutschland, Saarbrücken	Kfz-Import	826,0	742,2
410 (421) D	Rank Xerox, Düsseldorf	Büromaschinen	824,9 (10)	766,5
411 (339) I	Saarland Raffinerie, Völklingen (zu 65)	Mineralöl	810,0 W	1057,0
412 (408) I	Oelmühle, Hamburg	Ölmühlen	806,3	807,9
413 (420) I	Schwarzkopf, Hamburg	Kosmetik	801,0 W	767,0
414 (427) I	Südmilch, Stuttgart	Nahrungsmittel	800,8	758,8
415 (431) I	Pepsi-Cola, Offenbach	Getränke	800,0 G	750,0
416 (436) I	deuka, Düsseldorf	Futtermittel	798,0	738,0
417 (401) I	Kodak, Stuttgart	Fototechnik	795,8 [5])	836,9
418 (440) I	Bunawerke Hüls, Marl	Chemie	793,3	728,8
419 (416) H	Südvieh, München	Viehhandel	787,0	787,0
420 (399) I	VDM, Frankfurt (zu 34)	NE-Metalle	782,0 (9)	839,0
421 (448) I	Xaver Fendt, Marktoberdorf	Maschinenbau	780,0 W	709,0
422 (417) I	Nestlé Erzeugnisse, Frankfurt (zu 110)	Nahrungsmittel	779,0	782,3
423 (467) H/I	Adolf Würth, Künzelsau	Schrauben/Werkzeuge	778,0 W	671,0
424 (435) I	Benckiser, Ludwigshafen	Chemie	773,0 W	741,0
425 (446) I	Lohmann & Co., Cuxhaven	Tierzucht/Apparatebau	771,5 K(6)	717,6
426 (422) D	Hapag-Lloyd Reisebüro, Bremen (zu 98)	Touristik	771,0	765,0
427 (392) H	Ruhr-Stickstoff, Bochum (zu 74)	-Handel	770,9	851,2
428 (443) H	Hahn & Kolb, Stuttgart	Handel	761,0	721,0
429 (475) D	Großkraftwerk Mannheim	Energievers.	760,0	650,0
430 (395) I	Industrie-Werke Karlsruhe Augsburg, Karlsruhe	Maschinenbau	758,7 W	846,4
431 (330) H	Eisen u. Metall, Gelsenkirchen	Stahl/Schrott NE-Metalle	757,0	1112,0
432 (439) I	Th. Goldschmidt, Essen	Chemie	757,0 W	729,0
433 (–) H	Toyota Deutschland, Marsdorf	Kfz-Import	757,0	503,0
434 (419) D	Main-Gaswerke, Frankfurt	Energievers.	754,0 K/G	772,1
435 (429) I	M.A.N.-Roland, Offenbach (zu 52)	Druckmaschinen	753,0 W(6)	755,0
436 (483) I	Hüttenwerke Kayser, Lünen (zu 178)	NE-Metalle	752,0	636,0
437 (454) H	Biesterfeld, Hamburg	Chemie	750,0 W	700,0
438 (430) H	Honda Deutschland, Offenbach	Kfz-Import	748,0	752,0
439 (447) I	MD Verwaltungsgesellschaft, München	Papier	748,0 W	712,0
440 (437) D	Wuppertaler Stadtwerke	Energievers.	743,0	738,0
441 (428) I	Hermann C. Starck, Berlin	Chemie	742,0 W	757,0
442 (433) I	Andreas Stihl, Waiblingen	Werkzeuge	742,0 W	743,0
443 (412) H	Otto Wolff, Handelsgesellschaft, Köln (zu 106)	Handel	737,4	799,8
444 (426) D	Energie- und Wasserwerke Rhein-Neckar, Mannheim	Energievers.	737,0 (9)	759,2
445 (457) I	Hoffmann-La Roche, Grenzach	Pharma	737,0	693,0
446 (449) D	Vereinigte Saar-Elektrizitäts-AG, Saarbrücken	Energievers.	737,0	708,0
447 (396) D	VTG Vereinigte Tanklager und Transportmittel, Hamburg (zu 27)	Transportwesen	736,0 W	845,0
448 (465) H	Lagerland, München	Handel	734,0	675,0
449 (461) I	Saba, VS-Villingen	Unterhaltungselektronik	733,0	682,1
450 (404) I	Krupp Polysius, Beckum (zu 16)	Maschinenbau	730,0 W	830,0
451 (471) I	Zanders Feinpapiere, Bergisch-Gladbach	Papier	730,0	667,0
452 (463) H	Buderus-Handel, Wetzlar (zu 253)	Heizung-/Klimatechnik	729,9	680,7
453 (400) I	Erdölraffinerie Ingolstadt	Mineralöl	728,0	837,0
454 (441) I	Kloeckner-Moeller-Gruppe, Bonn	Elektrotechnik	727,1 (4)	727,4
455 (466) I	DSD Dillinger Stahlbau, Saarlouis	Stahlbau	727,0	674,0
456 (348) I	Deminex, Essen (zu 11)	Erdöl/Erdgas	724,2 [2])	1028,3
457 (470) I	Nordmilch, Zeven	Nahrungsmittel	722,1 W	667,7
458 (459) I	Milupa, Friedrichsdorf (zu 291)	Nahrungsmittel	722,0 W	686,0
459 (472) I	Veith-Pirelli AG, Breuberg/Odenwald	Chemie/Gummi	721,6 TK	666,4
460 (468) I	Braas, Frankfurt	Beton/Kunstst.	717,0	669,0
461 (455) I	Phoenix, Hamburg (zu 6)	Kautschuk	713,4 W	698,0
462 (456) D	Großkraftwerk Franken, Nürnberg (zu 90)	Energievers.	712,0	694,0
463 (452) I	Seebeckwerft, Bremerhaven (zu 16)	Schiffbau	711,6	703,7
464 (444) I	DLW, Bietigheim	Bodenbeläge	711,0	721,4
465 (478) I	Zeppelin-Metallwerke, Friedrichshafen	Leichtmetall/Edelstahl	711,0	645,0
466 (391) I	International Harvester, Neuss	Maschinenbau	707,6 (10)	852,6
467 (460) I/H	Kathreiner, Poing	Nahrungsmittel	700,5	682,9
468 (–) H	hagebau, Soltau	Baustoffe	699,1	594,8
469 (500) I	Gewerkschaft Auguste Victoria, Marl (zu 5)	Steinkohlenbergbau	698,0	611,0
470 (464) H	Raiffeisen-Warenzentrale Hessenland, Kassel	Handel	697,0	680,0
471 (480) I	Schenck, Darmstadt	Maschinenbau	696,9 W(9)	638,0
472 (–) I	Rheinische Kalksteinwerke, Wülfrath (zu 8)	Steine/Erden	696,0 K(9)	502,0
473 (442) H	Sharp Electronics (Europe), Hamburg	Im-/Export Elektrotechnik	691,0 (3)	726,6
474 (–) I	Karmann, Osnabrück	Fahrzeugbau	689,0	570,0
475 (482) H	Zedach eG, Bremen	Bedachungsmaterialien	682,9 Z	636,9
476 (488) D	Condor Flugdienst, Neu-Isenburg (zu 55)	Bedarfsluftverkehr	682,1	627,8
477 (–) I	Hauni-Werke Körber, Hamburg	Maschinenbau	681,4	608,8
478 (450) H	Nordfleisch, Hamburg (zu 200)	Versandschlachthof	677,0	707,0
479 (493) D	Überlandwerk Nord-Hannover, Bremen	Energievers.	676,7	621,6
480 (432) I	Gebr. Sulzer Holding, Filderstadt	Energietechnik	674,4 TK	746,3
481 (484) I	Hartmann & Braun, Frankfurt (zu 22)	Mess- und Prozeßleittechnik	673,0 W	631,6
482 (473) I	Sperry, Frankfurt	Informationstechnik	673,0 (3)	663,0
483 (–) I	Drägerwerk, Lübeck	Atemschutz-/Druckgastechnik	672,1 W	593,5
484 (–) H	Kaffee-Einkaufskontor W. Herz, Hamburg	Kaffee	668,3 (6)	591,2
485 (–) I	Leybold-Heraeus, Köln	Maschinenbau Feinmechanik Optik	663,0 K	571,0
486 (492) I	Held + Francke, München	Bauindustrie	660,3 B	621,7
487 (485) I	Ferrero, Frankfurt	Süßwaren	660,0	630,0
488 (–) I	Leichtmetallgesellschaft, Essen	Aluminium	658,8	580,5
489 (–) I	Zahnradfabrik Passau (zu 128)	Antriebstechnik	655,0	579,0
490 (453) I	Diag, Berlin	Engineering	650,0	702,6
491 (491) D	Duisburger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft	Holding	647,0 K	623,0
492 (495) I	Jungheinrich-Gruppe, Hamburg	Maschinenbau	643,0 W	621,0
493 (411) I	Erdoel-Raffinerie Neustadt	Mineralöl	642,0	806,0
494 (–) I	Welle, Paderborn	Möbel	642,0 * K	606,0*
495 (499) D	Fränkisches Überlandwerk, Nürnberg	Energievers.	641,1	613,3
496 (489) H	Sütex, Sindelfingen	Textil	640,6	625,0
497 (479) I	WMF, Geislingen (zu 149)	Metallwaren	638,3 W	644,1
498 (–) H	Nissan Motor Deutschland, Neuss	Kfz-Import	637,0	515,0
499 (494) I	Europa Carton, Hamburg	Papier	636,0 TK	621,0
500 (–) I	textilgruppe hof, Hof/Saale	Textil	635,0	598,0

Auf den nächsten Plätzen folgen:

	Firma	Branche	Umsatz 1983	Umsatz 1982
501 (451) I	Werner & Pfleiderer, Stuttgart	Maschinenbau	629,7 W	703,9
502 (–) I	Schöller-Gruppe, Nürnberg	Nahrungsmittel	627,2	600,2
503 (–) I	Rosenthal, Selb	Porzellan	626,0 W	602,0
504 (–) D	Stadtwerke Mannheim (zu 348)	Energievers.	624,0 (9)	590,0
505 (490) D	G+H Montage GmbH, Ludwigshafen (zu 279)	Montagebau	623,0	624,0
506 (–) D	Starkstrom-Anlagen-Gesellschaft, Frankfurt	Elektro-Montage	621,0 (6)	577,0
507 (–) H	Schwab, Hanau (zu 54)	Versandhandel	620,6 *(2)[1])	567,0*
508 (–) D	Stadtwerke Duisburg (zu 491)	Energievers.	619,6	587,9
509 (–) D	Elektromark, Hagen	Energievers.	617,1	576,8
510 (–) H	Milchversorgung Rheinland, Köln	Milchversorgung	612,4	589,6

Der Gruppen- bzw. Mitgliederumsatz betrug 1983 bei:
co op-Gruppe 14 000 Mio DM; Edeka 20 800 Mio DM; HKG 9478 Mio DM; Rewe 22 150 Mio DM; Selex + Tania 20 224 Mio DM; Spar 9800 (G) Mio DM.
In den Zahlen der Mineralöl- und Tabakunternehmen sind die Mineralöl- bzw. Tabaksteuer enthalten (ausgenommen Nr. 50 – Mabanaft-Gruppe exkl. MinSt).
W = Weltumsatz, K = Konzern- oder Gruppenumsatz, TK = Teilkonzernumsatz, B = Bauleistung, I = Inkassoumsatz, Z = Zentral- bzw. Großhandelsumsatz, * = Bruttoumsatz, G = geschätzt.
Die überwiegende Zahl der Unternehmen bilanziert zum 31. Dezember, andernfalls ist der Bilanzmonat in Klammern aufgeführt – (6) = 30. Juni etc., RG = Rumpfgeschäftsjahr.
Zahlen hinter den Firmennamen weisen die Zuordnung zur Muttergesellschaft aus.
Mit den Buchstaben D (Dienstleistung), H (Handel) und I (Industrie) wurden die jeweils überwiegenden Aktivitäten gekennzeichnet.

[1]) Umsatzzahlen für das Geschäftsjahr 1983/84; [2]) durch Umstrukturierung mit dem Vorjahr nicht vergleichbar; [3]) einschl. Umsatz mit BASF-Gruppengesellschaften; [4]) erstmals Weltabschluß; [5]) Rumpfgeschäftsjahr Jan./Febr. 1983 – 418,1 Mio DM; [6]) Rumpfgeschäftsjahr 15.12.1983; [7]) ab 1983 Bilanztermin 31.12. – vorher 31.3.; [8]) 1981/82 Bilanztermin 31.8. – 1982/83 Bilanztermin 30.9., [9]) Rumpfgeschäftsjahr Nov./Dez. 1982 – 152,4 Mio DM.

Dr. E. Schmacke: „Die großen 500", Deutschlands führende Unternehmen und ihr Management; Handbuch in Loseblattform, 2 Bände, ca. 2000 Seiten, Luchterhand-Verlag, Neuwied, 198,- DM.

FRANKREICH

Arbeitslosigkeit nimmt weiter zu

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die *Arbeitslosigkeit hat in Frankreich* entgegen dem internationalen Trend weiter zugenommen. Saisonbereinigt wurden Ende Juli 2 342 800 Stellensuchende registriert. Das waren 0,8 Prozent mehr als Ende Juni. Gleichzeitig erhöhte sich die Zahl der Stellenangebote um neun Prozent auf 43 800. Das Arbeitsministerium sieht darin eine „leichte Verbesserung" des Arbeitsmarktes.

Aber das Stellenangebot ist zahlenmäßig weit weniger gestiegen (plus 3500) als die Nachfrage nach Stellen (plus 18 200). Gegenüber Ende Juli 1983 ist das Angebot sogar um 36,4 Prozent geschrumpft, während die Arbeitslosenzahl um *15,2 Prozent* zunahm. Allerdings flachte sich der monatliche Anstieg der Arbeitslosigkeit seit dem Frühjahr etwas ab. Eine Stabilisierung oder gar ein Rückgang wird aber selbst von der Regierung *vorerst nicht erwartet.* Die OECD schätzt die Zahl der französischen Arbeitslosen zum Jahresende auf 2,5 Millionen oder rund 10 Prozent der aktiven Bevölkerung.

In der dreieinhalbjährigen sozialistischen Regierungszeit stieg das Heer der Arbeitslosen um 640 000 Personen. In den zwei vorangegangenen Jahren hatte die Regierung durch mehr oder weniger künstliche Maßnahmen (vorzeitige Pensionierungen, Ausbildungsurlaub) die Arbeitslosenzahl bei etwa zwei Millionen stabilisiert.

Opec will Ölförderung kürzen

dpa/VWD, Kuwait

Die Ölförderung der Organisation erdölexportierender Länder (Opec) soll um ein bis 1,5 Mill. Barrel pro Tag gekürzt werden. Dies ist nach Angaben eines von der kuwaitischen Nachrichtenagentur Kuna zitierten hohen Beamten eines Golfstaates das Ergebnis der Rundreise einer Opec-Delegation zu den sieben wichtigsten Mitgliedsländern. Die Obergrenze der Opec-Ölförderung wurde im März 1983 auf 17,5 Mill. Barrel festgesetzt, doch beträgt die tatsächliche Förderung derzeit mindestens 18,5 Mill. Barrel.

Wichtigste Voraussetzung der Förderkürzung, die nach Angaben des Beamten auf einer Sondersitzung der 13 Opec-Ölminister im Oktober beschlossen werden soll, sei jedoch eine *Stillhaltevereinbarung mit den größten* Nicht-Opec-Ölländern darüber, daß diese ihre Förderung nicht erhöhten. Eine Opec-Delegation unter Führung des saudi-arabischen Ölministers Achmed Saki Jamani soll sich *vor allem* in Großbritannien, Norwegen und Mexiko um eine Zustimmung hierzu bemühen. Mit der Fördersenkung will die Organisation eine Rohölpreissenkung vermeiden, die sonst angesichts der auf täglich zwei Mill. Barrel geschätzten Rohölüberschüsse am Weltmarkt notwendig wäre.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Bielefeld: Nachl. d. Alma Johanne Feldmann, Halle; **Bremen:** Nachl. d. Lothar Jarosch; **Duisburg:** K. Kerschbaumer GmbH, Stahlrohrisolation, Handel m. Isolierstoffen, Mülheim/Ruhr; **Gütersloh:** Nachl. d. Leonhard Heisener, Rheda-Wiedenbrück; **Stuttgart:** Ernst Früh; **Wittlich:** Nachl. d. Roger Reis, Bernkastel-Kues.

Konkurs beantragt: Cochem: Norbert Panzer, Klotten.

Anschlußkonkurs eröffnet: Königstein/Ts.: elogica Ges. f. Elektronik in d. Datenverarbeitung mbH, Eppstein/Ts.

Vergleich eröffnet: Geilenkirchen: Elo GmbH, Radio-Fernseh-Elektronik.

ÖSTERREICH / Die Weichen für den Staatshaushalt 1985 werden gestellt – Zinszahlungen sind rapide angestiegen

Ziel ist eine Stabilisierung des Netto-Defizits

WOLFGANG FREISLEBEN, Wien

Nach den Verhandlungen zwischen dem Finanzministerium und den anderen Ressorts auf Beamtenebene gilt als Ziel eine Stabilisierung des Nettodefizits. Bei den Verhandlungen im Kreis der Minister innerhalb der kommenden vier Wochen *sollen von jenen 20 Mrd. Schilling, die* derzeit noch als Ausgaben in Diskussion stehen, 10 Mrd. Schilling weggestrichen werden.

Insbesondere der liberale Koalitionspartner FPÖ dringt darauf, daß solcherart das Nettodefizit um einen halben Prozentpunkt auf 4,5 Prozent gemessen am Bruttoinlandsprodukt gedrückt wird. Vorangegangen war ein mit Jahresbeginn 1984 in Kraft getretenes Maßnahmenpaket der Regierung mit einem Gesamtrahmen von mehr als 30 Mrd. Schilling, mit dessen Hilfe in diesem Jahr das zuvor ausufernde Defizit im Staatshaushalt um einen Prozentpunkt gedrückt wird. Die vorläufigen Steuereinnahmen lassen erwarten, daß das im Budgetvoranschlag vorgegebene Nettodefizit von rund 63 Mrd. Schilling (4,8 Prozent vom BIP) auch tatsächlich eingehalten wird. Dieses soll auch 1985 erreicht werden.

Daraus bereits eine Budgetkonsolidierung abzuleiten, wäre allerdings verfrüht. Denn das Maßnahmenpaket der Regierung (mit Steuer- und Gebührenerhöhungen im Gesamtausmaß von rund 17 Mrd. Schilling) war *zwar imstande, das Defizit temporär* zu senken. Eine tendenzielle Verbesserung der Haushaltsgebarung wurde jedoch nicht erreicht. Das Ifo-Institut in München konzediert zwar in seinem jüngsten Bericht, daß die österreichische Finanzpolitik noch bis vor kurzem als relativ unproblematisch angesehen werden konnte, zumal das absolute Niveau der Staatsverschuldung im internationalen Vergleich immer noch niedrig sei. Doch warnt das Institut gleichzeitig unter Bezugnahme auf eine entsprechende Warnung der OECD vor der Verschlechterung der Bundesfinanzen.

Eine Budgetvorschau des Wirtschafts- und Sozialbeirates mit Experten der Sozialpartner und politischen Parteien wies überdies jüngst darauf hin, daß der Schuldenstand der Republik binnen vier Jahren bis 1988 von derzeit 36,8 auf dann 46,6 Prozent des BIP ansteigen werde. Dies bedingt auch ein rapides Ansteigen der jährlichen Zinszahlungen. Der Vorsitzende des Staatsschuldenausschusses hatte in diesem Zusammenhang davor gewarnt, daß ab einer Marge von 50 Prozent die internationale Kreditwürdigkeit Österreichs gefährdet sei.

Im Hinblick auf die jüngsten Steuererhöhungen will die Regierung vorerst auf der Einnahmenseite weitere Erhöhungen vermeiden. Lediglich ein Anheben des Pensionsversicherungsbeitrages um einen Prozentpunkt im Zuge erster Maßnahmen zu einer nachhaltigen Pensionsreform bedeutet ab 1985 eine weitere Belastung der Steuerzahler. Darüber hinaus soll aber die Reduzierung des Haushaltsdefizits ausschließlich über Ausgabenkürzungen erfolgen.

In den Budgetrichtlinien einigten sich die Koalitionspartner darauf, den Zuwachs der Ausgaben auf 5 Prozent zu drücken. Bei Ermessensausgaben und Subventionen wird es Kürzungen bis zu 10 Prozent geben.

Nicht zu rechnen ist allerdings mit der von Finanzminister Herbert Salcher avisierten großen Steuerreform. Nachdem Bundeskanzler Sinowatz diese öffentlich abgeblasen hatte, spielte der Finanzminister im Juni sogar mit Rücktrittsgedanken.

Anstelle der Steuerreform wird es 1985 aber wenigstens generelle Verwaltungsvereinfachungen geben. Die FPÖ will überdies ein 40-Punkte-Programm zur Unterstützung der Wirtschaft durchdrücken. Darunter eine Senkung der Lohnsummensteuer für Kleinstbetriebe, die zeitliche Verlängerung der Möglichkeit eines Verlustvortrages, eine vorzeitige Abschreibung für Umweltschutz-Investitionen von 80 Prozent, günstigere steuerliche Regelungen für Aktien. Erst *1987 dann, vor der nächsten National*ratswahl, soll es auch eine arbeitnehmerorientierte generelle Senkung der Lohnsteuertarife geben.

Inzwischen halten sich in Wien hartnäckig Gerüchte, daß Finanzminister Salcher trotz der zurückgenommenen Rücktrittsabsichten im Juni doch nicht bis zum Ende der Legislaturperiode im Amt bleibe.

BOLIVIEN / Sanierungsprogramm verkündet

Gespaltener Devisenmarkt

AFP, La Paz

Die Regierung in La Paz hat im Rahmen eines wirtschaftlichen Sanierungsprogramms den bolivianischen Peso um 150 Prozent abgewertet. Gleichzeitig wurde nach amtlichen Angaben ein doppelter Devisenmarkt eingerichtet, um dem Schwarzmarkt Einhalt zu gebieten. Dort wurde der US-Doller zuletzt zu 9000 Pesos gehandelt, während der offizielle Kurswert 2000 Pesos betrug. Zu den weiteren Maßnahmen gehört die Ausgabe von Dollar- und Goldzertifikaten zum Schutz der Sparer vor dem Geldwertverfall sowie die Gründung einer Staatlichen Kommission mit dem Ziel, in unmittelbarer Zukunft die erste Wertpapierbörse des Landes einzurichten.

Seit Freitag gilt für Schlüsselbereiche der Wirtschaft, wie beispielweise den Landwirtschafts- und Bausektor oder Pharmazeutika, weiter ein offizieller Dollar-Wechselkurs von 2000 Pesos. Auf dem übrigen Markt kostet der Dollar jetzt 5000 Pesos. *Die letzte* Abwertung der bolivianischen Währung um 300 Prozent war am 12. April dieses Jahres erfolgt.

Die katastrophale Wirtschaftsentwicklung in Bolivien ließ zuletzt eine Inflationsrate von 2000 Prozent bis Jahresende erwarten. Der Andenstaat ist praktisch zahlungsunfähig. Nach Ansicht von Beobachtern wurde die Krise durch Mißwirtschaft vorheriger Regierungen, insbesondere den Rückgang der Bergbauproduktion und der Exporte sowie die wachsende Belastung durch den Auslandsschuldendienst ausgelöst. Boliviens Verbindlichkeiten betragen derzeit rund 3,7 Mrd. Dollar.

Staatspräsident Hernan Siles Zuazo hatte Ende Mai eine „zeitweilige" Einstellung des Schuldendienstes, allerdings lediglich gegenüber den Handelsbanken, beschlossen. Dies*jährigen Fälligkeiten von nahezu* einer Mrd. Dollar stehen erwartete Exporteinnahmen von nur rund 800 Mill. Dollar gegenüber. Die ohnehin kritische Lage wird durch soziale Spannungen verschärft. Um ihren wirtschaftlichen *Forderungen* Nachdruck zu verleihen, riefen die Gewerkschaften für die nächsten Tage zu fünf unbefristeten Streiks auf.

BÜCHER DER WIRTSCHAFT

Ullmann/Bierbaum: Nichts vergessen – mehr behalten, Universitas Verlag, München 1984, 230 S., (Ln.), 29,80 Mark.

Gedächtnisleistung läßt sich trainieren, so lautet die Kernaussage des Buches. Die Autoren beschreiben, welche Methoden dafür nutzbar gemacht werden können. Regelmäßig vorzunehmende Übungen und Merktechniken, die hier auf einprägsame Weise beschrieben werden, sollen zum besseren Gebrauch des Gehirns anleiten und auf Dauer die Lernfähigkeit verbessern. Das Werk ist empfehlenswert für jeden, der in der täglichen Arbeit immer wieder auf sein Gedächtnis angewiesen ist, etwa in Konferenzen.

Reden, frei – verständlich – wirksam, Rhetorik – Theorie – Praxis der freien Rede, Schorkopf, Haufe-Verlag, 1984, 240 S., 39,80 Mark.

Besonders verständlich und unterhaltend geschrieben zeigt das *Arbeits-, Übungs- und Lernbuch* Möglichkeiten auf, wie man lernt, frei, verständlich und wirksam zu reden. Der Autor hat jahrelang in Großunternehmen Schulungen geleitet. Der Übergang vom Manuskript zur freien Rede wird als das entscheidende Ziel betrachtet. Bessere Information, Überzeugungskraft und Unterhaltung durch die Rede wird nach den Ratschlägen des Autors erreichbar. Für alle, die häufig in Konferenzen oder auf Arbeitstagungen darauf angewiesen sind, schnell, knapp und präszise zu formulieren, wird dieses Buch eine sehr nützliche Lektüre sein.

Harald Hess: Konkurs, Vergleich, Gläubigeranfechtung, Verlag Neue Wirtschafts-Briefe mbH, Herne/Berlin 1983, 428 S., 95 Mark.

Der Verfasser führt das von Karl *Haegele begründete Werk fort,* das den Gang der einzelnen Verfahren von der Einleitung bis zur Beendigung übersichtlich darstellt und aufzeigt, wie sich die Vorgänge in der Praxis abwickeln. Dadurch erhält der Leser Klarheit über den Inhalt und Zweck der einschlägigen Vorschriften, insbesondere aber zahlreiche nützliche und wichtige Anregungen.

Sölter: Der Januskopf des Preiswettbewerbs, eine wettbewerbspolitische und kartellrechtliche Untersuchung über die Ambivalenz des Preisparameters am Beispiel der Absatzwirtschaft, Verlagsgesellschaft Recht und Wirtschaft mbH Heidelberg 1984, 177 S., 70 Mark.

Schwerpunkt der Monographie ist die Fragestellung, unter welchen Bedingungen der Leistungswettbewerb in sein Gegenteil umzuschlagen pflegt und zu welchen ökonomischen Ergebnissen ein „nur Nichtleistungswettbewerb" führt. Die Untersuchung zeigt auf, daß UWG und GWB den Preisleistungswettbewerb nur begrenzt gewährleisten können. Da bisher erarbeitete Preistheorien nicht hinreichend schlüssig und realistisch sind, *stellt* der Verfasser in den Mittelpunkt einer tragfähigen Preistheorie die bisher kaum untersuchte Wettbewerbsrelevanz der verschiedenen Warentypen und Leistungsarten, ergänzt durch eine Systematik der *Preisfunktionen in Marketing und* Wettbewerbsprozeß. Dem Praktiker werden so wertvolle Anregungen für sein Wettbewerbsverhalten gegeben.

Berlin: Initiativen zur Absatzförderung

VWD, Berlin

Über neue Ideen zur Absatzförderung der Berliner Wirtschaft wird bei der Berliner Absatz-Organisation (BAO) nachgedacht. Berlin sei auf den Fernabsatz im Bundesgebiet und im Ausland angewiesen, meinte Geschäftsführer Günter Wilitzki. 1982 entfielen immerhin 66 Prozent des Industrieumsatzes auf das Bundesgebiet und 19 Prozent auf das Ausland. Und der Trend im Export steige weiter. 1983 waren die Berliner Ausfuhren um 8,9 Prozent auf 7,2 Mrd. DM gestiegen, während die Exporte der Bundesrepublik nur um 1,1 Prozent zunahmen.

1984 befindet sich Berlin etwa im Gleichklang mit der Gesamtausfuhr. In den ersten sechs Monaten nahmen die Berliner Exporte um 11,4 Prozent, die der Bundesrepublik insgesamt um elf Prozent zu. Um diesen Trend abzustützen, plant die BAO Präsentationen Berliner Firmen im Ausland. Zur Förderung des Inlandsabsatzes gibt es die Idee, in Ballungsräumen Verbindungsbüros einzurichten, um mittelständischen Firmen Vertriebsunterstützung zu bieten.

INTERROLL / Weltweit *in der Fördertechnik*

Weiter auf Expansionskurs

HARALD POSNY, Düsseldorf

Die *inzwischen* mit 18 Unternehmen auf allen Kontinenten vertretene Interroll-Gruppe, Herstellerin von Fließlagern und Förderrollen, ist ihrem ehrgeizigen Ziel, bis 1985 ihren Umsatz auf etwa 190 Mill. DM zu verdoppeln, deutlich nähergekommen. Nach Umsatzsteigerungen von 42 Prozent auf 130 Mill. DM im Vorjahr wird für das laufende Jahr ein Wachstum von 26 Prozent auf 163 Mill. DM erwartet.

Nach Angaben von Rolf Breuer, Geschäftsführer der Interroll Fördertechnik GmbH & Co. KG, Wermelskirchen, des umsatzgrößten Unternehmens der Gruppe mit 26 Mill. DM (1983), stellt das Komponentengeschäft (Förderrollen und -röllchen aus Kunststoff oder Stahl, eine Kombination beider Materialien, sowie Trommelmotore) den größten Anteil am Gesamtumsatz. Das in der Bundesrepublik erfolgreiche Fließlagergeschäft mit vielfältigen Einsatzmöglichkeiten und erheblichem Rationalisierungspotential in der Förder- und Lagertechnik, ist in der Gruppe – nicht zuletzt wegen der unterschiedlichen Palettengrößen – noch von geringer Bedeutung.

In der Bundesrepublik soll sich der *Fließlageranteil am Umsatz auf 37* (16) Prozent erhöhen. Allein in der Bundesrepublik wird der Umsatz nach Aussagen der Geschäftsleitung auf 33 Mill. DM steigen. Von den insgesamt 650 Mitarbeitern sind 140 in *Deutschland tätig.* Erweiterungsinvestitionen (1983: 8 Mill. DM) sind in ebenso erheblichem Maß vorgesehen wie Aufwendungen für Forschung und Entwicklung, für die in der Gruppe jährlich etwa 6,5 Prozent des Umsatzes eingeplant sind. Darüber hinaus arbeitet Interroll am Aufbau eines eigenen größeren Elektronik-Bereichs für die Herstellung elektronischer Steuerungen von Materialflüssen und Lagersystemen.

Die Finanzierung des raschen Expansionstempos der 1959 in Wermelskirchen gegründeten Gruppe sieht Geschäftsführer Rolf Breuer als gesichert an, das Ergebnis 1983 sei „befriedigend", die Eigenkapitalquote liege bei 30 Prozent. Hauptgesellschafter der Gruppe mit 18 Gesellschaften bzw. Kooperationspartnern sind die Firmengründer Dieter Specht, Hans vom Stein sowie die Rufamin S. A., Liechtenstein.

RUMASA / 517 der ehemaligen Konzern-Firmen wurden liquidiert, 125 veräußert

Die Reprivatisierung kommt voran

ROLF HILPERT, Madrid

Als die *sozialistische spanische* Regierung am 23. Februar 1983 überraschend die Enteignung des größten spanischen Privatkonzerns Rumasa bekanntgab, prophezeiten viele Kritiker ein finanzielles und wirtschaftliches Waterloo. Niemals werde der Staat mit der Entflechtung, Sanierung und versprochenen Reprivatisierung des damals vor dem Zusammenbruch stehenden Konzerns, der seinerzeit 60 000 Menschen beschäftigte, fertig werden, hieß es.

Tatsächlich war die zu bewältigende Aufgabe fast aussichtslos: Die Holding wankte unter einer Schuldenlast von 257 Mrd. Peseten (rund 4,25 Mrd. DM). Die Staatsbeamten hatten sich durch ein Labyrinth von nicht weniger als 777 Unternehmen, Unterfirmen, Beteiligungen und „Briefkasten"-Firmen zu arbeiten.

Eineinhalb Jahre später hat die Regierung den Gordischen Knoten „Rumasa" praktisch zerhauen und 641 der 777 Firmen entweder liquidiert oder an Private verkauft. Rund die Hälfte aller Rumasa-Beschäftigten wechselten als vorübergehende Staatsangestellte wieder in die Privatindustrie.

Eine der wichtigsten Transaktionen ging am 31. Juli über die Bühne, als sieben große und fünf mittlere spanische Banken 17 der 18 Banken des enteigneten Privatkonzerns übernahmen. Gleichzeitig ging die Nobeltextil- und Lederboutiquenkette „Loewe" in die Hand der französischen Gruppe Urbois über. Schon im März hatte das arabisch-spanische Bankenkonsortium Aresbank die als „Perle" der Rumasa-Banken geltende „Banco Atlantico" gekauft.

Nach einer Aufstellung der spanischen Zeitung „El Pais" wurden 517 Firmen der Holding mit dem Symbol der fleißigen Biene liquidiert, zumal sie größtenteils sowieso aus steuerlichen oder unternehmenspolitischen Gründen nur auf dem Papier existierten. 125 Unternehmen wurden mit einem Gewinn von insgesamt 2,8 Mrd. Peseten (500 Mill. DM) verkauft.

Es verbleiben theoretisch noch 136 Firmen, die der spanische Staat loswerden möchte. Aber nach ihrer Entflechtung bleiben davon de facto nur noch 45 übrig, dazu acht Immobilienunternehmen, einige Landgüter in Andalusien und eine kleine Bank. Die „großen Brocken" in dieser Restgruppe sind 20 Wein- und Sherrykellereien, die Kaufhauskette „Galerias Preciados" und das Bauunternehmen „Hispano Alemana de Construcciones". Während es bei der Reprivatisierung der Kellereien keine größeren Probleme geben dürfte, wird die Regierung mit den verlustreichen „Galerias" Schwierigkeiten haben.

Nach der bis Ende des Jahres geplanten totalen Veräußerung der verstaatlichten Holding bleiben zwei Probleme übrig: Die Rückzahlung der zur Sanierung von Rumasa aufgenommenen Kredite von 400 Mrd. Peseten (über sieben Mrd. DM) bis 1996 mit einem jährlichen Tilgungs- und Zinsendienst von einer Mrd. DM sowie der Prozeß gegen den Rumasa-Gründer und Ex-Chef José Maria Ruiz-Mateos, der in Frankfurt auf sein Auslieferungsverfahren wartet. Anfang August legte er Verfassungsbeschwerde gegen die Reprivatisierung seiner früheren Unternehmen ein. (dpa/VWD)

Günstige Prognosen für die Schweiz

dpa/VWD, München

Die Aussichten auf eine Fortsetzung des Aufschwungs in der Schweiz werden vom Münchener Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung auch über dieses Jahr hinaus positiv eingeschätzt. Die Chancen seien gut, daß 1985 bei einer Preissteigerungsrate von gut zwei Prozent ein „nahezu inflationsfreies" Wachstum und eine geringfügige Verbesserung der Arbeitsmarktlage erreicht werden könnten. Das reale Bruttoinlandsprodukt werde voraussichtlich um rund 2,5 Prozent wachsen.

Für 1984 sind nach dieser Ifo-Übersicht ein reales Wachstum von rund drei Prozent und eine Inflationsrate zwischen 2,5 und drei Prozent zu erwarten. Die Arbeitslosenquote von derzeit 1,1 Prozent werde *vermutlich* zunächst nicht weiter zurückgehen. Das Handelsbilanzdefizit werde sich zwar vergrößern, dieser Minusbetrag werde jedoch durch die Entwicklung der übrigen Posten der Leistungsbilanz überkompensiert. Gerade im Export halte die Schweiz jdoch starke Positionen auf relativ schrumpfenden Märkten, beispielsweise im Werkzeug- und Textilmaschinenbau.

RENTENMARKT / Nach Störungen fester

Hoffnung auf Zinsrückgang

Nach einigen US-Zins- und Dollar-bedingten Turbulenzen hat sich der Zinssenkungsprozeß weiter fortgesetzt, und zwar mit Schwerpunkt bei Papieren mit längeren Laufzeiten, was auf eine positive Einschätzung der weiteren Aussichten spricht, aber auch die Zinsempfindlichkeit der Anleger widerspiegelt, nachdem die Renditen für Papiere mit Laufzeiten bis zu sechs Jahren unter die Achtprozentmarke zurückgegangen sind. Wegen der nur mäßigen Inanspruchnahme des Marktes durch die öffentliche Hand, der sinkenden Nachfrage des Wohnungsbaus und der auch keineswegs drängenden Kreditnachfrage der Wirtschaft wären die Chancen für einen weiteren Zinsrückgang nicht schlecht, vorausgesetzt, die US-Zinsen machen keinen Strich durch die Rechnung. (cd.)

Emissionen	17.8. 84	10.8. 84	29.12. 83	30.12. 82	30.12. 81
Anleihen von Bund, Bahn und Post	7,46	7,54	7,88	7,45	10,05
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	7,52	7,61	7,72	7,04	10,55
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	7,59	7,69	7,83	7,61	10,26
Schuldverschreibungen der Industrie	7,76	7,78	8,29	8,24	11,52
Schuldverschreibungen öfftl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	7,60	7,66	7,90	7,65	10,12
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	7,35	7,41	7,64	7,43	10,50
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	8,05	8,14	8,30	7,94	9,75
Inländische Emittenten insgesamt	7,60	7,66	7,89	7,63	10,19
DM-Auslandsanleihen	8,03	8,06	8,08	8,45	10,32



DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Maria Weidenhiller (stellv.); Seite 2: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheke (stellv.); WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogota: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449, Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11-13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.



Davon träumte schon Thomas Alva Edison

Am Prinzip der Speicherung von elektrischer Energie hat sich seit dem vorigen Jahrhundert nichts Grundlegendes verändert. Allerdings hätten es sich die Träger so klangvoller Namen wie Alessandro Volta, Gaston Planté, Waldemar Jungner, Thomas Alva Edison, Henri Owen Tudor oder Georg Leclanché nicht träumen lassen, in welcher Vielfalt heute Batterien benötigt und eingesetzt werden.

Als Massenerzeugnis in Armbanduhren, Fotoapparaten und Taschenrechnern, als Hochenergiespeicher in der Raumfahrt, für den Einsatz in Flugzeugen, weltweit verbreitet im Automobil, als Antriebsbatterie für Flurförderfahrzeuge, in Verbindung mit Stromrichtergeräten als Energiespeicher für die gesicherte Stromversorgung moderner Automatisierungs- und Datenerfassungssysteme – um nur einige populäre Anwendungen zu nennen.

Die Vielfalt der Anwendungsgebiete und der Bedarf an gespeicherter elektrischer Energie werden weiter steigen, weil der Aspekt der Sicherheit immer größere Bedeutung erlangt: zum Schutz menschlichen Lebens in Krankenhäusern, zum Schutz technischer Einrichtungen, zur Aufrechterhaltung automatisch ablaufender Produktionsprozesse, zur Datensicherung.

Wo geht die Entwicklung hin? Mit großer Wahrscheinlichkeit wird es in den nächsten Jahren in der Batterietechnik nichts grundlegend Neues geben. So wie bisher wird die Industrie an der bestehenden Technik feilen, an längerer Lebensdauer, Unempfindlichkeit gegen störende äußere Einflüsse und besonders an noch größerer Zuverlässigkeit der Batterien arbeiten. Der Verbraucher kann sich über diese Entwicklung freuen.

P. G.

Aus Duisburg in den Weltraum

Hochleistungsbatterien für die europäische Raumfahrtindustrie werden im Ruhrgebiet gebaut

WILFRIED JACOBI, Duisburg

Helios, Aeros, Spas 01, Maus, Ampte – hinter diesen Namen verbergen sich millionenteure Raumfahrt-Forschungsprogramme. Viele von ihnen stehen in Zusammenhang mit dem amerikanischen Raumtransporter Space-Shuttle, und eines haben die Programme alle gemeinsam: sie sind mit wiederaufladbaren Silber/Zink-Hochleistungsbatterien aus deutscher Produktion ausgerüstet.

In Silber/Zink-Batterien, wiederaufladbar oder nicht, wird neben dem vergleichsweise wohlfeilen Zink als Anodenmaterial das teure Edelmetall Silber als Kathodensubstanz eingesetzt. Diese Elektroden können bis zu über 1 Ampere (A) pro Quadratzentimeter Elektrodenoberfläche abgeben – und dies nicht nur pulsweise für wenige Sekunden, sondern je nach Elektrodendicke über mehrere Minuten. Daraus resultiert eine äußerst hohe Leistungsdichte, angegeben in Watt pro Kilogramm (W/kg).

Daneben ist auch der Energiebetrag in Watt pro Stunde und Kilogramm (Wh/kg) der sich pro Masseneinheit in einer Batterie mit Zinkanode, Silberoxid-Kathode und kaliumhydroxidhaltigem Elektrolyten speichern läßt, im Vergleich zu den anderen konventionelleren elektrochemischen Energiespeichersystemen recht hoch. Silberoxid/Zink-Batterien sind, trocken vorgeladen ohne Elektrolyt, ohne nennenswerten Kapazitätsverlust über Jahre lagerfähig.

Je nach Verwendungszweck als Einmal- oder wiederaufladbare Batterie mit unterschiedlicher Separation versehen, können die trocken vorgeladenen Batterien in Sekunden (Einmalsystem) beziehungsweise Stunden (wiederaufladbare Systeme) mit Elektrolyt getränkt und damit betriebsbereit gemacht werden.

Der Separator sorgt dafür, daß Kathode und Anode auf Abstand gehalten werden und (zumindest bei wiederaufladbaren Silberoxid/Zink-Batterien) die kathodischen und anodischen Elektrolytbereiche voneinander getrennt bleiben, so daß es nicht zu einer die Gegenelektrode vergiftenden Durchmischung der im Elektrolyten gelösten Ionen kommt.

Die Sekundärbatterien dieser Art können nach dieser Aktivierung über viele Wochen ihre Kapazität ohne nennenswerte Selbstentladung behalten. Schließlich besitzen Silber/Zink-Batterien auch bei hoher Entladestromstärke eine vergleichsweise flache Entladecharakteristik: Bis kurz vor Ende der Entladung bleibt die Last- oder Klemmenspannung der Batterie konstant.

Alle diese Eigenschaften haben den Silberoxid/Zink-Batterien eine feste Position auch in der Raumfahrttechnik gesichert, ausgehend von der Grundlagenentwicklung durch den französischen Professor André Ende der dreißiger Jahre und auch der Weiterentwicklung bis zur Marktreife im wesentlichen durch die amerikanische Firma Yardney Electric Co. in den späten vierziger Jahren.

Da die Raumfahrttechnik seit den ersten Sputnik-Piepsern auf mehr als zwanzig Jahre zurückblicken kann, konnte sich das Silber/Zink-System bewähren und seine Zuverlässigkeit beweisen. Die in Duisburg ansässige Silberkraft Leichtakkumulatoren GmbH (über die Mutter Friemann & Wolf GmbH mehrheitlich zur CEAG Industrie-Aktien und Anlagen AG, Bad Homburg gehörend) hat in den fünfziger Jahren die Silber/Zink-Technologie von Yardney übernommen. Die Silber-Zink-Produktlinie umfaßt inzwischen Batterien mit einem Leistungsspektrum von etwa 1 Watt bis zu 100 kW. Seit den Aeros- und Helios-Projekten der siebziger Jahre ist Silberkraft auch mit Weltraumtechnik beschäftigt.

In der erdnahen Raumfahrt ist zu unterscheiden zwischen den Batteriebedürfnissen der Trägersysteme (Raketen, Space-Shuttle) sowie den Satelliten und Nutzlastsystemen. Während die Bordnetzelektrik des Space-Shuttle zum Beispiel ausreichend von einem System von Brennstoffzellen versorgt wird, werden bestimmte Satelliten und Raumsonden und für sich autarke Shuttle-Nutzlasten von Silber/Zink-Batterien, teils im Verbund mit Solarzellen, elektrisch versorgt.

Aus den erläuterten Vorzügen des Silber/Zink-Systems läßt sich ableiten, daß es überall da zum Zuge kommt, wo es bei eingegrenztem Gesamtenergiebedarf und zeitlich begrenzter Mission auf hohe Leistung bei geringem Gewicht pro Energieeinheit und hoher Zuverlässigkeit ankommt.

Die Priorität der Zuverlässigkeit führt in den meisten Fällen zu einem Batteriekonzept, das wiederaufladbare (Sekundär-)Zellen für eine Batterie vorsieht, die im Verlauf der eigentlichen Mission nur einmal entladen wird. Die Verwendung von Sekundär-Zellen bietet die Möglichkeit, nichtzerstörend die Leistungsfähigkeit des zu verwendenden Systems vor dem Einsatz zu testen.

Denn die Wahrscheinlichkeit, daß es während der ersten Zyklen bei einer Sekundärbatterie zu Ausfällen kommt, ist noch geringer als die Wahrscheinlichkeit für Fehlfunktionen bei einem Primärsystem, dessen Zuverlässigkeit nur durch stichprobenartige zerstörende Prüfung von baugleichen Einheiten sichergestellt wird.

Batterien für die Raumfahrt sind in einem druckstabilen, gasdichten Leichtmetallgehäuse untergebracht. Ein Überdruckventil ermöglicht den Abbau des Überdrucks in dem Behälter. Aufwendige, raumfahrterprobte Steckerdurchführungen sorgen für den Anschluß der Batterie an die Geräte und für die Zugänglichkeit der einzelnen Zellen für Ladung und Überwachung.

Die Abwicklung eines typischen Batterieprojektes beginnt mit der kontrollierten und protokollierten Fertigung der Einzelzellen. Daneben wird ein der Spezifikation entsprechendes Gehäuse mitsamt allen notwendigen Durchführungen und Kontrollmöglichkeiten konstruiert und gefertigt. In einer aufwendigen Testprozedur wird ein Batterie-Prototyp definierten Umwelttests mit elektrischer Prüfung unterworfen.

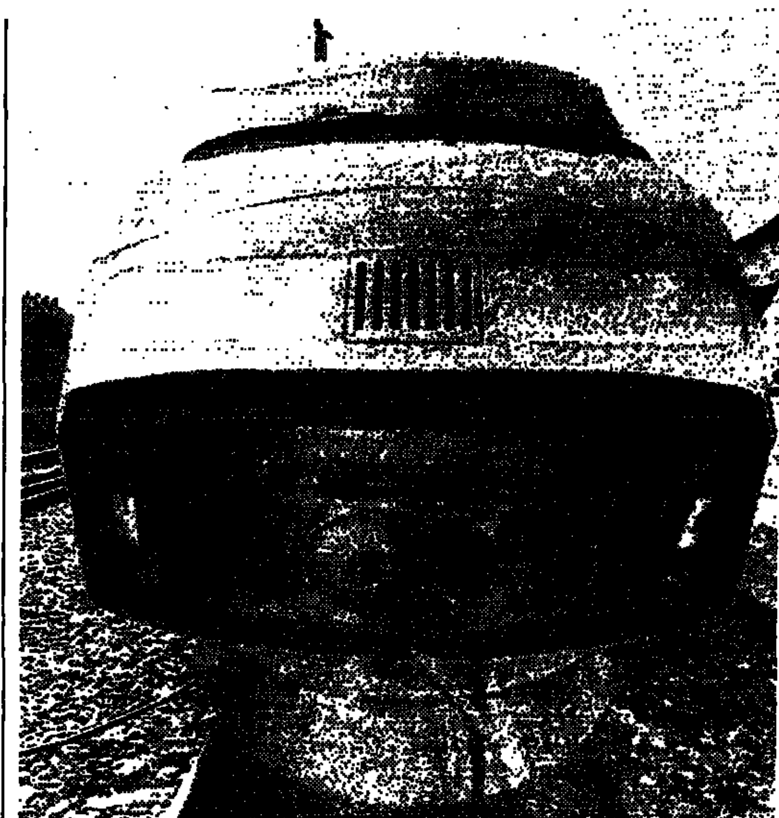
Dann wird das eigentliche Fluggerät zum Startplatz transportiert. Bei den zitierten Projekten zum Kenndy-Space-Center in Florida. Dort werden zur Startvorbereitung die einzelnen Zellen aktiviert, auf in engen Toleranzen gleiche Kapazität überprüft, nochmals aufgeladen und in das Fluggerät beziehungsweise das vorgesehene Experiment eingebaut.

In der Regel vergehen zwischen Einbau und Start zur Mission einige Wochen. Muß der Start wegen anderweitiger Schwierigkeiten verzögert werden, kann eine Nachladung der eingebauten Batterien notwendig werden. Nach Abschluß der Flugmission werden die Batterien im Rahmen der gesamten Missionsauswertung überprüft. Die protokollierte Fertigung aller Batterieteile und deren zahlreicher Kontrollen, daneben aber auch ausführliche Behandlungs- und Bedienungsvorschriften, werden zur umfangreichen Software zusammengefaßt, die die eigentliche Batterie-Hardware vom Hersteller zum Benutzer begleiten.

So werden also recht unterschiedliche Anforderungen durch ein und dieselbe Batterietechnik erfüllt. Luftfahrt, Unterwassertechnik, Funkgeräte und Grubenlicht sind weitere, eher konventionelle Einsatzgebiete für Silber/Zink-Batterien. Die Raumfahrt aber ist die Domäne dieses Spezialprodukts der Energietechnik.



Akkumulatoren für Amerikas Raumtransporter Space-Shuttle stammen aus deutscher Produktion. Es handelt sich um Batterien aus Silber und Zink, die ihren hohen Preis durch besondere Leistungen rechtfertigen. FOTO: AP



Rollt Frankreichs Superexpreß bald auf Köln zu? FOTO: STUDIO X

Superschnellzug mit Saft an Bord zum Weltrekord

per. Paris

Der französische Superexpreßzug TGV (Train à Grande Vitesse) schraubte den Geschwindigkeits-Weltrekord für Schienenfahrzeuge auf 380 Stundenkilometer; das war im Februar 1981. Nach Abschluß der Gleisbauarbeiten für derart hohe Geschwindigkeiten rollt dieser Schnellzug nun Tag für Tag auf der Strecke Paris–Lyon–Paris mit beachtlichen 270 km pro Stunde.

Eine entscheidende Voraussetzung für diese technische Leistung sind absolut zuverlässige Sicherheitssysteme. Sie sind in diesem bis jetzt noch konkurrenzlosen Schnellzug von Akkumulatoren abhängig, die im entscheidenden Augenblick ein Höchstmaß an Energie freisetzen müssen.

Jeder TGV-Zug besteht aus zehn Einheiten: sechs Reisewagen für insgesamt 400 Fahrgäste und je zwei Gepäck- und Triebwagen. Für den Superexpreß liefert Saft – einer der führenden Akkumulatoren- und Batterien-Hersteller, der seit Jahrzehnten auch Schienenfahrzeuge ausstattet – die Nickel-Cadmium-Batterien.

Diese Akkumulatoren stellen überwiegend die Notstrom-Versorgung sicher, so zum Beispiel, wenn es zu einer Unterbrechung oder Störung in der Verbundkettenfahrleitung (1500 V Gleichstrom über 25 000 V Wechselstrom – je nach Streckenführung) oder wenn es zu einer Versorgung der Widerstands(strom)bremsen kommt.

Außerdem gewährleisten sie, daß die verschiedenen Bordgeräte (wie Lautsprecher- und Air-Condition-Anlage, Stromabnehmer) bei Bedarf zuverlässig mit Energie versorgt werden. Das französische Unternehmen liefert auch die notwendigen Ladegeräte; Batterien werden im Werk Bordeaux, Ladegeräte im Werk Tours hergestellt.

Übrigens: Bis 1985 will die Pariser Regierung Studien für den Bau einer neuen TGV-Strecke von Paris über Lille und Brüssel nach Köln ausarbeiten lassen.

Symposium über Notstrom 1985 wieder in München

K. E. München

Wissenschaftler und Ingenieure, Hersteller und Anwender von Notstromversorgungsanlagen treffen sich im kommenden März zu dem 4. Symposium „Notstromversorgung mit Batterien" in München, um neue Entwicklungen, Trends und Erfahrungen zu diskutieren. Das Symposium steht wieder unter der Schirmherrschaft des bayerischen Staatsministers für Landesentwicklung und Umweltfragen, Alfred Dick. (Auskunft: Eurokongreß, Museumsinsel, 8000 München 22).

Themen des Symposiums: Elektrochemie der Stromquellen – Zink-Brom als Beispiel, alkalische Batteriesysteme in der Notstromversorgung, Aluminium-Luft – ein neues Batteriesystem, exotische Batteriesysteme, Batteriesysteme und Umweltbelange, Stromversorgung bei der Datenverarbeitung, Batterien bei der Bundeswehr, zentrale und dezentrale Stromversorgung bei der Post, Stromversorgung in eigenständigen Telekommunikationssystemen.

Dieser Kreislauf bricht nie zusammen

W. H. Berlin

Eine Universitätsklinik mit 1300 Betten braucht jährlich 33 Millionen kWh Strom, soviel wie 10 000 normale Haushalte. Aber nicht die Menge ist entscheidend. Die Energiewirtschaft liefert reichlich. Die Frage ist, ob das technisch Mögliche getan ist, um sicherzustellen, daß diese Energie auch dort ankommt, wo sie am dringendsten benötigt wird.

Als Problem bleibt die Qualität der Versorgung. Eigentlich kommt zwar immer Strom aus der Steckdose, doch heißt das nicht: mit absolut konstanter Spannung und völlig ohne Störungen. Krankenhäuser brauchen nicht nur Strom. Sie brauchen für so einfache Dinge wie die OP-Beleuchtung ebenso konstante Stromzufuhr wie etwa für komplexe Hochfrequenzgeräte in der Chirurgie.

Im Privathaushalt geschieht nur wenig, wenn die Glühlampe einmal flackert. Blinzelnde OP-Beleuchtung jedoch schadet zumindest der Konzentration des Chirurgen. Längere Störungen gefährden laufende Therapien und teure diagnostische Verfahren.

Physikalisch-technische Gesetze stehen den Energieversorgungsunternehmen (EVU) im Wege, absolut konstant und zu vertretbaren Preisen Energie zu liefern. Die Strom-Lieferanten selbst empfehlen die zusätzliche Absicherung für jene Kunden, die wie Krankenhäuser auf störungsfreie Versorgung angewiesen sind. Eine solche zusätzliche Sicherung der Stromzufuhr ist von Ärzten gefordert und von Technikern entwickelt worden.

In Krankenhäusern wird sie „Besondere Ersatzstromversorgung" genannt, kurz BEV. Speziell für die Bedürfnisse von Kliniken formulierte eine Kommission im VDE (Verband Deutscher Elektrotechniker) eine Norm, die VDE 0107.

Selbst wenn Energieversorgungsunternehmen das physikalisch Schwierige, finanziell Untragbare machten – die Absicherung gegen Versorgungsstörungen durch Ersatzstrom aus dem Batteriespeicher wäre trotzdem nötig. Viele Stromausfälle sind nämlich hausgemacht.

Ein Beispiel: Nicht irgendwo, sondern innerhalb der Klinik wird ein Kabel beschädigt oder eine Sicherung löst aus. Energie ist vorhanden, kann aber nicht verteilt werden. Sie kommt also weder im OP noch im Intensiv-Trakt oder im Labor an. In solchen Fällen, häufiger und gefährlicher noch als Störungen im Netz, hilft nur ein Stromlieferant, der im Notfall auf gespeicherte Energie zurückgreifen und diese sofort abgeben kann.

Nur die Batterie liefert und sichert ohne Verzug die lebenserhaltende Energie, auch wenn die Strom- und Notstromzufuhr ausbleibt. Batteriegestützte BEV-Anlagen der üblichen Leistungsgrößen zwischen 3 und 50 kVA werden aus Umrichtern und stationären Batterien aufgebaut. Dem Funktionsmodul Batterie kommt dabei eine besondere Bedeutung zu, da sie hochstrombelastbar sein muß.

Eine Taschenlampe ist ausgezeichnet in Form

DW. Essen

Vom „Haus Industrieform Essen" wurde jetzt eine Taschenlampe in die ständige Produktschau ausgewählter Erzeugnisse des täglichen Lebens aufgenommen. Der Hersteller (Daimon-Duracell GmbH; Köln) darf für die Taschenlampe des Modells Durabeam das Signet „Ausgezeichnet durch das Haus Industrieform Essen" verwenden. Die Lampe wurde entsprechend den heutigen Verbraucherwünschen konzipiert und ist seit zwei Jahren auf dem Markt.

Durch die außergewöhnliche Form und die praktische Funktion hebt sich die Taschenlampe wesentlich vom normalen Angebot ab: Auf der schlanken rechteckigen Taschenlampenhülle ist ein patentierter Gelenkkopf, in dem Linse und Glühbirne integriert sind. Durch Heben und Senken dieses Kopfes wird die Lampe ein- und ausgeschaltet, durch Drehen der Lichtstrahl in jede Richtung gelenkt. Geschlossen bietet der Gelenkkopf einen sicheren Schutz für Linse und Glühbirne.

Für Spannung ist gesorgt

Über die Vorteile der elektronischen Ladegeräte

DW. Bonn

Regelmäßiges Nachladen der Batterie sorgt für gute Spannung und beugt der lebensdauerverkürzenden Sulfatierung vor. Herkömmliche Geräte geben ihren Ladestrom oft ungeregelt ab, so daß die Batteriespannung während des Ladevorgangs frei steigen kann und der Ladestrom sinkt. Wird die Höchstspannung überstiegen, bildet sich Knallgas, der Negativplattenteil wird geschädigt.

Um permanent Erhaltungsladungen vorzunehmen, ist ein Elektronik-Ladegerät die Lösung. Durch die Verwendung geschalteter Technik ergeben sich eine Reihe von Vorteilen, die Zeit und Geld sparen, die Batterie schonen und defekte Batterien sofort erkennen lassen, bevor der Ladevorgang beginnt.

Nur halb so groß und halb so schwer wie übliche Ladegeräte liefern vollelektronische Batterielader die gleiche Leistung. Zum Laden braucht die Batterie nicht vom Bordnetz abgeklemmt zu werden, da keine die Autoelektrik gefährdenden Spannungsspitzen oder Überspannungen auftreten. Die neuen Geräte laden mit reinem Gleichstrom (14,4 V/30 A beziehungsweise 28,8 V/15 A) – schnellstmöglich, aber schonend. Ein Wechselstromanteil, der nicht zur Ladung beiträgt und die Batterie nur unnötig aufheizen würde, ist nicht vorhanden.

Durch eine sogenannte Ladekennlinie wird die für alle Bleibatterien einheitliche Gasungsgrenzspannung exakt eingehalten. So ist es möglich, beliebig viele Batterien ohne Rücksicht auf Kapazität oder Ladezustand gleichzeitig in Parallelschaltung anzuschließen.

Tiefstentladene Batterien lädt das neue Gerät zuerst mit Minimalstrom und schaltet dann auf Maximalstrom um. Der maximale Kurzschlußstrom beträgt 1,5 beziehungsweise 1 A. Sulfatierte Batterien werden regelrecht regeneriert. Typische Einsatzgebiete für vollelektronische Ladegeräte sind Kfz-Werkstätten, elektronische Meß-, Steuer- und Regelanlagen mit Batterie-Pufferbetrieb, große Wagenparks und der Freizeitsektor.

Der Akku spart Energie und Wartungskosten

Die Amerikaner kamen zu sensationellen Ergebnissen

P. PREUSS, Bonn

Batteriebetriebene Fahrzeuge haben sich seit Jahrzehnten auch unter erschwerten Einsatzbedingungen bewährt.

Ihre positiven Eigenschaften – hohe Leistungsfähigkeit, sofortiger Einsatz auch bei tiefsten Temperaturen, geringer Wartungsaufwand, hohe Verfügbarkeit, günstiger Energieverbrauch, guter Fahr- und Bedienungskomfort – machen sie besonders für Einsätze auf den Flughäfen attraktiv.

Inzwischen existiert eine Vielzahl von Geräten, die zunächst in den Vereinigten Staaten entwickelt und auch erprobt wurden; es sind überwiegend Band- und Containerlader sowie mittlere und große Flugzeugschlepper.

Eine Vielzahl weiterer batterieelektrischer Geräte ist denkbar. Realistisch erscheinen vor allem selbstfahrende Fahrgasttreppen und Hebebühnen, die teilweise auf Flughäfen in der Bundesrepublik Deutschland eingesetzt werden.

Fast immer bestimmt die Verwendung die wirtschaftliche Eignung der Geräte. So arbeitet ein batterieelektrischer Flugzeugschlepper sicherlich wirtschaftlich, wenn er für häufige, aber kurzzeitige Rangierfahrten verwendet wird. Ähnlich sieht es bei batterieelektrischen Bandladern aus. Ihr Schwerpunkt liegt beim Be- und Entladen der Flugzeuge; die Kapazität der Bandlader wird nicht durch häufige und lange Leerfahrten gemindert.

Flughafengeräte mit Hybridantrieb verbinden die Vorteile des batterieelektrischen Konzeptes mit der Langstreckenfähigkeit des Verbrennungsantriebs. Sie bieten sich vor allem für den Gütertransport auf Flughäfen an, *wenn es darum geht, auf dem Vorfeld* uneingeschränkt lange Strecken zurückzulegen und andererseits emissionsfrei auch Hallen zu befahren. So läßt sich zeitaufwendiges Umspannen vermeiden und die Fahrzeugvielfalt vermindern.

Die ersten Wirtschaftlichkeitsergebnisse *aus der Praxis mit* batterieelektrischen Vorfeldgeräten stammen von amerikanischen Betreibern. Die Vorteile waren sensationell:

1. Energiekosteneinsparungen von mehr als 90 Prozent und

2. Wartungskosteneinsparungen von bis zu 80 Prozent.

Wirtschaftlichkeitsberechnungen, basierend auf europäischen Verhältnissen, liefern keine derartig spektakulären Werte, wohl aber einen realistischen und deutlichen Vorteil des batterieelektrischen Antriebs.

Bandlader, Containerlader und Flugzeugschlepper sind erst der Anfang; selbstfahrende Fahrgasttreppen und Hebebühnen sowie andere Geräte folgen. Es ist an der Zeit, die Vorteile des batterieelektrischen Antriebs noch bewußter in die Entwicklungsbemühungen einzubeziehen. Geeignete Antriebsbatterien und auch die dazugehörige praxisgerechte Peripherie für Ladungs- und *Wartungsminimierung sind seit* langem vorhanden.

Wann läuft das E-Auto vom Band?

Der erste Meilenstein auf dem Wege zu einem leistungsfähigen Elektro-Auto ist erreicht. Sein „Steckbrief" ist bereits bekannt – jedenfalls aus Sicht des Batterie-Entwicklers: Es wird eine Höchstgeschwindigkeit von 130 km/h haben, in Städten die zugelassenen 50 km/h, auf Schnellstraßen 70 km/h fahren, in sieben Sekunden von null auf 50 km/h beschleunigen und bei 100 km/h Reisegeschwindigkeit eine Reichweite von 250 Kilometern haben.

Mit diesen Daten, die von BBC Baden als Zielvorgaben einer Entwicklungsgruppe präsentiert wurden, wird es zweifellos als Zweitwagen ein großes Marktpotential haben, vorausgesetzt, die jetzt in der Entwicklung befindliche Hochenergiebatterie als „Kraftquelle" des Elektro-Autos hält, was sie verspricht.

Der Gedanke, ein Auto mit Elektroantrieb zu bauen, ist fast so alt wie das Auto selbst. Schon 1889 konstruierte Thomas Alva Edison – als Erfinder stets mit Glühlampe und Phonograph genannt – das erste Elektro-Auto; zur Jahrhundertwende gab es in den USA mehr Elektro-Autos als Wagen mit Verbrennungsmotor.

Doch die damals wie heute zu geringe Speicherfähigkeit herkömmlicher Akkumulatoren ließ den Elektroantrieb in nicht schienengebundenen Fahrzeugen verkümmern. Benzin hat nun einmal einen um Größenordnungen höheren Energieinhalt gegenüber elektrochemischen Akkumulatoren, und wäre die Treibstoffversorgung auf Jahrhunderte gesichert – zudem die Verbrennungsmotoren leise und abgasfrei –, so hätte ein anderes Antriebssystem nie eine Chance.

Erst steigende Öl- und damit verbundene Benzinpreise, Unsicherheit der Ölversorgung und die Umweltbelastung durch Abgas und Lärm führten *Mitte* der sechziger Jahre erneut zu Entwicklungsarbeiten für ein Elektroauto.

Die Palette der Versuchsfahrzeuge reichte vom Transporter bis zum Bus; auch die Liste der Entwickler-Firmen war breit und international, doch blieben die meisten Versuche bisher wohl im Ansatz stecken. Vor allem auch deshalb, weil mit dem bekannten Blei-Akku keine nennenswerte Leistungssteigerung zu erreichen war.

BBC beschloß deshalb, ein neues Speichersystem mit wesentlich höherem Energieinhalt zu entwickeln. Als Rohstoffe wählte man Natrium und Schwefel, weil diese Stoffe verfügbar sind und auch durch hohe Nachfrage kaum wesentlich teurer werden dürften und weil die Energiedichte eines Natrium-Schwefel-Speichers drei- bis fünfmal höher ist als beim Blei-Akkumulator.

Versuche mit anderen Materialien machten weltweit auch andere Unternehmen, doch führten sie fast ausnahmslos in Sackgassen: die Lithium-Schwefel-Batterie erwies sich als technisch (noch) nicht herstellbar, die Nickel-Eisen- und die Nickel-Cadmium-Batterie für Elektro-Autos als zu teuer, und die Zink-Chlor-Batterie schließlich hatte ein zu großes Volumen. Lediglich die Zink-Brom-Batterie hat gewisse Chancen, wenngleich ihre Energiedichte (60 Wattstunden pro Kilogramm) nur etwa halb so groß ist wie die der Natrium-Schwefel-Batterie.

Parallel dazu begann BBC 1974 *mit der Entwicklung von Antriebssystemen*, wobei man sich von vornherein auf Pkw, Transporter und Kleinbusse beschränkte. Ergebnis dieser Arbeiten ist ein Gleichstromantrieb mit Schaltung und Regelelektronik, dessen Prototypen zur Zeit im Elektro-Golf erprobt werden.

Die Infrastruktur für die Energieversorgung ist also bereits weitgehend vorhanden: Für die Normalladung während der Nachtstunden reicht jede 220 Volt-Wechselstrom-Steckdose. Lediglich für die Schnelladung und den noch schnelleren Batteriewechsel an der „Tankstelle" sind zusätzliche Möglichkeiten zu schaffen.

Klarheit besteht bei den Entwicklern auch schon über den „Verbrauch": für 100 Kilometer Fahrstrecke braucht das Elektro-Auto etwa 20 Kilowattstunden.

HANS KAHLEN



In vielen Bereichen ist die Antriebsbatterie nicht mehr wegzudenken. Kaum vorstellbar, daß ein Gabelstapler mit Verbrennungsmotor durch die Hallen eines Lebensmittellagers rollt. FOTO: DIE WELT

Lebensmittel rollen elektrisch durch die Halle

Batteriebetriebene Fahrzeuge sind umweltfreundlich

PETER STEFFENS, Soest

Haben batteriebetriebene Fahrzeuge – und damit Antriebsbatterien – überhaupt einen Sinn? Um diese Frage beantworten zu können, sind einige Definitionen erforderlich.

Die Antriebsbatterie ist eine Batterie, deren Charakteristik im zyklischen Verhalten liegt; sie ist in der Lage, während der vorgegebenen Lebensdauer eine gewisse Anzahl von Lade- und Entladezyklen zu überstehen.

Das batteriebetriebene Fahrzeug besteht aus drei Komponenten: Fahrgestell, Energiespeicher Batterie, elektrisches Betriebsmittel. Und nach dem jeweiligen Verwendungszweck ergibt sich folgende Klassifizierung:

- Flurförderzeuge (Gabelstapler, Elektrowagen, handgeführte Kleinstapler);
- Kleinfahrzeuge (Krankenfahrstühle, Elektromofas, Boote);
- Straßenfahrzeuge (Transporter und Busse);
- Schienenfahrzeuge (Triebwagen, Verschiebe- und Grubenlokomotiven);
- Sonderfahrzeuge (zum Beispiel für Schlagwetterschutz und im Explosionsbereich, Flugzeugschlepper, Hubbühnen).

Bei diesen Fahrzeugen ist der Verbrennungsmotor durch einen batteriebetriebenen Antrieb ersetzt. Es haben sich Bereiche herausgebildet, in denen die Antriebsbatterie nicht mehr wegzudenken ist. Die Anwendungsgebiete sind beispielsweise alle Einsatzbereiche in Hallen, die Lebensmittelindustrie sowie der Bergbau.

Man kann sich heute kaum vorstellen, daß in einer Halle, in der Lebensmittel produziert werden, Güter mit einem Gabelstapler bewegt werden, der durch einen Vebrennungsmotor angetrieben wird.

Allen Fahrzeugen gemeinsam ist der Aufbau des elektrischen Antriebs. Er besteht im allgemeinen aus: ein oder zwei Reihen- oder Nebenschlußmotoren, ein oder zwei Thyristorsteuerungen zur Regelung und Überwachung der Motoren, einer Ansteuerung, die beispielsweise für den Einsatz im Kohlebergbau unerläßlich ist.

Aus den günstigen elektrischen Wirkungsgraden und aus der verlustarmen Steuerung ergibt sich, daß die installierte Leistung geringer sein kann als bei allen vergleichbaren Fahrzeugen mit Verbrennungsmotoren.

Gerade auf dem Gebiet der Antriebsbatterie wurde in viele Richtungen weiterentwickelt und geforscht. Die konventionelle Antriebsbatterie – also die Bleibatterie – ist in den letzten Jahren enorm in der Leistung gesteigert worden.

Zwei Wege führten zu dieser Kapazitätssteigerung:

1. Erhöhung der Bleisubstanz und Säuredichte sowie

2. Einsatz von Kupfer bei der negativen Platte. Gerade die sogenannte CSM-Technik lieferte hervorragende Werte (bei dem schweren Einsatz im Steinkohlenbergbau wurde eine Erprobungs- und Einführungsphase abgeschlossen).

Untersuchungen ergaben, daß bei gleichem Gewicht und gleichen Abmessungen 30 Prozent mehr Kapazität zur Verfügung steht. Bei dem Versuch wurden herkömmliche Batterien und Batterien in CSM-Technik in einem Transportsystem (Einschienenhängebahn) verglichen.

Unter der Voraussetzung, daß elektrische Energie ausreichend zur Verfügung steht, gibt es als Antwort auf die Frage, ob batteriebetriebene Fahrzeuge einen Sinn haben, nur ein eindeutiges Ja. Die Grenzen sind beim Einsatz herkömmlicher Batterie-Technik in diesem Jahrtausend ganz eindeutig gesetzt – zum Beispiel im Pkw bei Langstreckenfahrten. Aber das sind auch gar nicht die ausschließlichen Zielvorstellungen der Batteriehersteller.

Pankraz, der Kanzler und die Beratermafia

Braucht unser Bundeskanzler neue, bessere Berater? Und von welchem Zuschnitt sollten diese Berater sein? Das sind die Fragen, die das politische Bonn am Grund des Sommerlochs bewegen. Da trifft es sich gut, daß sich im neuen Heft der „herder-initiative", des von Gerd-Klaus Kaltenbrunner herausgegebenen Periodikums, einige hochkarätige Beiträge zum Thema „Politische Berater" finden – Pflichtlektüre für urlaubsreife Kanzleramts-Honoratioren und solche, die es werden wollen.

Kaltenbrunners Reihe erscheint nun schon im zehnten Jahr, und sie hat so manchen Stein ins Rollen gebracht. Im Jubiläumsheft wird der Stein der Weisheit selber gerollt, d. h. es wird untersucht, welche Rolle die gute alte Weisheit in unserem modernen Leben noch spielt. Auch die genannten Beiträge zum Problem politischer Beratung kreisen um die Weisheit. Sowohl der Politikprofessor Julien Freund als auch der Exdiplomat Heinzgeorg Neumann konstatieren einen erschreckenden Mangel an Weisheit im Umfeld der großen Machtzentren und führen die schweren Pannen im politischen Management der letzten Zeit wesentlich auf diesen Mangel zurück. Neumann fordert sogar die institutionelle Verankerung eines „Rates der zehn Weisen" in der Bonner Politik.

Dem politischen Praktiker muß angesichts einer solchen Forderung ein großes Ächzen ankommen. Noch ein Beratergremium, wo es in Bonn doch schon Hunderte von allen möglichen Beiräten gibt? Ersticken wir nicht längst in Beiräten, Hearings, Clearingstellen? Gibt es nicht einen Rat der fünf (Wirtschafts-)Weisen, der uns ohnehin schon genug zu schaffen macht? Liegt das Problem der modernen Politik nicht gerade in jenem Übermaß an Beratungsinstanzen, das die verantwortlichen Politiker verwirrt und in ihrer Entscheidungskraft schwächt?

Mag alles sein, sagen Freund und Neumann, aber kaum eines der vorhandenen Gremien ist wirklich weise. Statt der Weisheit dominieren Expertokratie und Ideologie, Instanzen also, die nie das notwendige Ganze in den Blick rücken, sondern immer nur die begrenzte Perspektive eines bestimmten Fachs oder einer bestimmten Idee. Die Verantwortungsträger wären aufgeschmissen, wenn sie sich allein auf Experten und Ideologen verließen. Sie brauchen Nachprüfer und Aufbereiter, Rapporteure und Ghostwriter, Kommunikationshelfer und Abweiser, mit einem Wort: eine „Entourage". Ob aber in der Entourage, in der „Mafia", Weisheit regiert, das ist ebenfalls die Frage.

Die Entourage ist bisher von der politischen Wissenschaft überhaupt noch nicht analysiert, ja, noch nicht einmal als Thema erkannt worden. Dabei taucht sie in dieser oder jener Form tagtäglich in den Nachrichten auf und beschäftigt die Gemüter. Bei US-Präsident Nixon sprach man von der „Watergate-Mafia", bei Carter von der „Erdnuß-Mafia". Präsident Reagan hört angeblich auf eine „kalifornische Mafia", Helmut Kohl auf eine „pfälzische Mafia". Alle diese Personenkreise waren oder sind weitgehend informell und inoffiziell und dem Einfluß von Partei und Parlament entzogen. Sie stehen unmittelbar zur Verfügung des „Obermafiosus", was aber nicht ausschließt, daß ihre Angehörigen auch eigene, private Ziele verfolgen.

Da gibt es die sogenannten „Treuesten der Treuen", langjährige Mitarbeiter, Jugend- oder Studienfreunde des obersten Bosses gar, geborene Graue Eminenzen, die gern im Verborgenen agieren, Dossiers anlegen und ihren Ehrgeiz darin erschöpfen, Teilhaber am Herrschaftswissen zu sein. Da gibt es die jungen, agilen Zur-Hand-Geher, die mit höchster Effektivität Wahlkampfkampagnen oder Goodwill-Touren organisieren können. Da gibt es die „Herren über den Korridor" (C. Schmid), die oft Frauen sind, Termine verwalten, sich bei ungeliebten Audienzbegehrern aus eigener Machtvollkommenheit querlegen oder im gegenteiligen Fall auch einmal den Instanzenweg drastisch verkürzen.

Freund und Neumann haben schon recht, wenn sie der Entourage so wenig Weisheit zutrauen wie den Experten und den Ideologen. Die oberste Tugend der „Mafia" heißt nicht Weisheit, sondern Loyalität, und zwar Loyalität gegenüber dem obersten Boß. Wahre Weisheit indessen kennt nur Loyalität gegenüber dem Vaterland und dem allgemeinen Wohl. Ein Berater, der ein wirklicher Weiser ist, muß materiell und ideell dem Ratsucher gegenüber völlig unabhängig sein, er muß reiche Erfahrung haben im politisch-administrativen Bereich, er darf keinen persönlichen politischen Ehrgeiz *entwickeln und nur* wenig Eitelkeit, er muß über den Mut zum maßvollen kritischen Einwand verfügen, und Schmeichelei muß für ihn ein Fremdwort sein.

Manchmal treten solche politischen Weisen hervor, wenn ein „unabhängiger Schlichter" gebraucht wird, wie jüngst bei den großen Streiks, als Georg Leber das gesuchte Bild in fast idealer Weise verkörperte. Glücklich der Bundeskanzler, der über einen Reigen solcher weiser Berater verfügen kann. Einer Institutionalisierung der Weisheit in einem „Hohen Rat" *à la* Heinzgeorg Neumann möchte Pankraz dennoch nicht das Wort reden. Allzu schnell geriete ein derartiges Delphisches Orakel auf nationaler Ebene in den Streit der Parteien. Der bereits institutionalisierte Rat der fünf (Wirtschafts-)Weisen bietet dafür das eher abschreckende Beispiel. Seine Weisheiten würden besser ankommen, wenn sie inoffiziell gehandelt würden.

„Ein Bundeskanzler ist so gut wie seine Berater", hieß es in den letzten Wochen immer wieder. Daran ist so viel wahr, als es schon der Kanzler selbst sein muß, der sich seine wichtigsten Berater aussucht. Seine Begabung zur Politik wird nicht zuletzt daran gemessen, inwieweit es ihm gelingt, jenseits des Heers der Parteigänger, Zuarbeiter, Experten und Schmeichler jene drei, vier Stimmen auszumachen, die für das Ganze sprechen und denen zuzuhören sich besonders lohnt.

Pankraz

Bekenntnis zur Redlichkeit oder Demontage Christi? – Zum 100. Geburtstag von Rudolf Bultmann

Auszug aus den drei Etagen der Welt

Wer in den Savannen Afrikas oder in den Urwäldern Brasiliens Missionare oder eingeborene Prediger nach dem deutschen Theologieprofessor Rudolf Bultmann fragt, wird erstaunen über die ausführliche und erregte Antwort, die er da bekommen wird. Kein deutscher protestantischer Theologe hat das zwanzigste Jahrhundert so aufgeregt wie Rudolf Bultmann, der vor einhundert Jahren, am 20. August 1884, in Wiefelstede im damaligen Großherzogtum Oldenburg geboren wurde. Neben dem Schweizer Karl Barth gehört der 1976 verstorbene Rudolf Bultmann schon jetzt zu den großen Kirchenvätern des Protestantismus. Wie Donnerschläge wirkten seine Sätze aus dem 1942 zuerst veröffentlichten, aber erst nach dem Kriege zum vollen Durchbruch gekommenen Aufsatz „Neues Testament und Theologie". Man las und staunte: „Man kann nicht elektrisches Licht und Radioapparat benutzen, in Krankheitsfällen moderne medizinische und klinische Mittel in Anspruch nehmen und gleichzeitig an die Geister- und Wunderwelt des Neuen Testamentes glauben."



„Es gibt kein politisches oder soziales Programm des christlichen Glaubens": Der protestantische Theologe Rudolf Bultmann (1884–1976) FOTO: DPA

Aber nicht nur die Dämonen und Wunder sollten aus der Glaubenswelt des modernen Menschen verschwinden. Bultmann fragte: „Welchen Sinn hat es, heute zu bekennen, ‚niedergefahren zur Hölle' oder ‚aufgefahren in den Himmel', wenn der Bekennende das diesen Formulierungen zugrunde liegende mythische Weltbild von den drei Stockwerken nicht teilt? ... Ja, den ‚Himmel' im alten Sinne gibt es für uns gar nicht mehr. Und ebensowenig gibt es die Hölle, die mythische Unterwelt des Bodens, auf dem unsere Füße stehen. Erledigt sind damit die Geschichten von der Himmel- und Höllenfahrt Christi, erledigt ist die Erwartung des mit den Wolken des Himmels kommenden ‚Menschensohnes' und des Entrafftwerdens der Gläubigen in die Luft, ihm entgegen (1. Thess. 4, 15 ff.)."

Befreiung zur „intellektuellen Redlichkeit" waren für viele diese klaren, zunächst ganz unmißverständlichen Sätze. Da öffnete sich doch die Möglichkeit, ohne die Übernahme eines „überholten Weltbildes" an die Aussagen des Neuen Testamentes zu glauben. *Aber – welche Aussagen?* Was blieb übrig? Sollte hinfort alles „Mythologische" aus der Bibel herausgeschnitten und etwa ein „ethischer Gehalt", vielleicht das „ewig gültige Ethos der Bergpredigt" als Restbestand für den im Glauben „intellektuell Redlichen" übrigbleiben?

Nun, genau das wollte Bultmann nicht. Unbedingt wollte er sich scharf abgrenzen gegen die liberale Theologie, etwa gegen einen Adolf von Harnack, den von Kaiser Wilhelm II. geadelten Star des alten, klassischen liberalen Protestantismus, der um die Jahrhundertwende im Apostolikumstreit Jungfrauengeburt, Versöhnungstod, Auferstehung und Wiederkunft Christi eliminieren wollte, um zurückzufinden zu dem einfachen Evangelium des schlichten Menschen Jesus von Nazareth.

Nein, Bultmann wollte nicht eliminieren, sondern „interpretieren", er mühte sich um den „existentiellen *Bezug*", sagen wir um die persönliche Betroffenheit durch die biblische Verkündigung. Er wollte aus der urchristlichen, mythischen Überlieferung herausinterpretieren, was uns heute als moderne Menschen noch betrifft.

Bultmanns Gegner, die das Programm seiner Entmythologisierung mit seufzendem Entsetzen begleiteten, verurteilten die Möglichkeit dieser Interpretation des Neuen Testamentes. Sie bezweifelten, daß man aus einem „mythologischen" Rahmen einen „existentiellen", also bleibenden gültigen Rest herausinterpretieren könne. Und diese Auseinandersetzung um Gültigkeit und Verstehensmöglichkeit biblischer Aussagen ist bis heute nicht zu Ende diskutiert.

Das Lebenswerk des Marburger Neutestamentlers, der durch eine Vielzahl wissenschaftlicher Untersuchungen nun schon zu den großen Meistern neutestamentlicher Wissenschaft zählt, *hat diese Grundlagenkrise* gegenwärtigen Protestantismus nicht geschaffen, sie war schon im 18. Jahrhundert aufgebrochen. Aber Bultmann hat diese Krise durch die Radikalität seiner Aussagen und durch den erbitterten Streit, den er dadurch buchstäblich in aller Welt auslöste, auf die Spitze getrieben. Die evangelikalen, konfessionellen und pietistischen Bewegungen, die sich in den sechziger Jahren zum Kampf gegen Bultmanns Theologie formierten, wehrten sich vor allem dagegen, daß der breite Strom dieses kritischen Denkens in die Schulbücher, in die Verkündigung von den Kanzeln und damit in die Gemeinden eindrang. Ohne Rudolf Bultmann wäre es wohl nie zur „Bekenntnisbewegung Kein anderes Evangelium" gekommen.

Ist Bultmanns Position heute überholt? Abgesehen davon, daß die Forschungen seiner eigenen Schüler wieder hinter die Verkündigung zurück nach dem historischen Jesus fragen – was Bultmann für unmöglich hielt –, geht die moderne politische, gesellschaftlich orientierte Theologie über Bultmanns Theologie der Existenz hinaus. Für sie ist Bultmanns Theologie zu sehr am Heil des einzelnen orientiert. Sie kann Bultmanns These, daß es „weder ein politisches Programm noch ein Sozialprogramm des christlichen Glaubens" gibt, nicht akzeptieren.

Jede Theologie hat ihre Zeit, denn Theologie ist nicht Offenbarung, sondern Reflexion über Offenbarung. Nur eines steht fest: Rudolf Bultmann hat eine Grundlagenkrise des Protestantismus offenbar gemacht, die bis heute noch nicht überwunden ist. Seine Methode der kritischen Forschung – so meinen konservative Theologen – wirkt selektiv, sie überläßt es dem Kritiker, was er jeweils aus dem Verständnis des Zeitbewußtseins für interpretationswürdig hält oder nicht. Die organische Einheit der Bibel wird demontiert. „Christusdemontage" nannte der Evangelist Gerhard Bergmann das Unternehmen Rudolf Bultmanns.

Bultmann – das müssen wir zu seinem hundertsten Geburtstag feststellen, bleibt aktuell. An seinem Namen werden sich hinfort immer noch die Geister innerhalb des Protestantismus scheiden. Im Grunde wollte dieser Theologe die große Aussöhnung zwischen kritischer Forschung und Glaube. Die Diskussion um sein Erbe zeigt, daß ihm dieses nicht gelungen ist. Dem Protestantismus stehen tiefgreifende geistliche und geistige Auseinandersetzungen bevor

GEORG HUNTEMANN

Hamburgs Ballett gastiert bei den Salzburger Festspielen mit John Neumeiers „Matthäus-Passion"

Vor dem Dom ein protestantischer „Jedermann"

Bach steht der Salzburger Domfassade ausgezeichnet. Als evangelische Alternative zog er am hochka*tholischen Domplatz ein: John Neu*meiers Ballett „Matthäus-Passion" gastiert dreimal bei den Salzburger Festspielen. Dieser „Jedermann" für Feine hat sogar Wetterglück, muß nicht, wie alle „Jedermann"-Aufführungen bisher, ins lästige Festspielhaus, sondern darf sich einem Wolldecken- und Mantelkragenpublikum unter freiem Himmel präsentieren. Die Tänzer auch. Und um die kleinen Spatzenschultern dürfen sie in Tanzpausen weiße Wollschals wickeln.

Wie in der Hamburgischen Staatsoper erklingt der Live-Mitschnitt unter Günter Jena, nicht, wie im luxuriösen Salzburg auch schon mal im Gespräch, eine Passion unter Karajan. Die Aufnahme ist nicht von höchstem Rang, unausgewogen bei den Solisten, etwas brüchig im Chor, doch singt Peter Schreier den Evangelisten, und in dieser Partie ist er immer noch ohne Konkurrenten. Seine Stimme, dazu ein Blick auf die *Domfassade unterm Nachthimmel* – das ist eine Konkurrenz, die Neumeier durchaus zu fürchten hat. Denn auch in Salzburg verändert sich das Bild des nur teilweise gelungenen Unterfangens nicht, eines der größten Werke der Musik zu einem großen, wenn nicht dem größten Thema zu vertanzen.

Touristen hatten bei den Proben Anstoß genommen an dem „Gehüpfe" zur „Matthäus-Passion". Das Festspiel-Publikum ist weniger von der angeblichen Blasphemie bewegt (die Neumeiers Arbeit natürlich nicht ist) als von der Frage, wie sich vier Stunden Ballett zu Bach ausnehmen.

Nicht alle haben das bis zur letzten Minute überprüft: Nach der Pause hatten sich die Reihen schon etwas gelichtet. Auch der Schlußbeifall kam nicht nur deswegen so zögernd auf, weil man bei „Parsifal" und Passionen nie so recht weiß, ob man darf ...

Trotzdem: Neumeiers Arbeit ist ein kühner Versuch, der die Auseinandersetzung verdient, selbst dann, wenn seine Choreographie nur in wenigen Momenten zu klar formulierten Bildern findet und viel Kraft damit verschwendet, „Oberammergau" etwa und seine Prachtbild-Wirkungen oder die bloßen Verdoppelungen der Musik zu vermeiden. Scheitern mußte er bei der Aufgabe, Kontrapunkte zu Bach zu setzen.

Mit den grellen Mitteln des Ausdruckstanzes – geschwungene Fäuste, flatternde Finger, stampfende Barfüße – zerlegt er wieder zu Rohmaterial, was Bach sublimiert hat. Dann ergibt sich nicht etwa ein Kontrapunkt, sondern ein bloßes Niveaugefälle, das im Zuschauer das gefährliche Gefühl aufkommen läßt, dieses Passions-Ballett sei entbehrlich.

Die Truppe ist jedoch mit viel Können und großem Einsatz dabei. Die psychologische Wirkung bei der Arbeit mit Neumeier an diesem großen Thema scheint überhaupt ein wesentlicher Faktor über Jahre gewesen zu sein. Möglich, daß die Früchte davon später an ganz anderen Aufgaben zu sehen sein werden.

Max Midinet, alles andere als ein nazarenischer Schönling, stellt die heikle Christus-Partie ernst und nobel, nie süßlich dar. Neumeier hat das Auratische dieser Figur durch die Beigabe von zwei Engeln geschickt ins Bild gesetzt. Auch die Christusworte erreichen in der Gestensprache die Höhe des Kündens. Eine Tänzerin hat vermutlich am stärksten getroffen, was Neumeier mit der ganzen Anstrengung bewirken wollte: Die junge Gigi Hyatt in ihrer starken Kraft zur Versenkung über dem sicheren Boden eines großen tänzerischen Könnens. BEATE KAYSER

Film: „Tapetenwechsel"

Schwabing, Dackelblick, Zahnbürste

Das Leben schreibt die besten Drehbücher, man muß sich halt nur ein bißchen umschauen. Erstaunlich, was die österreichische Wahl-Münchnerin Gabriela Zerau in ihrem Debütfilm „Tapetenwechsel" als Autorin und Regisseurin so alles einfing.

Eine Caprice wird vorgeführt mit dem Grundriß einer Seifenoper: Junge, hübsche Studentin in München verliert auf einen Schlag Wohnung und Freund. Auf der Suche nach neuer Bleibe erlebt sie nun alle möglichen und unmöglichen Situationen: trifft auf profitgierige Makler, macht rüde Zufallsbekanntschaften, erlebt Hausbesetzungen und stürzt sich in den Kampf um druckfrische Wohnungsannoncen. Geschichten, wie sie die Großstadt schreibt und München insbesondere.

Die ganze Phalanx bayerischer und zugereister Typen tritt auf. Von Philip Arp bis Helen Vita, von Sigi Zimmerschied bis Kurt Weinzierl geben Schauspieler Stippvisiten. Münchnerisches Lokalkolorit wird eingefangen, ohne in bayerische Hemdsärmeligkeit oder gar zu gängigen modischen München-Klischees abzusinken. Der Humor geht nicht auf Kosten der anderen, sondern ist skeptisch gegen die eigene Glückserwartung gerichtet. Ein zweistündiges Kino-Leichtgewicht, quick wie die großäugige Hauptdarstellerin Claudia Demarmels.



Quick und großäugig: Claudia Demarmels in „Tapetenwechsel" FOTO: JUGENDFILM

Sie spielt mit Temperament und Charme, jongliert in diesen ironischen Trivialmustern. Sie ist couragiert, sie läßt nichts anbrennen. Kaum hat der eine seinen Koffer gepackt, übernachtet schon der nächste mit Zahnbürste bei ihr. Das klingt zwar unromantisch, hat aber bei Münchner Geschichten Tradition: fabelhaft Hans Zacher als Liebhaber, der die windige Eleganz des Gescheiterten spazierenführt, der seinen Schritt aus der Hüfte herausschlenkert und mit seinem Dackelblick Herzen betört.

Manchmal verfängt sich allerdings auch diese Kino-Komödie in alberner Groteske. Da trampelt dann auch der Klamauk herein. Aber im großen Ganzen reißt die junge Erstfilmerin die einzelnen Sequenzen so rasch und geschickt ab, daß Langeweile nicht aufkommt. Und ein schönes altmodisches Happy-End entläßt den Zuschauer fröhlich in den Schwabinger Alltag, wo er nun all diese Typen wie alte Bekannte begrüßen kann.

ROSE-MARIE BORNGÄSSER

Berlin: Mstislav Rostropowitsch stellt im Springer-Verlagshaus Schüler der Yamaha-Stiftung vor

Das Musikmärchen vom Kaffeetassen-Elefanten

Diesmal kam Mstislav Rostropowitsch, Maître des musikalischen Plaisirs, den Gästen im Verlagshaus Axel Springer zu Berlin japanisch. Seine jüngste Fernost-Tournee hatte ihn, den großen Cellisten, offenbar nachdrücklich mit den musikalischen Wundern von Yamaha in Berührung gebracht, dem Hersteller schließlich nicht nur von höchst populären Motorrädern und Außenbordmotoren, sondern auch nicht geringer geschätzter Musikinstrumente. Nicht alles also, was Yamaha heißt, knattert laut.

Im Gegenteil. Die Klaviere, Flügel und elektronischen Orgeln sind hoch begehrt und lassen die Herzen der Musiker weltweit höher schlagen – und ganz besonders wiederum die jüngeren Herzen.

Nur hat der liebe Gott es leider versäumt, vom Herzen zu den musizierenden Fingern eine von selbst funktionierende Verbindung zu legen. Musik machen will also gelernt sein – und das hat Yamaha rechtzeitig erkannt. An 9500 Plätzen in aller Welt und natürlich auch in Deutschland ziehen inzwischen 12 000 Lehrer 675 000 junge Leute, vorzüglich Kinder, zu Musikanten heran. Und mehr als dies: Man bemüht sich darum, ihre Kreativität kräftig zu fördern, sie nicht nur zu musikalischen Nachbetern des Überlieferten zu machen, sondern ihre eigene Ausdruckskraft (wenn auch noch kinderlicher Art) kräftig zu spornen. Kostproben von diesem frühjugendlichen Können servierte Rostropowitsch auf seine herzliche Art den Hörern in Berlin. Er stellte vier Mädchen zwischen 11 und 14 Jahren vor, dazu einen Jungen von 14, und sie alle griffen eifervoll und musikalisch durchaus munter in die Yamaha-Tasten.

Es geht im Unterricht der Japaner vernünftigerweise offenbar darum, die Musikschüler auf eher zivilen Umgang mit Musik einzustimmen, als sie auf Konzertkarrieren vorzubereiten. Sie sollen lernen, Musik zu machen zum eigenen Spaß und sich in ihr auf freier kompositorischer Wildbahn auszuleben nach Lust und Laune. Dabei kommt natürlich ganz Reizendes mitunter heraus. Mayumi Takane hatte sich eine Frühlingswiese musikalisch imaginiert und ließ nun den elektronischen Orgelwind kräftig über ihre Blumenfelder hinwehen: Stimmungsmusik jungmädchenhafter Art, eigentlich immer eher an Hollywood als ausgerechnet an Japan gemahnend. Japan blieb in diesem *Konzert erstaunlicherweise* geradezu vor der Tür. Yamaha aber ist schließlich ja auch eine internationale Firma, und ähnlich international sind die fünf Finger an jedermanns Hand eben auch, ob nun Gelb, Weiß, Braun oder Schwarz.



Musik zum eigenen Spaß gelernt: Stipendianten der Yamaha-Stiftung bei ihrem Konzert im Berliner Verlagshaus Axel Springer FOTO: MROTZKOWSKI

Natürlich soll man diese Mühe ermutigen. Mit „vier Bagatellen" aus der eigenen Werkstatt zeigte der 14jährige Shinji Urakabe sogar an, daß formal gehärtetere Dinge unter den wohltrainierten Fingern hervorklingen können als lediglich Emotionales. Aber am niedlichsten führte sich denn doch der „fröhliche Jumbo" der 12jährigen Minako Kubota auf, wobei glücklicherweise kein Jet, sondern ihr Kaffeetassen-Elefant gemeint war.

Werner Thärichen, der philharmonische Pauker, und sein Sohn gaben den kleinen Gästen zum Schluß Themen zum Improvisieren, und als Rausschmeißer hatten die jungen Japaner sich noch das Lied von der Berliner Luft einstudiert, das Fröhlichkeit ringsum auszulösen verstand.

Wie hatte der große Nicht-Japaner Lortzing schon vor weit über 100 Jahren komponiert und gereimt? – „Oh selig, oh selig ein Kind noch zu sein!". Im Springer-Haus waren es die Gäste gern mit den kleinen Japanern.

KLAUS GEITEL

JOURNAL

Goldener Leopard für Jim Jarmusch

AP, Locarno

Bei den Filmfestspielen in Locarno ist der 31jährige amerikanische Regisseur Jim Jarmusch für seinen Film „Stranger Than Paradise" mit dem Goldenen Leoparden, dem ersten Preis, und einem Zusatzpreis von 10 000 Franken ausgezeichnet worden. Der Silberne Leopard und 5000 Franken wurden dem gleichaltrigen Franzosen Fabrice Cazeneuve für seinen ersten Spielfilm „Le Roi de la Chine" zuerkannt. Die Jury verteilte zwei Bronzene Leoparden. Der erste ging zusammen mit 3000 Franken an den 38jährigen Österreicher Xaver Schwarzenberger für den Streifen „Donauwalzer", der zweite zusammen mit je tausend Franken an den 34jährigen Brasilianer Murilo Falles für „Nunca fomos tao felices" (Nie waren wir glücklicher) und den 29jährigen Ungarn Bela Tarr.

W.-Meckauer-Plakette für Zeitung „Aufbau"

DW. New York

Die vom Walter-Meckauer-Kreis zum 50. Jahrestag der Bücherverbrennung gestiftete Walter-Meckauer-Plakette wird in diesem Jahr der deutschsprachigen New Yorker Wochenzeitung „Aufbau" verliehen. Erster Preisträger war für 1983 die Kölner Bibliothek zur Geschichte des Deutschen Judentums „Germania Judaica". Beide Institutionen haben sich herausragende Verdienste um die Pflege der Werke verfolgter und vergessener Autoren erworben. Die Medaille erinnert an den Schriftsteller Walter Meckauer (1889–1966), der selbst zu den verfolgten Autoren gehörte und ab 1933 nahezu zwanzig Jahre in der Emigration lebte, bis er in die Bundesrepublik zurückkehrte.

Fledermaus-Vertreibung im Tempel Wat Suthat

D. B. Frankfurt

Auf Wunsch des Auswärtigen Amtes in Bonn und der Botschaft der Bundesrepubik Deutschland in Thailand leitete das Frankfurter Forschungsinstitut Senckenberg verhaltensbiologische Untersuchungen und Abwehrmaßnahmen gegen eine Fledermaus-Kolonie ein, die sich im Tempel Wat Suthat in Bangkok eingenistet hat. Die berühmten Wandmalereien, die mit wesentlicher deutscher finanzieller Hilfe restauriert werden, sind durch die Exkremente von etwa 200 Tieren der Fledermaus-Art Taphozous melanopogon erheblich beschädigt worden. Die Fledermäuse werden durch den Einsatz chemischer Mittel, die diese insektenfressenden Säugetiere nicht schädigen oder gar töten dürfen, sowie durch Ultraschall und durch Abdichtung sämt*licher Einflugöffnungen* vertrieben und ausgesperrt.

Victorine-Filmstudio in Nizza wiederbelebt

AFP, Nizza

Die traditionsreichen Victorine-Filmstudios in Nizza erleben eine Wiedergeburt. Mit Investitionen von 14 Millionen Francs (rund 4,5 Millionen Mark) wird die Anlage in den kommenden vier Jahren modernisiert. Das nach jahrelangem Dornröschenschlaf seit sieben Monaten wieder arbeitende Studio hat *jetzt schon volle Auftragsbücher.* Nach der Renovierung sollen eine ganze Reihe von Werbe- und Spielfilmen dort gedreht werden. Hauptattraktion der neuen Studios ist ein „Travelling"-Wagen nach amerikanischem Vorbild, der es ermöglicht, Verfolgungsjagden mit Tempo 180 und 13 Mann, vier Kameras und der elektrischen Ausrüstung „an Bord" zu filmen. Seine Glanzzeit hatte die Nizzaer Traumfabrik um 1925. Die goldene Zeit dauerte damals jedoch nur fünf Jahre, bis zur Erfindung des Tonfilms.

Wilhelm Flitner 95

DW. Hamburg

Der Nestor der deutschen Erziehungeswissenschaften, Prof. Wilhelm Flitner, begeht heute in Tübingen seinen 95. Geburtstag. Der aus Berkau in Thüringen gebürtige Pädagoge begann im Schuldienst, gehörte 1919 zu den Gründern der Volkshochschule Thüringen und wurde mehr und mehr zu einem Pionier der Erwachsenenbildung. Zusammen mit Romano Guardini und Martin Buber gründete er den Hohenrodter Bund. Von 1929 bis 1957 war er, auch durch die schwierigen Nazijahre hindurch, Ordinarius der Erziehungswissenschaften an der Hamburger Universität.

Ulrich Baumgartner †

dpa, Graz

Der langjährige Intendant der Wiener Festwochen, Ulrich Baumgartner, ist 67jährig einem Krebsleiden erlegen. Baumgartner, gebürtiger Berliner, arbeitete als Verlagsdirektor und Mitarbeiter steirischer Medien, bevor er am Grazer Schauspielhaus als Regisseur zu wirken begann. Von dort wurde er 1964 nach Wien berufen, wo er versuchte, die Festwochen zu einem Forum internationaler Kultur zu machen.





Was tun mit einem gigantischen Kraftwerk mitten in der Metropole, das die Altersgrenze erreicht hat, aber unter Denkmalschutz gestellt wurde, weil die Londoner den Anblick dieser Monstrosität einfach nicht missen möchten? Dieser Koloß am Südufer der Themse im Stadtteil Battersea (links) wurde von niemand geringerem als Sir Gilbert Scott entworfen, dem Architekten der grandiosesten der Kathedralen des Vereinigten Königreichs, der unvollendeten von Liverpool. Die Elektrizitätsbehörde will das 1933 in Dienst gestellte Monstrum „Battersea Power Station" in Londons jüngste Touristenattraktion verwandeln (Modellzeichnung rechts).

Ein Londoner Kraftwerk wird zum Disneyland

Von SIEGFRIED HELM und HELMUT VOSS

Die Zauberformel heißt: Eine Mischung von Disneyland und Tivoli. Die Themsemetropole besitzt zwar weder das eine noch das andere, doch hat dieses 160 Millionen-Mark-Projekt, das eine Synthese von Nostalgiebedürfnis und futuristischem Freizeitpark anstrebt, vielen Londonern mit seiner Kühnheit die Sprache verschlagen.

Dieses Kraftwerk mit seinen vier markanten 97 Meter hohen Schloten war *damals, 1933, das größte* Englands und blieb es bis 1956. Nach dem Krieg wurde es noch erweitert und lieferte schließlich, als eines von 29 Kraftwerken der Acht-Millionen-Stadt, ein Fünftel des gesamten Strombedarfs. Sein Bau mitten in der Stadt, gegenüber vom Künstlerviertel Chelsea, wurde als Verschandelung der Skyline empfunden und war von Proteststürmen begleitet. Jetzt soll der „Schandfleck" drei Millionen Besucher im Jahr anziehen. Eintritt pro Person umgerechnet 16 Mark. Keine Ermäßigung für Kinder.

Das sechsköpfige Preisrichterkollegium, das über die Vorschläge des von der Elektrizitätsbehörde ausgeschriebenen Wettbewerbs zu *befinden hatte, gab dem Konsortium* Roche & Co. den Zuschlag, dessen Tochterfirma Alton Towers in der Grafschaft Staffordshire bereits mit einem hochmodernen Freizeitpark einschlägige Erfahrungen sammeln konnte.

Auf sehr englische Art sollen bei *der Verwandlung des Kraftwerks in* ein Märchenland Tradition mit pragmatischen Notwendigkeiten verbunden werden. So wird der ehemalige Kontrollraum Im „Art Deco"-Stil mit seinem Parkettfußboden erhalten bleiben.

Den riesigen Erdgeschoßraum, wo einst die Turbinen standen, der 200 Meter lang und 150 Meter breit ist und die Höhe eines 22stöckigen Gebäudes besitzt, will man in einen *phantastischen* überdachten Park verwandeln – umstanden von Fachwerkhäusern im Tudorstil. Unter anderem ist eine Eisbahn vorgesehen, über die Mummy und Daddy mit den lieben Kleinen beim Tagesausflug sogar im Fesselballon hinwegschweben können.

Im einstigen Turbinensaal soll ferner ein „Zauberschloß" erstehen. Eine Art Geisterbahn wird den an Geschichte und Geschichten interessierten Besuchern einen kurzweiligen, illustrierten Schnellkurs durch das glorreiche britische Empire vermitteln. Dann ist eine „kreative Spielwiese" vorgesehen, mit dem Thema „Die Welt des Charles Dikkens".

Vom Zwischenstock, von Geschäften und Restaurants aus, kann man auf das Treiben im Erdgeschoß herabblicken.

Dieses, die viktorianische Zeit des Charles Dickens mit dem Art Deco stilbrechend kombinierende Projekt eines gigantischen Interieurs ließe sich allenfalls mit den Eingangshallen einiger Wolkenkratzer von Manhattan vergleichen. England besitzt nichts entfernt Vergleichbares.

Den Stilbruch nahm sogar Sir Hugh Casson, Präsident der Royal Academy und selbst Architekt, als Mitglied der Preisrichter in Kauf. Er sagte: „Niemand würde hier Büros und Eigentumswohnungen bauen wollen, weil dabei die Ausstattung im Stil des Art Deco verloren ginge. Wir wiesen auch den Vorschlag zurück, Battersea Power Station in eine gewaltige Müllverbrennungsanlage zu verwandeln."

Das ausgediente Monstrum von Battersea wird nun also fröhliche Urstände erleben als „Traumwelt eines internationalen Freizeitparks, der England und seine Geschichte zum Erlebnis werden läßt". Eine Zauberformel fürwahr; denn wenn es regnet, könnten sich eilige London-Besucher womöglich den Weg zum Tower, zur Westminster-Abtei, den königlichen Palästen, Whitehall und zur Wachparade schenken, zumal ihnen Battersea unter einem Dach und energiesparend England und seine Geschichte auf einen gewaltigen Schlag als Erlebnis verspricht.

Auch an anderer Stelle Londons tut sich etwas. Mit einem Seufzer der Erleichterung nahm die Londoner Abendzeitung „Standard" vor ein paar Tagen zu einer längst fälligen Entwicklung im Umfeld von Englands berühmtesten Touristen-Treffpunkt Stellung. Der einst als „Nabel des britischen Empire" gerühmte, in ungezählten Fotobänden verewigte Piccadilly Circus wird zur Zeit unter einem Millionenaufwand von einem schmuddeligen Sammelbecken für Drogensüchtige und Obdachlose in ein einer Weltstadt würdigeres Boutiquen- und Restaurantviertel verwandelt.

Am Ostende der Verkehrsscheibe wurde das „Trocadero" eröffnet, ein fast 200 Millionen Mark teurer Komplex, der nach der endgültigen Fertigstellung neben dem Guinness-Museum der Rekorde auch Dutzende von Restaurants und eleganten Läden beherbergen soll. (SAD)

Italien: Kehraus in den Haftanstalten

Hunderte von Untersuchungsgefangenen kommen frei

F.MEICHSNER, Rom

In Italiens überfüllten Gefängnissen werden die Koffer gepackt. Auf*grund eines neuen* Gesetzes *müssen* Hunderte von Untersuchungshäftlingen auf freien Fuß gesetzt werden. Unter den Entlassungskandidaten befinden sich neben Angeklagten, denen Gemeinverbrechen zur Last gelegt werden, auch zahlreiche Gefangene, die in erster Instanz bereits zu hohen Freiheitsstrafen wegen angeblicher Zugehörigkeit zu den Roten Brigaden oder anderen Terrororganisationen verurteilt worden sind.

Der Kehraus in den Gefängnissen war vom Parlament Ende Juli beschlossen worden. Hauptsächlich zwei Ziele werden damit verfolgt:

Einmal soll der weithin als skandalös empfundenen und gegen die Men*schenrechtskonvention verstoßen*den Praxis entgegengewirkt werden, daß Angeklagte ohne definitives Urteil über viele Jahre im Gefängnis festgehalten werden. Bisher lag die gesetzliche erlaubte Höchstgrenze *der Untersuchungshaft bei zehn Jah*ren, acht Monaten. Dieses „Dach", unter dem sich die in Italien besonders langsam arbeitende Justiz keinerlei Zwang zur Beschleunigung der Strafverfahren ausgesetzt sah, ist jetzt auch *sechs* Jahre *herabgesetzt* worden. „Rekordhalter" unter den Untersuchungshäftlingen des Landes ist im Augenblick der mutmaßliche Rotbrigadist Giuliano Naria. Er wartet im Gefängnis seit nicht weniger als acht Jahren auf ein Urteil.

Zum anderen soll mit der Neuregelung der für Häftlinge und Wachtpersonal in gleicher Weise unerträglich Überbelegung der Gefängnisse abgeholfen werden. Die italienischen Gefängnisse bieten maximal Platz für 25 000 Häftlinge. Belegt sind sie im Augenblick aber mit 45 000, von denen nicht weniger 30 000 Untersuchungsgefangene sind.

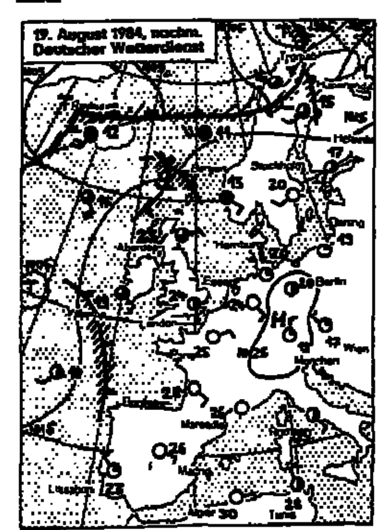
Generell wird die Herabsetzung der zulässigen Untersuchungshaftzeiten, die nach der Schwere der den Angeklagten zur Last gelegten Verbrechen zwischen fünf Monaten und sechs Jahren gestaffelt sind, für die bereits einsitzenden Untersuchungshäftlinge erst am 1. Februar 1985 in Kraft treten. Für zahlreiche Häftlinge sind die neuen Bestimmungen aber auch schon mit dem 15. August dieses Jahres wirksam geworden. Zu dieser letzteren Gruppe gehören die in er*ster Instanz* unter *der Anklage* der Zugehörigkeit zu einer umstürzlerischen Vereinigung verurteilten mutmaßlichen Linksterroristen Bravo und Vesce (je 14 Jahre Gefängnis) sowie Sbrogio (13 Jahre sechs Monate). *Ein Antrag ihrer Anwälte auf* Haftentlassung ist vom zuständigen Generalstaatsanwalt bereits befürwortet worden.

In Justizkreisen wird an dem neuen Gesetz heftige Kritik geübt. Viele Richer befürchten, daß es, wenn es Anfang nächsten Jahres voll in Kraft tritt, durch die Freilassung zahlreicher, unter dem schweren Verdacht umstürzlerischer Aktivitäten stehender und teilweise schon in erster Instanzu verurteilter Extremisten dem Terrorismus neuen Auftrieb geben könnte. Sie sehen darin auch einen empfindlichen Schlag gegen die Bemühungen von Polizei und Justiz zur Eindämmung der Mafia- und generellen Kriminalität.

Um diesen Gefahren zu begegnen, bleibt nach der übereinstimmenden Überzeugung sowohl der Kritiker als auch der Befürworter des neuen Gesetzes gar keine andere Wahl, als die Strafverfahren entschieden zu beschleunigen.

WETTER: Sonnig und warm

Wetterlage: Ein umfangreiches Hochdruckgebiet über Mitteleuropa bestimmt weiterhin mit warmer und trockener Luft das Wetter in Deutschland.



Vorhersage für Montag:
Nach Auflösung von Frühdunstfeldern sonnig, zeitweise auch leicht bewölkt und durchweg niederschlagsfrei. Höchsttemperaturen zwischen 22 Grad im Norden und Osten und 30 Grad im Südwesten. Nachts klar und Abkühlung auf 17 bis 12 Grad. Schwachwindig, vorherrschend Südost.

Weitere Aussichten:
Sonnig, trocken und noch etwas wärmer.

Temperaturen am Sonntag, 13 Uhr:

Berlin	20°	Kairo	30°
Bonn	23°	Kopenh.	16°
Dresden	18°	Las Palmas	22°
Essen	24°	London	24°
Frankfurt	22°	Madrid	26°
Hamburg	20°	Mailand	25°
List/Sylt	18°	Mallorca	29°
München	19°	Moskau	15°
Stuttgart	20°	Nizza	25°
Algier	30°	Oslo	18°
Amsterdam	24°	Paris	25°
Athen	23°	Prag	18°
Barcelona	25°	Rom	25°
Brüssel	22°	Stockholm	20°
Budapest	16°	Tel Aviv	30°
Bukarest	23°	Tunis	28°
Helsinki	17°	Wien	17°
Istanbul	26°	Zürich	20°

Sonnenaufgang* am Dienstag: 6.17 Uhr, Untergang: 20.32 Uhr; **Mondaufgang:** 00.31 Uhr, Untergang: 16.55 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

LEUTE HEUTE

Wiedersehen

Die gegen den Willen des Vaters aus Deutschland „entführte" Engländerin **Tracey McEvoy** feierte in Birmingham ein Wiedersehen mit Freunden. Die Unterhausabgeordnete Clare Short hatte das 13jährige Mädchen zusammen mit der Großmutter Celina Mullins (61) in Düsseldorf unter einem Vorwand aus der Schule abgeholt. Anschließend flog die zur oppositionellen Labour Party gehörende Politikerin das Mädchen auf eigene Kosten nach London.

Yacoub macht weiter

Trotz seines Mißerfolgs mit der kleinen Hollie Roffey will der britische Herzspezialist **Magdi Yacoub** weiter Herzverpflanzungen an Babys durchführen. Wie der Arzt in einem Interview der britischen „Sunday Times" versicherte, sind derartige Operationen dank neuer Medikamente „machbar". Hollie Roffey war am Freitag vergangener Woche im Alter von 28 Tagen gestorben.

Nicole Frau Seibel

Die 19jährige Schlagersängerin **Nicole** hat am Wochenende in ihrer saarländischen Heimatgemeinde Nohfelden-Neunkirchen ihren 23jährigen Jugendfreund, den Au-



tomobilverkäufer **Winfried Seibel**, geheiratet. Nicole hatte vor zwei Jahren mit ihrem Lied „Ein bißchen Frieden" als erste und bisher einzige deutsche Interpretin den europäischen Schlagerwettbewerb Grand Prix d'Eurovision gewonnen.

Zweite Runde

Während **John DeLorean** am Wochenende seinen Freispruch durch ein Geschworenengericht in Los Angeles von der Anklage des illegalen *Rauschgifthandels* feierte, bereiteten seine Gläubiger gerichtliche Schritte gegen den früheren Autohersteller vor. Im Zusammenhang mit dem Bankrott seiner Sportwagenfirma in Nordirland wird der 59jährige des Betrugs, des schlechten Managements und der Fahrlässigkeit beschuldigt. DeLorean hatte von der britischen Regierung mehr als 100 Millionen Dollar für den Bau des Werkes erhalten. Ihm wird vorgeworfen, einen Teil dieser Summe veruntreut zu haben.

Wenn alle versagten, dann wurde der „Schränker mit Gefühl" gerufen

REINHARD GORENFLOS, Bonn

Höchste Anerkennung und Ehren erlangte Eduard Kastor aus Duisburg mit einer Tätigkeit, die für andere gewöhnlich Gefängnis bedeutet: Er knackte Tresore.

50 Jahre lang arbeitete der gelernte Schlosser bei einer Geldschrankfabrik in Duisburg. Heute, nach seiner Pensionierung, kann Eduard Kastor auf ein Leben zurückblicken, in dem er nicht – wie jene zwielichtigen Ganoven – seinen Mitmenschen das Leben schwergemacht, sondern vielfach geholfen hat. Statt Notsituationen zu schaffen, wurde er, wie er selbst sagt, oft in Notfällen, wenn Geldschränke nicht mehr aufgingen, gerufen.

Als leitender Monteur in seiner Firma hatte Kastor viel mit der Einrichtung von Tresor-Räumen zu tun. Dies gab ihm die nötige Sachkenntnis, um „Safes" auch wieder öffnen zu können, wenn Schlüssel verlorengingen, Zahlenkombinationen falsch eingestellt oder Schlösser beschädigt waren. Zu seinen Kunden zählten Unternehmen und Banken, Privatleute und Ministerien.

Ja, er sei viel herumgekommen, erzählt Eduard Kastor, und das habe seinen Beruf so interessant gemacht. Im ganzen Bundesgebiet wurden seine Dienste benötigt, in Holland, Luxemburg und sogar bei NATO-Stützpunkten in Belgien wichen sperrige Panzerschränke der konzentrierten Intelligenz des Duisburgers.

Eduard Kastor bleibt aber nüchtern und warnt vor Legendenbildung. Er sei nicht einfach gekommen und habe – wie manche sich das vielleicht vorstellen – gerufen „Sesam, öffne dich", und dann sei die Tür aufgesprungen. Einen Panzerschrank zu öffnen, erfordere viele technische Detail-Kenntnisse und eine „ungeheuere Ruhe". Vor allem ist heute die Mitwirkung der Eigentümer unentbehrlich. Sie müssen den Fachmann in die Geheimnisse ihrer Zahlenkombinationen einweihen. Denn – und hier liegt der Unterschied zwischen legalem und illegalem „Panzerknacken" – ohne diese Kenntnisse ist, so meint „Ed" Kastor, bei modernen Tresoren „nichts mehr zu wollen".

Blockierte das Schloß zum Beispiel wegen eines Zahlendefekts, dann versuchte der Duisburger Monteur stets



Kampf mit der Technik bis zu 30 Stunden: „Ed" Kastor
FOTO: ROLF KÖPPEN

durch Manipulieren der Ziffern das Problem zu lösen. Er sei dabei immer „mehr gefühlsmäßig" vorgegangen. *Manchmal* dauerte der Kampf mit der Technik bis zu 30 Stunden.

Natürlich, gesteht Kastor freimütig ein, seien, wenn er so lange die gleiche Handbewegung ausgeführt habe, auch Selbstzweifel in ihm aufgekommen. Doch: „Man muß überzeugt sein, daß man den richtigen Weg geht." Nach gelungenem Streich war das Erfolgserlebnis umso größer.

Nicht immer gelingen elegante Öffnungen, bei denen das Schloß unbeschädigt bleibt. Manchmal habe er sich ein Limit von drei bis vier Stunden gesetzt, berichtet Kastor, und danach einen gewaltsamen Weg gewählt. Bei Defekten zum Beispiel, die durch Einlegen falscher Schlüssel entstehen können, war manchmal der Griff zum Lötkolben oder gar zum Schneidbrenner unvermeidlich.

Entscheidend für die Lösung manchen kniffligen Problems war Eduard Kastors langjährige Erfahrung. Im Duisburger Betrieb steht ein Nachwuchs bereit, den der Schlösser-Experte gründlich ausgebildet hat. Eduard Kastor meint, die jungen Leute wüßten sich nun selber zu helfen. Seit er im Ruhestand ist, wurde er noch nicht zurückgerufen.

Etwas unwillig reagiert Kastor, wenn man ihn nach Höhepunkten seiner Laufbahn fragt, denn: „Ich habe mich auch bei kleinen Dingen gefreut." Schließlich erzählt er aber doch von einer lange zurückliegenden Begebenheit: An einem heißen Samstagnachmittag übernahm Kastor einen Geldtresor, an dem vorher schon andere Fachleute gescheitert waren. Der zur Aufsicht abgestellte Mann verschwand bald, um sich in der Sommerhitze ein Bier zu genehmigen. Unterdessen brach Kastor den Schrank auf. „Da stand ich mit einer Million Mark alleine", erinnert er sich. Der Aufseher habe, als er zurückkam und den „Safe" geöffnet vorfand, „fast einen Herzinfarkt gekriegt".

Kurz vor seiner Pensionierung wurde „Schränke"-Ede ins Bundespräsidialamt gerufen, um einen Schrank mit geheimen Akten zu bezwingen. Er sei fast „wie ein Fürst" empfangen worden, doch dann habe man ihn schnell allein gelassen. Die Arbeit war in fünf Minuten erledigt.

Trotz Erfolgs und öffentlichen Interesses bleibt der „rechtstreue Tresorknacker" bescheiden. Entscheidend, meint er, sei immer das nötige „Quentchen Glück" gewesen.

Auf 391 Seiten irren sich die Experten

rtr, New York

Beethovens Fünfte wurde als „Orgie vulgären Lärms" abgetan, der Kommunismus als vorübergehende Erscheinung angesehen und Hitler als ein Mann eingeschätzt, der niemals Krieg führen würde. In dem *jetzt in den Vereinigten Staaten* erschienenen Buch „The Experts Speak" werden detailliert Vorhersagen von Experten aufgelistet, die völlig neben der Realität der Jahrhunderte lagen.

Die Herausgeber des 391 Seiten dicken Buches, Christopher Cerf und Victor Navaski, lassen die Experten selbst zu Worte kommen: „Mein Onkel ist ein friedfertiger Mensch", sagte Hitler-Neffe Willie. „Er glaubt, daß Krieg sich nicht lohnt."

Der britische Mathematiker und Physiker Lord Kelvin besaß eine fast übernatürliche Begabung für falsche Expertisen. „Es ist unmöglich, mit *Maschinen zu fliegen*, die schwerer als Luft sind", befand der Lord 1895. Zwei Jahre darauf: „Der Funk hat keine Zukunft." Und 1900: „Röntgenstrahlen sind ein Scherz."

Schweißtreibende „Crazy" und „Prince Strut"

AP, Enzklösterle

Kondition *und* Beweglichkeit erfordern die neuen Mode- und Partytänze. „Crazy" (Verrückt) oder „Prince Strut" heißen zwei der neuen Tänze, die der Allgemeine Deutsche Tanzlehrer-Verband (ADTV) auf einer Pressekonferenz in dem Schwarzwaldort Enzklösterle vorstellte.

Wie der amerikanische Tanzlehrer und Choreograph Larry Hyman mitteilte, wird in den Diskotheken der amerikanischen Westküste rund um den Olympiaort Los Angeles bereits mit Begeisterung nach diesen Rhythmen getanzt, die Impulse aus dem Charleston, dem Breakdance und der Aerobic-Gymnastik aufgenommen haben. „Wir brauchen manchmal alle das Gefühl, ein bißchen verrückt zu spielen. Und Tanzen ist der D-Zug, mit dem wir dieses Gefühl erreichen", umschrieb Hyman die immer größere „Tanzwut" seiner *Landsleute*.

Weniger schweißtreibend ist dagegen der „Rock-Walzer", der vom Tanzlehrer-Verband ebenfalls als Neuheit präsentiert wurde.

Geisterflug mit gewollter Bruchlandung

SAD, New York

*Auf einer Wüstenpiste in Kalifor*nien wird es Ende September einen Geisterflug mit inszenierter Bruchlandung geben. Dies ist ein Test mit dem Ziel, den Jet-Treibstoff Kerosin unbrennbar zu machen und damit Menschenleben zu retten. Das Mittel, das Kerosin zu neutralisieren imstande ist, heißt „Avgard".

Eine ausgediente vierstrahlige Boeing soll in der Muroc-Wüste mit den Flügeln ein Hindernis rammen. Unter Normalumständen würde in einem solchem Fall das Kerosin in den Tanks entzündet. Doch bei dem Test wird es zu keinem Brand kommen – dank „Avgard". Diese Chemikalie ist dem Kerosin beigemischt worden. „Avgard" hat diese Eigenschaft: Es macht sich im Kerosin überhaupt nicht bemerkbar, solange es „in Ruhe gelassen" wird. Bei einer Bruchlandung entwickelt es einen „Gerinn-Faktor", der Kerosin zu einem Gelee macht, so daß dem Düsentreibstoff damit sekundenbruchteilschnell das Explosionsvermögen genommen wird.

Taube Britin hört elektronisch

SAD, London

Eine seit 17 Jahren taube englische Studentin hat mit Hilfe implantierter Elektroden die ersten Töne hören können. Das System ist nur bei Menschen anwendbar, die früher schon einmal hören konnten. Das neue „Ohr" der 21 Jahre alten Studentin besteht aus fünf im linken Innenohr angebrachten Platinelektroden, einer am Hals befestigten „Verteilerdose" und implantierten Mikrophon. Als Energiequelle dient eine außen getragene Batterie.

Superlativ in Hongkong

DW. Hongkong

Die Zentralbank der Volksrepublik China will in Hongkong den höchsten Wolkenkratzer der britischen Kronkolonie bauen. Mit 70 Stockwerken wird die Niederlassung der „Bank von China" eine Höhe von 315 Metern erreichen.

„Aurora" wird restauriert

dpa, Moskau

Der sowjetische Panzerkreuzer „Aurora", der im Oktober 1917 mit einem Kannonenschuß das Signal für die russische Oktoberrevolution gab, hat noch einmal die Anker gelichtet. Das ehemalige Kriegsschiff wurde von seinem Liegeplatz auf dem Fluß Newa in Leningrad zur Restaurierung in eine dreizehn Kilometer entfernte Werft geschleppt.

Schadstoffwerte bestätigt

dpa, Wiesbaden

Die in Wiesbadener Kindertagesstätten festgestellten überhöhten Belastungen der Luft mit dem Desinfektions- und Konservierungsstoff Formaldehyd haben zu ersten Konsequenzen geführt. Zwei der drei städtischen Kinderkrippen sowie zwei Hortgruppen wurden vorerst geschlossen.

Im Keller gefangen

dpa, Hagen

Mindestens drei Wochen lang haben zwei türkische Schwestern die 22 Jahre alte geistig behinderte deutsche Ehefrau ihres Bruders im Keller einer Hagener Wohnung gefangen gehalten. Die Vermieterin hatte das Opfer entdeckt und die Polizei alarmiert.

Tödlicher Irrtum

hrk. Berlin

Bei einem Wohnungsbrand in West-Berlin stürzten am Wochenende drei Menschen in den Tod. Ein 17jähriges Mädchen und ein 20jähriger Mann sprangen dabei nach einem ermunternden Zuruf anderer Mieter aus dem vierten Stock auf die Straße, weil sie offenbar annahmen, die Feuerwehrleute hätten bereits das Sprungtuch ausgebreitet.

ZU GUTER LETZT

Hochwürden Brian Morris (52) vergaß bei der Trauerfeier für den 73jährigen Francis Swinnerton in Cheswardine (Mittelengland) nicht nur den Namen des Verstorbenen, sondern beschimpfte ihn auch als „dürren, häßlichen alten Mann", torkelte dann zum offenen Grab und mußte sich dort an einem Grabstein festhalten. Später erklärte der Geistliche: „Die Kirche hat keinen Platz für perfekte Menschen."